Ueber Alters- und Invalidencassen für Arbeiter

Gutachten auf Veranlassung des Vereins für Socialpolitik





Duncker & Humblot reprints

Aleber Alsters- und Invalidencassen.

Schriften

bes

Vereins für Socialpolitik.

V.

Aleber Alters- und Invalidencassen für Arbeiter.



Leipzig, Verkag von Duncker & Humbkot. 1874.

Ueber

Alters- und Invalidencassen

für Arbeiter.

Gutachten

auf Veranlassung des Pereins für Socialpolitik

abgegeben bon

Fabritbefiger in Biebrich a. R. Director des "Rorbstern" Burgermeister in Großenhain.

in Berlin.

3. hiltrop, Affessor b. Oberbergamt zu Dortmund. Geh. Secr. u. Calculator in Berlin.

G. Behm,

Im Unhang ber Entwurf zu einem Gefet betr. bie gegenfeitigen Sulfscaffen, bon Dr. Dr. Sirid in Berlin.



Leipzig, Verlag von Dunder & humblot. 1874.

Das Recht ber leberfetung wie alle anbern Rechte für bas Gange wie für bie einzelnen Theile borbehalten. Die Berlagshanblung.

Eine deutsche Arbeiter-Invaliden-, Wittwen- und Waisen - Casse.

Gutachten

nad

Fabrikbesiter Frit Ralle,

Borfigenber bes Mittelrhein. Fabritanten-Bereins, Mitglieb bes Breug. Abgeorbnetenhaufes.

Der Ungebildete, dessen Zukunft nicht einigermaßen gesichert ist, und der dabei nicht ganz gedankenlos vor sich hinlebt, sondern das Bewußtsein in sich trägt, daß das nächste Jahr, ja vielleicht der nächste Tag, ihn als Bettler finden tann, ber wird, seltene Falle ausgenommen, nur zu leicht dem Gedanken Raum geben, daß, da die Zukunft denn doch eine unsichere fei, der Augenblid dem Genuß und zwar dem materiellsten Genuß gewidmet werden muffe, während andrerseits die Aussicht auf ben Bettelstab das Selbstbewußtsein, das Ehrgefühl in ihm niederdrückt, und die Liebe au bem Mitmenschen, zu ber Gesellschaft wie zu beren Institutionen untergräbt. Ober kann man von dem, der da weiß, daß er, wenn Krankheit und Un= fall ihm die Mittel rauben sich und die Seinen zu erhalten, behandelt wird wie ein Ausgestoßener, schlechter mitunter wie ein Verbrecher — daß ihm die kleine Gabe, die nicht hinreicht auch nur der dringenoften Nothdurft zu steuern, dann nur widerwillig und unter Vorwürfen mit allen Zeichen ber Berachtung gegeben wird, erwarten, daß er heute ein feines Ehrgefühl entwickeln werbe, das er morgen doch über Bord werfen muß; daß er eine Gesellschaft lieben soll, unter beren herrschaft solche Zustände überhaupt sich entwickeln können? In der Unsicherheit der Zukunft des Arbeiters und den hieraus bei diesem sich entwickelnden Anschauungen ist zum großen Theile seine Empfänglichkeit für die social=demokratische Agitation begründet. Und ist das Unheil wirklich eingetreten, ist der Arbeiter erwerbsunfähig ge= worden, oder ftarb er, ehe seine Kinder sich selbst ernähren können, mas wird alsbann aus diesen? Aufwachsend im Elend, ber Schule entfremdet und ohne häusliche Erziehung, hinausgestoßen auf die Strafe, um durch Schriften V. - Alterspenfionscaffen.

1

2

Betteln ihr Leben zu fristen, werden sie nur allzuoft ein Opfer des Lasters werden. Und solcher Waisen und Kinder invalider, erwerbsunsfähiger Arbeiter sind nicht wenige; nach der Statistik der Preußischen Knappschaftsvereine pro 1872 kommt auf je 10 Bergarbeiter eine Waise unter 15 Jahren.

Besitzlose Arbeiter gab es zwar zu allen Zeiten, aber die Verhält= nisse lagen früher anders. Arbeiter und Arbeitgeber standen sich näher, der Knecht war groß geworden in dem Dorfe, ja meist bei dem Herrn, in dessen Dienste er seine Kräfte aufgebraucht, der Handwertsgeselle, dessen Leistungsfähigkeit das Alter verringerte, er war grau geworden bei seinem Meister, und so hatte sich zwischen Arbeiter und Arbeitgeber ein viel innigeres Berhältniß gebildet wie wir es heut zu Tage finden; es verstand fich von selbst, daß der Dienstherr die Sand über seinen alten Gehülfen hielt, daß auch seine Mitarbeiter und Mitbürger, die ihn so lange gefannt, ihn unterstützten, mit der Liebe mit der man einen Freund, einen Ber= mandten unterstützt, und es war dies auch nicht so schwer, selbst wenn der= Brodherr, die Mitarbeiter und Mitburger nicht reich waren, denn die Unsprüche waren gering, man lebte auch mit Wenigem zufrieden, der Wohl habende von damals hatte weniger Bedürfniffe wie der Tagelöhner von Die Erleichterung des Vertehrs durch den Bau der Gifenbahnen, die Entwickelung der Großindustrie, die Freizugigkeit lösten jedoch die per= sönlichen Beziehungen zwischen den Arbeitern unter einander und zu ihren Arbeitsberren, wie zu ihren übrigen Mitmenschen, und machten sie bekannt mit einer Reihe von Genüffen, welche bald zu Bedürfnissen wurden. Die Nothwendigkeit, Einrichtungen zur Sicherung der Zukunft des Lohnarbeiters zu treffen, ist deshalb erst in jungerer Zeit mit größerer Scharfe hervorge= treten, und es mare baber gang falich, Diefelbe zu leugnen, weil wir Jahr= hunderte lang ohne solche Einrichtungen eristirten. Für den Industriellen liegt, abgesehen davon, daß er zunächst und ganz besonders die Pflicht hat für das Wohlergeben seiner Mitarbeiter zu sorgen, und daß dies in seinem wohlverstandenen Interesse ist, noch ein specieller Grund die Errichtung von Bensionscassen für invalide Arbeiter und für die Hinterbliebenen von Arbeitern zu betreiben, in der Existenz des Haftpflichtgesetzes, welches an und für sich eine Abnormität, ganz unhaltbar gemacht ist durch Einschiebung des Laskerschen Baragraphen. Sobald Pensionscassen unter Mitwirkung der Arbeit= geber in ähnlicher Weise wie bei ben Bergwerken gebildet werden, fällt bas Haftpflichtgesetz von selbst. Die Nothwendigkeit der Versicherung der Ar= beiter und ihrer Hinterbliebenen läßt sich aber auch herleiten aus dem Ber= hältniß, in welches jetzt die Gemeinden durch die Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, so wie das neue Gesetz über den Unterstützungswohnsitz ge= kommen sind. Es ist höchst ungerecht, der Gemeinde die Berpflichtung zur Unterhaltung der invaliden Arbeiter oder der Waisen und Wittwen der Arbeiter aufzubürden, welche von den betreffenden Industriellen von Außen herangezogen wurden, und der Gemeinde verhältnifmäßig wenig Nuten brachten. Das Bedürfniß der Versicherung der Arbeiter und ihrer Hinter=

bliebenen ist ein bringendes, und seine Befriedigung liegt nicht allein im Interesse der Arbeiter, oder auch der Arbeiter und Arbeitgeber, sondern im Interesse der Gesammtheit.

Es fragt sich nun zunächst, wie genügt man diesem Bedürfniß besser, durch Sicherung eines Capitals für den invalid werdenden Arbeiter, für die Wittwen und Waisen eines verstorbenen Arbeiters oder durch eine Rente für dieselben?

Es läßt sich nicht leugnen, daß in einzelnen Fällen die sogenannte Capital-Versicherung vortheilhaft sein kann. Ein Arbeiter, der nicht mehr im Stande ist, die schwere Arbeit zu thun, welche ihm sein Beruf auserlegt, kann noch arbeitssähig genug sein um z. B. ein kleines Ladengeschäft zu betreiben, und würde die einmalige Auszahlung eines Capitals ihn also in die Lage setzen können, sich eine unabhängige Eristenz zu schaffen. Vorbedingung der Erreichung dieses Zweckes wird aber stets sein, daß der Betressend die nöthigen Fähigkeiten hat, um ein derartiges Geschäft mit Vortheil zu betreiben. Daß diese Vorbedingung sedoch in den seltensten Fällen gegeben ist, wird von denen, welche unsern Arbeiterstand kennen, nicht bestritten werden können. Nicht nur, daß der großen Mehrheit unserer Arbeiter die Fähigkeit abgelt ein Geschäft selbständig zu betreiben, es sehlt ihnen sogar meist das Verständniß für richtige Anwendung einer größeren Geldmenge, und ihre Kurzsichtigkeit und ihr Leichtsinn sind so groß, daß die meisten Invaliden oder Wittwen das erhobene Capital voraussichtlich sehr bald durchgebracht hätten; der Zweck der Versichterung würde somit nicht erreicht.

Selbst aber wenn der wirthschaftliche Sinn, die Geistes und Charafterbildung unserer Arbeiterbevölkerung erwarten ließen, daß ein ausgessetzes Capital richtig verwendet wird, spräche noch immer gegen die Capital-Bersicherung, daß hierbei die Beiträge der Arbeiter zu den Cassen höher sein müßten als bei der Pensionirung. — Diesen Cinwand halte ich zwar nicht für erheblich, ebenso wenig wie den, daß die Bermehrung derartiger kleiner Geschäfte im volkswirthschaftlichen Interesse nicht erwünsicht sein dürfte gegenüber dem Vortheil, dem moralischen Gewinn, der darin läge, daß der Invalide oder die Wittwe des Arbeiters sich und den Ihrigen arbeitend eine unabhängige Existenz schaffen könnten, allein da, aus angegebenen Gründen, letzteres doch nicht möglich ist, wenigstens bei der jetzigen Generation nicht, und auch nicht bei der nächsten, muß ich unbedingt der Renten-Versicherung, d. h. der Pensionirung, den Vorzug geben vor der Capital-Versicherung.

Die Frage, ob die gesetzliche Regulirung des Pensionscassenwesens (unter Pensionscassen verstehe ich also Unterstützungscassen für invalide Arbeiter, für Wittwen von Arbeitern und Kinder derselben dis zum vollendeten 14. Jahre) ersorderlich sei, ist zu bejahen, sobald man anerkennt, daß die Erreichung des Zweckes der Pensionscassen im allgemeinen Interesse liegt.

Ist dies der Fall, so liegt dem Staat die Berpslichtung ob, den Pensionscassen durch das Gesetz diesenigen Rechte zu verleihen, deren sie zu allgemeiner, günstiger Entwickslung bedürfen.

Um jedoch die Frage entscheiden zu können, ob der Beitritt zu den Pensionscassen und somit die Errichtung derselben durch das Geset obligatorisch zu machen ist, wird man zunächst zu untersuchen haben, ob der Zwecknicht auch ohne diesen Zwang erreicht werden kann. Steht dies zu erwarten, so hat der Staat kein Recht zur Einsührung einer Maßregel, welche sich doch immerhin als eine vorwiegend auf einzelne Classen von Staatsbürgern gerichtete charakterisirt; der Zwang wäre dann auch durchaus unzwecknäßig, weil Institutionen wie Pensionscassen von um so segensereicherer Wirkung sein werden, je mehr sie, aus der freien Initiative der Arbeiter und Arbeitgeber hervorgegangen, denselben als etwas Selbstgesschassens werth und theuer sind.

Legen wir uns zunächst die Frage vor: Ist zu erwarten, daß die Arsbeiter in ihrer Gesammtheit oder wenigstens größeren Mehrheit, falls zweckentsprechende Pensionscassen existiren (unter ihrer Mitwirkung errichtet, von ihnen mit verwaltet) denselben freiwillig beitreten?

Nach meiner Kenntniß der Arbeiter und ihrer Anschauungen muß ich Diese Frage unbedingt mit "nein" beantworten. Ist es doch bei vielen Arbeitern nur durch Zwang zu erreichen, daß sie ihre Eristenz für den so häufigen und von Jedem schon miterlebten Fall der temporären Verdienst= losigkeit in Folge von Krankheit durch Beiträge zu einer Krankencasse sichern. Wie kann man ba erwarten, daß die große Masse ber Arbeiter Einsicht und Enthaltsamkeit genug habe, freiwillig zu sparen, um sich gegen eine Eventualität zu sichern, welche dem Einzelnen lange nicht so dringend erscheint, nach den Iveen der Meisten in so weiter Ferne liegt, und so gar unwahrscheinlich ist? Man stelle einmal an jüngere Arbeiter die Frage, ob sie geneigt seien, zu einer Invalidenpensionscasse beizutragen, und man wird von der großen Mehrzahl die Antwort erhalten: "So lange ich lebe kann ich mir auch mein Brod verdienen, von dem Wenigen, mas ich jetzt verdiene, kann ich nicht auch noch Beiträge zu einer Invalidencasse zahlen, und sollte ich früh sterben, was aber gewiß nicht geschieht, benn ich bin fräftig und gesund, so wird die Gemeinde für meine Frau und Kinder schon sorgen." Leichtsinn, Mangel an Boraussicht ist hier gepaart mit Mangel an Chrgefühl, Beides hervorgegangen aus der aus mangel= hafter Erziehung erwachsenden Berwilderung der Anschauungen und Sitten 1). Die Folge aber Dieses Leichtfinns und Dieser ehrlosen Besinnung

¹⁾ Ganz charakteristisch für biese Auffassung ist solgender Fall: In einem Orts-Gewerkvereine wurde von dem Vorsitzenden und einigen tilchtigen Mitzgliedern der Borschlag gemacht, eine Sparcasse zu gründen, aus welcher die die Mitglieder behandelnden Aerzte bezahlt werden sollten (ex geschaft dies daraufshin, daß Klage geführt worden war, daß die Aerzte selten zu ihrem Honorar kunen). Die meisten Mitglieder weigerten sich aber ganz entschieden beizutragen,

ist der Bettel und die damit weiter sich entwickelnde Berkommenheit bei der aufwachsenden Generation, und so bewegt sich die große Masse der Arbeiter= Familien in einem Kreis des Uebels, aus dem fie herausgeriffen werden muffen, und zwar schnell herausgeriffen werden muffen, wenn das Uebel sich nicht frebsartig ausbreiten soll. Die Burgel des Uebels ist allerdings die schlechte Erziehung, und Diejenigen, welche sich Freunde der Arbeiter nennen, haben also mit aller Energie für beren Berbefferung einzutreten. Die Schule fann und muß die Reime bes Buten in ben Menfchen pflanzen, Die Erziehung aber giebt ihm das Leben, ber Umgang mit den Menschen. Die Schule wird wenig wirken, wenn das Rind im Elternhause nicht im gleichen Sinne geführt wird, und die schwachen Reime, die es aus ber Schule mitnimmt, werden erftickt werden, wenn es findet, daß die ihm eingepflanzten guten Grundfate im praktischen Leben von seinen Mitmen= schen unbeachtet bleiben, ja verhöhnt werden. Und so wird die ältere Generation ftets wieder zum Theil ben bei ber jungeren erzielten Erfolg vernichten. Wollen wir den Kreis des Uebels schnell sprengen, so genügt also nicht, einzuwirken auf die Heranwachsenden, sondern die herangewachsene Ge= neration muß verhindert werden, so zu leben, daß sie die Erhebung der heranwachsenden zum Guten unmöglich macht, was ber Fall ift, wenn sie, von Hand zum Mund lebend, Alles verzehrt und die eintretende Erwerbs= unfähigkeit des Vaters ihn und seine Familie zu Bettlern macht. Daß eine einfache Darlegung ber Sachlage ben Arbeiter nicht zur richtigen Erkenntniß bringt, liegt nach dem Gesagten auf der Hand, denn Anschauungen und Sitten lassen sich nicht so einfach andern, und die Erfahrung hat auch Dies bestätigt. Trot der vielfachen Anstrengungen 1), trot der besten Belehrung haben nur wenige Arbeiter Die Nothwendigkeit Der Versicherung erfannt.

Den besten Beweiß dafür liefert der Erfolg, den die Gewerkvereine mit ihren Pensionscassen gehabt haben. In diesen Bereinen sinden wir 25,000 Mitglieder und zwar gehören dieselben entschieden zu den geistig Fortgeschrittenen. Seit 4 Jahren haben diese Vereine Pensionscassen, an

und zwar, indem sie mit durren Worten heraussagten, die Aerzte konnten sehen, wie sie zu ihrem Gelde kamen, sie waren reicher wie sie, die Arbeiter.

schaft sagt, die meisten die Policen verfallen lassen.

1) S. Bericht von Prof. Dr. Gneist in der am 7. April 1869 in Berlin stattgehabten Generalversammlung des Centralvereins für das Wohl der arbeitensden Classen — "Arbeiterfreund".

Ein Beweis sür die geringe Vorsicht ber Arbeiter liegt auch darin, daß nur ein geringer Bruchtheil berselben seine Habe gegen Feuersgesahr versichert. Als einer der Arbeiter meines Hauses seinen Böbel. Rieiber, turz Alles was er besaß, durch Brand versoren hatte, nahm ich Beranlassung nachusorschen, welche von unseren Arbeitern gegen Feuersgesahr versichert seine und es sand sich, daß auf 40 Familienväter nur 3 versichert hatten. Angesichts des eben geschehenen Unglücks gingen sie zwar alle darauf ein, daß das Geschäft ihre Habe versicherte aus den Prämien, welche ihnen dort reservirt standen, seitdem aber hat sich keiner der neu in die Fabrik eingetretenen Arbeiter zur Bersicherung gemeldet, und von den ausgetretenen haben, wie mir der Agent der betreffenden Feuerversicherungsgesellsschaft sact, die meissen die Vollien verfallen lassen

Fritz Ralle.

6

Belehrung über die Vortheile berselben hat es nicht gesehlt und trothem waren dis vor kurzem nur etwa 10,000 Vereinsmitglieder der Pensionscasse beigetreten. Ja, es kommt sehr häusig vor, daß Mitglieder, welche schon eine Zeit lang zu den Pensionscassen beigetragen haben, die also bereits die Nüplichkeit dieses Instituts erkannt haben, austreten unter Verlust der gemachten Einlagen, weil sie der weiteren Zahlung überdrüssig werden. Dieser Fälle sind sogar so viele, daß nach Aussage des Verbandsanwalts daraus der Invalidencasse ein bei der Leistungsfähigkeit der Cassen wohl in Anschlag zu bringender Nupen erwächst. Damit wäre erwiesen, daß eine allgemein durchgeführte Versicherung aus freier Initiative der Arbeiter auch dann nicht zu erwarten ist, wenn die Bewegung von Arbeiterspreunden und mit Hülfe von Arbeitervereinen betrieben wird 1).

Es bliebe blos noch die Frage zu untersuchen, ob der Zweckerreicht werden kann dadurch, daß die Arbeitgeber in ihrer Gesammtheit dafür eintreten. Daß die Arbeitgeber, wenn sie wollten, die Versicherung der Arbeiter, selbst gegen deren Willen, durchzusühren in der Lage sind, ist klar, leider ist os aber eben so klar, daß eine freiwillige Coalition der Arbeitgeber zu diesem Zwecke eben so wenig zu erwarten steht als eine solche der Arbeiter. Die Versicherung der Arbeiter legt natürlich den Arbeitgebern gewisse Opfer auf. Selbst wenn sie keine Verselschung übernehmen directe Zuschäfte zu den betreffenden Cassen zu

Government-anuities can bardly be said to have become an element in the thrift of the working class as yet."

¹⁾ Die Berschter steimiliger Cassen haben wiederholt auf die hierdurch in England erreichten "bedeutenden Resultate" hingewiesen. Was ich persönlich in England ersahren. Ließ mich an diesen Resultaten ernstlich zweiseln, ich schrieb daher an einen Sachverständigen, Herrn Murray Browne, Inspector des "Local-Government-Board" und erhielt solgende Antwort: "The functions of trade-unions as benesit-societies are much mixed up with their operations as societies for trade-purposes. With regard however to ordinary benesit-societies and Government annuities, I think there can be no doubt, that the percentage, of working men of all classes who are ensured against the infirmities of old age, is very small. Iam sorry to say also that the percentage of working men, who make any provisions for their widows and families in the event of the death is also very small. There is no doubt that imprudence of all kinds is one of the most crying faults of the English working classes." Ein Freund von Herrn Browne, dem dieser meine Fragen unschieft, Sir G. Young, schreidt: "The usual insurance offered by a friendly society covers cases of permanent infirmity as well as temporary illness; therefore so far as friendly societies are concerned, all the members may be said roughly speaking, to be ensured; but as a fact the majority of clubs are not strong enough to support the burden, and two or three chronic cases will generally break up a club etc. Tradeunions are only in a secondary degree benesit-clubs, and very rarely, if ever, would continue a pension to a disabled man beyond the period of a temporary sickness.

Desilglish ber Wittwen- und Waisen-Cassen beist es, These are failures. The giving a pension to widows etc. has been found impossible, and the benefit has degenerated into an addition to the funeral money.

leisten, würden ihnen doch dadurch mehr Ausgaben erwachsen, denn die Löhne würden, wenn auch nicht sofort und überall gleichmäßig, nach und nach um so viel steigen als die Beiträge zu den Cassen betragen. Diese Mehraußgabe aber und die durch Pensionscassen für den Arbeitgeber erwachsende persönliche Mühe machen einen großen Theil derselben von vornherein zu Feinden des Arbeiter-Pensionscassenwesens. Gab doch eine Reihe hervorragender Industriellen auf die Rundsragen des Preußischen Handelsministers über Pensionscassen mit dürren Worten die durch die Schassung derartiger Institutionen erwachsende "Mehrbelastung der Industrie" als Grund an für Berwerfung der Pensionscassen.

Wie groß ist nicht an einzelnen Orten die Agitation der Grubenbesitzer um Befreiung von den Beiträgen zur Knappschaftscasse!? und wie stellten sich die Industriellen, als die Leipziger Unfallversicherungsgesellschaft neben der Versicherung der Arbeiter gegen die haftpslichtigen Unfalle eine Versicherungs Anstalt auch für die nicht unter die Haftpslicht fallenden Unfälle in den Fabriken ins Leben rief? Wenn ein Arbeiter auch ohne Versichulden des Arbeitgebers oder seiner Beauftragten in der Arbeit Schaden leidet, so liegt es doch nahe, daß der Arbeitgeber sich seiner annehme, weit näher als wenn der Arbeiter durch Krankheit, die ja ganz unabhängig sein kann, und meist ganz unabhängig ist von den Leistungen für den Brodherrn, erwerbsunfähig wird, und trozdem traten die Ende 1873 von 5713 Arbeitgebern, die 361,572 Arbeiter gegen die haftpslichtigen Unfälle versichert hatten, nur 582 mit 52,053 Arbeitern der Versicherung gegen nicht unter das Haftpslichtgesetz fallende Unfälle bei.

Daß die Opfer, die die Arbeitgeber für den Zweck bringen, reichlich aufgewogen werden durch den größeren moralischen Halt, den der Arbeiter dadurch gewinnt, daß er einer mehr gesicherten Zukunft entgegensieht und durch das Interesse, welches er dann an dem Bestehenbleiben des Ganzen bekommt, so daß er weniger zugänglich wird für die Umsturzlehren der Social-Demokraten, das sehen die meisten Arbeitgeber nicht ein, das liegt zu weit ab für sie.

Wenn aber nun weder aus der freien Initiative der Arbeiter, noch aus derjenigen der Arbeitgeber eine vollkommene und zeitige Befriedigung eines als dringend erkannten Bedürfnisses zu erwarten ist, was bleibt dann übrig, als der Zwang durch das Geset? Von den Gemeinden, die allerbings, wie erwähnt, auch bei dieser Frage interessirt sind, wird man doch nicht etwa erwarten, daß sie freiwillig die Initiative ergreisen? Man braucht nicht Mitglied einer Gemeindevertretung gewesen zu sein, man braucht den Geist, der in der großen Mehrzahl der Gemeinderäthe herrscht nicht aus eigener, subjectiver Beobachtung zu kennen, man braucht nur ihre Wirksamsteit resp. Nichtwirksamkeit in einer Frage, die mit der der Pensionscassen eine gewisse Aehnlichkeit hat, nämlich der Frage der obligatorischen Fortbildungsschulen beobachtet zu haben, um beurtheilen zu können, was von ihrer Initiative zu erwarten ist. Die Gewerbeordnung vom Jahre 1869

Frit Ralle.

gab bekanntlich den Gemeinden das Recht, durch Ortsstatut "obligatorische gewerbliche Fortbildungsschulen" zu gründen, aber trotzbem daß von vielen Seiten und wiederholt darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Gemeinden ein eminentes Interesse daran hätten, von diesem Rechte Gebrauch zu
machen, geschah doch so gut wie nichts. Ebenso ging es mit den gewerblichen Schiedsgerichten, die ja nun auf dem Wege des Gesetzes eingeführt
werden sollen.

Ich muß überhaupt gestehen, ich habe vor unserer Initiative wenig Respect, und das sage ich nicht als Gemeinderathsmitglied, sondern als deutscher Staatsbürger. Ist es Charakteranlage unseres Bolksstammes, oder ist es Folge unserer Erziehung, ich wage es nicht zu entscheiden, aber das Factum scheint mir fest zu stehen, daß wir es vorzüglich verstehen ein Project zu discutiren, und ganz besonders mit kritischem Auge all das heraus zu sinden, was sich möglicher (oder auch unmöglicher) Weise dagegen einwenden läßt, daß wir aber andererseits sehr wenig geeignet sind etwas Positives zu schaffen. Ich spreche natürlich hier nicht von der Leistung des Einzelnen, sondern von den Dingen, die durch das Zusammenwirken Wehrerer geschaffen werden müssen.

Meiner Ansicht nach bleibt also Nichts übrig, als daß das Gesetz den Beitritt zu den Pensionscassen und die Errichtung derselben obligatorisch mache, und wäre die weitere Frage nun die: Soll der gesetzliche Beitritts= zwang gültig sein für alle Arbeiter oder nur für einzelne Kategorien?

Das Bedürfniß der Pensionscassen existirt für alle Arbeiter, bei den in der Großindustrie beschäftigten allerdings mehr noch wie bei den andern, wenigstens ist es dort noch mehr in die Augen springend. Die Disserrazwischen den Berhältnissen der in der Großindustrie und dem Kleingewerbe, sowie in der Landwirthschaft beschäftigten Arbeiter schwindet aber täglich mehr, und wir müssen deshalb, wenn wir an die Frage herantreten, für alle Arbeiter das Gleiche fordern. D. Uebrigens ist auch sicher, daß Zwang sich um so besser rechtsertigen läßt und um so weniger gehässississt, se weniger er gegen einzelne Kategorien von Arbeitern gerichtet ist, und endlich daß die Durchsührung des Gedankens um so leichter, insbesondere um so weniger mit Ungerechtigkeit verbunden ist, se weiter wir die Ausgabe sassen. Die letzte Consequenz wäre allerdings die, daß Jedermann zu den Pensionsecassen beizutragen verpslichtet würde, denn Jedermann, er mag nun noch so reich sein, kann einmal in die Lage kommen, daß er der öfsentlichen Untersstützung bedarf, und ich muß gestehen, ich für meinen Theil würde keinen

¹⁾ Thatsächlich ist die relative Zahl ber temporar unterstützungsbedürftigen Individuen in manchen ackerbauenden Districten größer als in Industricplätzen. Auch in England sind die für die Armenpslege verausgabten Summen durchaus nicht am kleinsten in den rein ackerbautreibenden Bezirken. Dort wie hier bei uns liegt der Haupgrund dieser Erscheinung in dem niedrigen Lohn der betreffenden landwirthschaftlichen Arbeiter.

Einspruch erheben wenn man so weit gehen wollte. Freiwillige Cassen wären allerdings dann so gut wie unmöglich und die Verwaltung der Zwangscassen würde eine weit büreaukratischere werden, insbesondere könnten die Hauptinteressenten, die Arbeiter lange nicht in dem Maße an derselben Theil nehmen, als wenn man sich auf Cassen für Arbeiter beschränkt; dafür würde aber eine Maßregel, die alle Staatsbürger gleichmäßig trifft, auf viel weniger Abneigung bei den arbeitenden Classen stoßen. Ich gehe jedoch nicht näher auf diesen Punkt ein, weil er außerhalb des Kahmens der gestellten Aufgade liegt. Es würde sich übrigens auch das Köthige über die Art und Weise der praktischen Durchführung der Idee schr leicht abstrahiren lassen was in dieser Richtung bezüglich der Arbeiterpensionscassen gesagt wird, wo die praktische Durchführung entschieden mehr Schwierigkeit bietet eben wegen der Beschränkung des Instituts auf einzelne Classen.

Die Frage, ob die Arbeitgeber zu den Benfionscassen beizutragen haben, natürlich im Verhältniß zu den Beiträgen der von ihnen beschäftigten Arbeiter, bejahe ich, einmal weil ich die Arbeitgeber hierzu für verpslichtet halte gegenüber den Armen-Unterstützungsverbänden, ferner aber auch aus prastischen Gründen und zwar hauptsächlich, weil ihre Mitwirkung bei Verwaltung der Cassen durchaus nöthig ist, diese Mitwirkung aber nur dann berechtigt ist, wenn sie beitragen. Da jedoch die Arbeitgeber für sich keine Ansprüche an die Casse machen, d. h. durch ihren Beitrag keine Benssionsberechtigung erwerben, wird man, wenn sie bei der Cassenvaltung nur eben so viel Stimmrecht haben sollen wie die Arbeiter (und das scheint mir das Richtige zu sein), nicht den vollen von der Gesammtheit ihrer Arbeiter geseissteten Beitrag verlangen können, sondern nur einen Theil, und zwar scheint mir die Frirung auf die Hälfte, wie sie bei den Bergwerken in Preußen üblich ist, empsehlenswerth. Ich will schon hier erwähnen, daß in der Regel die Arbeitgeber nicht nur für ihre Beiträge, sondern auch für diesenigen der von ihnen beschäftigten Arbeiter den Cassen gegenüber aufzusommen baben.

Durch die gleichmäßige Heranziehung von Arbeitern und Arbeitgebern zur Cassenverwaltung wird gleichzeitig der Bortheil erreicht, daß ein neuer Berührungspunkt zwischen beiden Classen gewonnen wird. Nichts ist aber meiner Ansicht nach mehr geeignet, die zwischen denselben herrschende Gegensfällichkeit zu mildern, zu freundschaftlichem Hand in Hand gehen zu führen, als gemeinsame Arbeit. Es liegt also hierin ein beachtenswerthes Mittel zur Herbeitstrung des socialen Friedens. Daß ich ebenso die Betheiligung aller Arbeitgeber verlange, wie die aller Arbeiter, brauche ich kaum besonders zu bemerken, es versteht sich dies nach dem Gesagten von selbst.

Ich bekenne mich damit als Anhänger des "Cassenwanges" und dessen Consequenz, "der Zwangscasse", d. h. der von amtswegen errichteten Casse. Wenn einmal der Staat den Zwang ausgesprochen, zu einer Pensionscasse beizutragen so muß er auch dafür sorgen, daß solche Institutionen in einer dem Bedürsniß entsprechenden Weise gebildet werden, und wo dies nicht auf dem Wege der Freiwilligkeit zu erreichen ist, da muß es eben von Amts-

10 Fritz Ralle.

wegen geschehen. Andererseits muß ich aber doch bekennen, daß die Bortheile eigener Initiative der Interessenten, Arbeiter und Arbeitgeber, von so eminentem Bortheile sind, daß das Gesetz die Bildung freiwilliger Cassen möglichst zu besördern suchen und eine Frist feststellen muß, innerhalb welcher sie zunächst gebildet werden können, so daß also erst nach Ablauf derselben mit der Errichtung der Zwangscassen vorgegangen würde dort, wo von dem Recht kein Gebrauch gemacht ist.

Indem ich nunmehr dazu übergehe meine Ansichten über Errichtung und Verwaltung der Pensionscassen auszusprechen, glaube ich am besten zu thun, wenn ich zunächst nur die Zwangscassen ins Auge fasse, als diesenigen Institute, für die die gesetzlichen Ausstührungs-Bestimmungen mehr in die Details auszuarbeiten sind. Die für die freiwilligen Cassen zu stellenden Bedingungen ergeben sich dann einsach, indem man die für die Zwangscassen

vorgeschlagenen einschränkt.

In welcher Weise und durch welche Versonen die Errichtung der Cassen stattzusinden hat, hängt natürlich wesentlich von deren Wirkungskreisen ab. Meine Ansicht ist nun die, daß Zwangscassen in der Regel nicht für ein= zelne Gewerbe oder Gruppen von Gewerben geschaffen werden können, son= dern daß sie errichtet werden müssen bezirksweise für alle Gewerbe gemein= schaftlich (Landwirthschaft eingeschlossen). Errichtung und Verwaltung der Cassen würden natürlich wesentlich erleichtert, wenn die Cassenbezirke zusfammenfallen mit den politischen Bezirken, innerhalb welcher immer ein gewisses Gefühl der Zusammengehörigkeit waltet und für welche schon ein Berwaltungkapparat von mehr oder weniger Ausdehnung besteht. Breußen scheinen mir die Kreise auch diejenigen Bezirke zu sein, welche sich zu Caffenbezirken ganz besonders eignen: fie sind groß genug, um den Cassen eine genügende Anzahl von Mitgliedern und somit die erforderliche Sicherheit zu geben, und haben eine Masse von Institutionen, an die sich die Caffenverwaltung vortheilhaft anlehnen läßt, ganz besonders, wenn die für die östlichen Brovinzen geltende Kreisordnung auch in den übrigen Brovinzen eingeführt sein wird Damit ist aber nicht gesagt, daß nicht in einzelnen Preisen (wo die Industrie besonders entwickelt ist) eine Spaltung in mehrere Cassenbezirke stattfinden kann, indem entweder ganze Theile der Rreises, oder auch einzelne besonders gewerbreiche Städte, oder sogar ein besonders ftark entwickelter Industriezweig, ausscheibet. (In den anderen deutschen Ländern wären also die den preußischen Kreisen entsprechenden politischen Districte als Cassenbezirke zu mählen.) Die Errichtung und Verwaltung der Cassen muß durch die Interessenten, Arbeitgeber und Arbeiter, stattfinden, unter Aufsicht der staatlichen Organe, oder auch innerhalb gewisser Grenzen, der Organe der Selbstverwaltung des Kreises. Zum Zwecke der Errich= tung wird vom Landrathe resp. vom Kreisausschuß 1) die Wahl einer gleichen

¹⁾ Der Einfachheit halber nehme ich bei der Organisationsfrage nur Rick-sicht auf die Preußischen Institutionen und dilrste die Uebertragung auf die übrigen Reichsländer besondere Schwierigkeiten nicht bieten.

Zahl von Bertretern der Arbeiter und Arbeitgeber für den proponirten Cassendistrict zu veranlassen sein, und würden die Gewählten alsdann (am besten unter Borsitz des Landraths) den Cassenbezirk und das Statut für die Cassenverwaltung desinitiv festzustellen haben. Gleich hier will ich bemerken, daß den Beschlüssen der constituirenden Bertretung, wie denen der Cassenverwaltung gegenüber, dem Bertreter der Staatsregierung das Beto zustehen muß. Die constituirende Bertretung könnte gleich als erster Cassenvorstand in Function bleiben.

Bezüglich des Wahlmodus laffen sich verschiedene Wege einschlagen, am meisten möchte sich aber die indirecte Wahl durch Wahlmänner empfehlen, welche ihrerseits in kleineren Bezirken gewählt werden, in ähnlicher Weise, wie dies bei den Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhause geschieht.

Der Gemeinde, insofern sie nicht eine Casse für sich erhält, fällt bei der Errichtung nur die Aufgabe zu, die Wahl durch Aufstellung der Listen vorzubereiten und sodann die Wahl der Wahlmänner zu leiten; auf ihre Mitwirkung bei der Cassen-Verwaltung komme ich später zurück.

Indem ich die Beantwortung der Frage nach der Art der Errichtung der Cassen der Untersuchung über den localen Umfang der Cassen vorausschickte, wurde gleichzeitig der erste Theil der bezüglichen Frage erledigt, während die Frage des "Umfangs nach dem Beruf" im Princip bereits beantwortet wurde bei Besprechung der Frage 2 a.

Ein genaueres Eingehen auf diesen zweiten Theil dürfte aber nöthig sein, und da direct für die Praxis verwendbare Festsetzungen in dieser Beziehung, ebenso wie in Bezug auf die weiter gestellten Fragen über Beitragspslicht dei Unverwögen, Pensionsberechtigung u. s. w. in den Cassenstatuten Platz sinden müssen, scheint es mir am zweckmößigsten, die Besprechung jener Fragen anzusnüpsen an eine Darlegung meiner Ansichten über den den Zwangscassenstatuten zu gebenden Inhalt, eine Darlegung, welche ja an und für sich zur klaren Zeichnung meiner Aufsassung des Pensionscassenwesens unumgänglich sein dürfte.

Nachdem im Statut zunächst der Zweck der Pensionscassen ausgessprochen worden ist, werden die Bestimmungen über die Mitgliedschaft folgen.

Die Bestimmung, daß der Beitritt zu den Pensionscassen obligatorisch sei für alle Arbeiter, ist für die Prazis nicht ausreichend, es bedarf vielmehr noch genauerer Feststellung, in wie weit Gewerbtreibende gegenüber den Pensionscassen als Arbeiter zu betrachten sind, von welchem Momente ab die Beitragspssicht eintritt zc. Sine Präcisirung des Ausdrucks, indem man also etwa sagt: "alle unselbständigen Arbeiter" oder "unselbständigen Lohnsarbeiter", genügt noch nicht sondern das Geset muß die einzelnen Katesgorien specisiciren, wenn man nicht den umgekehrten Weg einschnen Katesgorien span sich beistragspssichtig sind, ausscheidet, z. B. sagt: Beitragspssichtig sind alle Staatsbürger mit Ausnahme derzenigen, welche ein Vermögen nachweisen, resp.

12 Fritz Ralle.

notorisch besitzen, welches mindestens gleich kommt der capitalisirten Pension invalider Arbeiter in dem betreffenden Cassendistrict; derjenigen, welche afademische Bildung besitzen; derjenigen, welche als Staats= oder sonstige Beamten Anspruch auf eine Benfion haben zc. Diese Specification der beitragspflichtigen Kategorien von Gewerbtreibenden, muß fogar, um Plackereien, Brrthümer und harte Ungerechtigkeiten zu vermeiden, mit aller Scharfe vorgenommen werden, so daß Zweifel darüber, wer zu den Beitrags= pflichtigen gehört, thunlichst vermieden werden. Ich würde Zweisel, also verschiedene Auslegung von verschiedenen Caffenverwaltungen, für schädlicher halten, als wenn eine oder die andere Kategorie, die eigentlich beitrags= pflichtig sein sollte, nicht als solche angeführt wäre. — Bei meiner Auffassung der ganzen Frage würde ich natürlich geneigt sein, die Grenzen weit zu ziehen, so z. B. auch den kleineren Grundeigenthümer, der einen Theil des Jahres als Tagelöhner in Anderer Dienste arbeitet, oder den Kleinen Handwerker, der vorwiegend in seiner eigenen Wohnung Accordar= beiten für Fabriken ausführt 2c. heranzuziehen, ich gebe aber gern zu, daß man ohne große praktische Nachtheile Die Grenzen etwas enger ziehen fann, da derartige Einschränkungen doch nur verhältnißmäßig kleine Zahlen elimi= niren wurden. Bon größerer Bedeutung hingegen ist die Frage: Ob jugend= liche Arbeiter von 14 — 17 Jahren und Arbeiterinnen beitragspflichtig sein sollen? Ich möchte Beides befürworten, jedoch mit der Maßgabe, daß der Beitrag derselben mit Kücksicht auf deren geringeren Erwerb ein kleinerer Die jugendlichen Arbeiter möchte ich herangezogen sehen, damit sie so= fort beim Eintritt in das praktische Leben sich daran gewöhnen, ihre Zukunft ins Auge zu fassen und dafür Opfer zu bringen, und bann auch, weil aus Diesen Beiträgen ben Caffen eine nicht unerhebliche Einnahme bei relativ geringem Risico zufällt. Für Handwerkerlehrlinge, welche keinen Lohn beziehen, mußte allerdings der Meister den Beitrag erlegen, was auf den ersten Blid nicht gerechtfertigt und dem Sinne des Inftituts, welches an Die Stelle ber Bulfe burch Andere Die Gelbsthülfe fest, zu widersprechen scheint. Berücksichtigt man jedoch, daß das Berhältniß unbezahlter Lehrlinge an und für sich ein durchaus nicht empfehlenswerthes, und daß man schon vielfach zur Löhnung der Lehrlinge übergegangen ist, so erscheint jene Ungerechtigkeit in ganz anderem Licht, und man kann sich um so mehr damit aussöhnen, wenn sie dazu führt, daß eine Honorirung der Dienste des Lehrlings allgemein wird, und dies wurde, davon bin ich überzeugt, die Folge der Beitrags= pflicht fein.

Für Geranziehung der Arbeiterinnen bestehen ganz dieselben Gründe, wie für männliche Arbeiter, und ich bin daher auch für weite Ausdehnung des Beitrittszwanges auf sie.

Uebrigens läge auch, wenn man die jugendlichen Arbeiter, so wie die Arbeiterinnen nicht beitrittspflichtig machen wollte, also auch die Arbeitgeber für dieselben ihrerseits keinen Zuschuß zu leisten hätten, für letztere geradezu eine Prämie vor für Beschäftigung solcher Individuen; den auf möglichste Be-

schränkung der Frauenarbeit in Fabriken gerichteten Bestrebungen aller Menschen=

freunde würde also geradezu entgegengearbeitet.

Der Beitragszwang müßte erlöschen, wenn ein Cassenmitglied in den Genuß der Pension tritt; ebenso wenn ein Mitglied aus Deutschland auswandert, oder in eine Berufsclasse übertritt, für welche der Cassenzwang gesetzlich nicht besteht, für Arbeiterinnen außerdem, wenn sie heirathen. In den letztgenannten drei Fällen kann eine Rückvergütung auf die Einlage verlangt werden, welche in ähnlicher Weise zu berechnen wäre, wie die Rückvergütungen dei Lebensversicherungsgesesclschaften. Man müßte jedoch, um Schädigungen der Casse durch solche Ausgaben zu vermeiden, mit der größten Vorsicht vorgehen.

Während der Dienstzeit eines Mitgliedes im Heere ruht Beitrags=

pflicht und Pensionsberechtigung.

Beitragspflichtige, welche eine Zeit lang ober auch dauernd für sich, d. h. nicht unter directer Controlle eines Arbeitgebers, arbeiten, haben wäherend dieser Zeit außer dem gewöhnlichen Beitrag auch noch den auf den

Arbeitgeber fallenden Zuschuß zu zahlen.

Es ist bereits erwähnt worden, daß die Beiträge zu den Pensionscassen von den Arbeitgebern auf den verdienten Lohn zurückgehalten werden,
ebenso werden diese Beiträge während der Krankheit eines Mitgliedes von
der betrefsenden Krankencasse zurückzuhalten und mit dem Arbeitgeber zu
verrechnen sein. Unvermögen kann also nur eintreten bei Arbeitsentlassung,
Uebersiedlung zc. Legt man nun dem Arbeitgeber ferner die Verpsticktung
auf, jedem in seinen Dienst tretenden Arbeitgeber ferner die Verpsticktung
auf, jedem in seinen Dienst tretenden Arbeitgeber mit den Penssionscassen Beiträgen im Rückstand ist 1), dis zur Abtragung des rückständigen Betrages, inclusive des darauf erfallenden Arbeitgeber-Zuschusses, ein Vielsaches des normalen Beitrages, z. B das Dreisache vom Lohne abzuhalten, so wird in den meisten Fällen eine Schädigung der Casse vermieden
werden. Außerdem müßten aber, und das wäre besonders gegenüber den Arbeitern nöthig, welche längere Zeit nicht im Lohne und unter Controlle
eines bestimmten Arbeitgebers stehen, die Cassenbeiträge durch Erecution
eintreibbar sein, wie Steuern.

Der Berlust der Ansprüche an die Casse durch Nichtzahlung der Beiträge muß möglichst vermieden werden, man wird also die Fristen lang machen, denjenigen zu Liebe, die wirklich temporär nicht in der Lage sind, die Beiträge zu leisten, während man andererseits den Renitenten gegenüber

mit scharfen Magregeln vorgehen muß.

Die Höhe der Beiträge hängt ab von der Höhe der zu gewährenden Pensionen. Es sollen aber die Invaliden=, Wittwen= und Waisen=Pensionen die Existenz der Pensionirten in dem Bezirke, in dem die Berechtigung erslangt wurde, sichern, sie müssen also so hoch sein, daß die Pensionirten darans ihren Lebensunterhalt, die größte Sparsamkeit vorausgesetzt, bestreiten können, folglich also dem Betrag gleichkommen, den man mit dem

¹⁾ Dies geht aus bem Quittungsbuche bes Arbeiters hervor. Die Beschäftigung von Arbeitern, welche fein Quittungsbuch haben, ist natürlich mit Gelbstrasen zu belegen.

Namen "Existenz-Minimum" belegt hat. Mit Rücksicht darauf aber, daß das "Eristenz-Minimum" nicht für jede Gegend das gleiche ist, und daß es im Laufe der Zeit variirt, wird man eine, diesen variirenden Verhältnissen sich möglichst anschließende Größe zur Basis für Berechnung der Böhe der Benfionen machen muffen. Gine solche Größe ist der Arbeitslohn ungelernter Arbeiter, der sogenannten Tagelöhner. Das Gesetz wird zu bestimmen haben, welchem Procentsatz Dieses Lohnes die Benfionssätze im Minimum gleich kommen muffen; Die einzelnen Caffen werden alsbann allerdings Die Benfionsbeträge in Zahlen auszudrücken haben, aber nicht im Statut felbst, sondern in einer periodisch (z. B. alle 10 Jahre) zu revidiren den Anlage. Die Beiträge werden alsbann wieder auszudrücken sein in Procenten Der Bensionssätze. Da jedoch keine genügenden Erfahrungen vorliegen um diese Berhältnißiahl mit Bestimmtheit festzustellen, da man also der Sicherheit wegen hochgreifen muß, wird sofort zu bestimmen sein, daß und in welcher Weise die Beiträge zu verringern find, wenn das Vermögen bis über ein bestimmtes Vielfaches der Jahres-Beiträge wächst; während andererseits auch bie Möglichkeit außerordentlicher Nothstände ins Auge gefaßt werden muß, und für diese Eventualität Borsorge zu treffen ift, indem man bestimmt, wann und in welcher Beife im Nothfall die einzelnen Caffen die Beitrage zu erhöhen haben.

Eine Verschiedenheit in Bezug auf die Höhe der Pensionsansprüche (abgesehen von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen) würde demnach gesetzlich nicht existiren, man würde also nicht, wie bei den Knappschaftscassen, verschiedene Classen von Berechtigten haben; dafür wäre aber eine Classissischung in einem anderen Sinne erforderlich, nämlich nach der Gefährlichseit der verschiedenen Gewerbe. Um die gleichen Ansprüche an die Cassen zu haben, muß naturgemäß der Beitrag um so höher sein, je größer die Wahrscheinlichseit, daß der Beitragende durch seine gewerbliche Thätigkeit frühe Invalide wird oder stirbt. Diese Classissischung wird sehr schwierig sein, es bedarf dazu eines statistischen Materials, von dem nur sehr wenig existirt, allein sie muß geschehen, und muß im Geset wenigstens im Princip ausgesprochen sein. Die desinitive Festsetzung der Scala aber kann nicht den Einzelcassen überlassen bleiben. Am besten wird es wohl sein, wenn man sie von der Centralverwaltung der Casse Deutschen Reichs periodisch fürren läst.

Eine berartige Eintheilung in Gefahrenclassen würde die jedenfalls wünschenswerthe Folge haben, daß die Löhne bei den gefährlicheren Arbeiten steigen würden. Heute ist der Unterschied der Löhne für Arbeiter, welche ihre Gesundbeit durch ihre Thätigkeit voraussichtlich in wenigen Jahren einbüßen, oder ihr Leben dabei häusigen Gefahren aussezen, und für solche, welche eine gesunde und wenig Unfällen ausgesetzte Arbeit betreiben, äußerst gering; das aber ist eine große Ungerechtigkeit und ein Mißbrauch der Kurzsichtigsteit der Masse der Arbeiter.

Wie hoch werden nun etwa die Pensionen und Beiträge sein mussen? Ich glaube, daß ich nicht irre gehe, wenn ich behaupte, die Pension des invaliden Arbeiters, welcher keine Kinder in schulpflichtigem Alter hat, müsse mindestens die Hälfte des Normallohnes (Lohn des ungelernten Arbeiters in der betreffenden Gegend und der laufenden Zeitperiode) betragen, die Wittwenpension $25~{}^0/_{0}$, die Unterstützung für jedes noch schulpflichtige Kind des Invaliden oder der Arbeiter-Wittwe $10~{}^0/_{0}$ 1).

Bei den Preußischen Knappschaftscassen kamen 1872 bei ca. 197,000 Mitgliedern auf 100 Arbeiter beinahe 5 Invaliden, 7 Wittwen und 11 Waisen. Die Zahl der bei diesen Cassen durchschnittlich jährlich durch Unfall Getöbteten beträgt ca. 2,3 %000, der durch Unfall invalid Gewordenen 3,1 %000, während bei 68 Gewerben Berlins in den Jahren 1867—1868 die entsprechenden Zahlen 0,397 %00 und 1,22 %00 betrugen.

Unter ca. 6 Millionen Selbstthätigen der Land= und Forstwirthschaft, der Industrie, des Handels und der persönlichen Dienstleistungen in Preußen verunglückten nach Dr. Engel in 1872 mährend der Berufsarbeit 1935, im

Ganzen 4037; also 0,32 beziehungsweise 0,66 %...

Bei den anderen Gewerben ist also die Zahl der Tödtungen durch Unfall 1/6 bis noch nicht 1/3, die Zahl der Invalidistrung durch Unfall etwa 2/5 von den Tödtungen und Invalidistrungen beim Bergbau. Die Bergleute sind aber nicht nur der Invalidissirungen durch Unfall mehr ausgesetzt, wie andere Arbeiter, sondern in noch höheren Maaße auch der Invalidistrung durch innere Krankheiten, besonders Lungenübel. In Folge dessen ist auch die durchschnittliche Lebensdauer der Bergarbeiter entschieden kürzer. Ich greife also reichlich hoch, wenn ich sür die Arbeiter-Kategorien, die ich im Auge habe, auf 100 Arbeiter 3 Invaliden, 6 Wittwen- und 10 Kinder in schulpslichtigem Alter rechne 2). (Letztere Zahl greife ich so hoch, weil ich auch die Kinder der Invaliden, nicht nur die Waisen unterstützt haben will.)

Nimmt man nun, wie oben vorgeschlagen, die Invalidenpension zu $50^{\circ}/_{0}$, die Wittwenpension zu $25^{\circ}/_{0}$, die Unterstützung der jüngeren Kinder zu $10^{\circ}/_{0}$ des Normallohnes an, so kommen auf je 100 Thir. Normallohn von 100 Arbeitern, also auf 10,000 Thir. Normallohn:

Ausgaben für
$$3$$
 Invallden $3 \times 50 = 150$ Thaler, , , 6 Wittwen $6 \times 25 = 150$, , , 10 Kinder $10 \times 10 = 100$, in Summa 400 Thaler,

¹⁾ Bei den Preußischen Knappschaftscassen betrug 1872 die Invalldenpension durchschnittlich kaum über 25 % des verdienten Jahreslohnes, die Wittwenpension

^{12 %,} die Waisenpension noch nicht 4 %.

2) Die Sätze von 5 %, Invaliden, 7 % Wittwen und 11 % Waisen wie sie 1872 die Preußischen Knappschaftscassen ausweisen, sind nicht ganz normal, da bei dem raschen Ausschwung des Bergdaues seit 1855 die Zahl der Knappschaftsmitsglieder durch Zutritt junger Kräste start verwehrt wurde.

¹⁸⁵² kamen unter 38,186 Mitgliedern der unter Staatsaussicht stehenden Preußischen Knappschaftscassen auf je 100 Mitglieder 7 Invalide, 11 Wittmen und 14 Waisen, und dies dürste man als normal bezeichnen können. Aber selbst biesen Zahlen gegenüber erscheinen meine Annahmen als vollkommen zureichend.

16 Frit Ralle.

also auf 100 Thaler Normallohn je 4 Thaler Ausgaben für Pensionen. Ebensoviel muß die Casse natürlich auch einnehmen, die bezüglichen Beiträge an die Cassen müßten also 4 % vom Normallohn betragen, und rechnet man hierzu noch für außerordentliche Unterstützungen, für Aerzte und Verwaltung der Kassen 1 %, so wären im Ganzen, um die Auszahlung von Bensionen von 50 resp. 25 und 10 % des Normallohns zu gewähren, an Beiträgen zu den Cassen 5 % vom Normallohn zu erheben 1).

Beiträgen zu den Cassen 5 % vom Normallohn zu erheben 1).
Für die Invalidenpension allein würde nach Obigem zu erheben sein 1, 5 % des Normallohnes; betrüge also der Jahres-Normallohn 200 Thlr., die Pension dennach 100 Thlr., so käme zur Erhebung ein jährlicher Mitzglieder-Beitrag von $1^{1/2}$ % von 200 Thalern, also 3 Thaler. Die Invalidencasse des Gewerkvereins verspricht dei einem Jahresbeitrag von 52 Sgr. und dei 5 Jahren Carenzzeit nach 10jähriger Beitragszeit eine Jahres-

pension von 104 Thalern.

Nach dem von dem Abgeordneten, Stadtrath Ricert provocirten Gut= achten wäre dieser Beitrag allerdings um 20 % zu niedrig gegriffen, allein selbst unter Zurechnung Dieser 20 % bliebe ber von dem Gewerkverein mit somit 621/2 Egr. anzufordernde Jahresbeitrag noch um 30 % hinter dem von mir ale erforderlich angenommenen zurück. Ich habe also jedenfalls sehr hoch gegriffen in Bezug auf den für die bloße Inralidenpension nöthigen Beitrag, und da nun die Zahl von 6 % Wittwen und 10 % Kindern relativ noch höher taxirt ist, als die Zahl der Invaliden mit 3 %, so fann ich behaupten, daß der berechnete Gesammtbetrag von 5 % des Normallohns höher als nöthig ift, und zwar um fo mehr, wenn man bedenkt, daß die in höheren Gefahrenclaffen einrangirten Beitragspflichtigen bas Bielfache Diefes Procentsates zu entrichten haben werben. Nimmt man nun an, daß die Arbeitgeber 50 % der Summe der Beiträge ihrer Arbeiter zu zahlen haben, so bliebe für die Arbeiter selbst $^2/_3 \times 5 = 3\,^1/_3\,^0/_0$ des Normallohnes. Für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen würde ich, da deren Lohn ge= ringer ift, halben Beitrag und halbe Pension vorschlagen.) Ich bin über= zeugt, daß diese 31/3 0/0 zum größten Theil auf die Arbeitgeber abgewälzt werden, denn die Arbeiter werden, wenn nicht zufällig grade großer Mangel an Arbeit ift, sich einen Abzug vom gewohnten Lohn nicht gefallen lassen, sondern entsprechende Zulage verlangen und event. wegziehen, aber selbst wenn dies nicht der Fall ware, ist dann eine Abgabe von 31/3 % des Lohns unerschwinglich für die Arbeiter? Ich bin weit davon entfernt, behaupten zu wollen, daß die Löhne bei uns zu hoch sind, ja ich gebe zu, daß sie in manchen Industriezweigen und Gegenden noch höher sein mugten, befonders in der Landwirthschaft); wenn man aber die enorme Steigerung der Löhne im letzten Decennium, welcher keine entsprechende Steigerung ber Rosten bes Lebens= unterhaltes entgegensteht 2), ins Auge faßt, so wird man doch zugeben

¹⁾ Bon ben Zinsen bes burch bie Carenzzeit angesammelten Capitals sebe ich, als irrelevant, ab.

²⁾ Es ist zwar nicht möglich, burch Zahlen ben Nachweis zu führen, baß biefe

müssen, daß eine Abgabe von $3\frac{1}{3}$ % des Lohnes für die Arbeiter nicht unerschwinglich sein kann 1). Den Arbeitgebern aber, die sich einem Lohnausschlag von in Summa 5 % aum Zwecke der Versicherung ihrer Arbeiter widersetzen, denen möchte ich zu bedenken geben, daß sie durch diese 5 % das Dreisache und mehr sparen werden, denn, wenn auch die Errichtung von Pensionscassen nicht die sociale Frage aus der Welt schafft, so wird sie doch ganz entschieden den Ersolg haben, daß die Masse der Arbeiter in dem Gefühl, der Unsicherheit des Proletarierlebens entrissen zu sein, mehr Interesse an dem Bestehen der Verhältnisse gewinnt, conservativer oder vielmehr weniger revolutionär wird und nicht mehr, wie dies in letzter Zeit häusig vorkam, Ansprüche an die Arbeitgeber stellt, welche die betressend Industrie unmöglich machen mußten. Dazu kommt, wie bereits erwähnt, daß mit der Einsührung der Pensionscassen mit Zuschuß der Arbeitgeber, das Haftpslichtzgese mit seinen Gesahren für die Arbeitgeber verschwindet.

Jeder gesehlich zum Beitritt zu einer Pensionscasse Verpslichtete hat, sobald diese Verpslichtung eintritt, und falls er nicht einer freien, anerkannten Casse angehört, sich bei der Bezirkscassenerwaltung anzumelden. Wo ein regelmäßiger Arbeitgeber ist, hat dieser für die Anmeldung zu sorgen. Die Anmeldung muß begleitet sein von einem ärztlichen Gesundheitsattest. Daß nur die Gesunden Cassenmitzlieder werden sollen, wird man als eine Inconsequenz gegen das bisher Gesagte ansehen; ich gestehe auch gerne zu, daß es eine Härte ist, allein aus praktischen Gründen wird man nicht anders können. Uedrigens wird man von den Gemeinden und sonstigen Armenunterstützungsverbänden, welche durch Errichtung der Pensionscassen so wesentlichen des Bezirks, welche nicht Mitglieder der Pensionscasse werden sönnen, eine spezielle Ausmerksamkeit zu Theil werden lassen. Ein Eintrittsgeld mag erhoben werden, allein es darf nicht hoch sein, höchstens 1 Thir. für erwachsene Arbeiter, ½ Thir.

relative Erhöhung des Lohns ziemlich allgemein ist (locale Ansnahmen existiren natürlich); denn es sehlt an der betressenden Statistist, allein so weit Ermittelungen angestellt sind, destätigen sie, daß das Berhältniß zwischen Einnahmen und Bedürsniß der Arbeiter-Bewölkerung sich wesentlich besser gestaltet hat. In meinem Wohnorte z. B. dürsten die Kosten des Lebensunterhaltes sir eine Arbeitersamiste seit 10 Jahren um kaum 40 %, gestiegen sein, während die Lohnsteigerung in dieser Zeit 60 % betrug. Aus einer Tabelle von Karl Schweder in Wisserwissen wir die Kostesser in Schlesen, veröffentlicht im letzten Heste des "Arbeitersfreund", ergiebt sich, daß vort von 1865 bis 1874 die Steigerung der Kosten des Lebensunterhalts einer Familie von 4 Versonen 35 % betrug, während die Löhne der Männe um 60 %, und der Knaben und Mädchen um 50 % stiegen.

1) Fit den landwirthsschaftlichen Arbeiter auf dem platten Lande, dessen da zur Kosten keute in viesen Kozen und weit nuter dem Narmollosin ungestenter

¹⁾ Für den landwirthschaftlichen Arbeiter auf dem platten Lande, dessen baa= rer Lohn heute in vielen Gegenden noch weit unter dem Normallohn ungelernter Arbeiter der Industrie in dem betressenden District steht, wird der zu den Bensionscassen zu erhobende Beitrag allerdings einen höheren Procentsat des ba aren Lohns, als der hierüber berechnete repräsentiren, und hierin würde etwas Absichredendes liegen, wenn nicht von vorn herein zum Bewustsein des ländlichen Arseiters gebracht wird, daß die ihm außer dem baaren Lohn zuslehenden Competenzen ihrem Geldwerthe nach zu berechnen und dem Lohne zuzugählen sind, um seine Einnahme mit der industrieller Arbeiter vergleichen zu können.

18 Fritz Ralle.

für jugendliche Arbeiter und für Arbeiterinnen. Mit der Aufnahme wird

bem neuen Mitgliede sein Quittungsbuch übergeben.

Pensionsberechtigt wird das Cassenmitglied jedoch erft, nachdem es eine gewiffe Zeit zur Caffe beigetragen. Diese Carenzzeit möchte ich aber moglichst kurz limitirt haben, auf höchstens 2 Jahre. Das durch diese Bahlungen entstehende Capital möchte ich als Reservefond für außerordentliche Unfälle betrachten, mabrend im Uebrigen die Beiträge so zu bemeffen sein werden, daß sie die Ausgaben der Caffen bei normalen Zeiten beden. Die Umstände, unter benen für die Mitglieder bas Recht zum Bezug ber Benfion eintritt, muffen genau präcifirt werden, ebenfo wie das ganze hierbei von der Cassenverwaltung zu beobachtende Verfahren. Die Invalidität wird in der Regel von einer Krankheit oder Berletung herbeigeführt, deren Hei-lung zunächst versucht werden muß zu Lasten der Krankenkasse. Der Gleich= mäßigkeit und Gerechtigkeit halber und auch aus naheliegenden praktischen Gründen muß ein für alle mal eine Frist festgesetzt werden, innerhalb welder der um eine Bension Nachsuchende von der betreffenden Krankenkasse unterstützt sein muß, ehe seine Ueberweifung an die Benfionscasse stattfinden fann. Borbedingung der Einführung obligater Invalidencassen ist demnach die gesetliche Regelung des Krankencassenwesens und zwar auch auf der Grund= lage bes "obligatorischen Beitritts". Die Entscheidung über das Eintreten der Pension8-Berechtigung liegt in der Hand des Cassenvorstandes, der sich dabei zu stützen hat auf das Gutachten des Arztes der betreffenden Kranken= casse, des Ortsausschusses (f. d.) oder, wo ein solcher nicht besteht, der Orts= polizeibehörde und des Benfionscaffen-Arztes. Wird der Betent abgewiesen, so muß ihm Appellation frei stehen, etwa an eine später noch zu besprechende Bezirks-Recursinstanz, oder auch an eine Provinzial-Instanz. Wird die Pensionsberechtigung anerkannt, so tritt er von dem Tage ab bei voller Erwerbsunfähigkeit in den Genuß der vollen Benfion, bei nur verminderter Erwerbsfähigkeit eines entsprechenden Theils. Die Berechtigung zum Bezug des Benfionstheils oder der vollen Benfion hört wieder auf mit Wiedereintritt der vollen oder theilmeisen Erwerbsfähigkeit, ferner bei Wittwen durch Wiederverheirathung und bei Kindern durch den Eintritt in das fünfzehate Lebensjahr.

Die Frage, ob und in wie weit unmoralischer Lebenswandel das Recht auf Bezug der Pension auscheht, wird noch genauer zu untersuchen sein (Arsbeitschaus). Sine scharfe Controle derjenigen, die um eine Pension einkommen, sowie der Bensionäre ist nöthig, und zwar um so mehr, je größer der Bezirk der Pensionäcasse ist, je weniger also persönliche Kenntniß der Sachlage bei den Borstandsmitgliedern vorausgesetzt werden darf. Vorstand und Cassen-Arzt allein können diese Controle nicht genügend ausüben, nur durch genaue Einsicht in das ganze Leben und Treiben der Betressenden kann man zu einem gerechten Urtheil kommen; deschalb muß neben den Aerzten für kleinere Bezirke (also sür jeden einzelnen Ort, oder in größeren Städten sür Stadtbezirke, beziehungsweise sür die einzelnen Gerwerbe) eine Controlbebörde gebildet werden, aus Vertrauensmännern der Arbeiter und Arbeitgeber.

ein Ortsausschuß, eine Institution, die ich bereits mehrsach erwähnte. Sollte die Bildung derartiger Ausschüffe an einzelnen Orten nicht möglich fein, so mußte statt desselben die Ortepolizeibehörde die Controle übernehmen. Bur Erleichterung berselben wird es wesentlich bienen, wenn im Gesetze aus= gesprochen wird, daß die Vorspiegelung falscher Thatsachen (Simulirung) zur Erreichung einer Unterftützung durch die Caffe als Betrug mit Gefängnig bestraft wird (auf Grund von §. 263 des Strafgesethuchs). Auch dürfte es sich empfehlen, wo Simulirung vorzuliegen scheint, Pensionare ober die um Pension Nachsuchenden in besonderen Arbeitshäusern zu bevbachten 1). Daß die Verwaltung der Casse möglichst den Interessenten überlassen werden muß, indem ein durch Wahl gebildeter zu gleichen Theilen aus Arbeitern und Arbeitgebern bestehender Borftand an die Spite tritt, habe ich bereits Diesem Vorstand müßte ferner noch als Mitglied beitreten ber Cassenarzt. Die Amtsperiode der gewählten Vorstandsmitglieder darf nicht zu turz fein (minbestens 3 Jahre) und ware es gut, wenn immer nur ein Theil der Mitglieder, etwa 1/2, neu gewählt würde.

Die Vorstandsmitglieder müssen mit Rücksicht auf die Arbeiter und wenig bemittelten Arbeitgeber mäßige Diäten und Reisevergütung beziehen. Die Bildung eines ständigen Ausschusses zur Erledigung der dringlichsten und gewisser laufender Geschäfte, sowie zur bessern Controle der Beamten der Casse dürfte geboten sein. Ueber die Art der Belegung der Gelder der Casse sind im Gesetz Vorschriften zu machen, außerdem aber wird man den Borstandsmitgliedern noch eine gewisse Berantwortlichkeit auslegen müssen. Zur Unterstützung des Vorstandes bei der Controle der zahlenden wie der empfangenden Mitglieder würden die erwähnten Ortsausschüsse dienen, durch beren Vermittlung in vielen Fällen auch die Auszahlung der Pension statt-

zufinden hätte.

Die Erhebung der Beiträge erfolgt am besten gleichzeitig mit den Gemeindesteuern. Die Last der Erhebung der Commune aufzubürden, läßt sich bei dem großen Vortheil, den dieselbe durch die Cassen hat, wohl recht=

fertigen.

Die von den Cassen aufgestellten und vom Borstand redivirten und unterzeichneten Jahrebrechnungen wären zu veröffentlichen, und das Originals-Exemplar nebst den Belägen während einer genügend langen Frist zur Einssicht der Interessenten resp. der von denselben erwählten Bertrauensmänner offen zu legen.

Beschwerben gegen die Cassenverwaltung würden an eine Bezirksrecurs=

instanz oder an eine Provinzialbehörde geben (f. unten).

Die Staatsaufsicht wird, wie bereits erwähnt, in der Regel ausgeübt werden durch die Landräthe und dürfte in ähnlicher Weise zu handhaben sein, wie bei den Knappschaftscassen. Der Verkehr der einzelnen Cassen mit

¹⁾ In England hat sich bei der Armenpstege das Spstem der Beobachtung in Arbeitshäusern glänzend bewährt. S. zweiter Jahresbericht des Local-Government Board 1872—1873 — dem Parlamente vorgelegt.

20 Frit Ralle.

einander müßte möglichst vereinfacht werden, ich bin daher auch nicht dafür, daß dieselben mit einander abrechnen, sondern glaube, daß der von der Cassenverwaltung im Buche des in einen andern Bezirk übersiedelnden Berechtigten gemachte Vermerk, daß der Betreffende bis jum Tage der Ent= laffung seinen Kflichten in jenem Bezirk genügt hat, ben Arbeiter im neuen Bezirk berechtigen muß und zwar natürlich für die dort bestehenden Pensions= fäte 1). Pensionäre dürften dagegen den Rassenbezirt, in dem sie pensionirt wurden, nicht verlaffen. Der Grund dafür liegt auf ber Hand, und wird wohl Niemand gegen eine derartige Beschränkung der Freizugigkeit Etwas einzuwenden haben 2). Zur Schlichtung der Streitigkeit zwischen Cassenver= waltung (Vorstand) und den beitragenden, wie den empfangenden Interessenten (also auch zur Anbringung von Beschwerden über die Rechnung des Borftandes) durfte sich, wie bereits erwähnt, eine für jeden Bezirk bestehende Recursbehörde empfehlen, gebildet aus 1 -- 2 Arbeitgebern und Arbeitern, einem Juristen oder Verwaltungsbeamten und einem Arzte, welche sämmtlich nicht zum Vorstand gehören. Auch die zu dieser Behörde gehörigen Mit= glieder aus dem Stande der Arbeiter und Arbeitgeber maren von den Intereffenten zu mählen, Jurist und Arzt von der Regierung zu ernennen, resp. von dem Kreisausschuß. — Bei entsprechender Zusammensetzung der ge= planten "Gewerblichen Schiedsgerichte" könnten vielleicht auch diese Behörden als Recursinstanz mit Bortheil verwandt werden. Will man jedoch die Zu= sammensetzung der Recursbehörde aus Bewohnern des Caffenbezirks vermeiden, so muß man eine Provinzialbehörde schaffen, ebenfalls aus Arbeitern, Arbeitgebern, Arzt und Verwaltungsbeamten bestehend. Ich ware nicht für Diese den Geschäfts= gang verschleppende Institution, will aber bemerken, daß, wenn einmal Provinzial= behörden gebildet werden, dieselben zur Entlastung der Contralbehörde verwandt werden müßten, indem man ihnen zuweist die Fälle, in denen zwischen den einzelnen Caffenverwaltungen ber Proving Streit ausbricht, wodurch gleichzeitig ber Bortheil erreicht murde, daß wenigstens ein Theil dieser Streitsachen unter directer Mitmirkung ber Intereffenten zur Entscheidung tame. Es wurde hierdurch unzweifelhaft bei den zur Berwaltung der Cassen berufenen Arbeitern

1) Der Uebersiedelnde würde nur eine kleine Gebühr für die Umschreibung zu entrichten baben.

3) Es wäre vielleicht nicht unzweckmäßig, wenn die Cassenverbände einen Theil ihrer Capitalien benutzten zum Bau von kleinen Häusern sür Vensionäre an solchen Orten des Bezirks, welche sich besonders dasur eignen. Das betreffende Capital würde sich hierdurch auch ganz gut rentiren und wäre doch jeden Augenblick greisdar durch Aufnahme einer Anleihe auf jene Immobilien.

Die Cassen in Bezirken mit rasch anwachsenben Industrie-Städten werden allerdings relativ ungunstig gestellt, berucksichtigt man aber, daß der Zuzug aus anderen Bezirken meint aus jungeren Leuten besteht, für die die Wahrscheinlichkeit ber Invalibität ja geringer ist, daß ferner bie Zinsen aus bem burch bie Einlagen während ber Carenzzeit gesammelten Capital unbedeutend sind gegenüber ben laufenben Einnahmen, so wird man einsehen, daß die Differenz zu Ungunsten solcher Cassen nicht berart ist, daß die hierüber angestellten Rechnungen nicht auch für sie zu Grunde gelegt werden könnten.

und Arbeitgebern das Verständniß für das gesammte Cassenwesen geweckt, die Einseitigkeit der Anschauungen gemildert, während andererseits die Stellung der Centralbehörde gegenüber den einzelnen Cassenwerwaltungen eine angenehmere werden dürfte.

Die Centralbehörde, bei ber jedenfalls die Streitigkeiten der Caffenverwaltungen verschiedener Provinzen (resp. fleinerer Staaten) anzubringen wären, wäre ausschlieflich aus Beamten (Verwaltungsbeamten, Juristen und Meraten) aufammenauseten, eine Betheiligung ber Interessenten mare mit Rudsicht auf die der Centralstelle obliegenden Geschäfte unzweckmäßig, ferner mit Rücksicht darauf, daß die Centralbehörde in Bermanenz tagen muß und daß die Rosten der Heranziehung von Interessenten enorm hoch werden würden. (Die Centralftelle hätte überdies, wie bereits angedeutet, die Aufgabe, die für das Cassenwesen interessante Statistik zu sammeln, Die Ausführungsbestimmungen für die Gesetze auszuarbeiten, die Eintheilung in Gefahrenclassen, Die Brüfung und Genehmigung ber Statuten ber Zwangs= und Freiwilligen= Cassen vorzunehmen, und endlich die Controle über die Freiwilligen = Cassen zu führen. Was von allen hierüber angegebenen Bestimmungen für die Zwangscassen burch bas Gesetz und was burch Regulative zu firiren ist, will ich unerörtert lassen und nur bemerken, daß man die gesetzlichen Bestimmungen kaum viel weiter ins Detail auszuarbeiten braucht, als dies das preußische Berggesetz vom 24. Juni 1865 für die Knappschafts= cassen thut.

Bezüglich der freiwilligen Cassen durfte im Gesetz nur zu bestimmen sein, daß deren Errichtung abhängig ift von der Zustimmung der Reichs= Central=Behörde für das Benfionscaffenwesen und daß diese Zustimmung nur ertheilt werden kann unter der Bedingung, daß eine Minimalzahl von Mitgliedern nachgewiesen wird, daß die Leiftungen der Casse mindestens gleichkommen bem Durchschnitte bes Leistungsminimums ber Zwangscaffen bes bezüglichen geographischen Diftricts, daß die Cassenverwaltung sich den Anordnungen und der Controle der Reichsbehörde (resp. des Commissars der= selben) unterwerfe und, daß endlick eine Caution 1) deponirt werde, welche mindestens gleich kommt dem doppelten Jahresbeitrag der Gesammtheit aller Mitglieder. Daß die Erfüllung Dieser Boraussetzungen aber allein noch nicht maßgebend fein tann für Ertheilung ber Erlaubnig liegt auf ber Hand. Die Centralstelle wird in jedem einzelnen Falle sich klar werden müssen, ob der bei Begründung einer freiwilligen Casse bestimmende Gedanke der ift, ein gutes Institut zu schaffen, oder der Errichtung der Zwangscasse aus bem Bege zu gehen, und selbst wenn ersteres ber Fall sein sollte, wird fie zu untersuchen haben, ob die proponirte Casse hineinpaßt in das bestehende oder in der Entstehung begriffene System von Cassen, ebe sie die Concession er= theilt. Um ein nach Zutritt ber Zwangscassen möglichst zusammenhängendes Ganzes zu erzielen, wird darauf hinzuwirken sein, daß auch die freiwilligen

¹⁾ Diese Caution wird bei Auflösung ber Casse bazu zu verwenden sein, bie Mitglieder in die Districtscassen einzukaufen.

Cassen gebildet werden für kleinere geographische Bezirke und nicht etwa sür Genossen einzelner Gewerbe oder Bereine in großen Districten. Stets aber ist festzuhalten, daß bereits Bestehendes Anspruch auf Rücksicht hat. Hat die Bildung der Zwangscassen einmal begonnen, so wird man bei Concessionisrung neuer freiwilliger Cassen mit ganz besonderer Borsicht versahren müssen, denn dann liegt es besonders nahe, daß die Bildung vorgeschlagen wird in der Absicht, das Gesetz zu umgehen.

Ueber Alters- und Invaliden-Pensions-Cassen.

Gutachten

bon

Dr. Billmer in Berlin.

Der Eisenacher Berein für Social-Politik beabsichtigt das Thema der Altersund Invalidenpensions-Cassen zu einem Hauptgegenstand seiner Berhandlungen in der nächsten General-Versammlung zu machen. Das Thema ist auf Grund von Borschlägen von Dr. Hirsch und Dr. Engel dahin formulirt:

I. Ift überhaupt statt des Pensionscassenwesens die Capital = Versiche=

rung für Arbeiter vorzuziehen? — event.

11. Bezüglich der Benfionscaffen:

- 1) Fit die gesetzliche Regelung des Pensionscassenwesens für erforderlich, bezw. für wünschenswerth zu erachten?
- 2) Soll das Gesetz den Beitritt zur Pensionscasse obligatorisch machen: a) für die Arbeitnehmer? für alle oder nur bestimmte Kategorien?
 - b) für den Arbeitgeber? für alle oder nur bestimmte Rategorien?
- 3) Sollen für den Fall des Beitrittszwanges die Pensions-Cassen
 - a) ausschließlich vom Staate oder der Commune errichtet und ver= waltet werden, event. unter eigener Betheiligung der Versicherten?
 - b) von den Betheiligten nach Borschrift und unter Aufsicht des Staates gegründet und verwaltet werden (wie die Knappschaftscassen)?
 - c) von den Betheiligten nach Maßgabe eines Normativ Gesetzes errichtet und verwaltet werden, ohne staatliche Einmischung; oder sollen endlich
 - d) alle die Arten oder mehrere derselben neben einander gestattet sein?
- 4) Wie sollen für den Fall des Beitrittszwanges regulirt werden:
 - a) der Umfang der Pensionscassen nach Art und Beruf?
 - b) die Beitragspflicht bei Unvermögen?
 - c) die Fortdauer der Ansprüche bei Arbeitsentlaffung, Strife, Uebersfiedelung, Beschäftigungswechsel?
 - d) die Entscheidung über das Eintreten der Penfionsberechtigung?

24 Billmer.

- 5) Was soll für den Fall des freiwilligen Beitritts das Normativgesetz feststellen:
 - a) betreffs der Prüfung der Lebensfähigkeit?
 - b) betreffs der Sicherung der Mitglieder bezw. deren Angehörigen?
 - c) betreffs der Anlegung des Bermögens?
 - d) betreffs des Berhältnisses zu anderen, insbesondere Coalitions= Bereinen?
- 6) Ist im Falle der Freiwilligkeit das System der vom Staate organisirten und verwalteten Alters = und Invalidenpensions-Cassen, wie in Frankreich, England, Belgien zu empfehlen?

Bei der ersten Frage:

Ist überhaupt statt des Pensionscassenwesens die Capitalversicherung für Arbeiter vorzuziehen?

hat man die Versicherung, welche die eigene Versorgung, Alters = oder Invaliden = Berforgung bezweckt, und ferner die Berficherung, welche die Bersorgung anderer Personen, der Frau und der Kinder bezweckt, zu unterschei= den. Ist nur die eigene Bersorgung gemeint, so würde die Pensions-Versicherung also so aufzufassen sein, daß das versicherte Mitglied entweder bei Eintritt eines bestimmten Alters oder nur bei Eintritt der Invalidität oder endlich bei Eintritt der Invalidität, spätestens jedoch bei Erreichung eines bestimmten Alters eine Penfion erhalt, die es dann bis jum Tode fortbe-Die entsprechende Capital-Bersicherung wurde ähnlich, entweder zu einem bestimmten Termin, falls das Mitglied dann noch lebt, oder bei Gin= tritt der Invalidität oder drittens bei Eintritt der Invalidität, spätestens jedoch zu einem bestimmten Termin ein Capital fällig machen. Man könnte geneigt sein, der Capital-Versicherung den Vorzug zu geben, da in manchen Fällen das Capital, indem es der Familie des alt oder invalide gewordenen Mitgliedes zufließt und von dieser durch Arbeit befruchtet wird, eine bessere Bersorgung ermöglicht, sonst aber zum Kauf einer Bension verwandt werden kann. — Die zuerst erwähnten Fälle, wo die Capital-Versicherung wirklich der Pensions = Versicherung vorzuziehen wäre, würden jedoch wohl nur vereinzelte sein und es fragt sich daher, ob für den Fall der späteren Umwandelung des Capitals in eine Rente das Mitglied dieselbe Benfion zu erwarten hat, welche es von vornherein mit denfelben Beiträgen hätte erwerben können. das Capital bei Eintritt eines bestimmten Alters fällig und steht es dann bem Mitgliede frei, für das Capital eine Benfion zu taufen (mag dies nun bei derselben Casse, die das Capital versichert hat, oder bei einer anderen Casse geschehen), so wird die Casse sich sagen müssen, daß diejenigen Personen die Rente nicht wählen, welche das Gefühl des baldigen Ablebens in sich tragen. Die Casse muß daher für diejenigen, welche die Bension for= bern, diese nach einer Tafel mit geringerer Sterblichkeit also auch geringer bemeffen, als wenn es sich um Fälle handelt, wo fofort beim Beitritt die Penfion versichert wird.

In noch höherem Mage kommt die Differenz zwischen der von vornherein versicherten Bension und der für ein fälliges Versicherungscapital zu erwerbenden Pension zur Erscheinung, wenn es sich um Versicherung für den Fall der Invalidität handelt. Den Eintritt der Invalidität und die Zahlung des versicherten Capitals hat die Casse bei jedem Mitgliede zu erwarten, wenn nicht die Bestimmung an die Versicherung geknüpft ist, daß das Capital nicht ge= zahlt wird, wenn der Tod innerhalb einer bestimmten furzen Zeit nach Eintritt der Invalidität erfolgt. Die Capitalversicherung auf den Invaliditätsfall würde, wenn fie nicht durch eine solche Claufel eingeschränkt ist, theurer sein, als die Ber= sicherung auf den Todesfall, und mit jener Clausel immer noch sehr theuer bleiben. — Die Invaliden-Pension ist dagegen verhältnismäßig billig, da in sehr vielen Fällen, namentlich auch wenn die Invalidität durch einen Unfall herbeigeführt wird, die Pension nur kurze Zeit zu zahlen ist. Dazu kommt, daß aus der Schwierigkeit zu constatiren, ob die Invalidität bleibend oder nur vorübergehend sein wird, bei ber Capitalversicherung größere Uebelstände erwachsen, als bei der Benfionsversicherung. Das einmal gezahlte Capital ist schwer zurückzuerhalten, bei der Benfionsversicherung kann man die weitere Zahlung suspendiren.

Hidraus folgt, daß der Arbeiter für die Zeit des Alters und der Invalidität im Allgemeinen durch eine Pensionsversicherung sich besser und reichlicher

versorgen kann, als durch die entsprechende Capitalversicherung.

Die Versorgung anderer Personen, der Frau und Kinder wird dagegen am besten durch die Capital-Versicherung auf den Todesfall erreicht, weil diese beim Tode des Bersicherten jedenfalls ein Capital flüssig macht, welches den Hinterbleibenden, wer immer diese sein mogen, zu Gute kommt, während z. B. bei der Wittwen = Penfions = Versicherung die Auszahlung der Penfion an Bedingungen geknüpft ift, welche in vielen Fällen die ganze Berficherung für die wirklich Hinterbleibenden vollständig zwecklos erscheinen lassen. Wir unterlaffen es hierauf näher einzugehen und begnügen uns mit dem Hinweis auf die Schrift von Dr. Wiegand: Sind die Staats=, Benfions= und Wittwen= Caffen noch zeitgemäß? Halle 1859, und bemerken nur, daß bie Combination der Berficherung auf den Todesfall und auf den Lebensfall, d. h. die Bersicherung eines Capitales, welches entweder bei Eintritt eines bestimmten Alters, oder schon früher, wenn der Berficherte vorher stirbt, gezahlt wird, nur dann auf geeignete Beise die eigene Alters = Versorgung und die Versorgung der Familie combinirt, wenn ein so großes Capital versichert werden kann, daß die gewöhnlichen Zinsen dieses Capitals für die eigene Alters-Bersorgung ausreichen; benn reichen biese nicht und muß bas Capital ganz oder theilweise mit verwandt werden für die Altersversorgung, so ist eben aans ober theilweise ber andere Zweck, die Berforgung ber Familie, hinfällig.

Sollte schließlich die Frage so gemeint sein: Ift überhaupt statt des Bensionscassemwesens zum Zwecke der eigenen Altersversorgung die Capitalsversicherung zu Gunsten der Angehörigen für Arbeiter vorzuziehen? so erschellt schon aus dem Vorstehenden, daß die Versicherung zum Zweck der Altersversorgung und die Versicherung zu Gunsten so wesentlich

26 Zillmer.

von einander verschieden sind, daß sie mit einander nicht verglichen werden können. Beide Versicherungs-Arten haben auf die Lage der Arbeiter und deren Familien so wesentlichen, moralischen wie materiellen Einfluß, daß nur zu wünschen ist, der Arbeiter erkenne seine Pflicht, und sei zugleich in der Lage, für beide Versicherungen Genügendes zu thun.

11.

1) Hinsichtlich der Frage, ob die gesetzliche Regelung des Pensionscassenwesens für erforderlich bezw. für wünschenswerth zu erachten sei, hat man sich zu vergegenwärtigen, daß das Pensionscassenwesen zum Versicherungswesen gehört, und daß von denselben Gesichtspunkten aus, von welchen man eine gesetzliche Regelung des Versicherungswesens überhaupt für erforderlich oder für wünschenswerth erachtet, eine solche Regelung auch für das Pensionscassenwesen erforderlich oder wünschenswerth erscheint.

Die Versicherungs = Gesellschaften bedürfen zur Zeit in Preußen und in verschiedenen anderen Staaten der staatlichen Concession, und die Bedingungen, unter benen diese Concession ertheilt wird, sind abhängig von dem Erachten der betreffenden Staatsbehörde. Die gesetzliche Regelung würde demnach zunächst darin bestehen, die Bedingungen, welchen eine Gesellschaft zwecks der Betreibung des Versicherungsgeschäftes zu genügen hat, anstatt durch die specielle Concession durch ein Gesetz festzustellen. Für die Versicherungs-Gesellschaften, welche als Actiengesellschaften dem Actiengesellschafts-Gesetz unterworfen bleiben, würde nur festzustellen sein, welchen Forderungen sie bei Wegfall der Conceffion zu genügen haben; für die Gesellschaften, welche auf Gegenseitigkeit beruhen, waren außerdem noch die Rechtsverhaltniffe ber Gesellschaftsgenoffen, die hier zugleich Berficherungs-Rehmer und Berficherungs-Geber find, festzu-Die Verpflichtungen einer Berficherungs-Gesellschaft auf Gegenseitig= keit bestehen in der Hauptsache fast nur aus Verpflichtungen gegen die eigenen Mitglieder, also gegen die Geschäfts-Unternehmer, rejp. Inhaber. Mit dem Ausscheiden eines Mitgliedes verändert sich im Allgemeinen zugleich die Ge= fammt = Barantie, aber auch die Gefammt=Berpflichtung. Namentlich bei den Berficherungs = Branchen, wo es sich um Versicherungen mit längerer Dauer und mit Capital-Ansammlung, wie bei den auf das menschliche Leben begründe= ten Versicherungen, handelt, wird der Antheil des einzelnen Mitgliedes an dem Capitalvermögen der Gefellschaft wohl immer eben so groß oder größer sein, als sein Antheil an einem etwa entstandenen Deficit, so daß, falls ein Mitglied der Berpflichtung zur Deckung des Deficits beizutragen, sich entziehen wollte, eine Compensation möglich ist. Man kann daber, wenigstens für bestimmte Battungen von Versicherungs-Gesellschaften, anstatt einer solidarischen Verhaftung der Mitglieder eine limitirte (wenigstens für die meisten Fälle) zulassen. Außer= dem aber bleiben noch gesetzliche Bestimmungen darüber zu treffen, wie lange ein Mitglied nach Ausscheiden aus der Gesellschaft noch verhaftet bleibt, und ferner ob es zulässig erachtet werden darf, bereits fällige Versicherungsbeträge zur Deckung eines Deficits zu kürzen. Man denke sich z. B., eine Invaliden= Venfionscaffe ober eine Wittwen = Penfionscaffe bestehe, indem alle zahlenden

Mitglieders ausscheiden, nur noch aus penfionsberechtigten Mitgliedern. Können hier die ausgeschiedenen Mitglieder nicht herangezogen werden, so müßten natürzlich im Falle eines Deficits die Renten der vorhandenen pensionirten Personen gekürzt werden.

2) Auf die Frage, ob das Gesetz den Beitritt zur Pensionscasse obliga-

torisch machen soll, ist mit nein zu antworten.

Die Penfionscassen ebenso wie alle auf das menschliche Leben begründeten Versicherungs-Anstalten sind Sparcassen, die sich von den gewöhnlichen Sparcassen daburch unterscheiden, daß sie zugleich die Garantie dafür übernehmen, daß das sparende Mitglied die für ein bestimmtes Ereigniß ersorderliche Summe dis zu dem Sintritt dieses Ereignisses auch wirklich erspart hat. Ist es nun nicht Sache des Gesetzes, den einzelnen Staatsangehörigen zur Sparsamseit anzuhalten, sondern Sache der Erziehung, des Unterrichts, der privaten und öffentlichen Belehrung durch Wort, Schrift und gutes Beispiel, so kann auch die Theilnahme an den Pensionscassen nicht durch das Gesetz erzwungen werden. Möge Jeder nach seinen Kräften für die Ausbreitung der Erkenntniß, wie segensreich Pensions- und ähnliche Eassen wirken, dem schen Lassen der seinzelnen, ob er solschen Eassen beitreten will oder nicht.

3) und 4) Würde aber doch durch das Gesetz dem Arbeiter der Beitrittszwang auserlegt, so müßte der Staat für die betressende Casse die Garantie übernehmen. Denn was hätte der Staat mit seinem Zwange erreicht, wenn die Arbeiter einer mit der Zeit insolvent werdenden Casse beigetreten wären! Ob für den Fall des Beitrittszwanges die einzelnen Cassen nur vom Staate oder von den einzelnen Communen oder von den Betheiligten errichtet und verwaltet werden, ist dabei Nebensache. Die Hauptsache bleibt eben neben dem Beitrittszwange als Gegenleistung die staatliche Garantie für die Pensionscassen.

Die unter 4 noch weiter für den Fall des Beitrittszwanges aufgestellten Fragen, die, wenn der Beitrittszwang zur Ausführung gelangte, allerdings eine eingehende Erörterung erfordern würden, mögen hier übergangen werden, da eben für die Voraussetzung, von welcher man bei der Beantwortung ausgehen soll, wohl so gut wie keine Aussicht auf Verwirklichung vorhanden ist.

5) Die Fragen unter 5 ad a) und b): Was soll für den Fall des

freiwilligen Beitritts das Normativgesetz feststellen:

a) betreffs der Prüfung der Lebensfähigkeit?

b) betreffs der Sicherung der Mitglieder, bezw. deren Angehörigen? stehen in innerem Zusammenhange. Ist die Lebensfähigkeit einer Bensionscasse genügend sicher gestellt, so sind auch die Interessen der Mitglieder, resp. ihrer Angehörigen nach den meisten Richtungen hin sicher gestellt.

Worin besteht nun, und wodurch wird gesichert die Lebensfähigkeit einer

Pensionscasse, wie überhaupt einer Versicherungs-Anstalt?

Gine rationell eingerichtete Casse hat zwei Anforderungen zu genügen. Ginmal mussen die Beiträge der Mitglieder für den Fall der normalen Ent-wicklung vollkommen ausreichen, um die statutenmäßigen Cassenleistungen zu

28 Zillmer.

beden und zweitens muffen Bestimmungen getroffen sein, welche, falls durch Eintritt anormaler Verhältnisse ein Desicit entstanden ist, dies Desicit bald erkennen lassen und zur Tilgung bringen. Bon diesen beiden Anforderungen

ist die zweite die wichtigere.

Unter normaler Entwickelung ber Caffenverhältniffe ift nämlich zu verstehen, daß die Leistungen der Casse nicht höher ausfallen, als nach den der Berechnung der Beiträge zu Grunde gelegten statistischen Zahlen oder Tafeln anzunehmen ist. Bei der Verwendung statistischer Resultate hat man sich indeß mancherlei zu vergegenwärtigen. Zunächst geben statistische Zahlen nur dann ein einigermaßen den Verhältnissen entsprechendes Bild, wenn die angestellten Beobachtungen sehr umfangreich sind, und außerdem stellen sie eben nur in der Vergangenheit beobachtete Zahlen und Verhältniffe dar. Will man solche statistische Zahlen als Rechnungsgrundlage für zukünftige Ereigniffe verwerthen, fo muß man eben die Boraussetzung machen, daß ein= mal die Beobachtungen, aus denen die statistischen Zahlen hervorgegangen sind, genügend umfangreich waren, und daß ferner die Urfachen, die auf die betreffenden Berhältniffe einwirken, weder in ihrer Intensität noch in ihrem gegenseitigen Berhalten sich geändert haben. Nun ist aber die Anzahl der Ursachen, welche bei der Hervorbringung der Erscheinungen, die man der statistischen Beobachtung unterzieht, mitwirken, so groß und die Berschiedenheit ihrer Intensität so mannigfach, daß man im speciellen Falle nicht anzugeben vermag, welche Bahl von Beobachs tungen ausreicht. Theoretisch spricht man vom Gesetz ber großen Zahl, und in der That, je größer die Anzahl der Beobachtungen, desto mehr finden in dem Resultate der Beobachtungen die verschiedenen Ursachen ihrer Zahl und Intensität nach ihre richtige Darstellung. In Wirklichkeit ist man aber gewöhnlich von biefem idealen Ziele weit entfernt. Ebenso kann man wohl mit Bestimmtheit annehmen, daß auch die verschiedenen Urfachen, die auf die betreffenden Ereig= nisse einwirken, inzwischen nicht constant geblieben sind und zukünftig nicht unwandelbar bleiben werden, und daß die der Vergangenheit entnommenen Resultate nur dann überhaupt für die Beurtheilung zukunftiger Berhältnisse von Werth sind, wenn man voraussetzen darf, daß in den Ursachen nur langsame und nur continuirliche Beränderungen vorgegangen sind. Wo diese Voraussetzung nicht gestattet ift, da sind die vorhandenen statistischen Zahlen, und wenn sie aus noch so umfangreichen Beobachtungen hervorgegangen sind, keine geeignete Rechnungs-Grundlage. Go ist z. B. auf Grund auch der vollständigsten Statistift der Kriegsverluste eine Capitalversicherung auf den Todesfall im Kriege nicht zu etabliren, weil hier die Verhältnisse, die auf den Umfang der Berluste einwirken, nicht continuirlich, sondern sprungweise sich andern.

Aus dem Gesagten folgt wohl schon zur Genüge, daß nan bei Verswendung der statistischen Zahlen sich stets bewußt bleiben nuß, wie wenig zustressend sie vielleicht für den vorliegenden Fall sein werden. Oft aber sehlen die statistischen Grundlagen ganz, und zwar namentlich, wenn es sich um neue Versicherungsgediete handelt. Dies ist natürlich und muß so sein, die Statistik kann nicht im Voraus wissen, welche Anforderungen die Versicherungse-Technik stellen wird, sie kann erst, nachdem sie erfahren, was für die Versicherung ges

braucht wird, versuchen, das Fehlende zu ergänzen. Als man anfing die Lebensversicherung zu cultiviren, gab es noch keine nach richtigen Principien berechnete Sterblichkeitstafel und ebenso giebt es heute keine aus statistischer Beobachtung hervorgegangene Invaliditätstafel, welche hinsichtlich der noch nicht invaliden Personen für jedes Alter die Wahrscheinlichkeit, innerhalb des nächsten Jahres invalide zu werden, und ferner für die bereits invalide gewordenen Personen ebenso für jedes Alter die Wahrscheinlichkeit, innerhalb des nächsten Jahres

zu sterben, angäbe.

Sollte nun, wenn die Rechnungsgrundlagen ungenügend sind oder gar sehlen, die betreffende Versicherungsbranche uncultivirt bleiben, oder sollte wenigstens ihre praktische Gestaltung dis zu der Zeit verschoben werden, dis die statischsche Grundlage gewonnen ist, so hieße das, dem Fortschritt einen Riegel vorschieben; denn ebenso wie erst aus den eigenen Ersahrungen die Lebens – Versicherungs – Gesellschaften die beste Grundlage für ihre technischen Berechnungen gewonnen haben, ebenso werden in allen neuen Versicherungsgebieten, also auch dei der Jnvaliden -Versicherung, gerade die betreffenden Versicherungs = Anstalten selber das beste Material für die statistische Bevbachtung liesern.

Hat man nicht genügendes statistisches Material für die Bestimmung der Beiträge, so gäbe es noch den Ausweg, daß man die Beiträge so hoch greift, daß allerdings auch ohne statistische Grundlage angenommen werden kann, die Beiträge werden ausreichen. Damit wäre aber der Entwickelung des Berssicherungswesens nicht gedient. Die Beiträge dürsen nicht zu hoch gegriffen sein, denn sonst schrecken sie von der Betheiligung ab, und die bei zu hohen Beiträgen später zur Erscheinung kommenden Ueberschüsse stönnen niemals gerade denselben Personen, welche die hohen Beiträge gezahlt haben und auch nicht nach vollständig richtigen Berhältniß zurückgegeben werden.

Fehlt nun der statistische Anhalt für die Bestimmung der Beiträge, so ist dieselbe unter Zuhülfenahme von Hypothesen zu bewerkstelligen. Man macht allerdings nur einen Versuch; aber man macht den Versuch mit der Hoffnung, er werde gelingen, und man darf diese Hoffnung hegen, wenn das durch die zweite der oben hingestellten Anforderungen gegebene Sicherheitsventil

richtig gebraucht wird.

Jede Versicherungs-Casse, auch jede solche, deren Beiträge mittelst der besten und bewährtesten Rechnungsgrundlagen festgestellt sind, hat zu besürchten, daß ihr in dem einzelnen Zeitabschnitt größere Leistungen erwachsen, als der Rechnungsgrundlage entsprechen. Nehmen wir eine Begräbniscasse, oder eine Lebensversicherungs-Anstalt, welche eine bestimmte Anzahl gleichaltriger Personen versichert hat, z. B. 1000 Personen im Alter von 40 Jahren, und nehmen wir an, daß das Stervlichsteits-Verhältniß nach den umsangreichsten Beobachtungen auf 1% sich stelle, so daß also im Laufe eines Jahres gerade 10 Personen sterven müsten, wenn unter diesen 1000 Personen das sogenannte Stervlichseitsgeset genau zur Erscheinung kommen soll. Hat die Casse nun zu erwarten, daß gerade 10 von ihren Versicherten sterven werden? durchaus nicht. Sie darf erwarten, daß, wenn sie die Beobachtungen von 40jährigen

30 Zillmer.

Bersonen der verschiedenen Jahre zusammenstellt und diese Beobachtungen bann noch mit den Beobachtungen anderer Caffen combinirt, und wenn bei dieser Combination genügend große Bahlen entstehen, bann bas Berhältniß von 1% nahezu sich ergeben werde, oder sie darf vielmehr behaupten, wenn bei der Zusammenstellung der Beobachtungen ein weniger oder mehr von 1% abweichendes Berhältniß zum Borschein tommt, daß in den Sterblichkeits-Berhältniffen, refp. in den auf die Sterblichkeit einwirkenden Urfachen eine geringere ober größere Beränderung sich vollzogen hat. — Zeitabschnitte mit gunstigem Berlauf ber Sterblichkeit werden zwar häufiger eintreten als un= gunftige, und zwar aus dem Grunde, weil die Abweichung von dem Durch= schnittsergebniß nach der günstigen Seite niemals so groß werden kann, wie bie ungunstigste Abweichung und zur Ausgleichung einer großen ungunstigen bemnach viele kleine günstige erforderlich sind; tropdem aber bleibt es möglich, daß gerade ein ungünstiges Berhältniß in dem betreffenden Jahre sich einstellt. Diese, wenn man so fagen barf, Willfürlichkeit in den Resultaten der einzelnen Beobachtung stimmt auch vollständig mit dem Gefet der großen Bahl überein. Ift 3. B. a die Anzahl der Sterbefälle, die unter b Bersonen gleichen Alters während eines Jahres beobachtet sind und find a und b fehr große Bahlen, so ist das Sterblichkeits=Berhältniß gleich a. Sind nun e und d die ent= sprechenden Zahlen einer neuen Beobachtung, so würde das in dem einzelnen Jahre beobachtete Sterblichkeitsverhältniß = $\frac{c}{d}$ sein, und als Gesammt = Refultat aller Beobachtungen das Sterblichkeitsverhältniß

$$\frac{a+c}{b+d} = \frac{\frac{a}{b} + \frac{c}{b}}{1 + \frac{d}{b}}$$

fich ergeben. Sind die Zahlen a und b groß genug, so sind die Werthe $\frac{c}{b}$ und $\frac{d}{b}$ gleich Null zu setzen, und man hat

$$\frac{a+c}{b+d}=\frac{a}{b},$$

b. h. an dem Gesammtergebniß aus großen Zahlen ändert das Resultat der einzelnen Beobachtung nichts und umgekehrt aus dem Gesammtresultat ist kein Schluß auf das Ergebniß der einzelnen Beobachtung zu ziehen.

Was hier von den Sterblichkeits-Berhältnissen gesagt ist, gilt auch von den Invaliditäts-, Krankheits-2c. Verhältnissen. Jede Casse schwebt somit im Lause jedes einzelnen Jahres in der Gesahr, für die erforderlich geworbenen Leistungen mehr auszugeben, als ihr nach den Rechnungsgrundlagen (gleichniel ob diese erfahrungsmäßig oder hypothetisch festgesetzt sind) zu Gebote steht. Daß nun mit Sicherheit durchaus nicht darauf zu rechnen ist, daß das Desicit des einen Jahres durch den Ueberschuß eines oder der

folgenden Jahre gerade wieder aufgehoben werde, das darf wohl nach den vorstehenden Ausstührungen nicht erst näher dargelegt werden; es möge jedoch noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß ein einmal entstandenes Deficit um seine Zinsen und Zinseszinsen wächst, ein Umstand, der die spätere Aus-

gleichung noch schwieriger macht.

Demnach muß jede Versicherungs-Casse jedesmal nach Ablauf einer bestimmten Frist nach den Regeln der Wahrscheinlichkeitsrechnung oder Verssicherungstechnik eine genaue Ermittelung ihrer Verdindsteiten anstellen lassen und den hierbei sich ergebenden Betrag der Verdindlichkeiten mit dem dafür vorhandenen Deckungscapital vergleichen. Ergiebt sich hierbei ein Ueberschuß auf Seiten des Deckungscapitals, so ist Vermögens-Ueberschuß vorhanden, der als besondere Reserve aufgehoben oder auch ganz oder theilweise als Gewinn zu Gunsten der Mitglieder verwendet werden kann. Ergiebt sich bei dem Vergleich dagegen ein Ueberschuß auf Seiten der Cassen zur Deckung desselben außreichend verpflichten.

Hat sich ein Desicit herausgestellt und ist es dann durch Extra-Beiträge der Mitglieder beseitigt, so ist es hinterher offenbar gleichgültig, ob das Dessicit durch ungünstige Ereignisse in dem Berlauf der Sterblichkeit, der Invalidität 2c. oder durch zu niedrige Beiträge herbeigesührt worden ist. Die Hauptsache ist, daß es beseitigt wird. Wird nun dei jeder technischen Cassenprüfung, oder sast bei jeder Cassenprüfung ein Desicit constatirt, so werden dadurch die Beiträge schon corrigirt, andererseits aber wird dieser Umstand jede ausmerksame Cassenvaltung resp. den die technische Prüfung ausssührenden Sachverständigen darauf ausmerksam machen, daß es sich alsdann nicht um vorübergehende, sondern um bleibende Uebelstände handelt, die durch generelle Beitragserhöhung zu beseitigen sind. Die Berichtigung der Nechnungs-

grundlagen ergiebt fich auf diese Weise nach und nach von felber.

Selbstverständlich muffen bei der technischen Cassenprüfung einer Bensions= casse die Verbindlichkeiten, welche die Casse solchen Mitgliedern gegenüber hat, welche bereits invalide geworden sind, nicht etwa nach dem Jahresbetrage der Benfion bemessen werden, sondern es muß für jedes derselben das volle Renten= Capital in Rechnung gestellt werden, welches die Zahlung der Pension für die ganze zukunftige Invaliditäts = refp. Lebensdauer ermöglicht. Wären nun 3. B. die hypothetischen Rechnungsgrundlagen darin falsch, daß die Wahr= scheinlichkeit invalide zu werden, für die jüngeren Alter zu niedrig gegriffen ware, so wurde dieser Frethum eben dadurch zur Erscheinung tommen, daß die Casse für eine größere Anzahl invalider Mitglieder auch ein größeres Renten = Capital in Rechnung ftellen mußte, was ein Deficit zur Folge haben würde; und mit der Deckung des Deficits ware die Einwirkung der falschen Rechnungsgrundlage hinsichtlich der bereits invalide gewordenen vollständig beseitigt. Für die inzwischen nicht invalide gewordenen Mitglieder würden die Berbindlichkeiten der Casse allerdings vorläufig nach der angenommenen Rechnungsgrundlage berechnet werden, und falls diese falsch, vorläufig keine Correctur erhalten; aber man darf annehmen, daß hier der Fehler nicht so 32 Billmer.

sehr groß ist. Als Belag dafür kann man anführen, daß bei der Lebens= versicherung die rechnungsmäßigen Verbindlichkeiten sich sogar böher stellen, wenn man nach einer Sterblichfeiistafel rechnet, die für die jungeren Lebens= alter geringere Sterblichkeitsquotienten zeigt. Wenn auch die Benfionsversiche= rung dadurch von der Lebensversicherung sich unterscheidet, daß bei der ersteren nicht für jedes Mitglied eine Cassenleiftung zu erwarten ist, weil nicht jedes Mitglied invalide wird, während jeder Mensch sterben muß, so bleibt doch der Umstand bestehen, daß je niedriger die Wahrscheinlichkeit des Invalide= werdens für die jüngeren Alter gegriffen wird, auch um so geringere Theile ber laufenden Beiträge für die Bestellung des Renten : Capitals für die inzwischen invalide gewordenen Mitglieder zur Verfügung stehen, also um so größere Theile jener Beiträge in die Referve für die noch nicht invalide ge= wordenen fließen müssen. Die Gefahr, daß schließlich das Deficit soweit anwachse, daß die Mitglieder durch geringe Beiträge es nicht mehr bewälti= gen könnten, kann bemnach, die richtige Handhabung des durch die technische Cassenprüfung gegebenen Sicherheitsventils vorausgesetzt, vollständig als nicht existirend betrachtet werden, während die Möglichkeit, daß nach und nach die Erfahrung zeige, daß höhere Beiträge erforderlich werden, bei ursprünglich hypothetischen Rechnungsgrundlagen von Niemandem bestritten werden wird.

Alls unmittelbare Folge der Unerläßlichkeit der technischen Cassenprüfung ergiebt sich noch, daß alle Bestimmungen, welche diese Brüfung unnöthig erschweren oder unsicher machen, zu tadeln sind. Hierhin gehört z. B. die bei manchen Wittwen=Pensions=Anstalten vorkommende Bestimmung, daß das Anrecht auf die Pension ohne Weiteres, höchstens gegen Zahlung eines neuen einmaligen Eintrittsgeldes auch auf die zweite, resp. dritte 2c. Frau übergeht, wenn ein Mitglied nach dem Tode der Frau sich wieder verheirathet.

Die periodisch technische Cossenprüfung incl. der Verpflichtung für die Mitglieder zur Deckung eines etwa vorhandenen Deficits ist für die Lebens= fähigkeit einer Penfionscasse von so wesentlicher Bedeutung, daß man ohne Bedenken jede derartige Casse für nicht lebensfähig erklären sollte, welche in ihrem Statut die einschlägigen Bestimmungen nicht hat. Mindestens kann man von solchen Cassen sagen, daß ihre Leistungsfähigkeit nicht nachgewiesen ift, da aus einer Capital-Ansammlung, selbst einer scheinbar sehr reichlichen, noch nicht die Hinlänglichkeit des Capitals gefolgert werden kann. Dies gilt natürlich nicht für diejenigen Cassen, für welche der Staat die Garantie, die man für diesen Fall wohl als unerschöpflich ansehen kann, trägt; vorausge= sett, daß die Leistungen der Casse dem einzelnen Mitgliede gegenüber fest normirt sind. Auch hier ware die technische Cassenprüfung und die sofortige Deckung eines etwa vorhandenen Deficits erwünscht, weil dadurch die Leistung der Garantie rationeller auf die Steuerzahler vertheilt würde; das Unterlassen der technischen Prüfung verschiebt nämlich in diesem Falle die Deckung des Deficits, falls ein solches vorhanden, bis auf den Zeitpunkt, wo die baaren Mittel der betreffenden Casse ganz oder nahezu erschöpft sind, und dann haben die dermaligen Steuerzahler die größere Last des Desicits mit seinen Zinsen und Zinseszinsen zu tragen. — Sind aber die Leistungen der Casse nicht

feststehend, sondern können, wie bei den Schullehrer=, Wittwen= und Waisenkassen je nach dem Stand der Casse die Pensionen erhöht werden, so muß die periodische Cassenprüfung und die unverzögerte Tilgung eines ermittelten Desicits gesordert werden, weil sonst die Mitglieder event. mit einem Theil der Beiträge, wofür sie höhere Leistungen beanspruchen könnten, dem Staate die diesem gesetlich zustehende Garantie ganz oder zum Theil abnehmen, was dem Geist des betressenden Gesetzes nicht entsprechen dürfte.

Das Gesetz hat somit für die Bensionscassen vorzuschreiben, das Statut jeder solchen Casse müsse die Bestimmung enthalten, daß der Vorstand jedesmal nach Ablauf einer bestimmten Zeit, entweder allährlich oder alle 3 Jahre oder äußersten Falles alle 5 Jahre, eine sachgemäße, d. h. den Vorschriften der Wahrscheinlichkeitsrechnung, resp. der Versicherungstechnik entsprechende Ermittelung der Cassen Verbindlichkeiten durch einen Sachverständigen außsführen lasse und daß ein hierbei sich herausstellendes Desicit innerhalb einer bestimmten Frist, etwa innerhalb der Zeit dis zur nächsten technischen Cassen prüfung durch außerordentliche Beiträge der betheiligten Mitglieder gedeckt werden müsse.

Diese Bestimmung sichert in der Hauptsache die Leistungsfähigkeit der Casse und somit auch die statutarisch begründeten Ansprüche der Mitglieder, resp. der Angehörigen dieser, so daß wohl kaum besondere Borschriften zu deren Sicherung nöthig sind; es sei denn, daß man für die Beilegung von Streitigkeiten gewisse Formen der Entscheidung, z. B. Schiedsgerichte anordnen oder verbieten wollte.

- 5 c) Betreffs der Anlegung des Vermögens hätte das Gesetz nur zu bestimmen, daß detaillirte Bestimmungen darüber in jedem Statut enthalten sein müssen, und daß die Gelder der Pensionscasse (höchstens mit Ausnahme von Ueberschüssen, die bei der technischen Cassenprüfung ermittelt worden sind) niemals anders, als dem Statut entsprechend verwandt werden dürfen.
- 5 d) Was das Verhältniß der Pensionscassen zu anderen, insbesondere Coalitions-Bereinen betrifft, so ist es Thatsache, daß Personen, welche bereits einem Bereine angehören, einer Berforgungscaffe beizutreten leichter geneigt sind, wenn Seitens des Vereins für den Beitritt agitirt ober wenn gar die Casse durch den Berein selber ins Leben gerufen und verwaltet Eine solche Zusammengehörigkeit zwischen Benfionscaffen und anderen Bereinen hindern, das hieße die Entwickelung der Selbsthilfe auf dem Gebiet der Alters = 2c. Verforgung schädigen. Fraglich und durch das Gesetz zu regeln dürfte hier nur das Verhältniß berjenigen Mitglieder sein, welche aus irgend einem Grunde, der mit der Benfionscaffe in keinem Zusammenhange steht, aus dem, wir wollen sagen Muttervereine auszuscheiden gezwungen werden. Sollen solche Mitglieder ohne Weiteres auch von der Pensionscasse ausge= schlossen werden können, oder soll ihnen wenigstens das Recht, auf die Berwaltung der Casse Einfluß auszuüben, also das Stimm = und Wahlrecht für die Penfionscaffe entzogen werden konnen, und ferner falls fie ausgeschloffen werden können, sollen sie mit ober ohne Entschädigung ausscheiden? Das Bewilligen einer Entschädigung für das austretende Mitglied würde bei einer

Schriften V. - Alterspenfionscaffen.

Bersicherung, die mit Sicherheit eine bestimmte Cassenleistung bedingt, wie 3. B. bei der Lebensversicherung auf den Todesfall, unbedenklich sein, wie ja auch fast alle Lebensversicherungs = Gefellschaften ausscheidenden Mitgliedern eine Abgangsentschädigung, entweder bemessen nach der Höhe der eingezahlten Beiträge oder nach der Sohe der sogenannten Prämien = Reserve bewilligen. Handelt es sich dagegen um eine Versicherung, bei welcher die Leistung der Caffe von dem Gintritt eines Ereignisses, das event. nicht eintritt, z. B. davon abhängig ist, daß das Witglied ein bestimmtes Alter erreicht, oder den Eintritt der Invalidität eine gewisse Zeit überlebt, so wurde einem freiwillig aus= tretenden Mitgliede mit Recht jede Abgangsentschädigung zu versagen sein, wie auch die Lebensversicherungs = Gesellschaften für solche Fälle keine Abgangs= entschädigung zahlen. Wie die Casse hier denjenigen gerecht werden soll, die aus dem Mutter = Berein und der Penfionscaffe auszuscheiden gezwungen werden — vom technischen Standpunkt aus mußte man gegen eine Abgangs= entschädigung stimmen — das ist schwer zu entscheiden. Um einsachsten durfte die Frage geregelt sein, wenn den betreffenden Bersonen die Mitgliedschaft bei der Benfionscaffe ohne Stimm= und Wahlrecht fortzusegen gestattet würde; sie würden dann keine materiellen Verluste erleiden und der Verein, der die Benfionscasse ins Leben gerufen, behielte die Berwaltung, die er, an die sta= tutarischen Bestimmungen gebunden, nicht migbrauchen kann.

6) Die Organisation der Pensionscassen und ihre Verwaltung überlasse man ganz den betreffenden Betheiligten. Der Staat behalte das Aussichtserecht über die Cassen, er soll befugt sein, jederzeit untersuchen zu lassen, ob das Statut den gesetzlichen Vorschriften genügt und ob die Verwaltung dem

Statut und Befet gemäß geführt wird.

Im Uebrigen wäre es vielleicht Sache des Staates, die Ergebnisse der verschiedenen Cassen zusammenzustellen und mit specieller Rücksicht auf die Bebürfnisse der Bersicherungs-Technik statistisch bearbeiten und veröffentlichen zu lassen, vielleicht auch dafür Sorge zu tragen, daß mathematisch gebildete Personen Gelegenheit sinden, die für einen Sachverständigen für Bersorgungs-cassen erforderlichen technischen Kenntnisse sich zu erwerben.

Ueber Alters- und Invaliden-Pensionscassen.

Gutachten,

erstattet bon

2. Ludwig = Wolf, Bürgermeister zu Großenhain.

Ehe ich mich zu ber Beantwortung ber mir vorgelegten einzelnen Fragen wende, für die es leider um die auf Erfahrung gegründeten sowohl statistischen, als anderen Unterlagen noch sehr schwach bestellt ist, und ehe ich namentlich zu erörtern versuche, ob in Hinsicht der Sicherung der Arbeiter dem Bensions= cassenwesen die Capitalversicherung vorzuziehen sei, halte ich es für angezeigt, zunächst meinen Standpunkt gegenüber dem Thema der "Zwangsversicherung", unter welchen gemeinsamen Begriff beibe Berficherungsarten fallen, sobald man gesetzliche Nöthigung zu dem Einen oder Anderen eintreten läßt, in aller Rürze darzulegen, da, sobald man überhaupt einen Zwang oder eine gesetz= liche Einwirfung in diefer Richtung für nicht gerechtfertigt erklärt, wie es 3. B. Seiten des Referenten Herrn Dr. Rickert auf dem Danziger volks= wirthschaftlichen Congresse geschehen, sich eine Beantwortung der weiteren Fragen vollständig erledigen würde. Zu diesem Ende gestatte ich mir, hier Bezug zu nehmen auf einen von mir in Nr. 36, 37 und 38 der wissenschaftlichen Beilage der Leipziger Zeitung vom Jahre 1873 veröffentlichen Auffat, auf den ich, weil meine Ansichten in dieser Richtung keine Aenderung erfahren haben, hier vielfach zurückgreifen werde und in welchem ich mich, allerdings junächst nur mit Bezug auf Arbeiter-Kranken- und Begräbnikcassen, wie folgt ausgesprochen habe:

"Ich gehe von dem Grundsatze aus, daß Nichts den Arbeiter tiefer niederführt, als der Genuß von Almosen, und daß umgekehrt Nichts ihn höher hebt in seinen eigenen Augen und in der Achtung vor sich selbst, als das Bewußtsein, daß er Alles sich und seiner eigenen Kraft verdanke und daß er ein vollberechtigtes Glied sei im Staats= und im Gemeindewesen, da er auf sich und seine Kraft und nicht auf fremde Hilfe seine wirthschaftliche Existenz gegründet hat. Im Hinblicke auf diese Erwägung wird, das wird mir Jeder einräumen und zugeben, diese Frage für Staat und Gemeinde zu einer eminent wichtigen und bedeutungsvollen nicht blos in moralischer und ethischer, sondern auch in sinanzieller Beziehung und die Motive zur Reichsgewerbeordnung

Ludwig=Wolf.

sprachen in letzter Hinsicht die volle Wahrheit aus, als sie bezüglich der ge=

werblichen Hilfscassen sich dahin ausließen:

"Unter gewissen Voraussetzungen bilden solche Cassen eine unentbehrliche Ergänzung zur localen Armenpflege, in den sehr zahlreichen Fällen nämlich, wo die industrielle Sentwickung der Gemeinde eine so überwiegende Zahl Besitzloser zuführt, daß diese allein der gesetzlichen Pflicht der Armenpflege nicht gewachsen sein würde. Die zur Erleichterung der Gemeinden in solchen Fällen hinzutretenden gewerblichen Unterstützungscassen tragen wesentlich bei, die Schwierigsteiten zu beseitigen, welche aus der Collision der Freizügigkeit mit der Unterstützungspflicht der Gemeinden entstehen können."

Sie tragen aber — füge ich hinzu — nicht den niederdrückenden Charakter der Armencassen an sich, da der zu Unterstützende die Unterstützung nicht als ein Almosen erhält, sondern als sein wohlerwordenes Recht zu bean-

spruchen befugt ist.

Leider Gottes! muß ich fagen — und ich nehme keinen Anstand dies auszusprechen, denn ungeschminkte Wahrheit ift die Bedingung alles Fort= schrittes — mangelt dem überwiegenden Theile unfrer Arbeiter noch die Gin= ficht in die unendliche Wichtigkeit dieser Frage, und das Bewuftsein, welch' unsagbar großen Dienst sie nicht blos dem Staate und der Gemeinde, sondern noch mehr sich, ihren Kindern und ihrem ganzen Stande in dieser Richtung durch' thatfräftiges Aufraffen zu erweisen vermögen und eigentlich zu erweisen moralisch verpflichtet sind, ist noch bei dem geringsten Theile lebendig geworden. Wie nun der Staat, der nach meiner bereits ausgesprochenen Ansicht die Aufgabe hat, die durch Materialismus und Selbstsucht beherrschte Gesellschaft ihren höheren und idealeren Zielen entgegenzuführen, dieser Aufgabe 3. B. durch die Einführung des Schulzwanges zu entsprechen sucht, um die Jugend zu tüchtigen Mitgliedern des staatlichen Gemeinwesens heranzubilden und zu dem Wettkampfe des Lebens geschickt zu machen, so, halte ich dafür, hat er auch in der vorliegenden Frage, wo ein großer Theil seiner Angehörigen an Einsicht und Erfahrung noch den Unmundigen gleichsteht, die wichtige Aufgabe, durch Ausübung eines geeigneten Zwanges Diese erwachsenen Ummundigen zum vollen und lebendigen Berftändniß der Frage durch Bermittelung der praktischen Erfahrung hinzuführen und der in derselben liegenden Wohlthaten nöthigenfalls gegen ihren Willen theilhaftig zu machen. So hoch ich sonst die persönliche Freiheit stelle, so mag ich sie doch nur da voll und rückhaltlos anerkennen, wo sie mit dem vollen und klaren Bewußtsein von Recht und Pflicht, von That und Folge Hand in Hand geht."

In gleicher Weise spricht sich auch ein Artikel in Ner. 44 der Concordia vom Jahre 1873 betitelt: "Zur Cassenfrage" aus, in welchem es heißt:

"Derselbe (Einsender eines früheren Artikels betitelt: Ein Botum) meint ferner, dem "soliden rechtlichen Arbeiter" sei durch die Sparcassen Gelegenheit zur nutzbringenden Anlegung seiner Ersparnisse geboten und man solle ihn lieber zu der freien sittlichen That des Sparens (wie Prof. Böhmert sagt) ermuthigen, als zu Beiträgen

an eine Caffe zwingen. In gleichem Sinne verweist er auf bie Erwerbung eines Grundeigenthums durch den Arbeiter. Sowohl Haulkauf der Arbeiter als Sparcassen können keinen wärmeren Freund haben, als uns. Aber es kann unseres Grachtens nicht oft genug gesagt werden, daß zwischen dem "foliden rechtlichen Arbeiter", welcher spart, und dem Lump, welchem der Mehrverdienst zum Fluche statt zum Segen wird, eine große, der Zahl nach wohl überwiegende Classe Menschen mitten inne fteht, Die Classe berer, welche ohne gerade leichtsinnig oder liederlich zu sein, doch der moralischen Kraft ermangeln, um aus eigenem Antriebe und mit eigenen Opfern für ihre Zukunft zu sorgen, und welche kein vernünftiger Mensch darum groß schelten wird, weil sie sich eben nicht über den Durchschnitt erheben. Sofern es sich nun lediglich um diese Leute selbst handelte, konnte man sie ja ihrem Schicksale über= lassen. Aber das ist eben nicht der Fall, sondern jede Arbeits= unfähigkeit von Menschen, die nunmehr für sich und ihre Familie auf die öffentliche Wohlthätigkeit angewiesen sind, birgt einen socialen Giftstoff in sich. Und ba nun diese Arbeitsunfähigkeit meistens doch eine wesentlich unverschuldete, vielfach sogar ganz direct in bestimmten Einrichtungen ober Zuständen begründete ift, so darf der Gesellschaft füglich eine doppelte Pflicht, wenigstens die Wirkungen abzuschwächen, wo sie die Ursachen nicht beseitigen kann, zugesprochen werden."

Gebe ich somit die Berechtigung des Staates zur Ausübung eines gessetzlichen Zwanges im Principe zu, so stehe ich doch weiter wieder auf dem Standpunkte, daß der staatliche Zwang meiner Ansicht nach nicht eine Aussebung und Unterdrückung oder auch nur eine Schwächung solider freiwilliger Cassen derrebungen auf diesem Felde werden soll. Es wird mir weiter unten Gelegenheit gegeben sein, diesen nur scheinbaren inneren Widerspruch zu beleuchten und, wie ich glaube, zu lösen. —

Nach diesen kurzen Vorbemerkungen komme ich zu Frage:

I.

Ift überhaupt statt des Benfionscaffenwefens die Capital= verficherung für Arbeiter vorzuziehen?

Dhne nur im Geringsten der wirthschaftlich wohlthätigen Einrichtung der Capitalversicherung, welche in dem überraschenden Ausschreitung der hieher gehörigen Cassen und Gesellschaften ihren besten Beleg sindet, zu nahe treten zu wollen, kann ich dieselbe doch für den hier in Frage befangenen Zweck nicht so recht praktisch erachten und dies aus folgenden Gründen:

In der Capitalversicherung kann man zwei Hauptarten unterscheiden: die Capitalversicherung unter Berechnung eines übernommenen Risico und das Sparcassenwesen. Von diesen theilt sich die erstere wieder in drei Zweige:

a) die Capitalversicherung auf den Lebens- oder Todesfall, b) die Kentenversicherung, c) die Unfallversicherung. Prüfen wir dieselben auf ihre Zweckmäßig-

feit für ben vorliegenden Fall!

Ganz abgesehen von der Höhe, welche die Prämien selbst in dem Falle erreichen würden, daß der Zinsenertrag des Capitals unter allmähliger Mitauszehrung dessehrung dessehrung dessehrung dessehrung dessehrung dessehrung dessehrung dessehrung dus Moment entgegen, daß dei der Capitals, so steht hierbei vor Allem das Moment entgegen, daß dei der Capitals versicherung auf den Lebenssodenstell die Zahlung dessehrlicher Fälligkeit abhängt von dem Tode des Bersicherten oder von der Erreichung eines bestimmten Altersabschnittes. Daß die Versicherung auf den Todessall dem Versicherten selbst nichts nützt, also dem Arbeiter den hier beabsichtigten Vortheil nicht gewährt, bedarf keiner weiteren Darlegung. Aber auch die Versicherung auf den Lebenssall hängt, wenn sie von Vortheil sein soll, von der sehr precären Voraussetzung ab, daß der Arbeiter den betressenden Zeitpunkt erreicht, ohne invalid geworden zu sein, daß er dis dahin die fälligen Prämien absühren konnte und nicht etwa durch Säumniß in der Prämienzahlung seines Rechtes verlustig gegangen ist.

Biemlich ähnlich liegt die Frage bei der Kentenversich erung. Nach § 5 des mir vorliegenden (meines Wissens dem preußischen sehr ähnlichen) sächsischen gesetzlichen Regulatives, die Erweiterung der Altersrentenbank betr, vom 23. Mai 1864, kann der Sintritt in den Genuß der Rente und der Beginn ihres Laufes nach Bunsch des Sinlegers vom erfüllten 40., 45., 50. x., nicht aber von einem anderen Lebenssähre des Versicherten ab bestimmt werden; nur in dem Falle der Invalidenrente, d. h. wenn der Versicherte durch schwere Verletzungen z. erwerbsunsähig wird, kann die Rente nach Umrechnung auf den Betrag der dis dahin gezahlten Sinlagen auch vom 30. Jahre beginnen (§ 6). — Zieht man nun noch in Vetracht, daß der Anspruch auf Rentengenuß entweder durch eine einmalige oder durch eine fortgesetze Capitaleinzahlung in kleineren Beträgen erworden wird (§ 2), so ergeben sich

folgende Bedenken:

a) Was die Benutzung der Altersrentenbank zu dem Zwecke der Untersstützung der Hinterlassenen, der Wittwe und Kinder anbelangt, so ist diese gerade für den Fall des dringendsten Bedürsnisses, nämlich für den Fall sehr in Frage gestellt, wo es sich um die Unterstützung unerzogener oder in Folge Gebrechlichkeit zc. unterstützungsbedürstiger Kinder handelt, da eben eine Rente erst regelmäßig vom 40. Lebensjahre des versicherten Kindes ab einstreten könnte. Nun könnte man zwar sagen: Dann mag die Rente auf die Person der Frau gestellt worden! Wer giebt aber Gewissheit dassür, daß die Frau nicht vor dem Manne, daß sie nicht vor Beendigung der Erziehung der Kinder stirbt?

b) Anlangend den Fall, daß sich ein Arbeiter durch Einkauf selbst eine Bension sichern möchte, so giebt es zwei Wege: Entweder der Betressende zahlt sosort die zur Erlangung einer gewissen Rente erforderliche Capitalsumme auf einem Brette, oder er sucht es durch alljährliche kleinere Zahlungen bis zu dem Jahre, wo er in den Rentengenuß tritt, zu bewirken. Arbeiter der ersteren

Art dürften wohl als äußerst seltene Ausnahmen zu betrachten sein; wer aber giebt dem Arbeiter, welcher den zweiten Weg einschlägt, die Garantie, daß er im Stande ist, die Zahlungen bis zu dem fraglichen Zeitpunkte leisten zu können? wer leistet ihm Gewähr für ungeschmälerte Erwerdsfähigkeit dis dahin? und sollte ihn das Unglück treffen, dar dem betr. Zeitpunkt Invalid zu werden, steht für ihn nicht in den allermeisten Fällen bei der Geringfügigkeit der von ihm zu erübrigenden Einzahlungen zu erwarten, daß sich die für ihn dann ausfallende Invalidenrente noch unter dem Betrage des zum allernothwendigsten Lebensunterhalte Erforderlichen halten werde?

Diese kurz scizzirten Bedenken gegen Lebens – und Rentenversicherung scheinen mir zu der Combination beider Versicherungsarten für den Invaliditäts = oder gar Todessall hingeführt zu haben, die uns in der Unfallver= sicherung entgegentritt. Doch auch gegen diese liegt bezüglich ihrer Answendbarkeit zu dem vorliegenden Zwecke ein schwerwiegendes Bedenken vor. Soweit mir bekannt, haben sämmtliche Unfallversicherungsgesellschaften ihre Haftung von der Vorausseyung abhängig gemacht, daß der Unsall dem Arbeiter bei der Arbeit ohne sein Verschuld von zustoße, oder sich als eine Folge seiner Beschäftigung darstelle. Sie bieten dem Arbeiter somit keinen Kückhalt für die durch zahlreiche andere Wechselsälle des Lebens bedingte Unterstützungsbedürstigkeit.

Gehe ich nun weiter zu der Betrachtung über, in wie weit das Sparcaffen wefen für den in Frage befangenen Zweck der wirthschaftlichen Sicherung des Arbeiterstandes zu verwerthen sei? so habe ich vor Allem ein directes und ein indirectes Plaidoper für dieselben, welche mir bekannt geworden sind,

zu berücksichtigen und in Betracht zu ziehen!

In Nr. 40 der "Concordia" vom Jahre 1873 befürwortet ein Fabrikant unter dem Titel "Auch ein Votum über Errichtung von Pensionscassen für gewerbliche Arbeiter", in einem hochinteressanten Aufsatze statt der Einführung von Pensionscassen die Versicherung der Arbeiter in einer Sparcasse und stellt als besondere Vorzüge der letzteren Versicherung folgende hin:

1) jeder einzelne Arbeiter sieht zu jeder Zeit aus seinem Sparcassenbuche,

auf wie hoch sich das von ihm ersparte Capital beläuft;

2) sein Sparcassenguthaben bietet ihm bei unvorhergesehenen Unglücksfällen (Krankheits= oder Sterbefälle in der Familie, momentane Arbeits= losigkeit in Folge von Handelskrisen) einen Nothgroschen, den ihm eine Invalidencasse nicht gewähren kann;

3) ftirbt der Arbeiter vor seiner Invalidität, so geht sein erspartes Bermögen auf seine Erben über und ist nicht für diese verloren, wie

es bei den Invalidencassen der Fall ist

4) will der Arbeiter seinen Wohnort wechseln, so kann ihm, ohne daß die Leistungsfähigkeit der Sparcasse in irgend einer Weise gefährdet wird, seine ganze Einlage mit Zinsen zurückgezahlt werden, was natürlich bei einer auf Gegenseitigkeit gegründeten Invalidencasse nicht geschehen kann, ohne sie in ihrem Bestande zu erschüttern.

5) Durch ein Sparguthaben wird dem Arbeiter die Möglichkeit geboten,

günstige Chancen irgend welcher Art zu benuten z. B. zu günstiger Zeit Lebensmittel ober sonstige Vorräthe, selbst ein Grundstück zu erwerben.

6) kann der Arbeiter welcher arbeitsunfähig wird, wenn er für Angehörige nicht zu sorgen hat, sein Guthaben immer noch in eine Rentenversicherungs-Gesellsaft geben und sich eine den gewöhnlichen Zinsfuß übersteigende Rente sichern.

Auf ziemlich Aehnliches laufen auch die Einwürfe hinaus, welche auf dem 1872er volkswirthschaftlichen Congresse zu Danzig von den Gegnern der Bensionscassen erhoben wurden und welche in dieser Richtung Folgendes

besagten:

"In vielen Fällen sei die Abführung des ersparten Geldes an eine obligatorische Hilfscasse absolut unwirthschaftlich. Der Fabrikarbeiter wolle vielleicht später zur Landwirthschaft übergehen und da kommen ihm seine Ersparnisse besser zu Gute. Ein anderer Arbeiter wolle seine alten Aeltern unterstützen, ein Dritter seinen Kindern eine bessere Erziehung angedeihen lassen. Viel besser wäre es für den Arbeiter im Allgemeinen jedenfalls, zur Gewinnung einer eigenen Häuslichkeit sich die Mittel zu sparen. 20."

Berschiedene der in diesen Plaidopers enthaltenen Behauptungen werden, wie ich hoffe, ohne daß ich jetzt näher darauf einzugehen nöthig habe, in dem zweiten (positiven) Theile meines Gutachtens entweder ihre Widerlegung finden oder auf ihren wahren Werth zurückgeführt werden; für jetzt erübrigt es nur, den behaupteten Bortheil der Zulänglichteit einer Sparcasse in Rücksicht der Sicherung (nicht des einzelnen Arbeiters), sondern des Arbeiterstandes zu prüfen.

In seinem "Botum" bemerkt bessen Berfasser, daß die in seiner Fabrik im Jahre 1853 gegründete Fabriksparcasse bei einer Einlegerzahl von durch= schnittlich 120—140 Versonen und einer Verzinsung von $6^{2/3}$ % im Jahre 1873 einen Bestand von 19,872 Thlrn. erreicht habe. Aus den beigegebenen Jahresabschlüssen geht zunächst hervor, daß in den letzten Jahren entweder sehr wenig eingelegt wurde oder die Spareinlagen sehr rasch wieder erhoben wurden, da die Einzahlungen nur um ein Geringfügiges die Auszahlungen überstiegen. Man kann daher wohl annehmen (und ich will es zu Gunsten der zu bekämpfenden Ansicht ebenfalls thun), daß diejenigen Arbeiter, welche sich auf dem Wege der Fabriksparcasse ein Capital gesammelt haben, mehr den älteren, bei Gründung der Casse bereits vorhanden gewesenen Jahrgängen an= gehörten. Da der Durchschnittsbetrag bei 130 Arbeitern und 19,872 Thlrn. Bestand rund 160 Thir. betragen würde, so wollen wir annehmen, daß es ben älteren Jahrgängen im Laufe von 20 Jahren gelungen sein foll, sich etwas mehr, ein Capital von 260 Thlr. zu ersparen. Dies repräsentirt eine jährliche Ersparniß von 13 Thlrn., zu welcher verschiedene günstige Um= ftande: ein außergewöhnlicher Zinsertrag, dauernde Arbeitskraft, Festigkeit des Charakters 2c. geholfen haben und diese jährliche Ersparniß von 13 Thirn. wirft bem Sparer nunmehr einen Zinsengenuß von ungefähr gleicher Höhe

Was will aber ein Capital von 2-300 Thlrn. bei absoluter Invalivität, was will eine felbst 10 Jahre fortgesetzte Ersparnif von 10—15 Ihlrn. jährlich bei einem harten Krankenlager und bergl. besagen? Für ben Arbeiter, wie für Jeden, dessen Existenz auf seiner Arbeitstraft und nicht auf fundirtem Einkommen beruht, handelt es sich meiner Ansicht nach zunächst nicht darum, zu calculiren, wieviel er sich, wenn ihm Nichts widerfährt, vielleicht mit seinem 50. oder 60. Lebensjahre erübrigt haben könnte, oder was er fich mit seinen Ersparnissen erzeugen könnte, sondern deffen Aufgabe muß es in erster Linie sein, wenn er nicht dem Milchmädchen mit dem Milchasch auf dem Ropfe gleichen will, dessen Zufunftsträume mit dem zerbrochenen Milch= asche am Boden liegen, sich die Quelle seines Einkommens nach Kräften sicherzustellen gegen etwaige Gefährdungen und Schläge des Schicksals. Dies kann er aber nur dadurch, daß er das Risico nicht auf die Gefahr hin, von bemfelben gegebenen Falles erdrückt zu werden, auf seinen alleinigen Schultern laften läßt, sondern daß er es auf andere Schultern mit überträgt. Die Sparcaffe nimmt dem Arbeiter die Gefahr nicht ab, daß ein einziger Schickfalsschlag die Frucht jahrelanger Mühen vernichten und ihn in die Reihe der Almosenempfänger hinabschleudern kann, so tief, daß es ihm vielleicht unmöglich wird, sich je wieder empor zu arbeiten. Ich meine, das Streben der Arbeiter muffe darauf abzielen, die ersparte Frucht ihrer Thätigkeit zunächst zu verwenden im Interesse eines gemeinsamen Schutzes gegen die Wechselfälle des Lebens, der Art, daß der Einzelne durch die Anderen gestützt und gehalten wird; ist diesem Zwecke genügt und dadurch der wirthschaftlichen Existenz eine breitere und sicherere Basis gewonnen, dann mag das Absehen des Arbeiters, wie eines Jeden, der seinen Unterhalt aus seiner Arbeitstraft zieht, darauf gerichtet sein, auch mit Unnehmlichkeiten das Leben auszustatten und einen Sparpfennig zurückzulegen, um anderen Aufgaben entsprechen, um den Abend des Lebens schöner und behaglicher gestalten zu können

Diesem principiellen Einwande gegen die Anwendung des Sparcassenprincipes zur Sicherung des Arbeiterstandes schließt sich dann als zweiter solgender
an: Der Herr Versassen des "Botum" stellt es als einen Vorzug des von
ihm versochtenen Principes hin, daß der Arbeiter aus seinem Sparcassenbuche
stets ersehen könne, was er habe und daß er stets über sein Sparguthaben disponiren könne. Abgesehen davon, daß auch bei dem Pensionscassenwesen der Arbeiter stets in Wissenschaft darüber ist, was er als sein Necht beanspruchen
kann, so liegt gerade in der steten Dispositionsbesugniß des Arbeiters über
das Sparguthaben ein Uebelstand, welcher das Sparcassenprincip für den vorliegenden Zweck absolut untauglich erscheinen läßt, da dieser Umstand insgesammt Arbeiter voraussetzt, wie sie sein sollten, nicht wie sie im Durchschnitte
sind und da er eine Charaktersestigkeit erheischt, wie sie nur bei den Wenigsten
gefunden wird.

Muß ich aus den obangeführten Gründen schon die Capitalversicherung für den vorliegenden Zweck als weniger geeignet bezeichnen, so kommt bei allen diesen Capitalversicherungsarten (wenn die Versicherung nicht in staatlichen oder Gemeindecassen geschieht) noch hinzu, daß die betr. Anstalten dem

Arbeiter meift nur die in dem Bertrauen einer foliden Leitung beruhende, aber sonst keine fagbare Barantie, somit also nicht die Sicherheit bieten, die der Arbeiter mit gutem Rechte beanspruchen kann, wenn man für ihn einen obligatorischen Beitritt gesetzlich feststellen will. Fast durchgebends liegt die Sache so, daß bei sonft fehr annehmbaren Borzugen, welche eine jede Ginrichtung, ein jeder Zweig der Capitalversicherung besitzt, sie doch wieder einen oder mehrere nicht zu beseitigende Mängel aufweisen, die sie für den vor= liegenden Zweck entweder ganz ungeeignet oder doch minder brauchbar er= scheinen lassen.

II.

Wenn ich mich nunmehr zu dem positiven Theile der mir vorliegenden Frage d. h. dazu wende: In welcher Weise nach meiner Ansicht zu einer praktischen Lösung der Frage zu gelangen sein möchte, so will ich dabei in der Weise verfahren, daß ich zunächst meine Ideen in furzen Sätzen hinstelle, dieselben und die in ihnen enthaltenen Hauptprincipien motivire und schließlich an der Sand diefer Entwicklung die mir unter II vorgelegten Specialfragen furz beantworte, insoweit ich bazu im Stande bin.

§ 1.

Jede Gemeinde ift verpflichtet, fei es für fich allein, fei es in Gemein= schaft mit anderen Gemeinden für die in ihr aufhältlichen Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, Fabrik- und Lohnarbeiter (mit Ausnahme der auf Tagelohn stehenden)

a) eine Rranten= und Sterbecaffe

b) eine Anvaliden= und Unterstützungscasse

zu gründen.

Neben diesen allgemeinen Cassen für die Angehörigen gewisser Gewerke Specialcaffen dieser Art einzurichten, steht den Gemeinden frei.

§ 2.

Die Gemeinden haben diese Cassen zu vertreten und durch ihre Organe zu verwalten. Die Cassenmitglieder nehmen an der Berwaltung durch aus ihrer Mitte von ihnen selbst gewählte Vertreter Theil.

Jeder der in § 1 genannten Arbeiter ist ohne Rücksicht auf sein Geschlecht oder darauf, ob er verheirathet ist oder nicht, gehalten, sofort nach seiner Aufenthaltsnahme den für seinen Aufenthaltsort bestehenden Caffen beizutreten und zu solchen zu steuern. Aufnahmegebühren sind bei dem llebertritte von einer Caffe dieser Art zu einer anderen derselben Art nicht zu entrichten.

Bum Beitritte Richtverpflichteten steht ber Butritt gegen Einrichtung

der Aufnahmegebühren und der doppelten Steuerbeträge frei.

§ 4.

Befreit vom Beitritte sind diejenigen, welche nachweisen, daß sie einer Privatcasse oder einer freiwilligen Gewerkschaftscasse gleicher Tendenz, welche die obrigkeitliche Genehmigung erhalten hat, angehören und zu solcher steuern.

§ 5.

Von der höheren Verwaltungsbehörde ist allen Privat= oder freiwilligen Gewerkschaftscassen dieser Art, wenn sie darum nachsuchen, die Genehmigung auf so lange zu ertheilen, als sie den durch Reichsgesetz festzustellenden Voraus= setzungen der Sicherheit nach Einrichtung und Mitgliederzahl entsprechen.

§ 6.

Die Mitgliedschaft bei einer Casse bieser Art, welche auf die Dauer eines speciellen Arbeitsverhältnisses beschränkt ist, befreit nicht von der in § 3 auferlegten Berpflichtung.

§ 7.

Arbeitgeber sind gehalten, für einen jeden der von ihnen beschäftigten, § 1 erwähnten Arbeiter an die Casse, welcher derselbe angehört, auf Berlangen der betr. Cassenverwaltung als eigenen Beitrag einen solchen in der Höhe zu leisten, wie ihn von dem betr. Arbeiter die betr. Gemeindecasse erhebt oder erheben würde.

§ 8.

Weber bei den unter § 1, noch bei den unter § 4 und 5 erwähnten Cassen darf das Cassenvermögen bei Vermeidung eigener Vertretung der betr. Verwaltungsorgane zu außerhalb des Cassenzweckes liegenden Dingen verwendet werden.

§ 9.

Jebe der in § 1 erwähnten Cassen ist verpflichtet, sich auf Verlangen der in ihrem Bezirke der Unterstützung bedürftig werdenden oder mit Tode abgegangenen Arbeiter der § 1 erwähnten Art, welche einer anderen Gemeindes oder freiwilligen Casse gleicher Art angehören, nach den am Orte für die Gemeindecassenagehörigen maßgebenden Grundsätzen anzunehmen. Sie hat den Regreß an die Casse, welcher der Betreffende angehörte oder angehört.

§ 10.

Bei Unterstützung derjenigen, welche keiner Casse angehören, haben die Gemeinden den Bestimmungen des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz nachzugehen.

§ 11.

Wegen Säumigkeit in der Entrichtung der Cassenbeiträge kann ein Mitglied der unter § 1 erwähnten Cassen dann ausgeschlossen und der Mitz

gliedschaft verlustig erklärt werden, wenn es, ohne Gestundung erlangt zu haben, ein Bierteljahr lang keine Beiträge entrichtet hat.

§ 12.

Jeder der in § 1 erwähnten Arbeiter, welcher sich dabei betreten läßt, daß er keiner der § 1 resp. § 4 und 5 erwähnten Cassen angehört, wird mit Geldsstrafe bis zu 10 Thlr. oder Haft bis zu 4 Wochen belegt. Bei unmündigen Lehrlingen trifft die Strafe den Lehrherrn.

§ 13.

Die Beiziehung im § 7 erwähnter rückftändiger oder verweigerter Beiträge erfolgt durch die Gerichte im Executionswege auf Anverlangen und gegen Uebergabe einfacher Anzeigen mit Berechnung der Reste Seiten der betreffenden Cassenverwaltung. Die Beiziehung erfolgt kostenfrei.

Bur Motivirung obiger Vorschläge erlaube ich mir nun folgende Bemerkungen.

а.

Nachdem ich bereits im Eingange mich dahin ausgelassen habe, daß nach meiner Ansicht bem Staate das Recht zustehen muffe, durch Anwendung ber ihm zustehenden Zwangsmittel auf die Durchführung einer fo wohlthätigen Einrichtung hinzuwirken, liegt es mir, da ich zugleich der Meinung bin, daß selbst bei an und für sich so heilsamen Dingen es Sache der allerschärfsten Brüfung, der genauesten und gewissenhaftesten Abwägung sein muß, bis zu welcher Linie die Einwirkung des Staates reichen durfe, wenn sie nicht die berechtigte Entwickelung der Individualität im großen Organismus verkümmern soll, vor Allem ob, einen und zwar den Haupteinwand gegen den von mir vorgeschlagenen obligatorischen Butritt zu folchen Caffen zu befeitigen, welcher turz gefaßt bahin geht: "Die durch die Gewähr der Coalitionsfreiheit beforberte sociale Bewegung bedürfe eines gefunden Ideenkernes, eines richtigen und belebenden Principes, wenn fie in heilfamer Bahn verlaufen folle. Nun fei gerade die in den Coalitionsverbänden zu Tage getretene Agitation für die Bildung derartiger Cassen ein Moment, welches die sociale Bewegung auf ein gefundes materielles Ziel hinleite und von überschwenglichen und phantasti= schen Utopien auf einen soliden, realen Boden zurückführe. Sobald der Staat durch seine Einmischung dieses Endziel den Coalitionsverbanden ent= rücke, zwinge er dieselben in ziellose Bahnen zurück und verhindere dadurch einen normalen und naturgemäßen Berlauf der Bewegung."

So voll und unumwunden ich als notorischer Anhänger der Gewerkvereine den Vordersatz zugebe und anerkenne, wie hoch mir die in Gewerkvereinen gepflegte Bewegung für Gründung freier derartiger Cassen steht, so wenig kann ich zugeben, daß der Nachsatz die Logische Consequenz enthalte. Man gelangt zu dieser falschen Folgerung nur durch die falsche Fragestellung: Freiwillige Cassen oder staatliche Zwangscassen? während man doch vielmehr fragen müßte: Können freiwillige Cassen und Zwangscassen, wenn erstere nicht ausreichen und letztere nothwendig erscheinen, nicht nebeneinander bestehen? und wie sind sie solchen Falles zu einander zu stellen?

Indem ich von der Ansicht ausgehe, daß die Zwangscaffe das Mindestmaaß von Leistung und Gegenleistung repräsentiren soll und wird, während die freiwillige Casse hierin eine höhere Stufe einzunehmen berufen ist, lasse ich in § 4 meiner Vorschläge es Sache der freien Entscheidung des einzelnen Individuums sein, ob es sich einer freiwilligen Casse anschließen will, oder nicht.

Räft man dem Ginzelnen die Möglichkeit einer folden Entscheidung offen, bann kann füglich von dem Einhalt nicht mehr die Rede fein, daß das Institut der obligatorischen Cassen den Ruin der freiwilligen Cassen bedinge und herbeiführen muffe. Im Gegentheile wird jeder, der fich den voraussichtlichen Berlauf an der Hand der natürlichen Thatsachen vergegenwärtigt, zu der Ueberzeugung gelangen, daß in der Einrichtung von obligatorischen Cassen mit foldem Vorbehalte ein ganz gewaltiger Anstoß zur Füllung ber bereits bestehenden, wie zur Begründung neuer freiwilliger Caffen gegeben sein würde. In dem Umstande, daß diejenigen, welche einer freiwilligen Casse nicht beis treten, gezwungen sein sollen, einer obligatorischen Casse beizutreten, liegt für dieselben nur eine Nöthigung zur eigenen Entscheidung, ob fie in der Sache selbst durch eigene Entschließung eine Wahl treffen wollen, ober ob an Stelle eigenen Willens gesetzliche Bestimmung treten soll? Da nun bekanntlich jeder Miensch lieber seiner Entschließung folgt, als daß er sich eine solche vorschreiben läßt, so wird dieser Zwang nur ein heilsamer Anstoß zu sonst völlig freien Entschlüffen; einen folden wird aber sicherlich Riemand verwerfen, oder ihm vorwerfen, daß ihm das Ueble und Gehässige einer Unterdrückung der personlichen Freiheit des Individuums anhafte.

Auf das Endziel der Förderung der freiwilligen Cassen, welches ich bei dem Borbehalte des § 4 im Auge habe, geht auch die Schlußbestimmung in § 2 los. Es möchte zur Begründung freier Cassen wohl kaum ein bessers und naturgemäßeres Mittel geben, als die Heranziehung von Cassenmitgliedern zur Berwaltung der obligatorischen Cassen. Es wird dadurch nicht blos nach und nach das Interesse an der Sache geweckt, sondern, was die Hauptsache ist, Der und Iener aus der Mitte der Cassenmitglieder erhält allmählig einen Einblick in das Wesen der Berwaltung derartiger Cassen und so kommt dann zu dem Wunsche und Bestreben, auf eigenen Füßen zu stehen, auch die Fähigseit, es zu können, und die freiwilligen Cassen werden sich wie Senker von dem Mutterstocke der obligatorischen Casse ablösen und lebenskähig sein.

b.

Sobald man sich für eine obligatorische Einrichtung von Hilfs = und Unterstützungscassen und einen obligatorischen Beitritt zu solchen, sei es für eine oder für inehrere Bevölkerungsclassen entschet, entsteht sofort als nächste und zwar als Principsrage die Frage: Auf welcher Grundlage sind diese Cassen

zu errichten? In Berücksichtigung bes Umstandes, daß es sich hier um Schutz und hilfscaffen für Arbeiter handelt, wird man zunächst versucht fein, das ein= zelne Gewerk als die Basis zu betrachten, auf der man dies Casse errichten mag; liefert doch gerade die Begrenzung durch die Gewerkschaftsangehörigkeit verschiedene Momente, welche dem Vorhaben einer solchen Caffengründung nur förderlich und dienlich sind; ich weise blos darauf hin, daß bei den Genossen eines und desselben Gewerkes die Lebens- und Erwerbsbedingungen im Großen und Ganzen dieselben zu sein pflegen, so daß es hier möglich wird, Leistung und Gegenleistung dem vorhandenen Bedürfniß, wie den vorhandenen Kräften ziemlich genau anpassen zu können, daß die Genossen desselben Gewerkes von ben nämlichen Lebensanschauungen durchdrungen zu sein pflegen und sich als einheitliches Ganzes, als Corporation fühlen, so daß man hier die für einen folden Zweck fo förderlichen homogenen Elemente und unter diesen wieder die genoffenschaftliche Opferwilligkeit findet u. dergl. m. Trot dieser unleugbaren Vortheile, welche die Grenzlinie des Gewertes bietet, vermag ich mich jedoch für eine Basirung der obligatorischen Cassen auf dieser Grundlage nicht auszusprechen, weil in den weitaus meisten Fällen diese Grenzlinie eine zu eng gezogene sein wurde, als daß eine der in Frage befangenen Cassen sich lebens= fräftig entfalten könnte, da auch für fie das Gesetz der großen Mitglieder= zahlen gilt, welches nur durch die Rücksichten auf die Beweglichkeit und praktische Einrichtung bes Berwaltungsorganismus einer folden Caffe eine Ginschränkung Für obligatorische Cassen mag man meiner Ansicht nach den erleiden mag. natürlichen Gewerkschaftsverband nur da mit Glück und Erfolg benützen, wo man concentrirte Industrien und Gewerbe am Blaze vorfindet, wie 3. B. den Maschinenbau in Berlin und Chemnit, die Buchdruckerei und Buchbinderei in Leipzig und Berlin 2c. 2c. In der Hauptsache wird der Gewerkschafts= verband das Feld und die Basis der freiwilligen Cassen sein und bleiben. Die freiwillige Caffe kann von ihren Mitgliedern gutwilliges Entgegenkommen und Opferfreudigkeit beauspruchen, sie kann, wie herr Gerberg-Wien auf dem biesjährigen Buchdruckerverbandstage fich schlagend ausdrückte "neben dem Zahlen= und Versicherungsprincipe auch das Princip der Collegialität walten lassen"; dadurch mag sie einen glatten und sachgemäßen Geschäftsgang auch bei territoriell zersplitterter Mitgliedschaft ermöglichen und auch sonst Schwierigkeiten besiegen, welche für die obligatorischen Cassen unübersteigliche Hindernisse werden, bei benen dieselben zu functioniren aufhören muffen. Für obligatorische Caffen hat man fich daber nach einem weiteren wirthschaftlichen Berbande als Basis umzusehen und dieser weitere Verband ist die Gemeinde, in welcher sich die verschiedensten gewerblichen und industriellen Kräfte zusammenfinden. Allerdings geht bei dieser Grundlage das von mir oben berührte Moment einer zutreffenden Abwägung von Leistung und Gegenleistung und ein genaues Anpassen derselben an die concreten Berhältnisse verloren, dagegen gewährt hinwiederum das größere Zusammenfassen von wirthschaftlichen Kräften und Individuen eher Die Garantie eines Bestandes; es folgt jedoch aus dem Entfallen des ersten Momentes als nothwendige Bedingung, daß die gemeindliche Hilfscasse von ihren Mitgliedern nur ein Mindestmaaß von Leistung, was voraussichtlich ein

Jeber leisten kann, beanspruchen darf, daß sie dagegen auch nur ein solches in Hinsicht der Gegenleistung gewähren kann; daß sie mit einem Worte nur ein edles Surrogat der Gemeinde-Armencasse sein soll, welches die Mitglieder vor dem niederdrückenden und moralisch, wie wirthschaftlich entnervenden Gefühle bewahrt, Almosen beanspruchen zu müssen.

Aus diesen nur entwickelten Gründen stütze ich in § 1 meiner Vorschläge die obligatorischen Hilfscassen auf die Gemeinde, ich lasse der Gemeinde im Schluffatze des Paragraphen jedoch die Befugniß, wo es die Verhältnisse gestatten, auch die in dem Gewertschaftsverbande liegenden Vortheile auszunützen.

c.

Eine Frage von principieller Tragweite ist weiter die: Sind zu solchen Hilfscassen die Arbeitgeber mit einem Beitrage heranzuziehen und in welcher Höhe kann dies geschehen? Abgesehen davon, daß ich hier auf das Borgehen der Gesetzgebung bezüglich der Knappschaftscassen hinweisen und geltend machen könnte, daß, so gut, wie hier die Gesetzgebung sich das Recht beilegt, die Uebernahme einer Last gewissen Kreisen anzusinnen, sie dies auch in anderen Fällen müsse thun können, so will ich mir gestatten zur Beleuchtung dieser Frage auf einen Artikel in Nr. 44 der "Concordia", Jahrgang 1873, Bezug zu nehmen, in welchem es heißt:

"Für die Unlust derselben (der Arbeitgeber) weitere Lasten für ihre Arbeiter zu übernehmen, sührt der Herr Versasser (des mehrkach berührten Votum) zwei Gründe an: die hochgestiegenen Arbeitslöhne, benen dabei kein Aequivalent in wirklicher Hebung des Arbeiter= standes gegenüber stehe, und die aus dem Haftpflichtgesetze ohnehin schon erwachsenen schweren, seiner Ansicht nach kaum zu tragenden Ersterer Punkt fallt ohne Zweifel bedeutend in's Gewicht. Aber die Leistung, welche hier den Arbeitern und den Arbeitgebern, vielleicht auch Anfangs den Letzteren allein, auferlegt werden foll, unterscheidet sich von den höheren Arbeitslöhnen ja gerade dadurch, daß bei ihr eine Rückwirkung auf die sociale Lage des ganzen Arbeiterstandes und in Folge hiervon wohl auch auf die sittliche Qualität des Arbeiters herauskommen soll. Dieses Geld ist also keines= falls weggeworfen, wie dies allerdings mit den höheren Löhnen nur zu oft der Fall ist. Fasse man den ganzen Beitrag einmal — wie dies durch Herrn Kalle in der Commission der Bonner Conferenz und des Mittelrh. Fabrikanten=Bereins geschehen — als Lohnerhöhung auf: was will dann eine Lohnerhöhung von 6-7½ %, die aber, wohl= gemerkt, einen Zwed hat, besagen? Die Industrie hat ganz andere Lohnsteigerungen zu tragen gehabt und wird sich vielleicht in noch ganz andere auch finden muffen und hoffentlich wird der Herr Berfasser uns darin beistimmen, daß die Beseitigung des socialen Gift= stoffes, von dem wir oben sprachen, auch für die materiellen Interessen der Industrie einige Procente Lohnerhöhung werth ist.

Die Anführung des zweiten Punktes können wir nicht anders, als

höchst bedauerlich bezeichnen. Im Haftpflichtgesetze handelt es sich um Tragung von Lasten, welche zweifellos aus dem Industriebetriebe fließen und welche, wenn die Industrie sie nicht trägt oder zu tragen vermag, auf die öffentliche Wohlthätigkeit übergewälzt werden müffen. Trägt die Industrie dieselben nicht, während sie dies wohl könnte, so bezieht sie eine höchst unmotivirte Unterstützung von der Gesammt= heit; vermag sie dieselben nicht zu tragen, so ist die Industrie felbst Almosenempfängerin und kein Mensch kann mehr behaupten, daß ihre Erhaltung ein Segen und eine wirthschaftliche Nothwendigfeit fei. Unsere Industriellen muffen sich an den Gedanken ge= wöhnen, daß, wenn der von ihnen gezahlte Arbeitslohn in seinen verschiedenen Gestalten die Selbstkosten der Arbeit nicht beckt, und zu diesen Selbstkosten gehört auch die Tragung von Unfällen die Industrie keine Quelle der Wohlfahrt, sondern eine öffentliche Dieser Gedanke muß aber auch der Invalidität und der Last ist. Berwittwung gegenüber Platz greifen. Schon aus dem Gesichts= punkte ist ein Beitrag der Arbeitgeber zu einer hierfür zu errichten= den Anstalt durchaus motivirt: daß sicherlich in vielen Fällen Invalidität und Verwittwung auf Rechnung des Industriebetriebes zu setzen sind. Dag keine statistischen Anhaltspunkte über dieses Verhältniß vorliegen, kann kein Grund sein, einen Beitrag abzulehnen, welcher, während er einer bisher vernachlässigten Pflicht Rechnung trägt, zugleich einem wirklichen Fortschritte bient."

Wenn ich in § 7 meiner Borschläge den Beitrag der Arbeitgeber zu den obligatorischen Cassen gleich hoch gegriffen habe, wie den der Arbeiter, so bin ich zu dieser Normirung lediglich durch die politische Erwägung gelangt, daß die Parität hier in verschiedenen Beziehungen die beste Norm sein möchte. Unders liegt natürlich die Frage bezüglich der freiwilligen Cassen. Habe ich oben ausgesprochen, daß ich das Ziel der freiwilligen Casse darin erblicke, daß sie, gestützt auf die eigene Einsicht und Opferwilligkeit des Arbeiters, demselben für eine erhöhte Leistung eine erhöhte Gegenleiftung anfinnt, daß jedoch zu biesem Mehr von Gegenleistung, überhaupt zu bieser größeren Ginsicht und zu solcher Opferwilligkeit Niemand gezwungen werden kann, so folgt als logische Nothwendigkeit daraus, daß man auch die Arbeitgeber zu den freiwilligen Caffen mit keinem höheren Beitrage heranziehen kann, als sie solchen gegebenen Falles zu der betreffenden obligatorischen Casse, der der betreffende Arbeiter beizutreten gehabt hätte, zu leisten hätten, daß man hier viellmehr ein Beiteres und Mehreres der eigenen Ginsicht und Opferwilligkeit der Arbeitgeber anheimstellen muß.

d.

Als principiell wichtige Frage tritt ferner die Frage an uns heran: Hat nicht aus Rücksichten der praktischen Durchführbarkeit die als Princip aufgestellte allgemeine Beitrittspflicht Einschränkungen und Ausnahmen zu erleiden?

Diesen Punkt berührt die Parenthese des § 1 meiner Vorschläge, welche die auf Tagelohn stehenden Arbeiter ausnimmt. Meiner Ansicht nach bedürfen nämlich auch berartige Caffen eines gewissen Maages von Stabilität in den Berhältniffen ihrer Mitglieber. Es liegt für Jeden, ber auch nur oberfläch= lichen Einblick in die Verhältniffe der bisherigen Gemeinde-Amangscaffen genommen hat, als teines Beweises weiter bedürfend auf der Hand, welche un= endliche, fast unüberwindliche Schwierigkeit den Cassen dadurch entsteht, wenn fie mit Mitgliedern rechnen muffen, die womöglich jeden Tag ihr Arbeitsver= hältniß wechseln. Kommt nicht der gute Wille eines solchen Mitgliedes, den die obligatorische Casse natürlich außer Berechnung lassen muß, der Cassen= verwaltung entgegen, so wird z B. die Beiziehung der Beiträge schon zu einem höchst mißlichen Geschäfte, wenn nicht zur reinen Unmöglichkeit. Und wie sollen, da ich mich einmal für eine Beiziehung der Arbeitgeber ausgesprochen habe, in solchen Fällen die Beiträge derselben normirt und beigezogen werden? Aus diesen rein practischen Gründen habe ich mich für Ausscheidung dieser Arbeiterclasse entschieden, ohne ihnen jedoch den Beitritt unmöglich zu machen, wie § 3 Abf. 2 meiner Vorschläge belegt.

e.

Einen Bunkt von principieller Bedeutung enthält auch ber erste Absat des § 2 meiner Borschläge, welcher den Gemeinden die Berwaltung der Zwangs= caffe, aber auch die Vertretung derfelben überweift. Daß man bei einer nicht freiwilligen Caffenmitgliedschaft von jeder Opferwilligkeit Seiten ber Mitglieder absehen muß, habe ich oben bereits ausgesprochen, und eine solche, und zwar in überaus hohem Grade, wurde zur Berwaltung einer folden Caffe nöthig fein. Habe ich nun einmal die Gemeinde als Bafis der obligatorischen Caffe angenommen und bedarf es für die Verwaltung eines berufsmäßigen Organes, so liegt Nichts näher, als auch der Gemeinde diese Mühwaltung anzusinnen. Und wenn ich weiter der Gemeinde die "Bertretung" einer folchen obligato= rischen Casse zuweise, so meine ich damit nicht blos das, was man unter procegrechtlicher Vertretung versteht; meine Absicht geht vielmehr dahin, daß ich unter Vertretung auch die Garantieübernahme für die stete Solvenz der Casse den Cassenmitgliedern gegenüber verstanden wissen will. Es ist eine ganz naturgemäße, aus den einfachsten Anforderungen der Billigkeit sich ergebende Gegenbedingung, daß, wenn die Gemeinde dadurch eine financielle Erleichterung erhalt, daß gewisse ihrer Mitglieder zum Beitritte zu einer solchen Casse genöthigt werden, fie bann auch auf ber anderen Seite für ben Ausfall aufzukommen hat, der im gegebenen Falle durch die eingehenden Steuern nicht ge= dectt werden kann.

Für die im Schlußsate bes eben in Frage befangenen Paragraphen ausgesprochene Bedingung, daß der von der Gemeinde bestellten Cassenverwaltung eine Anzahl von den Cassenmitgliedern selbst aus ihrer Mitte gewählte Vertreter beizuordnen seien, habe ich einen Grund bereits unter a angeführt; ein zweiter Grund, den mir diese Bedingung nothwendig erscheinen ließ, ist der: daß Niemand sicherlich ein lebhafteres Interesse daran hat, wie es mit den Geldern einer

Schriften V. - Alterspenfionscaffen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57252-6 | Generated on 2025-11-19 10:45:06 OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

solchen Casse gehalten wird, als gerade die Cassenmitglieder. Während die Bertreter derselben einer geordneten Cassenverwaltung keine Hindernisse in den Weg zu legen vermögen, bilden sie das beste und unbestechlichste Controlpersonal dafür, daß nicht etwa seiten einzelner Cassenagehöriger die Casse zu Unsertigteiten misbraucht wird, ganz abgesehen davon, daß sie der beste Bligableiter sind gegen alles und jedes Mistrauen, welches nur gar zu leicht sich da einstellt, wo Jemand nur, so zu sagen, verwaltet wird, ohne daß dem Berwalteten ein Sinblick in die Berwaltung selbst gestattet ist.

f

Daß ich in § 5 meiner Borschläge die Befreiung der Mitglieder freiwilliger Cassen vom Beitritte zu den obligatorischen Cassen von der gegen Erfüllung gewisser Normativbestimmungen durch die höhere Berwaltungsbehörde zu ertheilenden Genehmigung abhängig mache, hat einen doppelten Zweck:

Einmal bezwecke ich durch den Umstand, daß die staatliche Genehmigung von der gediegenen, zweckentsprechenden Einrichtung, wie von der soliden und sachgemäßen Verwaltung einer folchen freiwilligen Casse abhängt, dem Arbeiter, der seine sauer ersparten Groschen keiner auf Sand gebauten Casse anvertrauen soll, die Garantie zu bieten, daß er auch für seine Leistung nach menschlicher Voraussicht und Vorsicht die entsprechende Gegenleistung erhalten wird: das andremal hat es den Zweck, dem Staate durch den Vorbehalt des Oberaussichtsechtes die Möglichkeit zu gewähren, darüber zu wachen, daß dem Gesetze nicht etwa durch Errichtung fingirter Cassen eine Nase gedreht und die freiwillige Casse als Mittel benützt werde, sich den obliegenden Verpflichtungen zu entziehen.

Bei der obrigkeitlichen Genehmigung von freiwilligen Cassen, möchte ich aber gern jede, auch durch die wohlwollendste persönliche Ansicht des betreffenden Beamten über die Zwedmäßigkeit der Ginrichtung bedingte Willkur außgeschloffen wiffen. Ift irgendwo eine Gleichmäßigkeit ber waltenden Grundfätze nöthig und geboten, so ist es hier der Fall. Dies würde erreicht werden burch reichsgesetliche, auf wissenschaftlichem Grunde, auf genauen statistischen Erhebungen rubende Normativbestimmungen für berartige Cassen, so daß also jeder freiwilligen Casse so lange, als sie darthut, daß sie nach diesen Bestimmungen eingerichtet sei und verwaltet werde, die obrigkeitliche Genehmigung nicht vorenthalten werden darf. Was von einer einzelnen Caffe gilt, gilt natürlich auch von einem größeren Cassenberbande, bem schon aus dem Grunde kein Hinderniß in den Weg zu legen wäre, um die freiwilligen Caffen ber Wohlthat des Gesetzes der großen Zahlen theilhaftig zu machen, um ihnen durch die Vertheilung des Risico, welches die kleinere, weniger Mitglieder umfassende Casse oft mit vernichtendem Schlage trifft (man denke nur an den Fall einer Epidemie im betreffenden Orte), auf einen weiteren Berband, auf eine größere Zahl von Genossen größere Stärke, Lebenstraft und Widerstands= fähigkeit zu verleihen.

Die Bestimmung, daß einer solchen Casse nicht gestattet sein darf, das Cassenvermögen zu anderen außerhalb des Cassenzweckes liegenden Dingen

zu verwenden, betrachte ich als selbstverständlich und keiner Begründung weiter bedürftig.

g.

Während ich in dem Vorstehenden dargethan und nachgewiesen habe, daß ich kein Feind der freiwilligen Cassen bin, so ein entschiedener Gegner im Principe bin ich berjenigen Cassen, beren Mitgliedschaft nur auf die Dauer eines bestimmten Arbeitsverhältnisses beschränkt und von derselben abhängig ist, namentlich aber der sogenannten Fabriktrankencassen, wenn schon ich zu= gebe und gern anerkenne, daß es auch unter diesen Institute giebt, welche solid und gerecht gehandhabt, eine höchst gedeihliche Wirksamkeit entfalten. Die Arbeiter haben nicht fo gang Unrecht, wenn fie behaupten, daß mit dem Beitritte zu einer solchen Casse der Arbeiter und namentlich der verheirathete mehr oder minder in der Freiheit seiner Bewegung und Entschließung gehemmt und beeinträchtigt und an ein bestehendes Arbeiteverhältniß gefesselt werbe, denn es liegt doch klar auf der Hand, daß ein Arbeiter, der Jahre lang in eine berartige Casse seine ersparten Groschen gezahlt hat, es sich zwei = auch dreimal überlegen wird, ehe er das bestehende Arbeitsverhältnif löst, und da= mit seine Rechte auf Unterftützung aus einer solchen Casse Preis giebt; es ift tlar, daß er unter solchen Umständen und Berhältnissen, mag ihm nun wirklich oder vermeintlich vom anderen Theile Unrecht geschehen sein, lieber schweigend (dann aber auch verbiffen) das Unrecht erträgt, als durch Reagiren gegen basselbe sich ber Gefahr aussett, das Arbeitsverhältniß gekündigt zu erhalten und dadurch der wohlerworbenen Rechte, (wie es in den meisten Fällen zu geschehen pflegt) verlustig zu gehen. Kommen nun gar Fälle vor, wie ich beren auch schon zur Genüge erlebt habe, daß eine ohne Berschulden des Arbeiters lediglich durch das persönliche Belieben eines Arbeitgebers bedingte Ründigung den Berluft solcher Rechte berbeiführt und damit mittelbar den Arbeiter um seine Ersparnisse bringt, ift es da zu verwundern, wenn die Arbeiter sich gegen folde Caffen bann stemmen und Front machen. Bei Zwangscaffen biefer Art, das gebe ich gern zu, geräth man in Zweifel, ob nicht die Nachtheile, Die fie im Gefolge haben, die Bortheile überwiegen, Die fie bem Arbeiter bieten. Bornehmlich sie sind es, die im Hinblick auf das an sich so wohlthätige Princip ber Zwangsversicherung bas Wort von Goethe zur Wahrheit machen: "Bernunft wird Unfinn, Wohlthat Blage".

Meiner Ansicht nach liegt es im wohlverstandenen Interesse der Arbeitzgeber selbst, diesen Beschwerdepunkt beseitigt zu sehen. Ich halte dafür, daß wenn ein Arbeitzgeber einen Stamm tüchtiger Arbeiter sich erhalten und durch eine derartige Casse an sich und sein Etablissement sessen mil, diese Casse dem Arbeiter entweder keine Opfer auferlegen dars, oder ihm gegen geringe Opfer an Steuern noch einen einigermaßen erheblichen Zuschuß (Surplus) zu der Unterstützung gewähren muß, die er, sei es aus einer freiwilligen Casse, sei es aus einer gemeinblichen Zwangscasse, erhält. — Gegenüber der unbestimmten Dauer eines solchen nur auf ein bestimmtes Arsbeitsverhältnis gegründeten Cassenagehörigkeitsverhältnisses halte ich den

4*

gleichzeitigen Beitritt zu einer unabhängigen Caffe für eine unerläßliche Bedingung.

h.

Einige Worte der Motivirung bedarf ferner die Art und Beise, in welcher die in Frage kommenden Theile der Bevölkerung angehalten werden können, der ihnen auferlegten gesetlichen Pflicht zu entsprechen. Das man bezüglich der Arbeitnehmer bei einer freiwilligen Casse einen anderen, als den im Ausschlusse aus ber Casse liegenden Zwang nicht nöthig hat, findet seine Erklärung barin, daß mit dem Ausschlusse aus der freiwilligen Casse auch die Berpflichtungen berselben erlöschen. Es hebt sich hier Leistung und Gegenleistung. Banz anders liegt aber die Frage der Gemeinde gegenüber. Sind meiner Ansicht nach die obligatorischen Gemeinde-Hilfscassen barauf berechnet, den Gemeinden einen Schutz gegen allzugroße Armenlast, eine Ergänzung der localen Armenpflege zu bieten, so muß man den Gemeinden auch ein Mittel an die Hand geben, sich wirksam bagegen zu schützen, daß nicht durch willfürliche Ignorirung der gesetzlichen Verpflichtung Seiten eines Individuums die Gemeinde genöthigt werde, zufolge ihrer gesetzlichen Armenunterftützungs= pflicht für baffelbe einzutreten. Db man bei Saumigkeit einer Person in ber Bahlung ber zu den obligatorischen Hilfscaffen zu entrichtenden Beiträge auf die Ausnahme in § 4, 2 des Bundesgesetzes vom 21. Juni 1869, die Be= schlagnahme des Arbeitslohnes betreffend, recurriren könnte, unterliegt, wenigstens meinem Dafürhalten nach, fehr erheblichen Bedenken, ganz abgesehen davon, daß in solchen Fällen meist nichts zu holen ift und die Execution fruchtlos Doch auch die Rucksichten auf die Caffen felbst bestimmen mich, von biefem Zwangsmittel ganz abzusehen. Man wurde, wollte man als Zwangsmittel lediglich die civilrechtliche Execution adoptiren, den Hilfscaffen einmal ein mehr ober minder großes Restwesen mit seinen vielfachen Unannehmlich= keiten und zahlreichen Unzuträglichkeiten für die Cassenverwaltung aufbürden, das andre Mal aber die Hilfscaffen wohl in den weit überwiegenden Fällen, wo die Execution fruchtlos verläuft, nöthigen, das gute Geld, wie man fagt, noch dem schlechten nachzuwerfen und für die Gerichtskoften aufzukommen.

Aus diesen Gründen stelle ich es den Cassenverwaltungen stillschweigend ansheim, die Execution nur da auszubringen, wo sie sich noch einen Exfolg versprechen und adoptive in § 11 den Ausschluß auch aus der obligatorischen Casse, stelle dem aber gleichzeitig die Strafbestimmung in § 12 an die Seite. — Auf diesem Wege dürfte man, da man es hier meist entweder mit böswilligen, oder mit nachlässigen Restanten zu thun hat, dei denen zwar eine Execution vergeblich ausfällt, die aber von ihrem Verdienste, wenn sie nur irgend wollen, den geringssigigen Cassendeitzgt wend allermeisten Fällen recht wohl zahlen

können, ungleich bessere Resultate erzielen.

i.

So zu sagen ben Schlußstein meiner Vorschläge bildet die Bestimmung in § 9 in Verbindung mit der Bestimmung in Sat 2 des § 3. Ueber

diese Forderung habe ich mich in meinem Eingangs erwähnten Aufsatze zur

Motivirung ausgesprochen, wie folgt:

Bon einer guten Gesetzgebung verlangt man, daß dieselbe möglichst ein organisches Ganze bilbe, b. h. daß ein Geset, wenn nicht gar in das andere eingreife, doch sich demselben anpasse und demselben nicht etwa gar widerstreite. Das für den Arbeiterstand unstreitig wichtigste Gesetz ber Neuzeit ift bas Gesetz über die Freizügigkeit. Will daher ein Gesetz über Zwangsversicherung feinen Zwed erfüllen, fo muß es sich unbedingt an das Geset über die Freizügigkeit anschließen, barf keine Bestimmungen enthalten, welche biesem Gefete widersprechen. Daraus folgt benn stelbstverständlich, daß auch in dem Unterftützungscassenwesen ein der Freizugigkeit analoges Brincip eingeführt werden Etwas dem Aehnliches bietet uns das Gesetz über den Unterstützungs= wohnsit, welches in §. 28 bestimmt, daß jeder hilfsbedürftige Reichsangehörige an dem Orte, wo feine Hilfsbedürftigkeit eintritt, zunächst zu unterftüten ift. Dieses Princip würde meiner Ansicht nach in ein Gesetz über Zwangsversicherung aufzunehmen sein. Um aber dann dies Princip voll und mit gutem Erfolge wirken zu lassen, muß eine Art und Weise gefunden werden, daß sich auch die freiwilligen Caffen anstandslos und ohne Hinderniß in den Rahmen bieses Brincipes einpassen und einfügen lassen. Einen Modus, welcher beiden Forderungen gerecht zu werden sucht, habe ich in § 9 vorzuschlagen mir erlaubt.

An dieser Stelle muß ich noch eines Einwurses gedenken und mich der Beseitigung desselben unterziehen, der mir von meinem Freunde Hrn. Dr. Max Hirsch gemacht worden ist in Ansehung des § 1 meiner Vorschläge. Dieser Einwurf geht dahin: § 1 sei nicht unbedingt nöthig, da doch in vielen Gemeinden bereits freiwillige Cassen eristirten, die dem Bedürsnisse der keinelsenden Kamainde politikadie anglieden

betreffenden Gemeinde vollständig genügten.

Den Schlußsatz gebe ich zu, nicht aber den als anticipirte Folgerung anzusehenden Vordersatz. Trothem, daß im Großen und Ganzen dem Bebürfnisse einer Gemeinde durch die Theilnahme an den bestehenden freiwilligen Cassen genügt wird, so wird es doch in jeder Gemeinde Individuen geben, welche, unter die Classe der Beitrittspssichtigen gehörig, ohne Zwang doch nicht beitreten. Wohin nun mit diesen? Beitrittszwang zu einer freiwilligen Casse ist doch nicht recht anwendbar, ist eine Contra-dictio in adjecto! folglich muß in jeder Gemeinde, falls man einmal sich für Zwangsversicherung erklärt, eine Zwangsversicherung erklärt, eine Zwangsversicherung

Doch auch § 9 macht den § 1 nothwendig. Man kann keine freiwillige Casse dazu zwingen, für die Unterstützung eines andern Cassenangehörigen einzutreten. Bei freiwilligen Cassen kann ein Eintreten nur durch die Anbahnung eines freiwilligen Cartellverhältnisses erreicht werden. Anders ist dies in Hinsicht der als Gemeinde-, also unmittelbar als Staats-Institution anzusehenden Zwangscassen. Hier läßt sich durch Geset volle Gleichheit und auch diese Unterstützungspflicht decretiren.

Nach obiger Darlegung meiner Ansichten über biefe Frage ergiebt sich bie Beantwortung ber mir gestellten Specialfragen, wie folgt:

1) Ift die gesetliche Regelung des Penfionscassenwesens für erforderlich bez. für wünschenswerth zu erachten?

Ich halte sie nicht blos für wünschenswerth, sondern für erforderlich, wenn man überhaupt zu umfassenderen Resultaten gelangen will.

- 2) Soll das Gesetz den Beitritt zur Pensionscasse obligatorisch machen:
 - a) für die Arbeitnehmer? für alle ober nur bestimmte Rategorien?
 - b) für den Arbeitgeber? für alle oder nur bestimmte Rategorien?
 - ad a) Für die Handwerks-Gesellen, Gehilfen und Lehrlinge, für die Fabrikund Lohnarbeiter mit alleiniger Ausnahme der Tagelohnarbeiter.
 - ad b) Für Alle, welche unter a aufgeführte Arbeiter beschäftigen, soll bas Gesetz zwar nicht ben Beitritt, wohl aber eine Beitrags= leistung statuiren.
- 3) Sollen für ben Fall bes Beitrittszwanges bie Penfionscaffen
- a) ausschließlich vom Staate ober ber Commune errichtet und verwaltet werben, event. unter einiger Betheiligung ber Versicherten?
- b) von den Betheiligten nach Borschrift und unter Aufsicht des Staates gegründet und verwaltet werden, wie die Knappschaftscassen?
- c) von den Betheiligten nach Maßgabe eines Normativgesetzes errichtet und verwaltet werden, ohne staatliche Einmischung; oder sollen endlich
 - d) alle die Arten oder mehrere derfelben neben einander gestattet sein? Die Zwangshilfscassen sind meinem Dafürhalten nach am zweckmäßigsten von der Gemeinde zu errichten und von ihr unter voller Theilnahme der Cassenmitglieder durch eine von diesen erwählte, den Berwaltungsorganen der Gemeinde beigesetzte Deputation zu verwalten.

Bom Beitritte zu solchen Zwangshilfscassen werden die Mitglieder solcher freiwilliger hilfscassen entbunden, welche unter Oberaufsicht des Staates nach Maßgabe eines Normativgesetzes errichtet und verwaltet werden.

- 4) Wie sollen für den Fall des Beitrittszwanges regulirt werden:
 - a) der Umfang der Penfionscassen nach Ort und Beruf?

b) die Beitragspflicht bei Unvermögen?

- c) die Fortdauer der Ansprüche bei Arbeitsentlassung, Strike, Ueberssiedelung, Beschäftigungswechsel?
- d) die Entscheidung über das Eintreten der Pensionsberechtigung?

ad a) siehe § 1 meiner Borschläge.

ab b) In den weitaus meisten Fällen wird ein wirkliches Unvermögen, Beiträge zu einer hilfscasse zahlen zu können in solcher hilfslage des betr. Mitgliedes seinen Grund haben, welche dasselbe berechtigen durfte, eben die hilfe der Casse in Anspruch zu nehmen.

Bei berartiger Sachlage wird dann aber nicht wohl mehr von einer Beitragspflicht die Rede sein können. Für die Fälle, wo die Sache ja anders liegen sollte (was sicherlich nur verschwinsbend wenige sein werden), ist in der in § 11 meiner Borschläge vorgesehenen Gestundung ein Mittel gegeben, welches über aufstoßende Bedenken hinweghelsen dürfte.

- ad c) Bei der von mir vorgeschlagenen Einrichtung von gemeindlichen Zwangs-Histoassen mird allerdings in der meisten der hier gebachten Fälle von einem Anspruche an die Casse kaum die Rede seine Können, weil einer Casse nicht durch das eigene freie Belieben eines Mitgliedes, wodurch sich letzteres meist in diese Lagen verssetz, Lasten auferlegt werden dürsen. Möglich ist es allerdings daß berartige Lebenslagen auch wider den freien Willen eines Mitgliedes eintreten können z. B. dei ungerechtsertigter Entlassung, oder daß der freie Wille des betr. Mitgliedes dabei fast auf Null reducirt erscheint z. B. dei nothgedrungener Uebersiedlung oder dei Beschäftigungswechsel, wenn eine Krisis einen Industriezweig am Orte vollständig stillstehen macht 2c. 2c. In diesen als Ausnahmen zu betrachtenden Fällen wird das Zugestehen eines Anspruches von gewissenhafter Erörterung der Verhältnisse Seitens der Cassenverwaltung abhängen müssen.
- ad d) Die Entscheidung darüber, wie überhaupt über die auch andere Ansprüche begründende Hilflosigkeit wird man selbstverständlich der nach § 2 meiner Vorschläge niederzusetzenden Verwaltungsbehörde überweisen müssen.
- 5) Was soll für den Fall des freiwilligen Beitritts das Normativgesetz fesistellen:
- a) betreffs der Prüfung der Lebensfähigkeit?
- b) betreffs ber Sicherung ber Mitglieder bezw. deren Angehörigen?
- c) betreffs der Unlegung des Bermögens?
- d) betreffs des Berhältnisses zu anderen, insbesondere Coalitionsvereinen? Aboptirt man das von mir vorgeschlagene Institut der obligatorischen Gemeinde-Hilfscassen mit Beibehaltung der freiwilligen Hilfscassen daneben, so werden sich die Normativbestimmungen für die letzteren ganz bedeutend vereinsachen; man wird sich außer der von mir in § 8 erwähnten Bestimmung daran genügen lassen können ungefähr zu bestimmen:
 - a) wie die Caffenbestände anzulegen sind.
 - β) wie es in den Fällen zu halten ift, wenn die Solvenz der Caffe bedroht erscheint und
 - y) daß auch die nicht durch Tod ausgeschiedenen Mitglieder einer freiwilligen Casse während einer bestimmten von ihrem Ausscheiden abzurechnenden Zeitfrist gehalten sein sollen, für etwa nöthig werdende Nachzahlungen mit einzustehen und aufzukommen.

Alles Uebrige wird man wohlthun, der eigenen Regelung durch die Mitglieder zu überlassen. Das Gleiche wird der Fall sein dürfen bezügl. des Berhältnisses zu anderen Bereinen, insbesondere zu Coalitionsvereinen, wenn dieses Berhältniß nicht das bezweckt, was § 8 meiner Vorschläge zu verhüten strebt.

6) Ist im Fall ber Freiwilligkeit das System der vom Staate organissirten und verwalteten Alters= und Invalidenpensionscassen, wie in Frankreich,

England, Belgien, zu empfehlen?

Bei ber von mir befürworteten obligatorischen Einrichtung habe ich keine Beranlassung auf diese Frage zurückzukommen, abgesehen davon, daß mir über die belgischen und französischen Cassen und namentlich die friendly societies nicht so specielle Exfahrungen und Wissenschaft beiwohnen, wie sie ein solcher Ausspruch voraussetzt.

Ueber die Reorganisation der Knappschaftsvereine.

hinblid auf die Bildung von Berficherungegenoffenschaften für Arbeiter anderer Bewerbe.

Gutachten

nad

Hiltrop, Bergassessor in Dortmund.

Der erhebende Gedanke, der durch die Ergebnisse naturwissenschaftlicher Forschungen geweckt und gekräftigt die Ereignisse der Jetzeit heller wie alle historische Vergangenheit durchleuchtet, ist der Sieg der Wahrheit, der Bruch mit bem Aberglauben und ben Vorurtheilen, die Anerkennung und Befriedigung jedes mahren Bedürfnisses.

Wie überraschend schnell dieser wohlbegründete und gereifte Gedanke sich in politischer Beziehung Bahn gebrochen hat, wie rasch und vollständig das in unablässiger treuer Arbeit und freudiger Pflichterfüllung erstartte beutsche Bolt sich seine Weltstellung errungen und alle bis dahin anerkannten Macht= verhältniffe völlig geändert hat, das hat die jungste Vergangenheit gezeigt.

Diese Thatsache hat aber auch einen neuen Beweis von der siegenden

Gewalt eines jeden mahren Bedürfnisses in der Gegenwart abgegeben.

Jett, wo das Volk die Waffen des Krieges wieder mit denen des Friedens vertauscht hat, erhebt sich mit neuer Macht das begründete Bestreben jedes Einzelnen, durch treue Arbeit in dem Kampfe um das Dasein nun auch in den Werkstätten des Friedens das erstrebte Resultat: eine gesicherte Lebenseristenz zu erwerben.

Es ist ein feststehender Erfahrungsfatz, daß Revolutionen entstehen, wenn nicht rechtzeitig reorganisirt ist, wenn die traditionellen Formen und Einrichtungen nicht ben fortschreitenden Bedürfnissen ber Gegenwart entsprechend geändert werden.

58 Hiltrop.

Beil seit der Entwickelung der Fabrikindustrie in Deutschland sich nach fremdem Muster leider auch bei uns das laissez faire und laissez allershstem Geltung verschafft hat, weil in Folge dessen die Gesetzebung nicht im Stande war, nach altem deutschen Muster im wahren Interesse der von ihr zu vertretenden Gesammtheit der Staatsbürger, organisirend in die gewerblichen Verhältnisse einzugreisen, so sind thatsächlich dringende natürliche Bedürfnisse undefriedigt geblieben und deshalb haben sich socialistische Bestrebungen bis zur verdrecherischen Umwerfung aller bestehenden Besitzverhältnisse gesteigert und thatsächlich so außerordentlich an Umfang gewonnen.

Das natürliche Bedürfniß für jeden Staatsbürger ist aber: durch seine pflichtgemäße Arbeit während der erwerbsfähigen Zeit des Lebens nicht nur seinen laufenden Unterhalt, sondern auch die Brämien für seine und der Seinigen Versicherung in temporär und dauernd erwerbsunfähigen Tagen zu

erwerben.

Die Summe des Tagelohns und dieser Bersicherungsprämie, d. h. der Berzinsung und Amortisation des Arbeitscapitals, ist der naturgemäße Arbeitsertrag.

Bei einer bedeutenden Anzahl der Staatsbürger, bei allen Staatsbeamten, bei dem Militair aller Grade, bei den Bergleuten und Salinenarbeitern ist dies thatsächliche Bedürfniß nicht nur anerkannt, sondern längst auf dem Wege der Gesetzgebung mehr oder weniger den Berhältnissen der Zeptzeit entsprechend organisirt.

Es ist die Aufgabe, es ist das natürliche Recht und die Pflicht der Staatsregierung, im Berein mit den übrigen Factoren der Gesetzgebung, über die von dem einzelnen Staatsbürger im Interesse der Gesammtheit abzu=

tretenben Souveränetätsrechte zu verfügen.

Es ist aber ein allgemeines, und deshalb ein Staats-Interesse, die Bersicherung gegen die natürlichen Folgen der jeden Menschen treffenden temporären und dauernden Unterbrechungen der Erwerbssähigkeit herbeizusühren und deshalb über den zur Erreichung dieses Staatszwecks ersorderlichen Theil des täglichen Arbeitsertrags jedes einzelnen Staatsbürgers zu disponiren.

Da alle Menschen von Krankheiten, Erwerbsunfähigkeit und Tod heimgesucht werden, so ist es naturgemäß, daß die Bersicherung des nothwendigen Lebensunterhalts während dieser Zeit eine im Prinzip auf Gegenseitigkeit

basirte sei.

Da aber die Intensität, die Häusigkeit und die Zeitdauer dieser allgemein menschlichen Nothstände wesentlich von den Lebens= und Erwerbs=Verhältnissen abhängig ist, und es ungerecht sein und die wahren Herstellungskoften der Producte im einzelnen Gewerbe fälschen würde, wenn ein in den bez. Beziehungen wesentlich abweichendes Gewerbe den eventuellen Mehrauswand sitr die Mitzglieder eines anderen Gewerbes tragen sollte, so sind gegenseitige Versicherungscassen für die einzelnen Hauptindustriezweige im Reiche, für die einzelnen Richtungen, auf denen die Staatsbürger um ein menschenwürdiges Dasein kämpsen, auf dem Wege der Gesetzgebung zu schaffen, in geographisch begrenzte und die sachgemäße innere Verwaltung erleichternde Unterabtheilungen zu

gliedern und in den wesentlichen Grundzügen durch Normativbestimmungen

gleichmäßig zu organisiren.

Die Statuten dieser gewerblichen Versicherungscassen sind von einer gleichen Anzahl frei und direct gewählter Vertreter der Arbeitgeber und Arbeit= nehmer des der Specialcasse zugewiesenen Bezirks auf Grund der Kormativ= bestimmungen festzustellen und erhalten durch die von der Regierung zu er=

theilende Bestätigung Gesetzestraft.

Die Größe des jeder einzelnen Casse zuzuweisenden geographischen Bezirks ist so zu bemessen, daß die dadurch zusammengefaste Zahl der bez. Gewerbtreibenden ausreichend groß ist, um durch ihre Prämien das Nissico ihrer Frunction als Pensionscasse bei naturgemäßem Erlöschen der Arbeitstraft oder Tod beherrschen zu können; zur Paralhsirung der Wirkungen der Unfälle in jedem Gewerbe werden diese Pensionscassen im ganzen Reiche mit einer dieselben übernehmenden und gemeinschaftlich ausgleichenden Generalcasse in Contoberechnung zu treten haben, während sie auf der anderen Seite die Oberseitung über kleinere, durch die Statuten mit Rücksicht auf möglichste gegenseitige Selbst-Controle der Mitglieder begrenzte Werks-Krankencassen führen müssen.

Die ihrem Umfange nach in einem bestimmten Procentsate zum Berdienst in einer bestimmten letzten Beitragsperiode statutarisch festzustellenden Leistungen dieser Cassen würden sich zu erstrecken haben

1. auf ärztliche Behandlung und Arznei für die Person des Mitgliedes

und feine Familien Mitglieder in Rrantheitsfällen;

2. auf ein, dem gewöhnlichen Lohne entsprechendes Krankenlohn für seine Bersch bei einer ohne eignes grobes Verschulden entstandenen Krankheit;

3. auf einen Beitrag zu den Begräbniffosten der Mitglieder und In-

validen;

4. auf eine lebenslängliche Invaliden-Pension bei einer ohne grobes Versichulden eingetretenen dauernden Arbeitsunfähigkeit;

5. auf eine Unterstützung der Wittwen auf Lebenszeit, bez. bis zur

etwaigen Wiederverheirathung; und

6. auf eine Unterstützung ber Kinder verstorbener Mitglieder und Invaliden bis nach zurückgelegtem 14. Lebensjahre.

Bur Dotirung biefer Kaffen ift die Einführung einer Zwangs = Bersicherung ober ein Abzug vom verdienten Lohne nicht einmal absolut erforderlich.

Es braucht nur durch ein Reichsgesetz sestgessellt zu werden, daß der Arbeitgeber verpflichtet ist, a conto jedes Arbeitnehmers, der sich ihm als Mitglied einer solchen Versicherungscasse legitimirt hat, außer dem täglichen in beliediger Weise normirten, naturgemäß stets auch bei dem ohne jede Intelligenz wirkenden Arbeiter mindestens dem laufenden nothwendigen Lebensunterhalt entsprechenden Arbeitslohne noch einen bestimmten procentualischen Zuschlag des gezahlten Lohnes (gleichsam eine natürliche Steuer auf den dabei erzielten Unternehmergewinn) als Prämie in jene Casse zu zahlen; dem mit den Rechten einer juristischen Persönlichseit auszustattenden Vorstande jener Casse ist sodann das Recht zur executivischen Einziehung jenes aus dem, in

60 Hiltrop.

ven Statuten der bez. Casse seistellten Procentsate in Berbindung mit den monatlichen Lohnzetteln des bez. Arbeiters sich ergebenden Prämienbetrags zuzutheilen. Den Knappschaftsvorständen ist dies alte hergebrachte deutsche Recht den Bergwerks- und Salinenbesitzern gegenüber durch den § 176 des Allg. Berggesetzs vom 24. Juni 1865 (Ges. S. 705) neuerdings be-

stätigt worden.

Wenn nun der Arbeitnehmer weiß, daß er durch den in seinen freien Willen gestellten Beitritt zu einer solchen, für einen geographischen Bezirk aus seinen Mitarbeitern gebildeten Versicherungscasse gegen die natürlichen Nothstände des Lebens erreicht, daß sein Arbeitgeber außer dem täglichen Lohn noch für ihn einen, jenen Leistungen der Casse statutenmäßig entsprechenden Beitrag in diese Versicherungskasse abführen muß, so wird er dieser, von einer gleichsstarten, freigewählten Vertretung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf Grund der Statuten selbstverwalteten Casse beitreten.

Kein Werkbesitzer wird deshalb in Zukunft mehr einen Arbeiter erhalten, der nicht Mitglied einer solchen Casse ist, für den er also nicht neben der gegenwärtigen Unterhaltung durch das baare Lohn auch die Zahlung jener Versicherungsprämie zu übernehmen hat, und da alle Werkbesitzer zu gleicher Zeit von dieser Erhöhung der Selbstosten ihrer Producte, bez. von dieser Verringerung ihres Unternehmergewinns getrossen werden, so erleiden sie

in der freien Concurrenz keinen Schaben.

Da die Lösung dieser Fragen nicht nur von nationalem, sondern von internationalem Interesse ist, so würde, wo die Concurrenz gegen das Ausland durch diese interne Steigerung der Selbsttosten der deutschen Fabrikate leiden und somit den Nationalwohlstand schädigen sollte, eine gleichzeitige Inangriffnahme der Lösung dieser Frage durch alle Culturstaaten einzuleiten sein.

Wie die Jetzeit durch gesteigertes Bedürfniß zur baldigsten und gründlichsten Beseitigung der socialen Mißstände auffordert, so gewährt sie auch die Mittel dazu und zeigt den Weg, diese Mittel in ein für jeden einzelnen Staatsbürger und für das ganze Staatsleben segensreiches Bette zu leiten.

Durch die bedeutenden Geldmassen, die sich in diesen Jahren über Deutschland ergossen, wird naturgemäß eine Entwerthung des Geldes, d. h. eine Preissteigerung der Producte herbeigeführt werden, mit dieser Preissteigerung der Producte wird aber auch das Risico der Production, dadurch also auch der Unternehmergewinn in höherem Maße wie der Arbeitslohn sich steigern.

Durch die gesetzliche Berpflichtung der Arbeitgeber, jene Quoten der Bersicherungsprämien für jeden Arbeiter in die gewerbliche Bezirkskasse zu zahlen, wird ein wesentlicher Theil des in der Gegenwart zuströmenden baaren Geldes für die Bedürfnisse der Zukunft verzinslich ausgespeichert, wird also volkswirthschaftlich segensreicher wirken, als wenn er in der Gegenwart durch größere Consumtion den Preis steigernd in ein Faß der Danaiden ausgegossen würde.

Durch die Bildung der bezeichneten gewerblichen Berficherungscaffen wird das Proletariat aufgehoben: man nennt den Menschen einen Proletarier, der

von der Hand in den Mund lebt, der, wenn er nicht mehr arbeiten kann, verhungern oder betteln muß, der für die natürlichen Nothstände des Lebens keinen Rückhalt an einem Capitale hat.

Die aus dem zwekbewußten, organisirten Zusammentreten der einzelnen Individuen gebildete Casse schutzt durch das organische Zusammenwirken der zurückgelegten mit der gegenwärtigen Arbeit, und durch brüderlich ausgleichende Hilfe gegen das Proletariat, gegen dies Resultat der Aussaugung der menschelichen Arbeit durch das Capital.

Gegen Mitglieder der Casse, die die Leistungen derselben migbrauchen wollen, schützen Bestimmungen der Statuten und die kameradschaftliche Zucht der Mitarbeiter; für die auf Grund der Statuten ausgestoßenen Mitglieder treten staatliche Zwangsarbeitshäuser in ihre volkswirthschaftlichen Rechte.

Die durch staatlich organisirte Versicherung jedes Staatsbürgers gegen die materiellen Folgen der natürlichen Nothstände des Lebens durch seine Arbeit während der arbeitsfähigen Tage des Lebens herbeigeführte Ausbedung des Proletariats wird nicht nur auf das materielle Lebensglück, sondern dadurch auch auf die sittliche und geistige Fortentwicklung unserer Mitbürger den segensreichstenEinsluß ausüben.

Wieviel Unglück, Berzweiflung und Sittenlosigkeit ist in allen Zweigen bes Bolkslebens zu sinden, weil die Hülfe bei den natürlichen, unverschuldeten Nothständen des Lebens fehlt!

Das bei gegenseitiger Versicherung für die bezeichneten Zwecke aus den eingezahlten Prämien gebildete Capital hebt das einzelne Individuum über jene natürlichen Stockungen der Erwerbsfähigkeit naturgemäß hinweg, und wenn diese Ansammlung der in der Gegenwart überschüsssigen Kraft, wenn diese Schwungrad in das Näderwerk des socialen Lebens eingeschaltet wird, so führt eine temporäre Stockung der Erwerbsfähigkeit nicht mehr zum dauernden Ruin der Arbeitskraft, es wird eine ungeheure, jest vor der Zeit erlöschende oder durch Verzweisslung und Demoralisation dem gesunden Staatseleben gefährlich werdende Summe von Arbeitskraft dem Lebensglück des Einzelnen und dem National=Reichthum, der Sittlichkeit und Macht unseres deutschen Staatslebens erhalten.

Durch die Uebertragung aller der oben bezeichneten Versicherungen auf jedes einzelne Gewerbe selbst ergeben sich erst die wahren Herstellungskosten der Producte und es werden erst dadurch für eine gesunde Concurrenz= und Lebensfähigkeit der Betriebe, sowie für die bezüglichen statistischen Untersuchungen zwerlässige Grundlagen gewonnen.

Bei der jetzt völlig sehlenden oder ungenügenden Organisation der gewerblichen Arbeit ist es leider naturgemäß, daß Arbeiter und ihre Angehörigen durch die natürlichen Nothstände des Lebens auf das Betteln bei ihren Mitmenschen, d. h. bei anderen Gewerben angewiesen werden.

Nichts aber ift bedauerlicher, Nichts entwürdigt den Menschen mehr, Nichts treibt den denkenden Menschen mehr verzweiselken Entschlüssen in die Arme, Nichts raubt ihm mehr den Halt an der Sitte und der Religion, wie 62 Hiltrop.

dieser jett leider völlig naturgemäße Auswuchs unserer gegenwärtigen socialen Berhältnisse.

Dies Uebel läßt sich nicht übertünchen oder stopfen, sondern nur an der

Quelle beseitigen: die Quelle aber ist die Organisation der Arbeit.

Der Einzelne ist dazu machtlos, jeder Einzelne wird aber durch die Folgen der jetzigen fehlenden, bez. mangelhaften Organisation betroffen; die berufene Vertretung der Gesammtheit hat die Macht und die Pflicht hier

organisirend und segenspendend einzugreifen!

Weit entfernt davon, die Menschen zu ermatten und gleichgültig zu machen, wird die hier angeregte Organisation der Arbeit, — wie sie es bei den Staatsbeamten, dem Militair und den Bergleuten gethan hat, — anzegend, erhaltend und veredelnd auf alle ihre Jünger wirten, die Arbeit wird nicht mehr als Fluch für eine unbekannte Sünde unserer Voreltern, sondern nach ihrer erfolgten Organisation als die verheißungsvolle Voraussehung und Sicherung unseres Lebensglücks von allen Kreisen des Volkes betrachtet werden.

Nachdem die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni 1869 (Ges. S. 245) endlich die Coalitionsfreiheit den Arbeitzebern und Arbeitznehmern ertheilt hatte, ist die längst erzeugte Zwietracht zwischen Capital und menschlicher Arbeit zum äußeren Ausdruck gekommen. Da den beiden äußerzlich geschiedenen Gruppen ein vermittelndes, schiedsrichterliches oder gesetzliches Organ sehlte, was ihre Differenzen aufklären und reguliren konnte, so haben sich diese dis zu verdrecherischen, d. h. mit allen bestehenden, wohlerworbenen und die Basis für allen Erwerb abgebenden Besitzverhältnissen brechenden Bestrebungen, an vielen Orten bis zu offenem socialem Kriege und zu Arbeitseeinstellungen gesteigert.

Diese aussichtslosen Kämpfe zwischen Menschen, deren Lebensezistenz nicht nur in innigster Wechselwirkung zu einander steht, sondern vielmehr, wo die Lebensezistenz der Arbeitnehmer auf der möglichst gesicherten Lebensezistenz, also auf dem Lebensglück der Arbeitgeber erst basirt ist, sind ebenfalls besauerliche Folgen der mangelhaften gesetzlichen Organisation der gewerblichen

Arbeit.

Das Capital, d. i. der aus der Bergangenheit für die Gegenwart aufgespeicherte Arbeitsertrag ist der Samen, der neue Betriebsstärke ins Leben ruft und in den Schwankungen der Absatzerhältnisse erhält, Angriffe der Arbeiter gegen das Capital sind Hiebe gegen den Stamm des Baumes, der sie trägt; es sind Bürgerkriege, deren Folgen für die Gesammtheit um so trauriger sind, je entschiedener der augenblickliche Sieg der einen Bartei war.

Der naturgemäße Abschluß der vollsten Benutzung der beiden Parteien gesetzlich zustehenden Coalitionsfreiheit würde doch der sein, daß eine gleiche Anzahl frei und direct gewählter Vertreter der beiden Factoren eines Gewerbezweiges in einem geographischen Bezirk in Verhandlungen über den Außgleich der Differenzen zusammentreten, daß diese vereint die Wahrheit und daß Recht suchen, und daß mit der Entscheidung dieses Vorstandes des Gewerbes im Bezirk sich beide Theile zufrieden geben. Dieser so gewählte Vors

stand des Gewerbes im Bezirk wird aber auch der sachgemäße Berwalter der obenbezeichneten Bersicherungscasse der Mitglieder des Gewerbes im Bezirk gegen die durch die natürlichen Nothstände des Lebens herbeigeführten temporären und dauernden Unterbrechungen ihrer Arbeitskraft sein.

I. Ginleitung.

Tas Institut der Knappschaftsvereine hat sich in seinen Grundzügen mit dem deutschen Bergdau gebildet und mit ihm zugleich entwickelt. Der stets sich gleich bleibende Hauptzweck desselben war die innere Organisation, die corporative Verbindung des Bergarbeiterstandes und aus ihr heraus die sittliche und materielle Hebung der Verhältnisse der einzelnen Witglieder, sowie der ganzen Genossenschaft. Keine andere Klasse von Arbeitern, weder in unserm Vaterlande noch im Auslande, hat sich einer so althistorischen und in so hohem Maaße entwickelten Organisation zu erfreuen, wie der deutsche Bergmannsstand, und als die staatswirthschaftlich nützliche Folge ist die im Allgemeinen in sittlicher, socialer und materieller Beziehung vor den übrigen Arbeiterklassen hervorragende Stellung dieses Standes anzuerkennen.

Das schöne Gefühl der Kameradschaftlickeit, dieses Bewußtsein der Gemeinsamkeit der Interessen in guten und bösen Tagen, in Leben und Tod, mit allen seinen segensreichen Folgen für den Einzelnen, wie für die Gesammtheit ist eine Wirkung der Anappschaftsvereine. Jenes Gefühl hat ferner nicht nur das Verhältniß der Arbeiter zu den Beamten, ohne dem im Interesse der Sache erforderlichen und nöthigen Gehorsam Abbruch zu thun, zu einem innerlich näheren, vertrauensvolleren gemacht, sondern auch das Vershältniß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu einem weit normaleren, günstigeren und milderen herausgebildet, als es bei der gegenwärtigen Entwicklung der Geldwirthschaft und der socialen Bedeutung des Capitals bei einem anderen Gewerbestande zu sinden ist.

Das mit der Organisation des Bergmannsstandes stets vereinte Streben, seine Angehörigen materiell sowohl gegen die allgemeinen Wechselfälle des Lebens, als auch gegen die Gefahren des Berufs nach Möglichkeit zu schützen, hat mit den Knappschaften zugleich die Bildung und Entwickelung gegensseitiger Unterstützungscassen veranlaßt.

II. Siftorifde Entwidelung ber Rnappfchaftegefete.

Im Bewußtsein der hohen wirthschaftlichen Bedeutung des bergmännisschen Gewerdes überhaupt, in Erkenntniß der segensreichen Folgen der aus der Natur des Gewerdes entsprungenen Organisation hat die Gesetzebung jeder Zeit zur Fizirung und Berallgemeinerung der von den Knappschaftsvereinen bezüglich der sittlichen und materiellen Hebung der Mitglieder getrossenen Einrichtungen in einer den temporären und localen Bedürsnissen ents

64 Hiltrop.

sprechenden Weise mitgewirkt. Zur Prüfung der Zweckmäßigkeit und Angemessenheit der gegenwärtig bestehenden gesetzlichen Vorschriften und statutarischen Bestimmungen bezüglich der Invaliden und Hinterbliebenen und zur eventuellen Begründung von Vorschlägen zur Entwickelung und Erweiterung derselben, sowie zum Nachweis der historisch durchgehenden innigen Verschmelzung der materiellen, corporativen und versittlichenden Zwecke des Knappsichaftswesens, sei es zunächst gestattet, auf die gesetzgeberische Thätigkeit bezüglich der bisherigen Entwickelung des deutschen Knappschaftswesens zurückzublicken.

Während in der ältesten Auszeichnung des weit verbreiteten, von den nach Böhmen gezogenen deutschen Bergleuten niedergeschriebenen, sogenannten Iglauer Bergrechts vom Jahre 1249 Bestimmungen über das Knappschaftswesen nicht enthalten sind, erwähnt die Kuttenberger Bergordnung von 1300 dasselbe bereits als bestehend. Die Rammelsberger Bergordnung vom Jahre 1539 enthält, der Blüthe des Bergwesens in dieser Zeit entsprechend, bereits außerordentlich entwickelte Bestimmungen über die Organisation des Knappschaftswesens. An der Spitze der Vereinsverwaltung standen vier, zum Theil dem Arbeiterstande angehörige Vormünder; Darlehne aus der Casse können an Vereinsmitglieder gegeben werden; ein besonderes Krankenhaus, ja selbst ein besonderer Bergprediger wird aus der Vereinscasse untershalten. Neben einem nach der Ausbeute schwankenden gewerkschaftlichen Beitrage haben die Arbeiter wöchentlich 1 Pfennig zur Casse zu zahlen; unterslassen sied dies, so erhalten sie keinen Talg mehr, d. h. die Arbeit im Bergewerk wird ihnen unmöglich gemacht, sie werden aus der Werksarbeit entlassen.

Von den bis zur Einführung des Allgemeinen Berggesetzes in Preußen gültigen Bergordnungen enthalten die wichtigeren über den in Rede stehenden

Gegenstand folgende Bestimmungen:

Die Nassausen eine Indogen'sche Bergordnung von 1559 versordnet im 65. Artikel, daß der Bergwerksbesitzer dem Arbeiter, der bei der Berksarbeit verunglücke und Schaden nähme, auf vier Wochen seinen Lohn und das Arztaeld entrichten solle.

Die Homburgische Bergordnung von 1570 enthält im 49. Artikel die gleiche Vorschrift, diesen noch winzigen Keim, aus dem sich die Maaßregeln

zur weitern Sicherung der Arbeiter entwickelten.

Die Kurtrier's sche Bergordnung vom 22. Juli 1564 bestimmt in ihrem 16. Artisel, daß jeder der Knappschaft angehörige Bergarbeiter wöchentlich einen gleichen und außerdem einen im Procentsatz zum Berdienst bestimmten Beitrag an die Bruderbüchse abgeben solle, und daß diese den Armen des Bergwerfs zu Rutz zu verwenden sei. Wenn ein Bergarbeiter in der gewerkschaftlichen Arbeit zu Schaden kommt, so soll ihm sein Lohn auf vier Wochen und das Arztgeld dazu entrichtet werden. Die Gewerken sollen ferner ein Procent der Rohproduction zur Kasse liesern, und der Ertrag hiervon soll zu jeder gesegnen Zeit mit Beirath der Bergausssichtsbeamten angelegt und aus der jährlichen Kente sollen in theuern Jahren die dürstigen Knappschaftsmitglieder unterstützt werden. Die Bergbehörde soll einige zuverlässige, von ihr dazu vereidigte Männer berusen, der Casse vorzustehen und alle Vierteljahr Rechnung zu legen; die Casse soll in einer besonderen Lade mehrsach verschlossen in der Pfarrkirche stehen; jeder Brudermeister einen besonderen Schlüssel zu ihr besitzen, jeden Sonnabend soll die Lade von ihnen vereint ausgeschlossen und auß ihr von den Brudermeistern nach Gefallen zunächst den Knappschaftsmitgliedern, dann aber auch anderen nachweislich besonstitut.

dürftigen Leuten Almosen ausgetheilt werden.

Die Henneberg'sche Bergordnung vom 18. December 1566 setzt im 87. Urtikel die Beiträge zur Anappschaftscasse in gleicher Weise seife fest, wie die Kurtrier'sche, ordnet aber an, daß aus den Einnahmen den verdorbenen Bergarbeitern, Arbeitern und Armen, also den erwerbsunfähig gewordenen Mitgliedern im weitesten Sinne ein Haus errichtet werden und, sosen das Geld reiche, aus den Zinsen unterhalten werden solle. Wenn ein Arbeiter an seinen Gliedmaßen zu Schaden kommt, so soll ihm der Bergwerksbesitzer, wenn die Grube Ausbeute giebt, den Lohn auf acht Wochen, andernfalls auf vier Wochen außer dem Arztgeld zu geben verpflichtet sein. Alle beim Bergwerksbetriebe auch nur vorübergehend beschäftigten Personen sollen nach Artikel 86 zu Treue und Gehorsam gegen die Beamten für die Dauer ihrer

Beschäftigung vereidigt werden.

Nach der Kurkölnischen Bergordnung vom 4. Januar 1669 Theil II, Urtikel 12 sollen alle Knappschaftsmitglieder gleichmäßig wöchentlich einen bestimmten Beitrag zur Budse zahlen und der Schichtmeister jeder Grube Diese Beiträge jeden Sonnabend dem zuständigen Knappschaftsältesten gegen Quittung zur Weiterbeförderung an die Knappschaftslade abliefern; die Gewerkschaft hat nach dem 19. Artikel einen Freikur der Knappschaft zu berechnen. Aus dieser Casse sollen die Aeltesten auf Unweisung des Bergamtes den erwerbs= unfähigen Bergleuten, Wittwen und Waisen, benen bas Bergamt auf ihre desfallsigen Gesuche ein Gewisses an Gnadengeld oder eine extraordinäre Unterstützung bewilligt hat, dies auszuzahlen haben. Reicht die Rasse noch weiter, so können Bergleute zum Hausbau oder zu ähnlichen Zwecken mäßige Vorschüffe gegen Zins aus derselben erhalten. Nach dem 36. Artikel VII. Theils dieser Bergordnung soll der Bergwerks-Eigenthümer dem er= frankten oder beschädigten Arbeiter den halben Wochenlohn fortzahlen; wird er aber andauernd arbeitsunfähig, so muß ihm das Bergamt eine wöchent= liche Unterstützung aus der Anappschaftstasse verordnen.

Die Eisleben = Mansfeld'sche Bergordnung vom 28. October 1673 schreibt im 33. Artikel vor, daß die Schichtmeister und Schmelzer von den Berg= und Hüttenarbeitern wöchentlich einen bestimmten Brocentsat des Lohnes als Beitrag zur Knappschaftscasse abzuziehen und dem Bergvogt, Richter und Schöppen, der zugleich Knappschaftsältester sein solle, vierteljährlich abzuliefern haben. Aus dem Fonds sollen auf einträchtiges Erkenntnis der Bergbeamten den arbeitsunfähigen Berg= und Hüttenleuten, sowie deren Wittwen und Kindern, sossen diese der Berg= und Hüttenarbeit nachgehen, Unterstützungen gewährt werden; auch bedürftige Mitglieder sollen daraus Spenden erhalten. Außerdem soll für die invaliden Mitglieder das St. Katharinen-Hospital be-

Schriften V. - Alterspenfionscaffen.

66 Hiltrop.

ständig verbleiben. Nimmt ein Arbeiter Schaden bei der Gewerkenarbeit, so erhält er nach Artikel 14 von Ausbeutezechen bis acht Wochen, von den

übrigen bis vier Wochen Lohn nebst dem Arztgelde.

Die von Friedrich bem Großen erlassene, revidirte Cleve=Märkische Bergordnung vom 29. April 1766 bestimmt im 48. Capitel, daß alle Bergleute ohne Ausnahme zu Treue und Gehorsam gegen den Landesherrn und seine Bergbehörden in Pflicht genommen und darauf im Knappschaftsregister verzeichnet werden, in bergmännischer Tracht geben und ihre Arbeit getreu und vorschriftsmäßig verrichten sollen. Im 76. Capitel wird angeordnet, daß zum Fonds der einzurichtenden Knappschaftscasse außer Strafgelbern und anderen Abgaben die Gewerken ter Steinkohlengruben für jeden in gangbaren Schächten arbeitenden Häuer wöchentlich ein Faß Rohlen, die Gewerken aller übrigen Bergwerke dagegen die Ausbeute von zwei Kuren abgeben sollten. Runmehr sollen aber die Gewerken auch nur noch, wenn ein Arbeiter in ihrer Arbeit frank wird ober Schaden nunmt, verpflichtet fein, dem Rranken oder Beschädigten, wenn die Zeche in Ausbeute steht, auf acht Wochen, sonst auf vier Wochen —, wenn anders die Krankheit oder Kur so lange anhält und der Arbeiter nicht eher wieder an die Arbeit geben kann, — seinen vor= her wöchentlich gehabten Lohn als Gnadenlohn zu zahlen; die Kurkosten sollen dagegen hinfort von der Knappschaftscasse getragen werden. Sollte aber Jemand bei dem Bergwerke in der Arbeit gleich zu Tode kommen, so sollen seine Wittme und Erben ben vorstehend bestimmten Gnadenlohn genießen, Die Begräbniftosten aber aus ber Anappschaftscasse gezahlt werden. Die Bergbehörden sollen streng darauf halten, daß der Gnadenlohn von dem Berg= werksbesitzer prompt gezahlt werde; könnten jedoch Gewerken erweisen, daß der Krankgewordene oder Schadengenommene sein Malheur durch seine un= ordentliche Lebensart oder durch dessen Mitarbeiter vorsätzliche Nachlässigkeit oder Bosheit erhalten habe, so soll die Bergbehörde die Sache untersuchen und den schuldigen Theil nach Befinden in Strafe ziehen. — Gleiche Be= stimmungen sind im 78. Artikel ber beiden andern revidirten Bergordnungen, der Schlesischen vom 7. Juli 1769 und der Magdeburg= Salber= städt'ichen vom 7. December 1772 enthalten.

Zur Ausführung des 76. Capitels der revidirten Cleve-Märkischen Bergordnung trasen bereits das Generalprivilegium für die Bergleute im Herzogthum Eleve, Fürstenthum Meurs und der Grafschaft Mark vom 16. Mai 1767 und die an demselden Tage von Friedrich dem Großen erslassen Instruction zur Einrichtung und Führung der Anappschaftscasse für die Bergleute in Cleve, Meurs und der Mark nähere Bestimmungen über das Knappschaftswesen. Durch das Generalprivilegium nimmt der König alle dortigen Berg- und Hüttenleute, die vor der Bergbehörde den Sid der Treue und des Gehorsams abgelegt haben und darauf in das Anappschaftsregister eingetragen worden sind, sammt ihren Nachsommen in seinen bessondern Schutz, ertheilt ihnen völlige Freiheit vom Militairdienst, von allien persönlichen Communallasten, von Accise und Einquartierung und giebt hnendie Bergbehörde zum privilegirten Gerichtshof. Der §. 7 des General

privilegiums wiederholt alsbann die Bestimmungen bes 76. Capitels ber Bergordnung über ben vom Bergwerksbesitzer ben tranken und verunglückten Arbeitern, beziehungsweise ben Hinterbliebenen zu zahlenden Gnadenlohn und fagt, daß ber Rönig, um hierin für die Bergleute, beren Wittwen und Waifen bei Krankheiten, Berunglückungen und Berfterben noch mehr vorgesehene Hülfe zu leisten, fammtlichen Bergleuten Die Errichtung einer Knappschaft und Anapp= schaftscasse zugestanden und bemnächst die in der Bergordnung bezeichneten ge= werkschaftlichen Zuschüffe zu berselben festgesetzt habe, aus welchen Fonds ben Bergleuten bei Krankheiten und Ungludsfällen Kurkosten und fernere Berpflegung, auch wenn sie unvermögend werden, oder nach dem Ermessen der Bergbehörde aus dem Bermögen der Casse wöchentlich auf 20 Stüber, bei ihrem Tode aber ihren Wittwen und Waisen, solange erstere unverheirathet bleiben und lettere unerzogen sind, nach Beschaffenheit ihrer Umstände und denen der Knappschaftscasse alle Monate etwas Gewisses ausgemacht und gereicht werden solle (§. 8). Auch könne den Arbeit suchenden fremden Bergleuten (8. 9) aus der Knappschaftscasse nach ihren Umständen ein Zehr= pfennig gegeben werden. Nach §. 10 joll zu den Fonds dieser, der ge= sammten Knappschaft bei Krankheit, Alter und Unglücksfällen, nach ihrent Absterben aber ihren Wittwen und Waisen so nütlichen und soulagirenden Knappschaftskasse auch jeder Bergmann, wie bei den Bergwerken anderer Länder geschieht und die in der Grafschaft Mark gern thun zu wollen sich erboten haben, Etwas, boch nur ein Geringes und kaum Merkliches beitragen; nämlich bei der Einschreibung 10 Stüber und von jedem Thaler Arbeitolohn 1 Stüber; Diefe Beiträge follen unter Aufficht und Anweifung des Bergamts durch zwei besondere Aelteste und einen Knappschaftsichreiber zu dem bezeichneten und keinem anderen Behufe verwendet und verrechnet merben.

In der am selben Tage mit dem Generalprivilegium vom großen Könige erlassenen Instruction über die Führung dieser Anappschaftscasse wird nach wiederholter Servorhebung des im Berhältniß zu ihrem Lohne nur kaum merklichen und auch freiwillig angebotenen Beitrags ber Arbeiter zur Caffe, ein Knappschafts-Rendant und Schreiber verordnet, welcher dafür zu forgen habe, daß jeder Bergarbeiter nach Ablegung des Eides der Treue und des Gehorsams von dem Bergamte in das zu führende Knappschaftsregister ein= geschrieben werde, die 10 Stüber Einschreibegebühr zur Casse zahle, ihm dafür ein Einschreibungsattest ertheilt werde, auf Grund dessen er sich bei den Schichtmeistern legitimiren und in Arbeit aufgenommen werden könne. Ferner habe der Rendant dahin zu sehen, daß der freiwillig übernommene Arbeiter= beitrag vom Thaler Arbeitstohn eingehalten, vierteljährlich an die Caffe abgegeben, die Beiträge der Gewerkschaft an Ausbeute beziehungsweise Stein= kohlen monatlich abgegeben und vereinnahmt und die der Knappschaftscasse überwiesenen Strafen prompt eingefordert würden. Das Bergamt hat jähr= lich die Ausgaben an Unterstützungen (die den wegen Alters oder beständiger Gebrechen unvermögenden Bergleuten oder deren Wittwen und Waisen, bis sie sich selbst ernähren können, fortgesetzt zu leisten sein werden) nach vorher

abgegebenem Gutachten der Knappschaftsältesten in einen Etat zu bringen, bessen Approbation bei der Priegs= und Domänenkammer einzuholen und der darauf dem Rendanten zum Belag zuzustellen ist. Betreffs der zufälligen Ausgaben auf kurzere Zeit, z. B. bei Krankbeiten, Unfällen ber Bergleute, deren Absterben und Beerdigungen, bei Zehrpfennigen der Arbeit suchenden, fremden Bergleute kann ber Knappschaftscaffen-Rendant (dem zur Mitaufsicht über die Casse noch zwei Anappschaftsälteste zugeordnet werden) auf specielle Anweisungen des Bergamts Ausgaben leisten. Alle Vierteljahr von Neuem haben die Aeltesten die Erwerbsfähigkeit fammtlicher Gnadenlöhner gründlich und unparteiisch zu prüfen und mit ihrem Gutachten die Anweisung der Gnadenlöhne beim Bergamte zur Vollziehung einzureichen. Die Auszahlung foll möglichst alle Monate, sonst vierteljährlich, in Gegenwart eines Aeltesten statifinden, der die erfolgten Auszahlungen zur Vereinfachung der Rechnung mitzuattestiren hat. Ist ein Ueberschuß von 50 Thalern und mehr in der Caffe, so muß bem Bergamte zur zinsbaren Unlegung besselben Anzeige gemacht werden. Der Rendant muß jährlich die Rechnung abschließen, von den Aeltesten attestirt dem Bergamte zur Revision und Abnahme vorlegen, welches dieselbe in pleno abzunehmen und darüber ber Kriegs= und Domänenkannmer zur Approbation zu berichten hat. Zur Sicherheit der Casse soll der Rendant nach Ermessen des Bergamts der Knappschaft Caution stellen, durch Handschlag die getreue Verwaltung versichern, dafür vier Procent der ganzen Einnahme, jeder Aelteste aber zwei Procent als Entschädigung empfangen.

Am 20. November 1769 erließ Friedrich der Große eine mit der vorftehend stizzirten im Wesentlichen übereinstimmende Instruction über das Anappschaftswesen auch für den Bezirk der revidirten Schlesischen Bergordnung; an die Stelle derselben trat hiernächst die Instruction wegen Verwaltung des Anappschaftsinstituts im schlesischen Oberbergamts-District vom 1. Jan. 1811.

Das Allgemeine Landrecht von 1794 setzte in wesentlicher Ueber= einstimmung mit den revidirten Bergordnungen im §. 134, Theil II, Titel 16 fest, das jede Gewerkschaft, falls nicht die Provinzialgesetze eine Ausnahme enthielten, zwei Freikuze für die Knappschafts- und Armencasse bauen muffe: und weiter in den §§. 214 bis 220, daß die Bergwerks-Eigenthümer der in ihren Diensten ertrankten ober besthädigten Arbeiter sich anzunehmen verbunden sind, denselben in Ermangelung besonderer Borschrift der Provinzial= gesetze von einer Ausbeutegrube auf acht Wochen, sonst auf vier Wochen Lohn zu reichen haben, falls die Krankheit so lange dauere; dauere sie langer, so falle die Berpflegung des kranken oder beschädigten Bergmanns der Knappschaftscaffe zur Last, aus der auch stets die Kur= und Begräbniftosten eines beschädigten oder verunglückten Bergmanns zu bestreiten seien. Wittwe eines Bergmanns hat den vorbestimmten Gnadenlohn zu fordern. Dbige Bortheile ber beschädigten oder verunglückten Bergleute fallen fort, wenn sich einer den Schaden oder Tod vorsätzlich oder durch grobes Versehen außer der Bergarbeit zugezogen hat. Ift der Schaden oder Tod durch Bosheit ober grobes Berschulden eines Dritten verursacht worden, so muß dieser Die Knappschaftscasse und den Bergwerts-Gigenthümer entschädigen.

Das Generalprivilegium Friedrichs des Großen für die westphälischen Bergleute wurde mahrend ber frangösischen Besitzergreifung des Landes am Anfange dieses Jahrhunderts aufgehoben und, da zur weiteren Entwickelung der westphälischen Bergwerts-Industrie die in der Mitte des vorigen Jahrhunderts vielleicht zweckmäßigen, den Bergarbeiterstand so ausnehmend bevor= zugenden Bestimmungen nicht mehr erforderlich waren, vielmehr in politischer und mirthschaftlicher Beziehung hinfort nur nachtheilig gewirkt haben wurden, von der Breufischen Regierung nicht wieder in Kraft gesetzt. Wenn nun auch mehrere Jahre hindurch ein Theil der westphälischen Bergleute sich mit heftigen, in gewiffer Beziehung berechtigten Beschwerden an die höchsten Behörden um Wiederverleihung der Privilegien wandte und den Zuzug fremder Bergleute und deren Aufnahme in die Knappschaftsvereine zu verhindern suchte, so brachte boch allmälig die mehr und mehr sich Geltung verschaffende Ueberzeugung von der Ungerechtigkeit derartiger umfassenden und ewigen Bri= vilegien — in Berbindung mit der vermittelnden, belehrenden und fürsorgen= ben Thatigkeit ber Bergbehörde — ben Widerstand zum Schweigen, und es fonnte vom Oberbergamte zu Dortmund am 18. November 1823 mit specieller Genehmigung ber Ober-Berghauptmannschaft eine Anweisung zur Einrichtung und Verwaltung der Rnappschaftsvereine bei dem Bergbau im westphälischen Haupt-Bergbistrict erlassen werden, auf Grund beren auch die bestehenden Knappschaftsvereine reorganisirt wurden.

Eine am 14. December 1824 vom Oberbergamt Dortmund im Unschluß hieran erlassene Anappschaftsordnung regelte im westphälischen Bezirk Die allgemeinen Berhältniffe ber Bergleute und ihre speciellen Pflichten und Rechte als Knappschaftsmitglieder. Nach dieser Anweisung mar jeder körper= lich gesunde und moralisch tadellose, unter 25 Jahr alte Bergmann berechtigt, sich in die Knappschafterolle eintragen zu lassen. Wit dem freiwillig ober strafmeise erfolgten Ausscheiden aus der Bergarbeit erfolgt die Entlassung aus dem Knappschaftsverein, und sind damit alle Pflichten und Rechte für Die Person des Bergarbeiters, sowie für seine Angehörigen dem Verein und seiner Casse gegenüber erloschen. Die vom Mitgliede an den Verein zu leistenden regelmäßigen Bahlungen bestanden im fogenannten Buchsengeld, d. h. $1/_{60}$ des monatlich verdienten Bruttolohns, und in dem sogenannten Freischichtgelbe, welches monatlich als der von den Ungeldern abgesonderte Betrag eines nach einem jährlichen Durchschnitte ber verdienten Löhne berechneten Schichtlohns entrichtet wurde. Nach dem Betrage Dieses Freischicht= geldes murden die Bergleute in fünf Claffen getheilt, nämlich in Steiger, Schichtmeister und Kohlenmesser, Häuer, Schlepper und in Haspelzieher. Die Gewerken der Steinkohlengruben hatten zur Knappschaftscasse 1/120 der Kohlengelber-Einnahme nach Abzug ber Freikur- und Meggelber zu gahlen; die Gemerken der Erz-Bergwerke, die für die gesetliche Verpflegung ihrer franken oder beschädigten Bergleute auf Rosten ihrer Grubencassen sorgten, sollten dagegen weder die für die Knappschaftscasse bestimmten zwei Freikure abgeben, noch an deren Stelle einen anderen Geldbeitrag zu leisten haben. Aus der Anappschaftscasse soll jedes erfrankte oder beschädigte Mitglied freie

Kur und Arznei und außerdem bis zu einer Krankheitsbauer von acht Wochen einen dem oben bezeichneten Freischichtengelbe gang gleichen täglichen Kranken-Schichtlohn erhalten, für die volle Zeit mit alleiniger Ausnahme der Sonntage. Dauert die Krankheit länger als acht Wochen, so erhält das Mitglied bis zu ferneren fünf Wochen einen Krankenlohn von der Hälfte des vorbezeichneten Betrages. Zeigt alsbann ber Arzt an, daß ber Kranke voraus= sichtlich auch binnen fernerer drei Monate nicht wieder arbeitsfähig werden würde, so wird das Mitglied für temporär invalide erklärt und empfängt bis zur wiedereintretenden Arbeitsfähigkeit die ihm zustehende Invalidenpension. Bei den auf Erz-Bergwerken arbeitenden Knappschaftsmitgliedern tritt die Berpflichtung ber Knappschaftscasse zur Zahlung Dieses Krankenlohns erst nach Ablauf des gesetzlich bestimmten Zeitraums ein, bis zu dem die Ge= werken daffelbe zu zahlen haben. Die Penfionen für invalide Bergleute und für die Wittwen verstorbener Bergleute werden für jeden Grad des Berg= mannsstandes, sowie solcher sich durch den Betrag des Freischichtgeldes zu erkennen giebt, besonders, jedoch ohne Rücksicht auf den Vermögenszustand der Interessenten bestimmt und von Zeit zu Zeit einer den Zeitbedurfnissen, insonderheit aber den Kräften der Knappschaftscasse angemessenen Veränderung unterworfen, nach welcher veränderten Bestimmung alsbann nicht nur die neu hinzukommenden, sondern auch die bereits bestehenden Invaliden= und Wittwen= gelder gezahlt werden müffen. Derjenige Bergmann, welcher bei zunehmendem Alter und wegen Abnahme seiner Kräfte die Arbeiten eines niedrigeren Grades zu übernehmen genöthigt ist, empfängt die seinem vorherigen höheren Grade zukommenden Invalidengelder, wenn er das Freischichtgeld dieses Grades fortdauernd entrichtet. Die Wittwenpension wird auf $\frac{2}{3}$ des Invalidengeldes besienigen Grades, für welchen der verstorbene Chemann das Freischichtgeld zuletzt entrichtet hat, festgesetzt. Jedes eheliche unter 15 Jahr alte Kind eines invaliden und auch anderweit völlig erwerbsunfähigen Bergmanns erhalt eine von Zeit zu Zeit, den Caffen- 2c. Berhaltniffen entsprechend, neu zu regulirende monatliche Unterstützung.

Alle Kinder der Mitglieder und Invaliden erhalten freien Unterricht in der Elementarschule, und werden bei vorzüglichem Fleiß und ausgezeichneten Fähigkeiten eines Kindes auch die Kosten für den weiteren Unterricht desselben aus der Knappschaftscasse gezahlt. Zu den Begrähniskosten der Mitglieder und Invaliden wird ein von Zeit zu zegulirender Beitrag aus der

Anappschaftscasse gegeben.

In dringenden Fällen können an alle Knappschaftsmitglieder auf Antrag der Aeltesten außerordentliche Unterstützungen gezahlt werden. Als bestimmte außerordentliche Unterstützung aber wird denjenigen Wittwen, deren Männer in der Bergwerksarbeit zu Tode gekommen sind, ein achtwöchiger Schichtlohn nach dem Betrage des letzten Freischichtgeldes außer der ihnen zukommenden Wittwenpension verabreicht.

Die Verwaltung der Knappschaftsvereine wurde folgendermaßen organisirt: Der Rendant der Bergamtscasse war zugleich Rendant der Knappschaftscasse, für deren Sicherheit er mit seiner als Bergamtscassen-Rendant ge-

stellten Caution zu bürgen hatte. Die Cassenertracte wurden monatlich nach abgehaltener Revision ber Casse vom Bergamte bem Oberbergamte eingereicht. die Rechnungen jährlich angefertigt und vom Bergamte, nachdem sie dem Knappschaftsvorstande zur Einsicht und Begutachtung vorgelegt worden, dem Oberbergamte zur weiteren Beforderung an die oberfte Rechnungsbehörde ein= gesandt. Der Controleur der Bergamtscasse ist auch Controleur der Knappschaftscasse und zugleich Anappschaftsschreiber; die Art der Controle ist die= felbe wie bei den Königlichen Cassen. Als Anappschaftsschreiber hat der Controleur die Listen der Mitglieder, Invaliden, Wittwen und unterstützten Kinder zu führen, die Pflichtscheine anzufertigen und dem Bergamte zur Vollziehung Die Königlichen Berggeschworenen vereint mit den Knappschafts= ältesten bilden den Knappschaftsvorstand. Für jede Aeltestenstelle werden alle zwei Jahr in einem von Berggeschworenen geleiteten Termine brei Candidaten gewählt und dem Bergamte prafentirt, welches auf die Bestätigung eines der= Die Krankenlöhne, die Invaliden=, selben beim Oberbergamte anträgt. Wittwen= und Kindergelder, sowie die Begrähniskosten werden nach dem Gut= achten des Bergamts vom Oberbergamte nach den vorstehenden Bestimmungen festgesetzt, und zur Zahlung ber Kur-, Arznei- und Schulkosten, so wie aller außerordentlichen Unterstützungen bedarf es der Genehmigung und Anweisung des Oberbergamts; dasselbe verfügt auch auf das Gutachten des Bergamts über den Betrag des im Laufe jedes Jahres zu erhebenden Freischichtgeldes und über die zinsbare Unterbringung vorhandener Capitalien.

Auf der vorgeführten gesetzgeberischen Grundlage, beziehungsweise in inniger Wechselwirtung mit berselben, da die altere Berggesetzgebung burchmea das Bestehen von Knappschaftscassen voraussett, entwickelte sich das Knappschaftswesen fort, bis bas Gesetz, betreffend bie Bereinigung ber Berg-, Hütten=, Salinen= und Aufbereitungsarbeiter in Anappschaften, vom 10. April 1854 (f. Ges.=S. S. 139) für den ganzen Umfang der Monarchie, unter Aufhebung aller gefetlichen und Verwaltungsvorschriften, bas Knappschafts= wesen einheitlich nach wesentlich neuen Grundsätzen, den Anforderungen des modernen Gewerbebetriebs im Allgemeinen sowie der Lage der Bergwerks= Industrie im Speciellen entsprechend, völlig reorganisirte. Bis dabin maren Die Knappschaftscaffen Inftitutscaffen, Die unter Der Bermaltung Der Bergbehörde standen, aus Beiträgen der Arbeiter und Werkbesitzer gebildet murden. und deren Leistungen sich vorzugsweise auf die Unterstützung der Invaliden und Sinterbliebenen verstorbener Mitglieder erstreckten, während die Fürsorge für erfrankte Bergarbeiter für die ersten vier bis acht Wochen der Krankheit gesetzlich dem Bergwerksbesitzer auferlegt war und erst bei längerer Dauer der Krankheit die Verpflegung des Kranken auf die Knappschaftscaffe überging.

Das Knappschaftsgeset und die zu seiner Aussührung am 3. April 1855 erlassen transitorische Instruction hatte das große Verdienst, diesen Zweig der Bergesetung für das ganze Staatsgebiet einheitlich gesetlich zu gestalten, die Bildung von Knappschaftsvereinen für alle Vergleute obligatorisch zu machen, die im Interesse der Sache erforderlichen Minimalleistungen des Instituts gleichmäsig zu sixiren, den Vereinen die Selbstverwaltung ihrer

eigenen Angelegenheiten zu geben, bagegen den Staatsbehörden nur bas ihrer Natur entsprechende Aufsichtsrecht bezüglich der Uebereinstimmung der von Knappschaftsvorstande zu treffenden Verwaltungs-Maagregeln mit den Vorschriften ber auf Grund bes Gesetzes entworfenen, vom Handelsminister bestätigten Statuten vorzubehalten. Eine bedauerliche Einrichtung aber, die das Gesetz traf, beziehungsweise da, wo sie aus Unverstand oder Bequem= lichkeit sich eingebürgert hatte, sanctionirte, war die Zusammenwerfung der Krankenversorgung mit den Knappschafts= oder Benfionscassen, aus denen die Invaliden, Wittwen und Waisen dauernde Unterstützungen zu beziehen hatten. Wenn das Gesetz auch die Abzweigung der Krankenversorgung von den Knapp= schaftscassen nicht ausdrücklich verbot, so ignorirte es diese früher bergordnungs= mäßige Einrichtung doch völlig und trug somit nicht nur Nichts zu ihrer Wiedererweckung und Fortentwickelung, sondern vielmehr zu ihrer Unterdrückung Nur die Eschweiler= und die Mosel=Anappschaft haben tropdem be= sondere Krankencassen gebildet; der Erfolg derselben ist aber namentlich bei der Mosel-Knappschaft vorwiegend wegen Mangels gesetlicher Bestimmungen, Die der Krankencasse selbstständige Entwickelung ermöglichten, wesentlich beeinträchtigt worden.

Nach Maaßgabe des §. 8 des Knappschaftsgesetzes wurden nun seit 1854 sümmtliche Preußische Knappschaftsvereine und ihre Cassen, der Zahl nach 89, theils neu gegründet, theils mit großem Arbeitsauswande in ihrer statuarischen

Verfassung verändert. —

Durch die Borschriften der §§. 6, 12 und 13 des Gesetzes über die Competenz der Oberbergämter vom 10. Juni 1861 (s. Gesetzes. S. 425) wurde die Aufsicht über die Privathüttenwerke und Ausbereitungsanstalten —, letztere mit Ausnahme derer, welche von Eigenthümern der gesetlich unter Aufsicht der Bergbehörde stehenden Bergwerke zum Zwecke der Ausbereitung ihrer Erz- oder Kohlengewinnung errichtet sind, — den Oberbergämtern entzogen und dem Ressort der Regierungen, sowie den Bestimmungen der Gewerbegesetz zugewiesen. Die Bestitzer und Arbeiter der bezeichneten Hüttenund Ausbereitungsanstalten, welche bereits einem nach §. 1 des Knappschaftsgesetzes gebildeten Knappschaftsvereine angehörten, schieden, falls sie gemeinschaftlich darauf antrugen, aus dem Bereine aus. Für die ausgeschiedenen Arbeiter traten damit die Bestimmungen des Gesetzes über die gewerblichen Unterstützungscassen vom 3. April 1854 (Gesetzes. S. 138) in Gültigkeit.

Bei der nach vierzigjährigen Borarbeiten im Jahre 1865 vollendeten einheitlichen Codification der gesammten Preußischen Berggesetzgebung durch das am 1. October 1865 für den gesammten Umfang der Monarchie in Kraft getretene Allgemeine Berggesetz vom 24. Juni 1865 wurden die disher erlassenen, die alten Bergordnungen modissierenden Novellen verschmolzen, und so ist auch durch §. 244 des Allgemeinen Berggesetzs das Knappschaftsgesetz vom 10. April 1854 wieder aufgehoben. Die Bestimmungen desselben sind aber mit einigen Modissiationen in den VII. Titel, §§. 165 bis 186 des Allgemeinen Berggesetzes übergegangen und dieser, durch §. 166 auch für die bereits bestehenden Knappschaftsvereine gültig erklärte Titel enthält, nachdem

das Berggesetz im Verordnungswege, beziehungsweise durch Gesetze, mit gewissen Modificationen auch in den im Jahre 1866 erwordenen Landestheilen eingeführt ist, sämmtliche für die gegenwärtigen Knappschaftsverhältnisse im Allgemeinen, und über die den Invaliden und hinterbliebenen der verstorbenen oder verunglückten Mitglieder zu gewährenden Unterstützungen im Speciellen, gegenwärtig im gesammten Umfange der Monarchie gültigen gesetzlichen Borschriften, wobei jedoch bezüglich der neuen Landestheile die betreffenden Bestimmungen der Einführungsverordnungen mit in Berücksichtigung zu ziehen sind.

Dieser VII. Titel des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865

enthält nun folgende Bestimmungen:

Bon ben Anappichaftsvereinen.

§ 165. Für die Arbeiter aller dem gegenwärtigen Gesetze unterworfenen Bergwerfe und Aufbereitungkanstalten, dekgleichen für die Arbeiter der Salinen sollen Knappschaftsvereine bestehen, welche den Zweck haben, ihren Theilenehmern und deren Angehörigen nach näherer Bestimmung des Gesetzes Unterstützungen zu gewähren.

Sind mit den vorbezeichneten Werken zugleich Gewerbsanlagen verbunden, welche nicht unter der Aufsicht der Bergbehörden stehen, so können die bei diesen Gewerbsanlagen beschäftigten Arbeiter auf den gemeinschaftlichen Antrag der letzteren und der Werksbesitzer durch den Knappschaftsvorstand in den

Anappschaftsverein aufgenommen werden.

Die Knappschaftsvereine erlangen durch die Bestätigung ihrer Statuten

die Eigenschaft juriftischer Personen.

§ 166. Die bereits bestehenden Knappschaftsvereine bleiben in Wirtssamseit. Der gegenwärtige Titel sindet jedoch auch auf sie Anwendung. Ihre Statuten sind mit den Borschriften der §§ 170, 176 und 181 bis 186 in Uebereinstimmung zu bringen.

Die Besitzer und Arbeiter der Hüttenwerke und der dem gegenwärtigen Gesetze nicht unterworfenen Ausbereitungsanstalten, welche bereits einem Knappsichaftsvereine angehören, scheiden auf ihren gemeinschaftlichen Antrag aus dem

Vereine aus.

§ 167. Die Bestimmung der Bezirke, für welche neue Knappschaftsvereine gegründet werden sollen, hängt zunächst von dem Beschlusse der Betheiligten ab. Kann hierüber eine Einigung nicht erzielt werden, so entscheidet das Oberbergamt nach Anhörung der Werksbesitzer und eines von den Arbeitern zu wählenden Ausschusses.

§ 168. Alle in dem Bezirke eines bereits bestehenden oder neu gegründeten Knappschaftsvereins belegenen Bergwerke, Aufbereitungsanstalten und Salinen (§ 165) und die auf denselben beschäftigten Arbeiter sind dem Bereine nach näherer Bestimmung des Statuts beizutreten berechtigt und ver=

pflichtet.

Berechtigt zum Beitritt sind auch die Werksbeamten, sowie die Ber-waltungsbeamten des Knappschaftsvereins.

§ 169. Für jeden neu gegründeten Knappschaftsverein haben die Werks=

besitzer unter Mitwirkung eines von den Arbeitern zu wählenden Ausschusses ein mit dem Gesetze in Uebereinstimmung stehendes Statut aufzustellen. Dasselbe unterliegt der Bestätigung des Oberbergamts, welche nur versagt werden darf, wenn das Statut den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderläuft.

Wird das Statut nach vorgängiger Aufforderung nicht innerhalb Jahres=

frist vorgelegt, so hat das Oberbergamt dasselbe aufzustellen.

§ 170. Zu allen Abänderungen von Knappschaftsstatuten ist erforderlich, daß dieselben von den Betheiligten nach den hierüber in das Statut aufzunehmenden näheren Bestimmungen beschlossen werden und sodann die Bestätigung des Oberbergamts nach Maßgabe des § 169 erlangen.

§ 171. Die Leiftungen, welche jeber Anappschaftsverein nach näherer Bestimmung bes Statuts feinen vollberechtigten Mitgliedern minde fte no gu

gewähren hat, sind:

1) in Krankheitsfällen eines Knappschaftsgenossen freie Kur und Arznei für seine Berson;

2) ein entsprechender Krankenlohn bei einer ohne eigenes grobes Berschulden entstandenen Krankheit;

3) ein Beitrag zu den Begräbniftosten der Mitglieder und Invaliden;

4) eine lebenstängliche Invalidenunterstützung bei einer ohne grobes Verfculden eingetretenen Arbeitsunfähigkeit;

5) eine Unterstützung ber Wittwen auf Lebenszeit, beziehungsweise bis zur

etwaigen Wiederverheirathung;

6) eine Unterstützung zur Erziehung der Kinder verstorbener Mitglieder und Invaliden bis nach zurüchgelegtem vierzehnten Lebensjahre.

Für die Mitglieder der am wenigsten begünstigten Classe find mindestens die unter 1 und 2 genannten Leistungen, und, wenn sie bei der Arbeit ver-

unglücken, auch die unter 3 und 4 genannten zu gewähren.

§ 172. Für die Leistungen unter 1, 2 und 3 des § 171, oder für einzelne derfelben können nach dem gemeinschaftlichen Beschlusse der Werksbesitzer, der Knappschaftsältesten und des Knappschaftsvorstandes besondere Krankencassen auf sänntlichen zu einem Knappschaftsvereine gehörigen Werken und zwar auf jedem einzelnen Werke oder gruppenweise auf mehreren eingerichtet werden.

Die für die Krankencassen nach Vorschrift des § 169 aufzustellenden

Statuten unterliegen der daselbst erwähnten Bestätigung.

Die Beaufsichtigung der Krankencassen gehört zu den Obliegenheiten des Knappschaftsvorstandes. In den Statuten des Knappschaftsvereins sind die näheren Bestimmungen hierüber, sowie über die der Abzweigung der Krankencassen eintretende Herabsetzung der Beiträge zur Hauptcasse zu tressen.

§ 173. Die Ansprüche der Berechtigten auf die Leistungen der Knappschafts- und Krankencassen können weder an Dritte übertragen, noch auch mit

Arrest belegt werden.

§ 174. Sowohl die Arbeiter als auch die Werksbesitzer haben zu den Knappschafts= und den Krantencassen Beiträge zu leisten.

§ 175. Die Beiträge der Arbeiter sollen in einem gewiffen

Procentsage ihres Arbeitslohnes ober in einem entsprechenden Fixum bestehen.

Die Beiträge ber Bertsbesitzer follen minbestens bie Balfte bes

Beitrages ber Arbeiter ausmachen.

§ 176. Die Werksbesitzer sind bei Vermeidung des gegen sie selbst zu richtenden Zwangsversahrens verpflichtet, für die Einziehung und Abführung der Beiträge ihrer Arbeiter aufzukommen.

Auch haben die Werksbestiger ihre Arbeiter regelmäßig an den durch das Statut festzusebenden Zeitpunkten bei dem Knappschaftsvorskande anzumelden.

Unterbleibt die Anneldung, so ist der Vorstand befugt, die Zahl der Arbeiter, für welche die Beiträge zur Knappschaftscasse eingezogen werden sollen, nach seinem Ermessen zu bestimmen oder bei dem Oberbergante den Erlaß eines Strafbefehles gegen den säumigen Werksbesitzer in Antrag zu bringen.

§ 177. Alle Beiträge zur Knappschaftscasse wie zu den Krankencassen können auf vorgängige Festsetzung durch das Oberbergamt im Wege der Ver-

waltungs=Exekution eingezogen werden.

Turch Beschreitung des Rechtsweges wird die Exekution nicht aufgehalten.

§ 178. Die Verwaltung eines jeden Knappschaftsvereins erfolgt unter Betheiligung von Knappschaftsältesten durch einen Knappschaftsvorstand.

§ 179. Die Knappschaftsältesten werden von den zum Vereine gehörigen Arbeitern und Beamten in einer durch das Statut bestimmten Zahl aus ihrer Mitte gewählt.

Auch den invaliden Arbeitern und Beamten kann die Wählbarkeit durch

bas Statut beigelegt werben.

Die Anappschaftsältesten vertreten die Anappschaftsmitglieder bei der Wahl des Vorstandes und haben im Allgemeinen das Recht und die Pflicht, einerseits die Befolgung des Statuts durch die Anappschaftsmitglieder zu überwachen und andererseits die Rechte der letzteren gegenüber dem Vorstande wahrzunehmen.

Das Statut oder eine besondere Instruktion (§ 181) regelt ihre Dienst=

obliegenheiten.

§ 180. Die Mitglieder des Knappschaftsvorstandes werden nach näherer Bestimmung des Statuts zur einen Hälfte von den Werksbesitzern, beziehungs-weise von den Repräsentanten, und zur anderen Hälfte von den Knappschafts-ältesten je aus ihrer Mitte oder aus der Zahl der Königlichen oder Privat-bergbeamten gewählt.

§ 181. Der Knappschaftsvorstand vertritt den Verein nach Außen, leitet die Wahlen der Knappschaftsältesten, erwählt die Beamten und Aerzte des Vereins, schließt die Verträge mit denselben, sowie mit den Apothekern ab, erläßt die erforderlichen Instruktionen, verwaltet das Vermögen des Vereins und besorgt alle übrigen ihm durch das Statut übertragenen Geschäfte.

§ 182. Die jährlich zu legenden Rechnungen muffen nach vorgängiger Brüfung durch den Vorstand, den Anappschaftsältesten und den Werksbesitzern

zur Einsicht und etwaigen Erklärung offen gelegt werden, bevor der Borstand bem Cassenbeamten die Entlastung ertheilt.

§ 183. Die Oberbergämter haben die Beobachtung der Statuten und insbesondere die statutenmäßige Verwaltung des Vermögens zu überwachen.

§ 185. Zur Ausübung Dieses Aufsichtsrechts ernennt das Oberbergamt

für jeden Knappschaftsverein einen Commissar.

Derselbe ist befugt, allen Sitzungen des Knappschaftsvorstandes, welche ihm zu diesem Zwecke mindestens 3 Tage vorher anzuzeigen sind, beizuwohnen und jeden statutenwidrigen Beschluß zu suspendiren.

Bon einer solchen Suspension muß er dem Oberbergamte sofort An-

zeige machen.

§ 185. Der Knappschaftsvorstand ist jederzeit verpslichtet, dem Oberbergamte und dessen Commissar auf Berlangen die Einsicht der über seine Verhandlungen zu führenden Protokolle, der Cassendücker und der gelegten Rechnungen, sowie die Revision der Casse zu gestatten.

Auch hat derfelbe dem Oberbergamte die zur Statistit des Knappschafte-

wesens erforderlichen Rachrichten zu geben.

§ 186. Beschwerden über die Berwaltung des Borstands sind bei dem Oberbergamte und in der weiteren Instanz bei dem Handelsminister anzu-

bringen. -

Wenn § 166 bes Gesetzes auch nur verlangt, daß die Statuten bereits bestehender Anappschaftsvereine nur mit gewissen Paragraphen des Titels in Uebereinstimmung zu bringen sein, so sinden nach demselben § 166 doch auch die Bestimmungen sämmtlicher Paragraphen des VII. Titels auf dieselben Anwendung, insbesondere also auch die durch § 171 den Mindersberechtigten, abweichend von den deskallsigen Bestimmungen des Anappschafts

gesetzes von 1854, beigelegten höheren Unterstützungsansprüche.

Was die im Anschluß an den VII. Titel des Allgemeinen Berggesetzes sir die durch den Feldzug des Jahres 1866 erworbenen Landestheile erlassenen provinzialrechtlichen Bestimmungen betrifft, so schreibt Artikel V. der Bersordnung vom 22. Februar 1867 für das Gebiet des vormaligen Herzogsthums Nassau vor, daß für alle im § 165 des Allg. Berggesetzes genannten Arbeiter im bezeichneten Gebiete ein allgemeiner Knappschaftsverein gegründet werden solle, welcher seinen Mitgliedern nach näherer Bestimmung des Statuts die im § 171 unter 4, 5 und 6 genannten Leistungen zu gewähren habe. Diesem Bereine wird das Bermögen der Nassau'schen allgemeinen Knappschaftscasse (§ 12 des Nassau'schen Gesetzes vom 23. November 1861, Bersordnungsblatt S. 369) überwiesen. Für die Leistungen zu 1, 2 und 3 des § 171 sollen auf sämmtlichen Wersen besondere Krankencassen nach § 172 eingerichtet werden, zu denen die bereits bestehenden Knappschaftsvereine umgebildet werden, zu denen die bereits bestehenden Knappschaftsvereine umgebildet werden sollen und die die Eigenschaft juristischer Versonen durch die Bestätigung ihrer Statuten erhalten.

Von der Theilnahme an dem allgemeinen Knappschaftsvereine, sowie von der Umbildung zu Krankencassen können diejenigen der bereits bestehenden Knappschaftsvereine, welche nach ihren jezigen Statuten den Mitgliedern alle

im § 171 zu 1 bis 6 genannten Leistungen gewähren, auf ihren Antrag durch Befchluß des Oberbergamts befreit werden. Auf dieselben finden als: dann die Bestimmungen des VII. Titels des Allgemeinen Berggesetzes vollsständig Anwendung.

In den vormals hessen-barmstädtischen und hessen-homburg'schen Landestheilen ist der VII. Titel ohne jede Abanderung durch die Allerhöchste Berordnung vom 22. Februar 1867 unter Aushebung aller bisherigen Gesetze

und Gewohnheiten eingeführt.

In der Provinz Hannover ift für den Bergwerksbetrieb, mit Ausnahme des der Salzwerke, der VII. Titel unter Aufhebung der bisherigen
bezüglichen Gesetzgebung durch Berordnung vom 8. Mai 1867, Artikel X.,
mit der Maßgabe in Kraft getreten, daß an die Stelle des 1. Absates des
§ 166 die jeden etwaigen Zweifel ausschließende Bestimmung tritt: Die bereits bestehenden Knappschaftsvereine bleiben in Wirksamkeit, der gegenwärtige
Titel sindet jedoch auch auf sie Anwendung, und sind ihre Statuten mit den
Vorschriften desselben in Uebereinstimmung zu bringen.

Mit der gleichen Abanderung ift der VII. Titel des Allgemeinen Bergsgesetzes durch Berordnung vom 1. Juni 1867, Artikel IX., auch in den vormals kurhessischen, frankfurtischen und baierischen Landestheilen in Wirksamkeit

gefetzt.

Im Herzogthum Lauenburg ist die Preußische Berggesetzgebung durch Verordnung vom 6. Mai 1868 eingeführt, in der Provinz Schleswig-Holstein durch das Gesetz vom 12. März 1869 publicirt worden.

III. Organisation ber Anappschaftsvereine.

Auf Grund der angegebenen gesetzlichen Vorschriften bestehen gegenwärtig im Preußischen Staate 89 Knappschaftsvereine, deren innere Organisation durch die vom Gesetze vorgeschriebenen Statuten geregelt ist, mittelst deren Bestätigung durch die Oberbergbehörde die Vereine gemäß § 165 Aug. Berg-

gesetzes die Rechte einer juriftischen Berson erhalten.

Die Knappschaftsvereins-Statuten bestimmen im Wesentlichen gleichmäßig, daß Leute, welche auf den zum Berein gehörigen Werken nur vorübergehend als Handwerker (Maurer, Zimmerleute, Maschinenbauer x.) oder beim Fuhrwesen beschäftigt sind, vom Verein ganz ausgeschlossen seinen. Die Vereinszenossenossen, also alle übrigen zum Eintritt verpslichteten Arbeiter und berechtigten Werksbeamten, zerfallen nach der Bezeichnung der Statuten in ständige (Meistberechtigte, Stimmfähige) und unständige (Minderberechtigte, Nichtsstimmfähige). Ständige sind Diesenigen, welche die Arbeit auf den zum Verzeinsbezirfe gehörigen Werken berufsmäßig als Haupt-Erwerdszweig betreiben, in die Knappschaftsrolle eingetragen und mit einem Aufnahmeschein versehen sind; alle Uedrigen bilden die Classe der Unständigen. Zu den Unständigen gehören auch die Beurlaubten und Inactiven. Beurlaubte sind Diesenigen, welche unter Beibehaltung ihrer früheren Eigenschaft mit Bewilligung oder auf Weisung der Wertverwaltung die Beschäftigung auf den Vereinswerken

zeitweise und unter Vorbehalt ihres Wiedereintritts in dieselbe verlassen haben. Inactive heißen diejenigen früheren ständigen Mitglieder, welche nach Erlangung einer Dienstzeit von 10 Jahren (§ 19 des Halberstädtischen Statuts), ohne aus dem Vereine ausgeschieden und ohne Invalide zu sein, aus der Arbeit auf den Vereinswerken ausgeschieden sind.

Zur Aufnahme unter die ständigen Mitglieder sind alle Leute berech=

tigt, die

1) ein gewisses Lebensalter (18 Jahr) erreicht haben,

2) mindestens eine gewisse Zeit (1 Jahr) hindurch in der Absicht, sich der Bergarbeit berufsmäßig zu widmen, auf Bergwerken oder Aufbereitungsanstalten in Arbeit gestanden und sich in dieser Zeit durch sittliches Betragen bewährt haben,

3) durch ein Attest des Knappschaftbarztes sich als zur Verrichtung jeder Werksarbeit körperlich geeignet und frei von solchen Krankheiten außweisen, welche eine zeitige Invalidität wahrscheinlich machen, und

4) sich im Vollgenuß der bürgerlichen Ehre befinden.

Ist ein gewisses Lebensjahr (40) überschritten, so hat der Knappschaftsvorstand über die Aufnahme überhaupt und über die Bedingungen derselben zu entscheiden.

Alle, welche bis zu der Zeit, wo sie auf einem zu einem Bezirke gehörigen Werke in dauernde Arbeit getreten sind, bereits Mitglieder eines andern Preußischen Knappschaftsverbandes waren, dessen Statuten in dieser Beziehung gleiche Grundsätze enthalten, werden ohne vorhergehende Prüfung ihrer Qualissication als Mitglieder sofort aufgenommen und haben nur solche Nachzahlungen zu leisten, mit denen sie bei den Vereinen, welchen sie früher anzgehörten, etwa in Rest geblieden sind.

Alle nach Obigem Qualificirten werden vom Aeltesten dem Vorstande zur Aufnahme angemeldet, die an gewissen jährlichen Zeitpunkten erfolgt.

Die ständigen Mitglieder der Bereine zerfallen in Beamte und Arbeiter, jede Kategorie in einige Unteradtheilungen, im Ganzen in 4 bis 6 Classen. Das Aufrücken eines Mitgliedes in eine höhere Classe seiner Kategorie ist von seiner Erklärung, bei einzelnen Bereinen auch noch von einem gewissen Lebens-alter abhängig gemacht; doch wird der Anspruch auf die entsprechend höheren Beneficien erst erworden, wenn die betressenden Mitglieder eine bestimmte Zeit hindurch (1 bis 5 Jahre) die höheren Beiträge dieser Classe gezahlt haben.

Bur Aufnahme unter die unständigen Vereinsgenossen sind alle die Arbeiter verpflichtet, welche nicht nach obiger Bestimmung überhaupt von vorn herein ausgeschlossen sind, wenn sie in einem Kalendermonat mindestens 20 Arbeitstage versahren haben und sich durch ein Attest des Knappschaftsarztes als zur Verrichtung der Wertsarbeit körperlich geeignet und frei von solchen Kranksheiten ausweisen, welche eine zeitige Invalidität wahrscheinlich machen.

Bon dem Geldbedarf der Vereine haben — nach Abzug der Zinsen vom Capitalvermögen des Bereins, der Geldstrafen, welche auf Grund der §§ 90 und 92 des Allg. Berg-Gesetz, der Knappschafts-Statuten und Werks-Arbeits-ordnungen von den Werksbesitzern, Beamten und Arbeitern gezahlt werden,

und von Geschenken, Vermächtnissen — die Werksbesitzer die eine, die Mitglieder die andere Hälfte aufzubringen. Dies geschieht durch laufende monatliche Beiträge nach näherer Fesissellung durch das Statut. Diese Beiträge werden mit der ganzen Summe auch für einen Theil des Monats entrichtet und erleiden selbst in Folge einer durch Krankheit eintretenden Arbeitseunfähigseit keine Unterbrechung, müssen vielmehr unverändert auch während der ganzen Krankheitsbauer fortgezahlt werden. Als Reservesonds der Knappschaftscasse ist ein Betrag anzusammeln, welcher im Falle der Ausschlung des Knappschaftsvereins die dauernde Gewährung der statutenmäßigen Unterstützungen an die Berechtigten gestattet.

Bersonen, die 45 Jahre ständige Vereinsgenossen warer, brauchen, ohne ihre Berechtigungen zu verlieren, weder selber, noch die Werksbesitzer für sie

fernere Beiträge zu entrichten.

Während der Ableistung der gesetzlichen Militair Dienst-pflicht ruhen die Laften und Ansprüche des Mitglieds.

Gegenüber den vorstehend bezeichneten Anforderungen und Bestimmungen gemähren die Anappschaftsvereine ihren Mitgliedern folgende Beneficien:

1) In nicht durch grobes eignes Verschulden entstandenen Erkrankungsfällen bis zur völligen Genesung allen activen ständigen, beurlaubten und unständigen Genossen und Invaliden, — viele Vereine auch den Angehörigen der ständigen Mitglieder, einzelne auch denen der Invaliden, — freie Kur und Medicin von dem für den Sprengel bestimmten Arzt und aus der bezeichneten Apothete; alle zur Heilung nach ärztlichem Ermessen nothwendig werdenden Ausgaben trägt die Knappschaftscasse.

2) Außerdem zahlen sie jedem ständigen Genossen, der mehr als 3 Werktage hintereinander einer Krankheit wegen verseiern muß, beispielsweise nach

dem Halberstädter Statut

in der I. Classe 15 Sgr., in der II. Classe 12 Sgr., in der III. Classe $7^1/_2$ Sgr. und in der IV. Classe 7 Sgr.

für jeden Werktag. Diefer Krankenlohn soll in der Regel nur auf eine ununterbrochene Krankheit bis zur Dauer von 3 Monaten gewährt, kann jedoch ausnahmsweise bis zum Zeitpunkte der vom Knappschaftsarzt in Aussicht gestellten Genesung, doch nicht über fernere 3 Monate hinaus, ausgedehnt werden; andernfalls wird ein solches Mitglied für temporär invalide erklärt und als solches bezieht es die weiter unten angegebene Pension so lange, bis es wieder arbeitssähig ist und activ werden kann. Ist die Krankheit Folge einer bei der Werksarbeit ohne grobes Verschulden erhaltenen Beschädigung und von längerer Dauer als vier Wochen, so kann das Krankengeld, vorsbehaltlich jederzeitigen Widerruss, um die Hälfte des gewöhnlichen Satzes erhöht werden.

Die unständigen Genossen haben, unter im Uebrigen gleichen Beftimmungen, nur Anspruch auf freie Kur und Medizin für ihre Person und 6 Sqr. Krankenlohn für jeden Werktag.

Erkrankt ein Mitglied in der Zeit, für welche es von der Werksarbeit

beurlaubt war, so bekommt es fein Krankengeld.

Der Verlust des Krankengeldes tritt ein, wenn sich der Kranke nicht binnen 24 Stunden nach Ausstellung des Kurscheins beim betreffenden Arzte melden läßt, und wenn er die Vorschriften desselben nicht befolgt.

3. Un Begrabniftoften

zahlt ferner die Bereinscasse, wenn ein ständiger oder unständiger Genosse in Folge einer ohne sein grobes Verschulden bei der Wertsarbeit erlittenen Besschädigung gestorben ist, 16 Thaler, sonst bei der Beerdigung jedes Ständigen und jedes Invaliden 10 Thaler.

An fortlaufenden Unterstützungen zahlen die Caffen

4. Invalidenpenfionen.

Ständige Mitglieder, die ohne eignes grobes Verschulden zur Werks= arbeit untauglich werden, erhalten, so lange sie es bleiben, unter weiterer bei= spielsweiser Anführung der Sätze des Halberstädter Vereins, monatlich

| Yet divini TringleYen | | | | | | | in der Classe | | | | | | | | |
|-----------------------|---------------------------------------|-----|----------|--|-----------------------|--|-------------------------------------|--|---------------------------------|--|--------------------------------------|--------------------------------------|---------------------------------|--------------------------------------|--|
| bei einem Dienstalter | | | | | | | I. Thir Sar. | | II. Thir. Sar. | | III. Thir. Sor. | | IV. Thir. Sgr. | | |
| von über " | 1 15 25 30 35 40 45 | bis | einfchl. | 15 25 30 35 40 45 50 | Sahren "" "" "" "" "" | | 6 8 9 10 11 12 13 | | 5 5 7 7 8 9 9 | — 15 — 20 10 — 20 5 | 2 2 3 4 4 5 6 7 | 15 25 20 5 20 10 5 | 2 2 3 3 4 5 6 | 10 5 15 25 15 5 10 | |

Mitglieder III. und IV. Classe, die noch zu leichter Werksarbeit taug=

lich find, erhalten die Hälfte vorstehender Sätze (Halbinvalide).

Wird ein ständiger Knappschaftsgenosse durch eine bei der Werksarbeit ohne eignes, grobes Berschulden erhaltene Beschädigung arbeitsunfähig, so kann seine Bension ohne Rücksicht auf sein Dienstalter bis zum höchsten Betrage seiner Klasse erhölt werden; mindestens erhält er den Pensionssatz für die nächst höhere Altersstufe.

Hat ein Invalide noch Kinder unter 14 Jahren, so erhält er für jedes

noch eine Erziehungsbeihülfe,

Berunglückt ein Unständiger bei der Werksarbeit, und wird er in Folge dessen arbeitsunfähig, sol gewährt ihm der Vorstand eine monatliche Invalidenpension von $1\frac{1}{2}$ dis 2 Thaler und eine Erziehungsbeihülse für jedes Kind unter 14 Jahren bis zum Betrage von 15 Sgr.

5. Wittwenpension.

Wenn ein ständiges Mitglied oder ein Invalide, ohne seinen Tod durch eigenes grobes Verschulden herbeigeführt zu haben, stirbt und eine Wittwe hinterläßt, so erhält dieselbe dis zu ihrem Ableben, beziehungsweise dis zu ihrer Wiederverheirathung, eine monatliche Wittwenpension, beispielsweise nach dem Halberstädter Statut nach folgenden Sätzen:

| bei einem Dienstalter des verstorbenen | in der Klasse | | | | | | | | |
|---|-------------------------------|----------------------------|------------------|---------------------------|------------------|---------------------------|-----------------------|---------------------|--|
| Mannes von | ı. | | II. | | III. | | IV. | | |
| | Thir. | Sgr. | Thir. | Sgr. | Thir. | Sgr. | Thir. | Sgr. | |
| 1 bis einschl. 15 Jahren über 15 , , 30 ,, , 30 ,, , 40 ,, , 40 ,, , 50 ,, über 50 ,, | 3 4 4 5 5 | 20 10 25 10 25 | 3 3 4 4 | 5 15 25 10 20 | 2 2 3 3 | 15 25 5 15 25 | 2 2 2 2 2 | 5 10 15 25 | |

Ist ein ständiges Mitglied bei der Werksarbeit verunglückt, so kann die Pension der Wittwe ohne Rücksicht auf sein Dienstalter dis zum höchsten Sat der Klasse erhöht werden, welcher der Mann angehörte; mindestens erhält dieselbe den Pensionssatz für die nächst höhere Altersstufe. Stirbt ein durch Verunglückung bei der Werksarbeit invalide gewordenes Mitglied, so erhält die Wittwe eine dem Pensionssatz des Mannes entsprechende Wittwenspension.

Berheirathet sich eine Wittwe wieder, so erhält sie eine Ausstatungsprämie von 30 Thaler. Eine Wittwenpension wird nicht gewährt, wenn der Mann bei der Heirath bereits Invalide oder doch 25 Jahr älter war, als die Frau, ebensowenig an rechtskräftig geschiedene Frauen. Wittwen, welche keine Pension erhalten, sind auch nicht zum Genusse der freien Kur und Medicin berechtigt.

Die Wittwe eines durch Verunglückung bei der Werksarbeit invalide gewordenen oder gestorbenen unständigen Mitgliedes erhält monatlich 1 bis 2 Thlr. Bension.

6. Waisenunterstützung.

Zur Verpflegung und Erziehung ber von ben verstorbenen activen ständigen Mitgliedern und Invaliden hinterlassenen ehelichen ober solchen gesetzlich gleich zu achtenden Kinder wird für jedes Kind bis zum vollendeten 14. Lebens=Schriften V. — Alterspensionscassen.

jahre, beispielsweise nach dem Halberstädter Statut, folgende monatliche Unterstützung gewährt:

| | | in der Klaffe | | | | | | | | |
|---|-------|---------------|-------|----------------|--------------------|-------------------|--|--|--|--|
| | | I. Thir. S | - i - | I. . Sgr. | III. Ehlr. Sgr. | IV. Thir. Sgr. | | | | |
| vaterlosen Waisen . vater= und mutterlosen | • | 1 1 | 1 | 1 | | 1 | | | | |

Gebrechlichen Baisen kann ber Borftand biese Unterstützung auch länger gewähren, im Falle außerordentlicher Dürftigkeit dieselbe auch um die Hälfte erhöhen. In den Fällen, wo nach Obigem feine Wittwenpension gewährt wird. ist auch keine Waisenunterstützung zu zahlen.

Ein Theil der Vereine leistet für jedes die Schule besuchende Rnappichaftsfind vierteljährlich eine Schulgelbe=Beibulfe von 5 Sgr.

Ständigen und unständigen Bereinsgenoffen, Invaliden, Wittwen und Waisen kann der Knappschaftsvorstand im Fall außerordentlicher Bedürftigkeit außerordentliche Unterstützungen innerhalb der Grenzen der betreffen ben Ctatsposition bewilligen; ebenso für Rettung eines Bereinsgenoffen aus Lebensgefahr eine Belohnung bis zu 10 Thir. für jeden einzelnen Fall.

Berluft der Mitgliedschaft und der Beneficien tritt ein,

- 1. wenn das ständige Mitglied die Werksarbeit völlig aufgiebt oder
- 2. dieselbe ohne Urlaub, beziehungsweise ohne gesetliche Ründigung verläßt.
- 3. zu einem andern Bereine übertritt.
- 4. rechtsträftig an feiner burgerlichen Ehre geftraft wird,
- 5. sich erweislich einem lüderlichen Lebenswandel hingiebt,
- 6. sich durch Erheuchelung von Krankheit Invalidität zc. Beneficien er= schlichen oder zu erschleichen versucht hat,
- 7. wenn er nach Ablauf der gesetzlichen Militair = Dienstpflicht freiwillig weiter dient;
- 8. wenn sich ergiebt, daß er schon vor der Aufnahme mit einem Krank= heitszustande behaftet mar, der, wenn er bemerkt worden wäre, die Aufnahme unzulässig gemacht haben würde.

Unter keinen Umftanden kann eine Rudzahlung ber geleisteten Beitrage beim Ausscheiden aus dem Bereine verlangt werden.

Die bedeutende Mehrzahl der in Preußen bestehenden 89 Anappschafts= vereine ist nach ben vorstehend angegebenen Grundsätzen und Bestimmungen errichtet und von dem gegebenen Beispiel im Wesentlichen nur durch andere Gruppirung der ständigen Mitglieder in Klassen und durch andere Normirung der Höhe der Beiträge, sowie der Unterstützungen verschieden. Principielle Abweichungen in den statutarischen Bestimmungen einzelner Vereine finden sich dagegen vorzugsweise bei der Art der Normirung der Beiträge. Während, wie in vorstehendem Beispiel, die meisten Bereine die Höhe der zu erhebenden Monatsbeiträge von der Alasse abhängig machen, in der sich das Mitglied besindet, ziehen einige Bereine die Beiträge in einem bestimmten Procentsat von dem in jedem Monate verdienten Lohne ein und normiren die Lausenden Unterstützungen ebenfalls im Berhältnisse zu dem während des mehr oder weniger langen letzten Zeitabschnitts verdienten Durchschnittslohne, während noch andere Bereine die Beiträge weder in Beziehung auf die Klasse, noch nach dem Verdienst der Arbeiter bestimmt, sondern den jedenfalls einsachsten und sür die Verwaltung bequemsten, aber sehr wenig zweckentsprechenden Ershebungsmodus eingeführt haben, nämlich einen gleichen bestimmten monatlichen Beitrag von jedem Mitgliede einziehen und allen eintretenden Falls gleiche, nur nach dem Dienstalter sich steigernde Unterstützungen zahlen.

Um die Verfassung der Anappschaftsvereine, ihre organische Gliederung und die Art der Berusung ihrer Mitglieder und Beamten darzustellen, folgen hier die betreffenden Paragraphen des Statutes des, schon oben als ein Verein mittlerer Größe eitirten Halberstädter Anappschaftsvereins vom 13. Juli 1872; es ist dabei zu bemerken, daß in allem Wesentlichen die betreffenden Bestimmungen der Statuten aller Preußischen Anappschaftsvereine genau hiermit übereinstimmen, daß also alle Vereine auf Grund der oben mitgetheilten geseslichen Bestimmungen gleich organisirt sind.

Bermaltung bes Bereins.

§ 47. Die Verwaltung des Knappschaftvereins erfolgt unter Aufsicht des Königlichen Oberbergamts zu Halle durch die in folgenden Paragraphen genannten Organe. (Worauf sich viese Beaufsichtigung durch den Staat beschränft, geht aus dem oben mitgetheilten § 183 des Allgemeinen Berggesetzes hervor.)

1. Anappichafts= Aelteste.

- §. 48. Als Bertreter der Interessen der Bereinsgenossen und als gesestliches Organ zwischen ihnen und dem Knappschaftsvorstande fungiren die Knappschafts-Aeltesten.
- §. 49. a) Deren Sprengel. Der Knappschaftsvorstand bilbet innerhalb des Bereinsbezirs, mit Berücksichtigung der Lage der einzelnen Werke und der Stärke ihrer Belegschaft, Abtheilungen, deren jeder ein oder mehrere Knappschafts-Aelteste vorzustehen haben.
- §. 50. b) Deren Bahl. Die stimmfähigen Mitglieder jedes Sprengels mahlen die für denselben bestimmte Anzahl Knappschafts-Aelteste und deren Stellvertreter.

Sein Wahlrecht barf Niemand auf eine andere Person übertragen.

Zum Knappschafts-Aeltesten kann jeder unbescholtene, über 30 Jahr alte, dem betreffenden Sprengel angehörige, ständige Genosse oder Invalide gewählt werden, welcher die zur Verwaltung dieses Amtes erforderliche Fertigkeit im Lesen, Schreiben und Rechnen besitzt.

Den Wahltermin beraumt der Anappschaftsvorstand an und wird derselbe den Interessenten dadurch bekannt gemacht, daß eine bezügliche schriftliche Bekanntmachung an den Thüren der betreffenden Zechenhäuser acht Tage lang ausgehängt und außerdem der Belegung beim Verlesen einmal durch einen Werksbeamten vorgelesen wird.

Die Wahl findet nach einfacher Stimmenmehrheit statt und wird von

einem Commissar des Vorstandes geleitet.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

Den Abwesenden steht kein Widerspruchsrecht gegen die getroffene

Wahl zu.

Erscheint Niemand, oder nicht mindestens der vierte Theil der Wahlberechtigten im Wahltermine, so ernennt der Knappschaftsvorstand den bezw. die Knappschafts-Aeltesten.

Befinden sich in einem Sprengel nur unständige Genossen, so kann der Knappschaftsvorstand einen von ihnen interimistisch zum Knappschafts-Aeltesten

ernennen.

§. 51. c) Deren Amtsdauer. Die Wahl erfolgt auf sechs hinter-einander folgende Jahre.

Die Gewählten dürfen nur in den Fällen ablehnen, in welchen die

Uebernahme einer Vormundschaft gesetzlich abgelehnt werden kann.

Wiederwahlen der früheren Aeltesten sind zulässig, brauchen aber nicht

angenommen zu werden.

Wird der Knappschafts-Aelteste mährend seiner Amtsdauer invalide, so kann er sein Amt nur mit Genehmigung des Borstands fortführen; scheidet er aus dem Sprengel aus, so verliert er dasselbe von selbst.

Eine eintretende Neuwahl erfolgt nur für den Rest der Wahlperiode.

- §. 52. d) Deren Gefchäfte. Die Obliegenheiten ber Knappschafts= Aeltesten find im Wesentlichen:
 - 1) die Führung der Listen der Vereinsgenossen für ihren Sprengel, und Mittheilung der vorkommenden ihnen anzuzeigenden Veränderungen an den Vorstand.
 - 2) Wahrnehmung der Interessen der Vereinsgenossen, soweit dieselben die Zwecke des Knappschaftsinstituts berühren, wozu sie beim Vorsstande die erforderlichen Anträge auf Abstellung von Mängeln oder auf Abhülfe von wirklichen Bedürfnissen zu stellen haben.

3) Beaufsichtigung ber ärztlichen Berpflegung ber zum Genuß von freier Cur und Medicin Berechtigten.

Es ist darauf zu sehen, daß es denselben weder an ärztlicher Hülfe, noch an der nöthigen Medicin, noch auch an zwecknäßiger Abwartung sehle, und daß die Vorschriften der Aerzte in jeder Beziehung befolgt werden, auch daß nicht gesunde Personen Krankengeld zc. erhalten.

4) Abstellung resp. Unzeige von Migbräuchen, welche mit dem Krankengelde, der Arznei und sonstigen Unterstützungen getrieben werden. 5) Erkundigung über die Lage bedürftiger Genossen und erforderlichenfalls Stellung von Anträgen auf außerordentliche Unterstützung.

6) Beaufsichtigung des sittlichen Lebenswandels sowohl der activen Mitglieder, als der Invaliden, Wittwen und Waisen.

7) Unterrichtung über ben Stand bes Knappschaftsinstituts und Erstheilung ber nöthigen Auskunft an die Genossen.

8) Durchsicht der Bereinscassen-Rechnung innerhalb der vorgeschriebenen Frist und Mittheilung etwaiger Ausstellungen an den Borstand.

9) Durchsicht und Attestirung der monatlichen Beitrags-, Krankengelbs- 2c. Nachweisungen von den Gruben seines Sprengels.

10) Stellung der Anträge auf Annahme und Beförderung von Knappschaftsgenossen, sowie Vorlegung derselben vor Einsendung an den Vorstand bei dem Werksvertreter.

Der Vorstand ertheilt jedem Aeltesten eine Dienstinstruction.

Knappschafts-Aelteste, welche ihre Pflichten als solche nicht erfüllen, sich Vergehungen oder eines tadelnswerthen Benehmens schuldig machen, können vom Vorstande in Ordnungsstrasen bis zu 1 Thlr. genommen und eventuell ihrer Stelle entsetzt werden. Aelteste verlieren von selbst ihre Stelle, sobald sie nicht mehr auf einem Werke des Sprengels in Arbeit stehen.

§. 53. e) Deren Remuneration. Für ihre Mühewaltungen ershalten die Aeltesten eine vom Vorstande festzusetzende entsprechende Kemuneration, welche jedoch für den Einzelnen den Jahresbetrag von 50 Thalern nicht überschreiten darf und in der eine Vergütung für Schreibmaterialien insbegriffen ist.

In Behinderungsfällen führt der Stellvertreter die Geschäfte und empfängt dafür die der Zeit der Vertretung entsprechende Remuneration des Aeltesten.

Bei den auf Veranlassung des Vorstands zur Wahl von Vorstandsmitgliedern und zur Verathung von Statutsabänderungen gemachten Reisen erhalten die Knappschafts-Aeltesten an Reisesosten 15 Sgr. für die Meile Landweg, 7 Sgr. 6 Pf. für die Meile Eisenbahn — directe Entfernung und 1 Thlr. 15 Sgr. Tagegelder.

2. Anappichafte=Borftand.

§. 54. Der Borstand besteht aus sechs stimmberechtigten Mitgliedern, von denen die eine Hälfte von den Bertretern der betriebenen Werke, die andere Hälfte von den Knappschafts-Aeltesten, je aus ihrer Mitte oder aus der Zahl der Königlichen oder gewerkschaftlichen Bergbeamten gewählt werden.

Wählbar ist außerdem der Cassenbeamte des Vereins.

§. 55. Die Wahlen ordnet der Knappschafts-Borstand an, indem er die zur Wahl Berechtigten unter dem Bedeuten vorladet, daß die Nicht= erschienenen an die Beschlüsse der Erschienenen gebunden sind, und daß für

ben Fall, wo Niemand zur Wahl erscheint, der Knappschafts-Vorstand sich selbst ergänzt.

Den Vorladungen sind Insinuationsbocumente beizufügen.

Den Wahltermin leitet ber Vorsitzende des Anappschafts-Vorstandes.

Wird in demselben bei der jedesmaligen ersten Abstimmung eine Majorität nicht erzielt, so werden die beiden Personen, welche die meisten Stimmen haben, auf die engere Wahl gebracht.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

Wählbar ift zum Vorstandsmitgliede in der Alasse der Wertsvertreter jeder Vertretet' eines Vereinswerkes und in der Alasse der Arbeitervertreter jeder Anappschafts-Aelteste, ferner in beiden Alassen jeder Königliche oder gewerkschaftliche Bergbeamte und der Cassendeamte des Vereins.

Die Beamten können, insofern sie nicht Interessenten des Bereins sind, unter allen Umständen, beim Berein Betheiligte dagegen nur in den Fällen die auf sie gefallene Wahl ablehnen, in welchen die Uebernahme einer Borsmundschaft gesetzlich abgetehnt werden kann. Königliche Beamte bedürfen zur Annahme der oberbergamtlichen Genehmigung.

Zur Wahl berechtigt sind in der Klasse der Werksbesitzer die Vertreter sämmtlicher im Betriebe befindlichen gewerkschaftlichen und siscalischen, zum Vereine gehörigen Werke, in der Klasse der Arbeiter sämmtliche Knappschafts- Aelteste.

With Strain

Außer den je drei Mitgliedern hat jede Klasse der Wähler noch einen

Stellvertreter in derfelben Weise zu wählen.

Die Stellvertreter treten auf Berankassung des Vorsitzenden des Knappsschafts-Vorstandes in Thätigkeit. Der Vorsitzende muß dieselben einberusen, sobald zwei Mitglieder der Arbeiter= beziehungsweise Werksvertreter bestindert sind.

§. 56. Die Wahl ber Mitglieder des Vorstandes und beren Stell-

vertreter erfolgt auf sechs Jahre.

Alle zwei Jahre scheidet aus jeder Klasse der Mitglieder eines aus, welches sofort wieder wählbar, aber befugt ist, diese Wahl abzulehnen.

Die Eigenschaft ale Mitglied Des Borftandes verlieren

von felbst:

Eigenthümer eines Bereinswerts mit dem Berluste dieses Eigenthums, Werksvertreter und Werksbeamte mit dem Verluste dieser Stellung; aus den Knappschafts-Aeltesten gewählte Mitglieder, mit dem Ausscheiden aus dem Knappschaftsvereine oder dem Uebertritte unter die Inactiven, und alle Mitglieder, wenn sie an der bürgerlichen Ehre oder mit Gefängnis von mehr als sechs Monaten bestraft werden.

In solchen Fällen, sowie bei einer durch den Tod eintretenden Erledigung ist vom Anappschafts-Borstande eine Neuwahl für den Rest der Wahlberiode

einzuleiten.

§. 57. Die Borstandsmitglieder erwählen aus ihrer Mitte einen Borfigenden und einen Stellvertreter besselben nach absoluter Stimmen= mehrheit. Ist solche bei der ersten Abstimmung nicht vorhanden, so werden diezenigen zwei Bersonen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, in eine engere Wahl gebracht.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

Bur Legitimation des Vorstandes dient eine vom Königlichen Oberbergamte ausgefertigte Bescheinigung.

Beidafte bes Borftanbes.

§. 58. Der Vorstand führt die Haupt-Knappschaftsrolle des Vereinsbezirks, beforgt die gesammte Verwaltung des Knappschaftsvereins, hat die Vertretung desselben nach Außen, einschließlich der Befugniß zur Führung von Processen, zur Ableistung und Erlassung von Siden, zu Verzgleichen über streitige Rechte, zum Erwerb und zur Veräußerung von Immobilien, zur Empfangnahme von Geldern und Sachen, sowie Abgabe rechtszültiger Erklärungen aller Art.

Er wird hierbei von dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter und

dem Rendanten gemeinschaftlich vertreten.

Bei der Anlegung und Unterbringung von Capitalien hat der Borstand ganz nach den für Unterbringung von Mündelgeldern bestehenden Borschriften zu versahren. Derselbe ist jedoch ermächtigt, kleine Capitalien von 100 bis 150 Thr. auch ohne pupillarische Sicherheit zur Erbauung von Wohnhäusern an sleißige und zuverlässige Mitglieder des Vereins unter Feststellung einer angemessenen Rückzahlungsfrist und gegen Entrichtung der üblichen Zinsen, sowie gegen hypothekarische Verpfändung des Gebäudes und der Baustelle zur ersten Stelle auszuleihen.

Remuneration ber Borftandsmitglieder.

§. 59. Die Vorstandsmitglieder besorgen ihre Geschäfte unentgeltlich und erhalten nur bei auszuführenden Reisen die den Königlichen Bergreviersbeamten reglementsmäßig zustehenden Tagegelder und Reisekosten, voraußegeset, daß das Ziel der Reise weiter als $^{1}/_{4}$ Meile vom Wohnorte des Betreffenden entsernt liegt.

§. 60. Der Vorstand versammelt sich auf Einladung des Vor=

sitzenden.

In der Einladung sind die Gegenstände zu bezeichnen, über welche zu berathen ist.

Der Borfigende muß den Borftand zu einer Situng gufammenberufen,

wenn zwei Mitglieder des Borftandes dies für nöthig erachten.

Kommt der Vorsitzende einem solchen Verlangen nicht binnen 14 Tagen nach, so beraumt der oberbergamtliche Commissar auf desfallsigen Antrag die Sitzung an.

In den Sitzungen wird nach einfacher Stimmenmehrheit entschieden, bei

Stimmengleichheit entscheidet ber Vorsitzende.

Beschluffähig ist eine Sitzung, wenn mit Einschluß des Vorsitzenden

zwei Werks= und zwei Arbeitervertreter, bezüglich beren Stellvertreter zu= gegen sind.

§. 61. Der Borftand hat seine innere Berwaltung burch eine Ge-

schäftsordnung zu regeln.

Die Bestimmung der Remuneration, sowie der in besonderen Berträgen festzustellenden Dienftleistungen der Beamten steht dem Vorstande selbstständig zu.

3. Knappschaftsärzte.

§. 62. Dem Vorstande liegt ob, zur ärztlichen Behandlung der zur freien Cur Berechtigten geeignete Aerzte für bestimmte, von ihm, dem Be- dürfniß gemäß, zu bildende Cursprengel zu engagiren.

Bei Auswahl der Aerzte hat sich der Vorstand über die Wünsche der Knappschaftsmitglieder in dem betreffenden Cursprengel zu unterrichten.

4. Caffenverwaltung bes Bereins.

§. 63. Die zur Caffenführung und zur Besorgung ber Büreauarbeiten engagirten Beamten versieht ber Borstand mit Instruction.

§. 64. Ein Caffen=Curator aus der Zahl der Borstandsmitglieder revidirt die Bereinscasse allmonatlich zu einem bestimmten Tage und außerdem alljährlich mindestens einmal unerwartet. Der Borsitzende ist zur Bornahme ankerordentlicher Revisionen unter allen Umständen berechtigt.

Die geldwerthen Papiere des Vereins, von welchen die auf den Inhaber lautenden durch den Cassen-Curator und den Rendanten außer Cours zu setzen sind, sowie alle Baarbestände der Vereinscasse, welche über den Betrag von 800 Thlrn. hinausgehen, sind unter gemeinschaftlichem Verschlusse des Rendanten und Curators zu verwahren.

Die aus der Bereinscasse an die Vereinsgenossen oder deren Ansgehörige 2c. zu leistenden Ausgaben vermitteln die Rechnungsführer der bestreffenden Werke.

Es dürfen weber diese noch andere Ausgaben aus der Casse gezahlt werden, bevor die Beläge casculirt und vom Cassen-Curator angewiesen find.

Die Nachweisungen über die etwa rückftändigen Beiträge und Strafgelder reicht der Vorstand 22 Tage nach dem Quartalschlusse dem Oberbergamte ein, welches dieselben gegen die betreffenden Werksbesitzer bezw. gegen die Besitraften sofort für executorisch erklärt.

Der Rendant entwirft alljährlich einen Stat für die Vereinscasse, welcher vom Vorstande spätestens am 1. November des Vorjahres vollzogen sein muß.

Zur Wiederincourssetzung auf den Inhaber lautender Papiere und Abgabe der hierzu nach dem Gesetze rom 4. Mai 1843 erforderlichen gericht- lichen Erklärung sind der Cassen-Curator und der Rendant gemeinschaftlich berechtigt. Die Wiederincourssetzung darf nur bei dem Gerichte am Sitze des Vereins stattsinden.

§. 65. Die Rechnung der Casse ist in der vom Vorstande vor=

geschriebenen Form zu legen.

Die Nechnung ist mit sämmtlichen Belägen und Justificatorien am 1. April dem Vorstande zu übergeben, welcher dieselbe revidirt, die gezogenen Monita von dem Cassenbeamten beantworten läßt und die Beantwortung begutachtet.

Der Vorstand kann bei ber Revision rechnungskundige Personen zu

Rathe ziehen.

Das ganze Rechnungswerk wird hierauf vom 1. Juni bis 1. Juli in der Registratur des Borstandes zur Einsicht der Knappschafts-Aeltesten und Werksvertreter ausgelegt.

Nach Erledigung der hierbei gezogenen Erinnerungen ertheilt der Knapp=

ichafts-Borftand bem Caffenbeamten die Entlastung.

Bis zum 1. Juli erhält jeder Werksvertreter und jeder Anappschafts= Aelteste einen gedruckten Cassenbericht über das verslossene Rechnungsjahr zur Kenntnignahme und Mittheilung an die Anappschaftsgenossen.

S. 66. Der Knappschafts-Vorstand ist jeder Zeit verpflichtet, dem Obersbergamte und dessen Commissar auf Verlangen die Einsicht der über seine Verhandlungen zu führenden Protocolle, der Cassenbucher und der gelegten Rechnungen, sowie die Revision der Casse zu gestatten.

Auch hat derselbe dem Oberbergamte die zur Statistit des Knappschafts-

wesens erforderlichen Nachrichten zu geben.

Aufficht bes Staates.

§. 67. Die Aufsicht des Staates über die Verwaltung des Knappsichaftsvereins führt das Königliche Oberbergamt zu Halle durch einen Commissar.

S. 68. Der oberbergamtliche Commissar kann sich bei ben Verhandlungen des Knappschafts-Vorstands betheiligen und hat den Vorstand auf

dessen Ansuchen in jeder Beziehung mit seinem Rathe zu unterstützen.

§. 69. Der oberbergamtliche Commissarius ist besugt, allen Sitzungen des Knappschafts-Vorstandes, welche ihm zu diesem Zwecke drei Tage vorher anzuzeigen sind, beizuwohnen und einen jeden statutenwidrigen Beschluß zu suspendiren. Von einer solchen Suspension hat er dem Königlichen Obersbergamte Anzeige zu machen. Gegen die demnächst vom Oberbergamte erslassen Entscheidung steht dem Vorstande innerhalb vier Wochen der Necurs an den Handelsminister zu.

S. 70. Beschwerden über die Verwaltung des Vorstandes sind binnen vier Wochen bei dem Königlichen Oberbergamte und in weiterer Instanz in derselben Frist bei dem Handelsminister anzubringen. (§. 186 des Allgemeinen

Berggesetzes.)

Uebertritt aus anderen Bereinen.

§. 71. Jebes Mitglied eines im preußischen Staate auf Grund bes Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 bestehenden, benselben Grunds

sat der Gegenseitigkeit anerkennenden Knappschaftsvereines tritt sofort in den diesseitigen Berein über, wenn dasselbe als ständiger Arbeiter auf den zum Vereinsbezirke gehörigen Werken dauernd angelegt wird und innerhalb vier Wochen nach seinem Ausschieden aus dem früheren Vereine seinen Uebertritt nachsucht, auch zur Verrichtung der Werkarbeit sich noch als körperlich gezeignet erweist.

Als Dienstzeit wird in Bezug auf die Unterstützungen einem solchen Uebergetretenen die Zeit seiner Mitgliedschaft bei jedem anderen Vereine, welcher den gleichen Grundsatz der Gegenseitigkeit anerkennt, mit angerechnet.

Statuteabanberung.

§. 72. Anträge auf Abanderungen dieses Statuts können ausgehen von bem Knappschafts-Vorstande oder den Interessenten.

Die Interessenten haben ihre Wünsche bei dem Knappschafts-Vorstande

anzubringen.

Derselbe kann aus eigener Bewegung und muß, sobald die Vertreter bes vierten Theils der betheiligten Werke oder der stimmfähigen Knappschaftsgenossen darauf antragen, eine Versammlung berufen, um über die Abänderung

zu beschließen.

Zu dieser Versammlung werden die Vertreter der im Betriebe besindslichen Werke einerseits und die Anappschafts-Aeltesten andererseits unter der Mittheilung des Zweckes und unter der Verwarnung vorgeladen, daß die Ausbleibenden als dem Beschlusse der Mehrzahl der Erschienenen beitretend angesehen werden, oder wenn Niemand erscheint, angenommen wird, die Ausbleibenden überließen lediglich der Bergbehörde die Beschlußnahme über die Abänderungen.

Diesen Vorladungen sind Insinuationsdocumente beizufügen.

Dem oberbergamtlichen Commissar ist von dieser Versammlung, wie von einer Vorstandssitzung, Mittheilung zu machen.

Bei den Werksvertretern ift eine Bertretung durch Bevollmächtigte

zulässig.

Der Termin, in welchem die beiderlei Bertreter zu vernehmen sind, wird von dem Anappschafts-Vorstande abgehalten und darüber ein Protocoll aufgenommen. Abstimmungen können nur innerhalb der einen oder anderen Vertretung, d. h. der Werksbesitzer einerseits und der Anappschaftsmitglieder andererseits, stattsinden.

Sind bei abweichenden Erklärungen beide Theile nicht zu vereinigen, so muß die Erklärung jedes Theiles zu Protocoll genommen werden; außerdem

genügt die Angabe des gemeinschaftlichen Beschlusses.

Im ersteren Falle gilt diejenige Abanderung als beschlossen, der der

Anappschafts=Vorstand beitritt.

Das Protocoll, das jedoch nur von dem Knappschafts-Vorstande zu vollziehen ist, geht mit dem Antrage auf Bestätigung der beschlossenen Abande-rungen an das Königliche Oberbergamt.

Auflösung bes Bereins.

§. 73. Wird der Verein aufgelöst, so hat die oberste Bergbehörde über

fein Bermögen zu verfügen.

Dieselbe muß jedoch Sorge tragen, daß aus demselben zunächst die vorshandenen Invaliden, Wittwen und Waisen, so weit es ausreicht, fort untersftützt werden.

IV. Beurtheilung der Knappschaftsvereine und der bezüglichen Gesetzebung; Reformvorschläge.

Heilig ist die Arbeit! Der Mensch, der ihr nicht huldigt, der in ihr nicht seine ihn veredelnde Lebensaufgabe erkennt, der sie nicht als lauterste Quelle seines Lebensglücks betrachtet, ist ein unnütliches Glied der menschlichen Gesellschaft und verdient die Verachtung seiner Mitmenschen!

Die menschliche Arbeit ist eine Waare, welche die Eigenthümlichkeit besitzt, daß ihr Käuser mit ihr zugleich eine Persönlichkeit seines Gleichen mit Magen, Herz und Berstand mit in den Kauf nehmen muß; der Verkützt der Waare

"menschliche Arbeit" verkauft damit zugleich sich selbst.

Der Ertrag, der Preis der menschlichen Arbeit muß deshalb auch die

ganze menschliche Persönlichkeit entschädigen und befriedigen.

Da nun der Mann nur eine gewisse Zeit seines Lebens, etwa von 18. bis 58. Jahr jährlich 300 Tage je 8 Stunden lang, voll arbeitsfähig ist, so muß er durch volle Arbeit in dieser Zeit so viel vom allgemeinen Werthemesser sich erwerben, daß er während dieser Zeit mit Frau und Kindern ortsüblich leben und sich für zeitweilige Unterbrechung seiner Arbeitsfähigkeit und für die Altersperiode, sowie nach seinem Tode der Wittwe und den Kindern bis zu deren eigenen Erwerdsfähigkeit die ortsübliche Existenz sichern kann.

Bas von diesem erwerdsfähigen Zeitraum des Lebens im Allgemeinen

gilt, gilt auch ratirlich für jeden Tag Dieser Zeit.

Danach besteht also der naturgemäße tägliche Arbeitsertrag aus einem Haupttheile, der für die täglichen Lebensbedürsnisse zu verwenden ist, und einem geringeren Theile, der für jene Zwecke der Zukunft aufgespeichert wers den muß; dies ist eine Capitalsansammlung, die sonach für die Sicherung der selbstständigen Lebensexistenz jedes Mannes absolut erforderlich ist.

Da dies Lebensbedurfniß ein für alle Staatsbürger allgemeines ift, da durch seine volle Befriedigung allein dem Verkaufe der menschlichen Arbeit in jedem Beruszweige das ihm sonst wegen ungenügender Entschädigung beiswohnende, zersetzende Gährung in das Staatsleden hereintragende Gehässige genommen wird, so muß es im Staate auch gemeinschaftlich durch Gesetz geregelt werden.

Wo in einem Arbeiterstande die Lohnsverhältnisse berartige sind, daß die Bildung von Versicherungscassen überhaupt ermöglicht ist, da ist es Pflicht bes Gesetzebers, den Beitritt zu den Vereinen und die Einzahlung von be-

stimmten Lohnsquoten für alle Mitglieder des Standes bestimmt vorzuschreiben. und so ist es im §. 165 des Allgemeinen Berggesetzes für sämmtliche Ar= beiter, welche auf ben, bem Berggefete unterworfenen Bergwerten, Aufbereitungs= anstalten und Salinen beschäftigt sind, geschehen. Zu Diesem Zwange bes Einzelnen im Intereffe bes Ganzen ist ber Staat als folder, schon seiner natürlichen Bedeutung nach, bei der vorhandenen Möglichkeit der Durchführung der bewährtermaßen für den Einzelnen, wie für die Gesammtheit überauß vortheilhaften und segensreichen Einrichtung nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, weil die Zwecke des Vereins nur bei allgemeiner Betheiligung der betreffenden Berufsklassen erreicht werden können und der Staat allein zur Ausübung dieses Zwangs die gesetzliche Macht besitzt. Wenn die Factoren der Gesetzgebung, ihrem Beruf nach über die von den einzelnen Staatsbürgern im Interesse der Gesammtheit abgetretenen Souverainetätsrechte verfügend, jedem Staatsbürger die Pflicht auferlegen, sich und die Seinigen gegen die natürlichen Nothstände des Lebens in bestimmten, auf Grund gesetlicher Normativbestimmungen gegründeten und geleiteten Gewerbe= ober Berufe-Caffen ausreichend zu versichern, fo wird hierdurch nur bem äuferen Scheine nach der Arbeiter mährend seiner Arbeitszeit belastet, thatsächlich wird durch gefetliche Ginführung ber Berficherungspflicht ber Urbeitgeber gezwungen, dem Arbeiter jeden Berufs seinen vollen Antheil am Unternehmergewinn auszuzahlen, d. h. ihm nicht nur die Geldmittel zum üblichen täglichen Unter= halt, sondern auch noch die auf diese Arbeitstage sich berechnende Bersicherungs= prämie für die naturgemäß erwerbsunfähigen Tage des Lebens zahlen. Ein gebildeter Arbeiter jeden Berufs muß die gesetzliche Ginführung der Bersicherungspflicht erstreben, denn hieraus ergiebt sich für ihn die Thatsache, daß er in Tagen der Erwerbsunfähigkeit ein "Kranker" oder "Invalide", nicht aber ein "Armer" ift, der gähneknirschend oder stupide öffentlicher Mildthätig= feit anheimfällt. Ein Arbeiter, der in der Arbeitszeit seines Lebens pflicht= getreu geschafft hat, muß genug gethan haben zur Sicherung seiner freien menschenwürdigen Eristenz auch in allen übrigen Tagen seines irdischen Da= seins: daß dieser so natürliche Grundsatz gegenwärtig noch so wenig unter uns verkörpert ift, liegt nicht an dem Mangel der zu seiner Durchführung nöthigen materiellen Mittel, es liegt nur am Fehlen der erforderlichen Dr= ganisation, ber Berficherungspflicht!

Bon der größten Wichtigkeit für die Nüplickkeit und Leiftungsfähigkeit eines Knappschaftsvereins ist aber sein Umfang. Je mehr Mitglieder ein Berein zählt, je mehr Arbeiter zu einem einheitlichen Ganzen verschmolzen sind, in um so höherem Grade werden, wie weiter unten noch näher auszuspühren sein wird, die Bereine stabiler in ihren Leistungen und den dazu ersforderlichen Anforderungen. Der S. 167 des Allgemeinen Berggesetzes enthält nun die Borschrift, daß über den Umfang des Bezirks eines neu zu errichtenden Knappschaftsvereins, falls nicht Einstimmigkeit sämmtlicher Betheiligten darüber vorhanden ist, die Staatsbehörde entscheit; auf die etwaige Aenderung der Bezirke der bereits bestehenden Bereine aber hat der Staat sich keinen gesetlichen Einsluße vorbehalten. Die innere Organisation eines

Bereins überläßt das Gesetz ber Vereinigung der Interessenten über ein Statut und behält nur das Recht der Prüfung desselben bezüglich seiner Uebereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften der Behörde vor.

Bezüglich der von den Bereinen ihren Mitgliedern zu gewährenden Leistungen beschränkt sich das Gesetz auf Angabe der Art der Minimal-leistungen; etwaige Vermehrung der Arten von Unterstützungen und die Festssetzung der Höhe sämmtlicher Beneficien überläßt dasselbe der Uebereinkunft der Interessen, also den statutarischen Bestimmungen.

Die im §. 171 des Allgemeinen Berggesetzes vorgeschriebenen Arten von Unterstützungen zerfallen in zwei Hauptgruppen, in temporäre und dauernde Beneficien. Die temporären sind: 1) ärztliche Behandlung einschließlich der Arznei, 2) Krankenlohn, 3) Begräbnißkosten; die lausenden dagegen sind: 4) Invalidenunterstützung, 5) Wittwenunterstützung und 6) die Waisenunterstützung. Die vollberechtigten Mitglieder eines Knappschaftsvereins sollen mindestens alle diese sechs Benesicien durch ihre Betheiligung beim Bereine erlangen, den Mitgliedern der am wenigsten begünstigten Klasse soll dagegen mindestens freie Eur und Arznei, ein Krankengeld und, wenn sie bei der Arbeit verungsückt sind, auch eine lebenslängliche Invalidenunterstützung und das Begräbnisgeld gewährt werden.

Bezüglich der Organisation dieser Leistungen setzt der §. 172 fest, daß nach gemeinsamem Beschlusse der Werksbesitzer, der Knappschafts-Aeltesten und des Knappschaftsvorstandes für alle oder einzelne der vorstehend bezeichneten temporären Leistungen besondere Krankencassen auf sämmtlichen zu einem Knappschaftsvereine gehörigen Werken, und zwar auf jedem einzelnen Werke

oder gruppenweise auf mehreren, eingerichtet werden können.

Wie aus den oben angeführten Bestimmungen der Bergordnungen bervorgeht, ift in der ältern deutschen Berggesetzgebung durchweg ein gesetzlicher Unterschied und eine bestimmte Trennung zwischen ber Organisation zur Aufbringung der temporären Unterstützungen für die Knappschaftsgenossen und der Organisation zur Herbeischaffung der Mittel für die laufenden Benfionen gemacht worden. Erstere, ausschließlich des Begräbniggeldes, hatte der Werkbesitzer allein zu bestreiten; der zu den Bensionen erforderliche Konds wurde dagegen aus gemeinschaftlichen Zuschüssen der Werkbesiter und der Arbeiter gebildet. Erst das Knappschaftsgesetz vom 10. April 1854 ignorirte diese Theilung der Gesammtwirksamkeit der Knappschaftsvereine. Wenn dasselbe die Abzweigung besonderer Krankencassen auch nicht direct untersagte, so erwähnte es dieselben doch gar nicht und war dadurch Beranlassung, daß nur zwei Bereine von verhaltnigmäßig geringem Umfange be= sondere Krankencassen gebildet und, da sie ja wenigstens nicht gesetzlich verboten, statutarisch organisirt haben. Das Allgemeine Berggesetz machte burch den §. 172 die Trennung der Krankencassen von den Knappschaftscassen facultativ, machte sie aber zugleich durch die in demselben Baragraphen enthaltene Bestimmung, daß, wenn Krankencaffen abgezweigt werden follten, dies sofort für sämintliche dein betreffenden Anappschaftsbezirke angehörenden Werke geschehen musse, thatsächlich fast unmöalich.

Es erscheint im Interesse ber Sache sehr bedauerlich, daß die Anapp= schaftsgesetzgebung dieses Jahrhunderts die historisch begründete und der Natur Der Sache nach eigentlich selbstverständliche Trennung ber Knappschaftscaffen in Caffen zur Beschaffung ber zeitweiligen Unterstützungen und in folche zur Sicherung der dauernden Pensionen so wenig berücksichtigt hat, und es ist namentlich nach dem die Berggesetzgebung der Gegenwart charakterisirenden Zurücktreten der Staatsverwaltung und Ueberlassung der freien Direction der Bergwerke an die Privatindustrie — dringendes Bedürfniß, diesem Uebel= stande auf dem Wege der Gesetzgebung Abhülfe zu schaffen und die Abzwei= gung der Krankencassen nicht als facultativ, sondern als obligatorisch hinzu-Kranken= und Bensionscassen sind in ihren Grundprincipien und Bedürfnissen so heterogen, beide haben in so hohem Grade ihre eigenen Gesetze, dak eine Verschmelzung beider für die Zwede und Ziele derselben durchaus weder angemessen, noch als zweckmäßig erachtet werden fann. zweckmäßig eingerichtete Krankencasse ist es, um angemessen, b. h. möglichst hohe Krankenlöhne bei geringsten Beiträgen zahlen zu können, erforderlich, daß Art, Dauer und Verlauf der Krankheit eines Mitgliedes von den anderen beobachtet werden kann, damit stets nur bei wirklichen Krankheiten und nicht in einer über das mahre Bedürfniß hinausreichend langen Dauer der Krantenlohn gezahlt werde. Die ärztliche Recherche zum bezeichneten Zweck ist in der Prazis nicht so wirksam und viel kostspieliger, wie die Controle der Mitglieder untereinander, und bas Moment, bag bie Beitrage zur Kranken= casse nur nach dem Bedürfnisse, also in ihrer Höhe wechselnd erhoben wer= den. — indem die jährlichen Einnahmen nur die Ausgaben zu beden brauchen und nur ein geringer Reservefonds zu beschaffen ist, — wird wesentlich dazu beitragen, den simulirten Krankheiten vorzubeugen, und sogar jedes Mitglied zu erhöhter Fürforge für seine eigene und des Rächsten Gesundheit veranlassen, da andernfalls die es treffende höhere Rate des Monatsbeitrags zur Kranken= caffe daffelbe für die Berfäumnig bestrafen würde. Ebenso erscheint es zwed= mäßig, auch die Arzneien aus der betreffenden Krankencasse zahlen zu lassen, da die Mitglieder dadurch einen in die Augen fallenden Beweiß von dem Schwanken ber erforberlichen Beiträge nach bem Maage ber barauf zu verwendenden Ausgaben erhalten und einsehen, daß Sparsamteit im Arzneiverbrauche in ihrem eigensten Interesse liegt. Ebenso, wie die ärztliche Controle, hat sich auch die der Knappschafts-Aeltesten durchweg als unzureichend zur Berhinderung simulirter Krankbeitsfälle erwiesen; es muß deshalb auf die Selbstcontrole der Arbeiter untereinander auf das Interesse und besonders auf das Ehrgefühl jedes Einzelnen zurückgegriffen werden. Dieses Motiv zu erzeugen, es zu pflegen und zu ftarken, ift die edle Aufgabe einer localen Ar-Auch in England hat sich nach den actenmäßigen Mit= beitervereinigung. theilungen der Schrift des Grafen von Paris über die englischen Gewerk= vereine S. 32 die von den Mitgliedern gegenseitig geübte Controle über den Gesundheitszustand durchweg als die wirksamste erwiesen.

In Berücksichtigung der Tendenz der Krantencassen, bei einem die gegensseitige Controle und Fürsorge der Mitglieder untereinander bewirfenden und

gestattenden Umfange, also in einem kleinen Bezirke die höchsten Unterstützungen bei den relativ geringsten Beiträgen zahlen zu können, würde sich zunächst die Beschränkung einer Krankencasse auf ein Werk empfehlen. Dagegen ist jedoch in Berücksichtigung zu ziehen, daß die Zahl der Mitglieder so groß sein muß, daß die Einzelnen derselben im Stande sind, die sie wahrscheinlich tressende Beitragsquote, ohne in Noth zu gerathen, von ihrem Lohne zahlen zu können.

Die wahrscheinliche Beitragsquote ist aber — unter Boraussetzung einer vorher bestimmten, zum nothdürftigen Unterhalt des Mannes, beziehungsweise einschließlich seiner Familie, local ausreichenden Höhe des Krankenlohnes — abhängig von den durchschnittlich zu erwartenden Krankheitstagen, und diese wiederum von dem Durchschnittsalter der Mitglieder und der Art und dem Orte ihrer Beschäftigung. Hiernach kann es wünschenswerth werden, einzelne benachbarte kleinere Werke zu einer Krankencasse zu vereinigen, und die Einsetzung local gegebener Zahlenwerthe wird in jedem speciellen Falle den ersforderlichen Umfang einer Krankencasse ergeben. Zur Vermeidung einer etwaigen Ueberbürdung der Krankencasse ist aber, analog den Bestimmungen der Bergordnungen, sestzusetzen, daß eine über sechs Wochen dauernde Krankeheit temporäre Invalidissirung zur Folge hat, die Kosten derselben von diesem Zeitpunkte ab also auf die allgemeine Pensions= (Knappschafts=) Casse überstragen werden.

Die Angemessenheit kleiner Bezirke für Krankencassen ist bei den in Folge des Gesets, betreffend die gewerblichen Unterstützungscassen, vom 3. April 1854 fast überall gedildeten Kranken-Unterstützungscassen mit Ortsestatuten durchweg bewährt und bestätigt worden. Auch die Berordnung vom 21. December 1846 (Ges. S. 21), betreffend die beim Bau von Eisenbahnen beschäftigten Handarbeiter, schreibt für jede Eisenbahnbau-Abtheilung die Bildung einer Krankencasse aus Arbeiterbeiträgen vor; nur im Nothsfalle soll die Direction zuschießen. So wird auch bei den zu bildenden Krankencassen für Bergleute die betreffende Knappschaftscasse bei eintretenden Epidemien in jedem speciellen Falle durch Vorstandsbeschluß festzusetzende Zuschüssende zuschäfte der über ihre Kräfte betroffenen Werts-Krankencasse zu leisten haben.

Die Cassen zur ratenweisen Ansammlung und Berwendung eines Fonds für die den Invaliden und hinterbliebenen der verstorbenen oder verunglückten Mitglieder zu gewährenden dauernden Unterstützungen erfordern ihrer Natur nach zu ihrer angemessenen und zweckmäßigen Begründung die entgegengesetzten Principien, wie die Arankencassen. Während bei den Arankencassen die wahrsicheinliche Differenz der Anforderungen der einzelnen Mitglieder an tieselben verhältnißmäßig gering ist und die Unterstützungen aus denselben in vielen kleinen Summen bestehen, also auf der einen Seite kein großer Umfang der Casse zur Ausgleichung der Differenzen erforderlich, auf der andern Seite eine beschränkte Ausdehnung zur möglichsten gegenseitigen Controle, also möglichst häusigen Ersparniß der vielen einzelnen, relativ kleinen Auszahlungen nöthig ist, — muß bei den Pensionscassen, deren Wirksamwerden dauerndere Invalidität oder Tod eines Mitgliedes voraussetzt, eine möglichst

weite Ausdehnung der Mitgliedschaft angestrebt werden; denn hier haben sich große Differenzen zeitweilig auszugleichen, wobei gegenseitige Controle ber Mitglieder nicht erforderlich, vielmehr arztliche, beziehungsweise gerichtliche Constatirung jedes einzelnen Falles leicht ausführbar und nothwendig ist und nur bei einer großen Mitgliederzahl das Mortalitätsgesetz zur praktischen Unwendbarkeit kommt, welches doch jeder rationell und sicher begründeten Benfionscaffe zu Grunde gelegt werden muß. Un der durch das Knappschaftsgesetz von 1854 allein vorausgesetzten, durch das Allgemeine Berggesetz als principaliter facultativ hingestellten Bereinigung ber Kranken- und Vensionscassen laboriren unsere heutigen Rnappschaftscassen auf das Empfind= lichste, und es erscheint bei dem Einflusse der gesammten gegenwärtigen Berg= gesetzgebung auf die Bergwerks-Industrie, bei der den Brivaten frei überlaffenen Betriebsführung, der freien Concurrenz und der freien Wirfung von Angebot und Nachfrage, bei dem Fortschreiten der Betriebe in große Tiefen und bei der damit gesteigerten Gefährlichfeit des bergmannischen Gewerbes dringend geboten, durchgreifende, also gesetzliche Abhülfe zu schaffen und die Arbeitstheilung auch bezüglich der Wirksamkeit der jetigen Knappschaftscaffen

porzuschreiben.

Das Gesetz verlangt, daß jedem Anappschaftsmitgliede in Krankheits= fällen freie Cur und Arznei für seine Berson zu Theil werde. Statuten, die meisten wenigstens bedingungsweise, haben dies auch auf die Frauen und Kinder der Mitglieder ausgedehnt, und es erscheint wünschens= werth, dies als allgemeine Vorschrift gesetzlich festzustellen. Es ist etwas der Natur nach Selbstverständliches, daß der in das Haus kommende Arzt, der das Familienhaupt behandelt, auch dem Unner deffelben, den von seinem Berdienste an seinem Tische mitlebenden Angehörigen, in Krankheitsfällen seine ärztliche Hülfe nebst ihren materiellen Bestandtheilen, den von ihm verordneten Arzneien, zu Theil werden läßt, und daß, wenn die dadurch erwachsenden Kosten für das Familienhaupt aus der Knappschaftscasse gezahlt werden, dies auch für die Angehörigen besselben geschieht. Wenn ber §. 86 bes Berg= gesetzes sogar erlaubt, daß den Bergleuten vom Bergwerksbesitzer Wohnung, Feuerungsbedarf, Landnutzung, regelmäßige Beföstigung 2c. bei der Lohn= gablung in Anrechnung gebracht werde, es also gesetzlich gestattet ist, dem Bergarbeiter einen Theil des erworbenen Lohnes, statt in Gelde, in den für seinen und seiner Familie Unterhalt erforderlichen Victualien auszuzahlen: so ist es banach -, wenn bas Gesetz in bem herangezogenen &. 86 auch zu= nächst nur dem Truck-Shstein entgegentreten will, — und nach der nur die Minimalleistungen ber Bereine bestimmenden Fassung bes §. 171 auch durch= aus zuläffig, die den Mitgliedern und ihren Angehörigen in Krankheitsfällen burch ärztliche Behandlung und Arznei erwachsenen Rosten vom Lohne abzubehalten, ihnen dieselben in natura zu liefern, also die dieser Leistung ent= sprechende größere Höhe eines Beitrags zur Knappschaftscasse einzuziehen. Wenn also das Gesetz jene für den gewöhnlichen Bedarf des Bergmannes und seiner Angehörigen in gesunden Tagen zulässiger Weise ihm anzurechnenben Naturalien bezeichnet hat, so ift es ebenso wünschenswerth, sowohl vom

Standpunkte des praktischen Bedürfnisses und der Zwedmäßigkeit, wie besonders vom allgemeinen sanitätspolizeilichen Gesichtspunkte aus, daß gesetlich vorgeschrieben werde: daß den zu Kranken- und Pensionscassen vereinten Bergeleuten einschließlich ihrer Angehörigen Cur und Arznei von einem gemeinschaftlichen Arzte und aus einer gemeinschaftlichen Apotheke nicht nur gewährt werden dürfe, sondern auch müsse.

Das Gesetz sichert sodann jedem Mitaliede eines Knappschaftsvereins bei einer ohne eigenes grobes Berschulden entstandenen Krankheit einen entsprechenden Krankenlohn zu. Bei dem Worte "entsprechend" wird man die Worte "dem Bedürfniffe" zu erganzen haben, und die Bobe biefes bem Bedürfniffe entsprechenden Krankenlohns ist nach dem Preise der Lebensmittel local und Die Höhe eines solchen Krankenlohns wird dagegen temporär verschieden. ftets in einem bestimmten Berhaltnisse zu dem verdienten Lohne stehen muffen. Wenn der Lohn eines Arbeiters im Durchschnitte eine folde Sohe hat, daß berselbe im Stande ift, davon die ihn und die Seinigen in arbeitsunfähiger Zeit sichernden, deshalb gesetzlich vorgeschriebenen Abzüge für Kranken= und Benfionscaffe gablen zu können, so kann und wird der übrige Theil des Lohns zur Bestreitung seiner laufenden Wirthschaftstosten in den allermeisten Fällen völlig absorbirt werden. Zieht man nun auch in Betracht, daß der Arbeiter während einer Prankheit nicht so viel und nicht so kräftige Nahrung zu sich zu nehmen braucht und nehmen darf, wie er, wenn er Arbeit zu leiften hat, zur Production der Kraft zu sich zu nehmen gewöhnt und genöthigt ist, und daß er auch die Arzneien frei erhält, — so läuft doch ein wesentlicher Theil seiner Ausgaben auch in temporar erwerbsunfähiger Zeit unermäßigt fort, und wird hiernach, sowie in Berudsichtigung des Grundsates, daß die Beiträge zur Krankencasse auch von den zeitweilig kranken Mitgliedern erhoben werden, ein entsprechender Krankenlohn mindestens 2/3 bes gewöhnlichen Ber= dienstes eines Arbeiters zu betragen haben.

Bur Zeit erreichen die in den Statuten ausgeworfenen Krankenlöhne Diese Höhe nicht, sie sind deshalb aber auch nicht als dem humanen Geiste des Gesetzgebers und dem Bedürfnisse entsprechende Krankenlöhne anzuerkennen. Das Grundübel ist vielmehr die irrationelle Verschmelzung der Kranken- und Bensionscassen, der zu große Bezirk einer jetigen Anappschaftscasse als Rranfencasse und der zu kleine für ihre Functionen als Bensionscasse. Um die aus diesem Grundübel entspringenden Folgen möglichst zu verdecken, find unzureichende Krankenlöhne und bei vielen Bereinen die harte und wohl kaum principiell gerechtfertigte Sitte statutarisch eingeführt, für die ersten drei Tage einer Krankhit, beziehungsweise für nur drei Tage dauernde Krankheiten, gar keinen Krankenlohn zu zahlen. Das Knappschaftsgesetz von 1854 bestimmte sachgemäß, daß der Krankenlohn "während der Dauer" einer Krankheit ge= zahlt werden sollte; das Allgemeine Berggesetz hat die ungesetzliche Abweichung einiger Bereinsstatuten durch die Aenderung seiner Vorschrift sanctionirt, daß "bei" einer Krankheit dieser Lohn gezahlt werden sollte. Dem dringenden practischen Bedürfnisse entsprechende, also hinreichend hohe Krankenlöhne sind gesetlich vorgeschrieben, und die Errichtung besonderer Krankencassen für kleine

Schriften V. - Alterspenfionscaffen.

Bezirke bei unausgesetzter gegenseitiger Beobachtung ber Mitglieder und strenge Bestrafung einer nachgewiesenen Simulation durch eine verhältnißmäßig hohe Gelbstrafe (und im Wiederholungsfalle durch gerichtliche Bestrafung wegen Betrugs, Ausstoffung aus dem Knappschaftsvereine und Entlassung aus Der Werksarbeit mit entsprechendem Attest) werden die im Interesse des practischen Bedürfnisses und ber Humanität im Interesse des Gesetzes gebotene Erhöhung der Krankenlöhne auf das oben bezeichnete minimale Berhältniß zum Lohn ermöglichen. Bur Herbeiführung einer zwedmäßigen Organisation folder Krankencassen muß das Gesetz benselben freien Spielraum anweisen; Die nur für größere Anappichaftsverbande berechneten Vorschriften bes Anappichafts= gesetzes von 1854 haben dies aber gar nicht gethan, und das Allgemeine Berggesetz hat die Bildung von Krankencassen nur gestattet, ihre Organisation nur facultativ hingestellt, mahrend hier gerade ein actives Vorgehen der Gesetzgebung durch obligatorische Vorschriften gerechtsertigt und nothwendig erscheint. (Bestätigt vom Saarbrücker Knappschaftsdirector im Bergmanns= freund 1873, Nr. 26.) Der organische Zusammenhang der Krankencassen mit der Knappschaftscasse muß dabei aufrecht erhalten bleiben, und kann dies in ber Praxis am besten burch Uebereinstimmung ber Krankencassen-Bezirke mit den Knappschafts-Aeltestensprengeln erreicht werden. Die Krankencassen sollen nur selbstständige Abtheilungen der Bereinsthätigkeit bilden, denselben also die Rechte einer juristischen Verson beizulegen, erscheint bei ihrem allein maßgebenden Ausgabebudget und ihrem organischen Zusammenhange mit der Anappschafts= (Bensions=) Casse, der das Controlrecht über ihre Arankencassen einzuräumen ist, durchaus nicht erforderlich. Wenn es bezüglich der auf Grund der Verordnung vom 22. Februar 1867 im Regierungsbezirk Wies= baden gestifteten Krankencassen geschehen ist, so sind diesen Cassen doch auch fämmtliche zu 1, 2 und 3 im g. 171 des Allgemeinen Berggesetzes bezeich= neten Leistungen zugewiesen worden, was jedoch aus den hier discutirten Gründen nicht als allgemein und principiell zweckmäßig angesehen werden kann.

Bei der Bildung besonderer Krankencassen zur Beschaffung der Arzneien und zur Zahlung der Krankenlöhne bleibt noch zu berücksichtigen, daß es die Gerechtigkeit gedietet, nur solche Arbeiterclassen in eine Krankencasse zu verscinigen, deren Mitglieder nach Art und Ort ihrer Arbeit erfahrungsmäßig durchschnittlich gleicher Gefahr der Erkrankung ausgesetzt sind; daß es sich also von diesem Gesichtspunkte aus niemals empsehlen wird, Berzz, Hüttenund Salinenarbeiter in eine solche Casse zusammenzuwersen, da Hüttenarbeiter wesenklich häusigeren, die Salinenarbeiter dagegen erfahrungsmäßig weit seltneren Krankheitsfällen unterworsen sind, als die Berzleute.

Dies ift auch der gegen Errichtung communaler, Arbeiter aller versichiedenen Berufsclassen umfassender Krankencassen sprechende Grund.

So lange die Anappschaftscassen ohne gesetzliche, mit einer mathematischen und statistischen Revision ihrer Beiträge und Beneficien, also ihrer Prämien und Renten unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Durchschnittsalters ihrer Mitglieder zu verbindenden Reorganisation, — die zu ihrer Ausbildung und Verwerthung als Vermittelung zwischen der zurückgelegten Arbeit, d. h. dem

Capital und der lebenden Arbeit, jetzt so dringend erforderlich ist, — fort= bestehen, also mit Außerachtlassung ihrer volkswirthschaftlich größten Bedeutung als socialpolitisch unbedeutende reine Unterstützungecassen weiter fungiren, wird allerbings ber jetzt stets gehörte trage Grund, daß die Abtrennung ber Krankencassen und die Bestimmung der Prämien und Renten nach Maaß= gabe ber Einnahmen die Rechnungsarbeit erhöhe, unankämpfbar fein. (In Dir. 11 bes Bergmannfreunds 1873 bestätigt ber Director bes Saarbrucker Rnappschaftsvereins die Angabe, daß eine mathematische Prüfung der Prämien und Renten der Anappschaftscaffen zu deren Solidität durchaus nothwendig, eine solche Berechnung bei der jotigen gesetzlichen Organisation der Knappschaftscassen aber leider nicht möglich sei.) Die Thatsache, daß bei der jetzigen Berbindung der Krankencassen mit den verhältnißmäßig sehr großen Knappschaftscassen nur völlig unzureichende Rrankenlöhne gezahlt werden können, weil die massenhaften simulirten Rrankentage mit unterschlüpfen; daß endlich weit über die Hälfte sammtlicher Anappschaftsvereine für ihre Wirksamkeit als Benfions-Versicherungscaffen viel zu klein sind; daß nur einige wenige Caffen bei großen Unfällen wahrscheinlich genügen werden, würde bei objectiver Prüfung in einer staatswirthschaftlichen Bersammlung als entscheibend anerkannt werden; sollen die Knappschaftscassen bloge Armen- und Wohlthätigkeitscassen sein, die ihrer Natur nach nichts correct und vollständig zu liefern brauchen, so wird vorstehend angeführte Thatsache allerdings nicht als Abanderungsgrund anerkannt werden.

Im Saarbrücker Bezirk, im vorzüglichsten deutschen Knappschaftsvereine, betrug der tägliche Netto-Verdienst eines Bergarbeiters im großen Jahresdurchschnitt sämmtlicher Gruben im Jahre 1868 bei Gedingearbeiten für die tägliche Schicht 24 Sgr. 9 Pf. und im Schichtlohn (Tagelohn) 20 Sgr. 5 Pf.; das tägliche Krankenlohn der V. und VI. Classe, also sast sägliche Krankenlohn der V. und VI. Classe, also sastehungsweise Sgr., also weniger als ein Viertel der persönlichen Tageseinnahme. Zumal hiervon noch die laufenden Beiträge mit täglich 8 Pf. fortbezahlt werden müssen, sind diese Säze, ganz besonders wiederum für Verheirathete, als durchaus unzureichend zu bezeichnen. Das im Saarbrücker Bezirk im Jahre 1873 von den Gesteins- und Kohlenarbeitern, also von drei Viertel der Belegschaft, im Gedinge verdiente reine Lohn betrug nach Abzug aller Auslagen mit Ausnahme des Lampenöls und der Neubeschafssung von Gezähen durchschnittlich 1 Ther. 6 Sgr. 6 Pf., der durchschnittliche Lohn für die gessammte Belegschaft hat sich auf 1 Ther. 5 Sgr. 1 Pf. für jede Schicht belaufen.

Das Krankengeld beträgt aber auch nach dem neuen, am 1. October 1872 in Kraft getretenen Knappschaftsstatut für den Unverheiratheten nur 5 Sgr., für den verheiratheten Vereinsgenossen nur 10 Sgr. täglich, außerdem kann ein Theil der Kranken in den Lazarethen des Vereins verpflegt werden.

Durch die bezeichnete selbstständige Organisation der Krankencassen wird solchem Mixverhältnisse auf einmal abgeholsen werden, denn in Folge versbesserter Controle wird der größte Theil der simulirten Krankheitstage fortsfallen und damit schon ohne Erhöhung der betressenden Prämien höheres Krankenlohn aus der Casse gezahlt werden können.

Wenn die Zertheilung der jett bestehenden Anappschaftscassen in Krankenund Pensionscassen demnach auch zur bessern Erreichung der verschiedenen Zwecke beider Institute sowohl für die Mitglieder, wie für die Lebensfähigkeit der Cassen selbst als durchaus zweckmäßig und angemessen zu erachten ist und hierdurch eine Einrichtung, die in den älteren deutschen Bergordnungen durchweg anerkannt war, wieder ausgenommen wird, — so erscheint es doch nicht als zweckmäßig, den Bergwerksbesitzern das Ausbringen der für die bezeichneten Functionen der Arankencassen ersorderlichen Fonds gesetzlich auszu-

erlegen, wie es in den Bergordnungen geschehen war.

Wenn gesetzlich vorgeschrieben ift, daß für die hier den Krankencassen zugetheilten und die weitern, den Pensionscaffen zuzuweisenden Zwecke dem Bedürfniß entsprechende Unterstützungscoffen für Die Bergleute gebildet fein und werben sollen, so beift bas mit anderen Worten: bag bie Bergwerts= besitzer ihren Arbeitern so hohen Lohn gewähren sollen, daß dieselben neben dem nothwendigen Bedarf für ihren und ihrer Familien normalen Lebens. unterhalt auch noch im Stande seien, Die auf Grund des Gesetzes und der darauf bin bestätigten Statuten zwangsweise von ihnen zu fordernden, also vom erworbenen Gesammtlohne innezubehaltenden Beiträge zahlen zu können Db nun die Bergwerksbesitzer thatsächlich so hohen Lohn gablen und dann den Arbeitern der ganze erforderliche Beitrag zur Kranken- und Benfionscaffe daron abgezogen wird, oder ob der Bergwerts-Besitzer entsprechend geringeren Lohn zahlt, dagegen die gesetzlich vorgeschriebenen Beiträge zur Kranken- und Benfionscaffe seiner Arbeiter ganz ober theilweise selbst beat, bleibt ziffer= mania daffelbe. Das jett allgemein übliche und gesetzlich festgestellte gemischte Shitem kann aber auch in Zufunft beibehalten werden. Ebenso wie es auf ber einen Seite zur Hebung bes motivirten Selbstbewußtseins bes Arbeiters wünschenswerth ift, daß derselbe von dem ihm zugeschriebenen Lohne einen wesentlichen Beitrag zu den ihm in erwerbslosen Zeiten zu Theil werdenden Unterstützungen zahlt, daß er deshalb zur Berwaltung der betreffenden Caffe in ordnungsmäßiger Weise mit herangezogen werde und die Folgen der guten ober schlechten Berwaltung ihm direct fühlbar werden, — so segensreich ist es auf der anderen Seite, daß er die Ueberzeugung erhalte, daß auch sein Arbeitgeber wesentlich birect bazu beiträgt, seine und ber Seinigen Existenz in einer von seinem erhaltenen Lohne allein nicht möglichen Weise für alle Zeit zu sichern. Es liegt in diesem Princip ein großer Segen zur Befestigung des freundlichen Berhältnisses und der gegenseitigen Achtung zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und die Forteristenz und zweckmäßige Ausbildung dieses Berhältnisses ist durchaus geeignet, die leider so häufig in der Gegenwart sich schroff und unvermittelt gegenüberstellenden Consequenzen von Capital und Arbeit zu milbern und zu veredeln.

Das Anappschaftsgesetz von 1854 hatte neben dem Minimalbeitrage der Werksbesitzer auch den Maximalbeitrag derselben festgestellt; das Allgemeine Berggesetz hat zweckmößiger nur den Minimalbeitrag derselben im Bershältniß zum Arbeiterbeitrag firirt.

Unter principieller Anerkennung und Beibehaltung der gemeinschaftlichen

Beiträge der Arbeiter und Werksbesitzer zu den Arbeiter=Unterstützungscoffen für die gesetzlich festgestellten Zwecke erscheint es aber zur besseren Erreichung der bezeichneten guten Zwecke und Folgen dieser Gemeinschaftlichkeit als angemessener, die Arbeiter allein zu Beiträgen für die Krankencassen beranzuziehn, wie es auch bei den belgischen caisses de secours geschieht, die Bergwerts= Eigenthümer dagegen allein die Beiträge für die weiter unten zu besprechende Unfall-Versicherungscaffe, beide gleichmäßig aber die erforderlichen Beitrage für die Arbeiter=Benfion8= (Knappichaft8=) Cassen zahlen zu lassen. schaffung ber für die Ausgaben ber Krankencassen erforderlichen Mittel allein durch Erhebung eines wechselnden Procentsates vom verdienten monatlichen Durchschnittslohn der Arbeiter empfiehlt sich, erstens weil bei den Krankencaffen nur verhältnißmäßig geringe Schwantungen bes gesammten Jahres= bedarfs vorkommen, sodann weil die einzelnen Mitglieder verhältnikmäßig ziemlich gleiche Beneficien im Laufe der Zeit aus ihr beziehen, und endlich weil die zur Maximalleistung der Casse bei Minimalbeiträgen erforderliche gegenseitige Controle der Mitglieder nur erreicht werden kann, wenn die Folgen derselben den Einzelnen durch Erhöhung oder Verminderung der Monats= beiträge direct und deutlich fühlbar gemacht werden. Die für einen weitern Umfang und als Kraftansammler zur Ausgleichung verhältnismäßig weit unregelmäßiger in die Erscheinung tretender Bedürfnisse bestimmten Benfions= caffen erfordern dagegen ihrer Natur nach zu ihrer zweckmäßigen, für Mit-glieder und Caffen gesicherten Existenz noch neben einer Zusammensetzung aus in ihrem Lebensberufe möglichst gleichartigen Mitgliedern und neben einem möglichst weiten Umfange noch einen größeren pecuniaren Rückhalt, als ihn die Arbeitnehmer im eintretenden Nothfalle vom Lohne zu gewähren im Hier muffen die, die Macht des Cavitals vertretenden Arbeitgeber mit eintreten, fie muffen ben materiellen Sintergrund bilben und zugleich bie baldige Ansammlung eines ausreichenden, die Zwede und Pflichten der Caffe objectiv unbedingt sichernden Reservefonds ermöglichen. Es trägt zur Präcisirung der berechtigten, zweckmäßigen und gerechten gegenseitigen Anforderungen amischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei, wenn Lettere ben Ersteren stets gefunde und fräftige Arbeiter zur Disposition stellen, vom Werksbesitzer also zur Beseitigung thatsächlich eintretender Erkrankungen keinerlei Zahlungen verlangen, wogegen die Werksbesitzer für die Zukunft der in ihrem Dienste burch Unfall erwerbsunfähig gewordenen Arbeiter und für deren Sinterbliebene allein Sorge tragen, — endlich aber Arbeiter und Wertsbesitzer vereint zu den Knappschafts= (Pensions=) Caffen, welche die bei normalem Absterben oder sonstigem Erlöschen der Erwerbsfähigkeit eines Mitglieds erforderlichen Unterstützungen dauernd garantiren, Beiträge leisten, und zwar jeder Bergwerks= Besitzer ebensoviel, wie die auf seinem Werke beschäftigten Arbeiter insgesammt dazu zu zahlen haben.

Der § 171 des Allgemeinen Berggesetzes bestimmt, daß ein Knapp-schaftsverein seinen vollberechtigten Mitgliedern bei einer ohne deren grobes Berschulden eintretenden Arbeitsunfähigkeit eine lebenslängliche Invalidenunterstützung zu gewähren habe, und daß er diese Unterstützung auch den am

wenigsten begunftigten Mitgliedern, wenn sie bei der Arbeit verungluden, ju Theil werden lassen musse; daß ferner die Wittmen eine Unterstützung auf Lebenszeit, beziehungsweise bis zur etwaigen Wiederverheirathung erhalten, und daß schließlich zur Erziehung der Kinder verstorbener vollberechtigter Mitglieder und Invaliden mindestens bis nach zurückgelegtem vierzehnten Lebensjahre Unterstützungen gezahlt werden follen. Diese Functionen der Casse sind von denen dem Geschäftsbereiche der Krankencassen zugewiesenem ihrem Charafter nach völlig verschieden. Die Ereignisse und Unfälle des mensch= lichen Lebens, gegen beren nachtheilige Folgen die betreffenden Caffen ihre Mitglieder zu schützen haben, sind ihrem bei Weitem größeren Theile nach befinitive, unabanderliche, meift erft mit dem Ableben des Individuums, in den meisten der übrigen Fälle aber erst nach einer längern Reihe von Jahren erlöschende. Das Eintreten eines Falles ber erforderlichen Unterstützung belegt hier allemal weit dauernder und weit bedeutendere Fonds mit Beschlag, und Die Häufigkeit des Eintretens dieser Fälle ift in kleineren Bezirken und bei ziemlich gleichem Alter ber Mitglieder außerordentlich wechselnd. Die ein= tretende dauernde Arbeitounfälzigkeit eines Mitgliedes, Die alle drei hier in Rede stehenden Unterstützungen voraussetzen, tann aber entweder durch allmälige Absorption seiner Rräfte, also meistens mit höherem Lebensalter, oder burch einen plötlich über ihn hereinbrechenden Unfall veranlast werden. erste Grund zur Veranlaffung der activen Wirksamkeit der Casse ist im Bergleich zum zweiten ein regelmäßiger, jedoch auf der andern Seite (im Vergleich zu den Functionen der Rrankencassen) in der Häufigkeit seines Gin= tretens in ben einzelnen Zeitabschnitten fehr bedeutenden Schwankungen unter= morfen. Wenn auch für einzelne größere Bezirke fich bereits bas Durchschnittsalter. in benen die Mitglieder invalide werden, ziemlich constant herausgestellt hat, so ist doch die Zahl der Mitglieder, die alljährlich in dieses Alter eintritt. eine sehr wechselnde. Wenn z. B. ein neues Bergwerk ins Leben gerufen und mit lauter jungen Arbeitern im Durchschnittealter von 24 Jahren belegt wird, das durchschnittliche Lebensalter beim Eintritt der Invalidität im Bergwerks-Bezirke (b. h. bei bem localen Klima, Lebensweise, Art und Ort ber Arbeit) sich auf 52 Jahre herausgestellt hat, so wird also im extremen Falle, dem aber die Wirklichkeit mit Wahrscheinlichkeit sich nähert, in den nächsten 2 bis 3 Jahrzehnten kein einziges Mitglied invalide geworden sein; dann werden aber in Rurzem Alle dauernd arbeitsunfähig werden und, beim Aufhören der bisher zur Casse gezahlten Beiträge, nun die Pensionsleistungen berselben in Anspruch nehmen. Wenn burch langjährige statistische Ermittelungen auch ber durchschnittliche Zeitraum, mahrend beffen dem Einzelnen Invalidenpenfion gezahlt werden muß, festgestellt ist, wenn sich ebenso die durchschnittliche Rahl der Wittwen und die Zeitdauer der ihnen zu zahlenden Unterstützungen und schließlich die durchschnittliche Zahl der Kinder und die wahrscheinliche Zeit= dauer der für sie zu gablenden Erziehungsbeihülfe bereits hat ermitteln lassen, und wenn die Höhe der zu zahlenden Unterstützungen unter Zugrundelegung bes Grundsates, daß fie zur Bestreitung ber nothwendigen Lebensbedürfnisse ausreichend seien, vorher festgestellt ist: so wird sich aus diesen bestimmten

Größen die Höhe der mahrend der Erwerbszeit von, beziehungsweise für die Mitglieder zu gablenden Beiträge, unter Berücksichtigung bes Unwachsens ber Summe durch Bins und Zinfeszins bestimmt berechnen laffen. Basirung einer solchen Benfionscasse ist aber diese Ermittlung der Höhe der zu zahlenden Beiträge durchaus erforderlich, und diese setzt nach Vorstehendem wiederum die bestimmte Ermittlung der bezeichneten Durchschnittszahlen voraus. Die Möglichkeit zur Ermittlung solcher praktisch brauchbaren, also nicht be= deutenden Schwankungen unterworfenen Durchschnittszahlen ift aber nur durch langjährige, — in Bereinen mit großer, aus Leuten jeden Alters ziemlich gleichmäßig zusammengesetzter Mitgliederzahl mindestens ein Jahrzehnt fort= gesetzte, - correcte Sammlung und richtige Gruppirung ber innerhalb eines weiten Bezirks in die Erscheinung tretenden Thatsachen geboten, und beshalb ist zur Ausgleichung der bei geringer Mitgliederzahl höchst bedeutenden Schwankungen im Jahresbedarf der Caffe und zur Gewinnung brauchbarer statistischer Grundlagen für die richtige Ermittlung des dauernd angemessenen Berhältniffes ber erforderlichen Söhe ber Beiträge zur bestimmten Söhe ber erforderlichen Unterstützungen — behufs Sicherung der Casse und der ihr anvertrauten volkswirthschaftlichen Aufgaben — es durchaus nothwendig, jeder Benfionscaffe eine möglichst große Zahl von Mitgliedern zuzuweisen, Die tleineren Knappschaftscaffen aber aufzuheben und zu verbieten. Ebenso zwed= mäßig, wie zur rationellen Wirksamkeit ber Krankencassen ihre Beschränkung auf kleinere Bezirke erscheint, ebenso nothwendig ist die Ausdehnung der Wirksamkeit ber Penfionscaffen auf große Bezirke und auf Unabhängigkeit vom Bestande der einzelnen Werke, — und ebenso wie die jetzigen Anappschafts= cassen meist für ihre Kunctionen als Krankencassen viel zu große Bezirke haben, ebenso find die Bezirke des bei Weitem größeren Theils Derfelben viel zu klein für ihre solide Wirksamkeit als Penfionscaffen. Wenn das Gesetz über einen Theil des vom Arbeiter erworbenen Lohns disponirt und ihm denfelben zwangsweise abziehen läßt, so muß aud das Gesetz dafür sorgen, daß dem Arbeiter die dafür gesetzlich in Aussicht gestellten Beneficien mit absoluter Sicherheit zu Theil werben, dag der ihm abgezogene Lohn nicht in rechnungsmäßig höchst ristante Geschäfte, wie die bei Weitem meisten der tleinen Knappschaftsvereine es sind, gesteckt, sondern absolut sicher zu seiner dauernden Versicherung verwaltet werde. Deshalb erscheint die gründliche Reorganisation des Knappschaftswesens durch gesetzliche Trennung der heutigen Anappschaftscassen in Kranken- und Vensionscassen, durch die gesetzliche Fixirung der Principien zur Normirung ihres Umfangs, und die Feststellung desselben auf Grund des Gesetzes durch die Bergbehörde zur Sicherung der Cassen und ihrer Mitglieder durchaus praktisch und gesetzlich nothwendig.

Die in den älteren Preußischen Provinzen am Anfang des Jahres 1873 vorhandenen 89 Knappschaftsvereine 1) umfaßten 2626 Bergwerke, 176 Hütten und 18 Salinen, insgesammt 2820 Werke und hatten:

¹⁾ Außerdem noch 17 kleine, in die Statistik noch nicht mit ausgenommene Bereine im Oberbergamtsbezirke Clausthal mit 4105 Mitgliedern und 20,8 Thkrn. pro Kopf Vermögen; sie sind kürzlich in 2 größere Vereine Gostar und Hannover vereinigt.

> 123,489 ständige, 958 beurlaubte und 118,274 unständige, also insgesammt 242,721 Mitglieder.

Die gesammten etatsmäßigen Einnahmen biefer Bereine betrugen 2,787,908 Thir., d. i. auf jedes active Mitglied im Durchschnitt 12 Thir. 1 Sgr. 4 Pf.

Die Ausgaben bagegen 2,579,314 Thir, b. i. auf jedes active Mit= glied im Durchschnitt 11 Thlr. 4 Sgr. 4 Pf.

Die etatsmäßigen Einnahmen bestanden zu:

49,12 % aus den laufenden Beiträgen der Mitglieder, 41,52 % aus den laufenden Beiträgen der Werksbesitzer, 6,21 % aus Capitalzinsen,

ca. 0,32 % aus der Nutung des Immobilien-Vermögens,

ca. 1,20 % aus Geloftrafen,

ca. 2,80 % aus anderen Einnahmen.

Unter ben Ausgaben erforderte:

7,02 % das Honorar der Aerzte,

13,58 % bie Medizin und sonstige Kurkosten,

15,75 % die Krankenlöhne,

36,36 % Die Wefundheitspflege, also zusammen

21,11 % die Pensionen der Ganzinvaliden,

0,13 %, ,, der Halbinvaliden, 16,88 %, ,, der Wittmen,

" 9,01 %, der Waisen, "

also zusammen 47,13 % bie laufenden Unterstützungen, b. h. Benfionen.

1,75 % für Begräbnigbeihülfe,

3,52 % an außerordentlichen Unterstützungen,

3,59 % für Schulunterricht,

4,64 % für Berwaltungskoften, und wurden schließlich

3,07 % für sonstige Ausgaben verwendet.

Anfangs 1872 wurden Renten gezahlt an:

9,634 Invaliden

321 Halbinvaliden,

14,800 Wittmen,

23,645 Baifen,

48,400 Personen.

Es wurde Schulgeld gezahlt für 51,012 Kinder.

Das schuldenfreie Bermögen der 89 Bereine beträgt 5,111,742 Thlr., also auf ein ständiges Mitglied 41 Thlr. 2 Sgr. 4 Pf., auf jedes active Mitglied 22 Thlr.

Zwei Knappschaftsvereine, Vereine, die also der gesetzlichen Versicherung des Krankengeldes, der Pensionen 2c. genügen sollen, existirten dagegen mit einem Vermögen oder Reservesonds von weniger als 1 Thr auf den

Ropf der ständigen Mitglieder!

Der inzwischen benn boch aufgehobene Kamsborfer Anappschaftsverein umfaßte, unständige und ständige Mitglieder zusammengerechnet, 1 Mitglied!

Als musterhaft leuchtet allen deutschen Knappschaftsvereinen der Saar= bruder voran, nicht nur wegen seines bedeutenden Bermögens und seiner großen Mitgliederzahl, sondern zugleich auch wegen seiner vorzüglichen Verwaltung und der Zweckmäßigkeit, des Umfangs und der Resultate seiner, im Berein mit und auf der Basis der materiellen, zur sittlichen und socialen Hebung, zur intellectuellen Ausbildung seiner Mitglieder geschaffenen und unterhaltenen Institutionen. Die allgemeinen Berhältnisse und besonderen Einrichtungen desselben, wie die Ansiedelung, den Haus- und Landankauf, die Abend- und Sonntagsschulen, die Industrieschulen für Bergmannstöchter, die Confum=, Spar- und Vorschugvereine und Bibliotheken, die Kranken- und Waisenhäuser des Saarbrücker Knappschafts-Vereins hat der Verfasser dieses an einer anderen Stelle zu besprechen Gelegenheit gehabt. Hier fei nur mitgetheilt, daß dieser Knappschaftsverein nach seiner Rechnung für das Jahr 1873, die mit einer Einnahme von 738,738 Thirn. und einer Ausgabe von 675,516 Thirn., also mit einem Ueberschuß von 81,222 Thlrn. abschließt, für Elementarschulgeld jährlich 32,680 Thlr., für 11 Kleinkinderschulen 4028 Thlr. ausgiebt, 11 Musik= und Gefangschulen unterhält, im Ganzen jährlich 50,629 Thir. für Bildungszwecke feiner Mitglieder verausgabt.

```
Sein Vermögen betrug Ende 1873:
912,294 Thlr.,
also sür jedes Mitglied 44,1 Thlr.
Renten erhielten:
1523 Invaliden = 123,338 Thlr.,
1535 Wittwen = 74,351 ,,
2700 Waisen = 44,167 ,,
```

also 5758 Bersonen.

Die früher vom Vereine unterhaltenen 13 Fortbildungsschulen für Bergleute von 16 bis 20 Jahren, ebenso 11 Industrieschulen für Bergmannstöchter unterhält jetzt der Werksbesitzer direct und ausschließlich.

Sind diese Thatsachen nicht geeignet dem Institut und den Institutionen unserer aus deutschem Bolksleben organisch hervorgewachsenen Knappschafts-vereine Liebe und anerkennende Nacheiferung zu erwecken?

Nach einer in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Zusammenstellung der Ende 1868 in Preußen bestehenden gewerblichen Unterstützungscassen existirten für:

| | Cassen. | M itglieder. | Beitrag ber Mitglieber. Thir. | Beitrag ber Arbeitgeber Thir. | Bermögen. |
|--|--------------------|---------------------|--|--|--------------------------------|
| | 2350 1286 81 | 305,405 | 334,092 823,063 45,905 | | 244,581 1,517,958 47,814 |
| also insgesammt für andere gewerbliche Arbeiter . Für Bergleute dagegen be- standen im Jahre 1868 | 3717 | , | 1,203,060 825,621 | , | 1,810,353 3,422,329 |

Bon den auf Fabriken, also auf den ihrer Natur nach am meisten zum Bergleich mit ben bergmännischen Berhältniffen geeigneten Stätten ber Preußi= schen Großindustrie beschäftigten Arbeitern zahlten, trop der Ausdehnung dieser Angaben auf den ganzen Umfang des Staates und auf fämmtliche Erwerbs= zweige bei Weitem nicht einmal die doppelte Zahl überhaupt nur in gewerbliche Unterstützungscaffen, wie es die Bergarbeiter in ihren Caffen zu thun gewöhnt sind; mahrend bei ben Bergleuten auch jest nur 89 Caffen über= haupt existiren, von diesen aber allein 5 so groß sind und waren, daß sie weit mehr als die Hälfte der Gesammtzahl der Breußischen Bergleute ver= sichern, vertheilen sich die übrigen Fabrikarbeiter auf 1286 Caffen; die Gin= zahlungen der Mitglieder dieser Caffen betragen im Durchschnitt etwa die Habrikbesitzer betragen im Durchschnitt kaum 1/4 von dem, was die Berg= wertsbesitzer in Die Berforgungscassen ihrer Arbeiter gablen; trot ber fast doppelten Mitgliederzahl fammtlicher Fabritarbeiter = Verforgungecaffen beträgt der Reservefonds dieser Cassen bei Weitem nicht die Hälfte des angesammelten Capitals, was den bergmännischen Cassen ihren Rückhalt gewährt!

Diese Zahlen beweisen, wenn auch nur summarisch, so doch klar, um wie viel staats- und privatwirthschaftlich günstiger durch Vermittelung seiner althergebrachten Knappschaftseinrichtungen die Preußische Bergwerksindustrie ihre Arbeiter gestellt hat, wie die übrigen neueren Erwerbszweige, die von der Zeit ihres Entstehens an allerdings größerer Concurrenz ausgesetzt sind und die Anlagecapitalien theurer bezahlen mußten, wie das alte deutsche Bergwerksgewerbe. Es zeigen diese Zahlen aber zugleich die Reorganisationsbedürftigkeit und den einzuschlagenden Weg an, sie weisen klar nach, wie relativ gut die Bergwerksbesißer für ihre Arbeiter zu sorgen gewöhnt sind, wie ungerechtsertigt, undankbar und unklug also die gegen sie gerichteten Angrisse sind, welches Verbrechen gegen die Volks- und Privatwirthschaft die frivolen Agitatoren also auf sich geladen!

Der Grad, um ben ber Umfang und die Sicherheit der den Fabrifarbeitern bei zeitweiliger und dauernder Erwerbsunfähigkeit aus ihren Cassen zugewandten Unterstützungen gegen die der bergmännischen Knappschaftscasscu

zurückstehen, tritt mit den angeführten Zahlen klar zu Tage. —

Bon den zu Anfang des Jahres 1873 bestehenden 89 Breußischen Knappschaftsvereinen mit 231,462 Mitgliedern haben aber nur 36 mehr als 1000 Mitglieder, diese 36 aber zusammen 225,509 Mitglieder; von diesen 36 haben wiederum nur 9 Vereine über 5000 Mitglieder, zusammen aber 162,219 Mitglieder; von diesen 9 Bereinen haben nur 5 mehr als 10,000 Mitglieder; insgesammt umfassen aber diese 5 Knappschaftsvereine 134,428 Mitglieder, also etwa $\frac{4}{7}$ aller Knappschaftsgenossen. Diese 5 großen Knappschaftsvereine des Staats, die allein die sicheren Risssen des normalen Erlöschens der Arbeitskraft und vielleicht auch die unbestimmten Risssen der Unterbrechung der Arbeitskraft durch Unfälle durch ihren großen Umfang paralhsiren können, sind der Oberschlesische mit 38,903, der Niederschlesische mit 13,344, der Märkische mit 42,564, der Essen-Werdensche mit 19,217 und der Saarbrücker Knappschaftsverein mit 20,400 Mitgliedern.

Diese 5 Bereine sind aber wegen ihrer als Pensionscassen und vielleicht auch als Unfallversicherungscassen ausreichenden Größe wieder in ihrer Wirtssamteit als Krankengelds Bersicherungscassen außerordentlich geschädigt und können, wenngleich ihre Etats ganz unverhältnißmäßig durch die Ausgaben sur Krankengelder belastet werden, doch wegen der so außerordentlich häusig durchschlichenden Simulationen im einzelnen Falle nur höchst unzureichende

Krankenlöhne zahlen.

Diesen 5 großen Bereinen mit je über 10,000 Mitgliedern gegenüber bestehen aber noch 13 Knappschaftsvereine mit weniger als je 100 Mitgliedern; diese sind nicht einmal ausreichend als Krankencassen gesichert, viel weniger als Bensionscassen und auch in den versittlichenden Tendenzen der Knappschaftsvereine ist kein Entschuldigungsgrund für das Fortvegetiren dieserkleinen Bereine zu sinden. Bei den meisten Menschen — und das muß das Maßgebende sein, — wirkt Nichts versittlichender als der Wohlstand, d. h. das Bewustsein der bei treuem Fortarbeiten gesicherten Existen. Erfüllen die Versicherungscassen diesen materiellen Zweck, so werden sie die versittlichendsten Holgen haben!

Gegen die Bereinigung der kleineren Knappschaftscassen mit den größten des geographischen Bezirks wird häusig der particularistische Einwand erhoben, daß der angesammelte Betrag des Reservesonds auf den Kopf der Mitglieder vieler kleiner Bereine mehr beträgt, als bei den großen Bereinen.

Der Zweck der Ansammlung dieser Reservefonds ist die möglichst absolute Sicherung der Bereinsmitglieder bei Krankheit, Invalidität und Unfällen; bei einem Berein mit großer Mitgliederzahl vertheilen sich diese Rissen weit mehr, es ist also eine geringere Capitalsansammlung auf den Kopf der Mitglieder erforderlich, um die Sicherung herbeizusühren; wenn also in einem großen Bereine mit einem auf den Kopf der Mitglieder geringen Reservesonds der einzige Zweck des Instituts und damit der Ansammlung von Reservesonds, d. i. die Versicherung überhaupt erreicht ist, so ist hierin ein Grund für einen kleinen Verein, wegen seines relativ hohen Reservesonds den Eintritt in einen großen Berein abzulehnen, durchaus nicht zu sinden.

Zudem würden die kleinen Vereine nur einen ihrer Mitgliederzahl, deren Alter und dem Reservesonds des großen Vereins entsprechenden Theil ihres Reservesonds bei ihrem Eintritt in die bergmännische Bezirks-Pensions-Casse mitzubringen haben; der Rest könnte zur Dotirung ihrer localen Kranken-Cassen im Localen Verbande verbleiben; es erscheint unzweiselhaft, daß durch diese Organisation alle Zwecke der angesammelten Reservesonds sicherer, also besser erreicht werden.

Wenn aber schon die Bensionscassen, die bei einer durch allmälige, naturgemäße Abnutzung der Kräfte oder Krankheit eingetretenen dauernden Arbeitsunfähigkeit ober bei erfolgtem Absterben eines Mitgliedes, die materiellen Nachtheile möglichst ersetzend, eintreten sollen, zu ihrem sicheren, d. h. regelmäßigen und andauernden Functioniren einen umfassenden Wirkungstreis bebürfen: so ist dies noch in weit böherem Maake bei der Unfallversicherung erforderlich; sie bildet die dritte Gruppe von Funktionen, die trot ihrer, ganz verschiedene Begrenzungen und Principien naturgemäß verlangenden Wirksamkeit in den heutigen Anappschaftscaffen verschmolzen find. Werden auch bei den für ganze Bergwerks-Diftricte einheitlich errichteten Benfions= (Knapp= schaft8=) Cassen in einer verhältnigmäßig kurzen Reihe von Jahren durch die ftatistischen Zusammenstellungen nach dem jetzt eingeführten, so wesentlich ver= vollkommneten Schema praktisch durchweg brauchbare Zahlen für Kritik und Begründung solider, d. h. Leistung und Gegenleistung in andauernd ent= sprechendes Berhältnik stellender Einrichtungen gewonnen, — so ist dies bezüglich der Unfallversicherung doch selbst in den Bezirken der großen Preußi= schen Knappschaftsverbände durchaus nicht zu erwarten.

Es ist für fast alle heutigen Knappschaftsvereine eine absolute Unmöglichkeit, den Folgen der an Zahl und Umfang fortdauernd wachsenden Unfälle bei dauernder Sicherheit der Cassen und damit der ihnen gesetzlich anvertrauten Gelder und Zwecke vorzubeugen und deshalb ist es Pflicht, dem Bedürfniss entsprechende Einrichtungen zu schaffen, um auch für die auf dem friedlichen Schlachtselde der Industrie in Erfüllung ihrer Berufs gefallenen Kämpfer und deren Hinterbliebene durchgreifend zu forgen, und zwar ohne über den einen

Zweck den andern aus den Augen zu verlieren.

Die Unfälle treten ihrer Natur nach sporadisch auf, häusig aber plötlich local in solchem Umfange, daß auch die größten, am solidesten sundirten Bereine schwer durch dieselben erschüttert, kleinere aber durch die Consequenzen solcher Unfälle gänzlich außer Wirksamkeit gesetzt werden und auf die Inanspruchnahme öffentlicher Mildthätigkeit angewiesen sind. Letzteres ist principiell durchaus verwerslich; es läuft der Ehre eines Standes, eines Industriezweiges zuwider, wenn er sich nicht selbst helsen kann. Wird — dem durchaus sporadischen Charakter des Auftretens großer Unfälle entsprechend — eine für die ganze Bergwerks-Industrie allgemeine Unfall-Versicherungscasse gegründet, so ist dadurch jenem Uebelstande endgültig abgeholsen.

Der sporadische Charakter des Auftretens der Unfälle, sowie der dem gegenwärtigen Charakter der Bergwerks-Industrie bei ihrem immer intensiver werdenden Betriebe entsprechende Umfang der möglicherweise eintretenden Unställe machen es durchaus erforderlich, die dagegen versichernde Casse einheitlich für den gesammten Industriezweig, also für das ganze Staatsgebiet zu

errichten.

Die Unfallversicherungscasse tritt in Wirksamkeit, wenn der Tod oder die länger als 6 Wochen dauernde Arbeitsunfähigkeit eines Mitgliedes in

unmittelbarer Beranlaffung eines Unglücksfalls eingetreten ift.

Es erscheint bem Charakter Dieser Casse entsprechend, daß die zur Bildung derselben erforderlichen Beiträge von den Bergwerts-Besitzern allein getragen und jährlich dem Bedarf entsprechend nach der Kopfzahl der von ihnen im letten Jahre nach dem Durchschnitt der monatlichen Maximalzahlen beschäftigten Arbeiter entrichtet werben. Gute Controle ber Aufrechterhaltung zweckmäßiger Bergpolizei-Berordnungen durch die Revierbeamten und der von der Unfallversicherungs-Casse, — der zu dem Zwecke ebenfalls die Eigenschaft einer juristischen Berson beizulegen sein wird, — erforderlichen Falls zu beschreitende Rechtsweg auf Regrefinahme an dem Bergwerts-Besitzer oder bessen Beamten, durch bessen bösen Willen, grobes oder leichtes Bersehen der Unglücksfall etwa herbeigeführt worden ist, (vgl. § 2 des Haftpflichtgesetzes), wird hier sachgemäß ausreichen, einem leichtsinnigen Betriebe eines einzelnen Bergwerks-Besitzers und dem gewiffenlosen Uebertragen der verschuldeten materiellen Schaden desselben auf die Ge= sammtheit vorzubeugen. Ebenso wie der Bergwerks-Besitzer und bessen von ihm beauftragter Betriebsführer, ber feinen Arbeitern gegenüber als ein guter Hausvater zu wirthschaften verpflichtet ist, auch für sein leichtes Versehen seinen Arbeitern haftbar und alsbann auch seitens ber Unfallversicherungs= Casse gerichtlich auf Regreß verfolgbar sein muß. — ebenso milde ist auf der anderen Seite ein etwaiges Verschulden des verunglückten Arbeiters, dem Die Bildung, der technische Ueberblick, der pecuniare Hintergrund und damit der Grad von Verantwortlichkeit für seine Handlungen fehlt, bei einem Unglücksfalle zu beurtheilen. Ihm felber wird nur bei einer durch nach= gewiesenen bosen Willen selbst verursachten Berunglückung die Benfion zu ent= ziehen sein; andererseits kann aber auch der einzelne Bergwerksbesitzer in keiner

Weise für einen durch ein persönliches grobes oder leichtes Verselhen seines Arbeiters veranlasten Unfall und die pecuniären Folgen desselben bezüglich der zu zahlenden Unterstützungen haftbar gemacht werden, da ihm sachgemäß keine Verpstlichtung zur Auswahl der Arbeiter außerlegt werden, also ihm kein Verschulden aus der Unterlassung der Arbeiter auferlegt werden, also ihm kein Verschulden aus der Unterlassung der Arbeiter betresse ihrer Geeignetheit für eine bestimmte Arbeit erwachsen fann. Hier einzutreten, ist eben die Ausgabe der Verzwerks-Vesitzer im Allgemeinen durch eine allgemeine Unfallsversicherungs-Casse, und dies ist ein der gesammten Verzwerks-Industrie gemeinsames Vedürsniss.

Es ist anzunehmen, daß die Errichtung einer solchen Unfallversicherungs-Casse zur Berringerung der Zahl der Unfälle in ähnlicher Weise wirken wird, wie es die Feuerversicherungs-Gesellschaften gethan haben, und daß die Bergwerksbesitzer in höherem Grade als durch die besten und correctest aufrechterhaltenen Polizeiverordnungen dazu veranlaßt werden, den größten Eiser auf Herstellung und vorzügliche Instandhaltung aller solcher Berrichtungen zu
verwenden, durch welche die Gefährdung des Lebens und der Gesundheit der
Bersicherten besser und wirksamer gemindert oder beseitigt werden kann, als

dies dem Einzelnen möglich ift.

Erst nach erfolgter Ausscheidung der Krankencassen und des Unfallversicherungswesens und nach Vereinigung der kleineren Knappschaftscassen mit der größten jedes Bergwerksbezirks können tiese Cassen für mahrhaft lebens= fähig und die den Mitgliedern schuldigen Benfionen und Unterstützungen als unter allen Umftänden gesichert angesehen werden. Die angesammelten Reservefonds der bisherigen Knappschaftscassen verbleiben ungeschmälert, die kleineren mit dem größten des Bezirks vereinigt, den neuen Knappschafts= (Benfion8=) Caffen, da ebenfo, wie die auf Gegenseitigkeit gegründeten Kranken= cassen, auch die allgemeine Unfallversicherungs-Casse ohne bedeutenden Reservefonds wirthschaften kann. Die Unfallversicherungs-Casse entwirft jährlich ihren Musgabe=Etat und erhalt von den Bergwerks=Besitzern die vom Revier= beamten attestirte Angabe der im letten Jahre durchschnittlich nach den monat= lichen Maximalzahlen beschäftigten Arbeiter; auf diese Gesammtzahl der Berg= arbeiter des letzten Jahres repartirt die Versicherungscasse ihren Bedarf und zieht denselben praenumerando für das nächste Jahr in Quartalsraten von den Bergwerksbesitzern mit der Mafgabe ein, daß die Erz-Bergwerke bei der gleichmäßigen Vertheilung der Ausgaben nur mit der halben Bahl ihrer Arbeiter in Rechnung gestellt werden, weil, während die Bahl der Un= fälle auf Steinkohlen=, Braunkohlen= und andern Bergwerken sich erfahrung3= mäßig ziemlich gleich bleibt, die auf den Erzbergwerken, der Natur dieses Bergbaues entsprechend, sich nur etwa auf die Balfte beläuft, die betreffenden Werksbesitzer also durch absolute Gleichmäßigkeit der Heranziehung zur Unfallversicherung über Gebühr besteuert werden würden.

Ein weiteres Eingehen auf den durchaus nicht zuverlässig constatirten Grad der Wahrscheinlichkeit des Vorkommens von Unfällen auf einzelnen Berg-werken dieser beiden Hauptgruppen würde von vornherein abzulehnen sein, da jede einzelne Ausnahme eine ganze Reihe von weiteren Ausnahmen motivirt

und veranlaßt, keine dauernd wahren Berhältnißzahlen zu gewinnen sind und sich alsdann nach jedenn wirklich eintretenden größeren Unfalle neue, also stets

schwankende Einschätzungen erforderlich machen würden.

Wie in den Anappschaftsvereinen überhaupt, ebenso wie in jeder Berficherungscasse, die glücklicher situirten Kameraden durch ihre Beiträge auch den Mehrbedarf der unglücklicher situirten Arbeitsgenossen decken, so können die Bergwerksbesitzer auch untereinander innerhalb der Hauptgruppen des Bergbaues, des Flötze und Gangbergbaues die Folgen der durch vis maior oder durch Berschulden und Bersehen des Arbeiters veranlaßten Unfälle kameradschaftlich mit vereinten Kräften tragen.

Die Folge dieser Einrichtung würde erstens gemeinschaftliches energisches Borgehen der Bergwerksbesitzer zur Erstrebung allgemeiner Durchführung technischer Verbesserungen und Sicherungsmaßregeln auf allen Bergwerken

technischer Berbesserungen und Sicherungsmaßregeln auf allen Bergwerken zum Kampfe gegen die vis maior, und zweitens entschiedenes Wirken und Schaffen derselben für verbesserte geistige Ausbildung des Arbeiters sein, sowohl bezüglich der Erhaltung und Erweiterung seiner Kenntnisse in den allegemeinen Elementarwissenschaften, als wie in den Hauptgrundsätzen der Bergetechnik und der Naturwissenschaften: denn die meisten Unfälle entstehen durch Leichtsinn und Kenntnissosigkeit eines einzelnen Arbeiters und gegen Dunmheit kämpfen die Götter ihrer irdischen Vertreter wegen zwar vergebens, nicht aber

die Lehrer!

In der Praxis werden sich diese Zahlungen der Werksbesitzer dadurch sehr einfach gestalten, daß die aus der Unfallversicherungscasse zu zahlenden Benfionen von derfelben auf die betreffenden Knappschaftscaffen angewiesen werden und diese mit der Allgemeinen Unfallversicherungscasse in Contoberechnung treten; daß die zur Berficherungscaffe von den Bertsbefitzern zu zahlenden Beiträge ebenfalls bei der Knappschaftscasse des Bezirks eingezahlt und von dieser auf das Conto der Versicherungscasse verrechnet werden; daß mit einem Worte die Knappschaftscassen, neben ihrer selbstständigen Wirksamkeit als Pensionscaffen, als controlirende Centralpunkte ihrer Krankencaffen und zugleich als Agenturen der "Allgemeinen Unfallversicherungscaffe für Bergleute zu Berlin" zu fungiren haben. Wenn im Laufe eines Jahres durch bedeutende neue Unglücksfalle mehr neue Pensionen begründet werden, als alte wegfallen und veranschlagt sind, und dadurch Etatsüberschreitungen bei der Unfallversicherungscasse nothwendig werden, so kann sie die betreffenden Bensionen ebenfalls vorschukweise, erforderlichenfalls unter Anangriffnahme des Refervefonds, aus der Anappschaftscasse des Bezirts auf ihr Conto zahlen laffen und hat am Beginn des nächsten Rechnungsjahres, beziehungsweise Quartals, diefe Borichuffe aus den entsprechend gesteigerten Beiträgen der Werksbesitzer wieder zu ersetzen. Da die Verwaltung der Krankencasse auf die Cassen der Werke oder auf locale Arbeiterverbände übergeht, die Thätigkeit der jetzigen Knappschaftscaffen=Rendanten also hierdurch verringert wird und die dafür bis jetzt aufgewendeten Berwaltungskoften erspart werden, durch Reorganisation der jetzigen Knappschaftsvereine zu neuen Knappschafts= (Benfions=) Bereinen für ganze Bergiverks-Diftrikte aber eine Anzahl der besoldeten Anapp-

schaftsbeamten der kleineren Bereinen disponibel wird: so wird ohne Bergrößerung des Beamtenpersonals im Allgemeinen auch die Begründung der Allgemeinen Unfallversicherungscaffe, sowie die Mehrarbeit der Knappschaftsrendanten der neuen Bereine, die ihnen durch vermehrte Contoberechnung erwächst, auszuführen sein. Werden die 89 Knappschaftscaffen des Staates auf etwa 6 neue Knappschaftse (Pensionse) Bereine reducirt, so wird aus den Berwaltungstosten allein schon eine für die Zwecke der Vereine höchst bedeutende Summe erspart und zugleich eine gleichmäßigere Verwaltungsart erzielt. Gerade die Vermischung ihrer Zwecke macht die gegenwärtige Knappschaftsverwaltung schwierig, kostbar und unsicher. Je geringer aber die Zahl der Knappschaftsverine, um so mehr Aussicht ist auch vorhanden, für ihre Leitung durchweg intelligente Kräfte zu gewinnen.

In Belgien zahlt der Staat einen wefentlichen jährlichen Beitrag zu den Bensionscassen der Bergarbeiter, und auch in dem neuen französischen Gesetze über die Bersicherungscassen für Abreiter ist für das erste Jahr eine Staatsstudvention von einer Million Francs festgesetzt und angenommen worden, daß für jede der Unfallversicherungscasse zur Last fallende Pension der betressen den Pensionscasse der capitalisiere Betrag der bezüglichen Pension definitiv

überwiesen wird.

Diese Einrichtungen scheinen aber nicht nachahmenswerth; jeder einzelne Gewerbszweig muß sich selber helsen, und die auf Gegenseitigkeit beruhende beutsche Unfallversicherungscasse für Bergleute soll nur Renten, aber keine Ca-

pitalien auszahlen.

Man könnte — im Gegensate zu der hier vorgeschlagenen gesetlichen Trennung der heutigen Anappschaftscassen in Aranken=, Pensions= und die Allgemeine Unfallversicherungscaffe und zu der vorzugsweisen Entscheidung über den Umfang der einzelnen Bezirke durch die Bergbehörde auf Grund der von ihr angestellten und einheitlich geleiteten statistischen Ermittelungen — zur Sicherung ber heutigen Rnappschaftscassen auch bei größeren Ungludsfällen eine facultative, allmälig sich von selbst verallgemeinernde Rückversicherung der Bereine untereinander oder durch Collectivversicherung bei einer selbstständigen Unfallversicherungscaffe ins Auge fassen. Abgesehen davon, daß die meisten der heutigen Bereine hierzu, ebenso wie zur Abscheidung der Krankencassen und zum Anschluß der kleineren Benfionscassen an die größeren, im Interesse ihrer Arbeiter, auch erst durch ein Gesetz gezwungen werden müßten, — wurde dies doch keine so durchgreifende, unter allen Umftänden sichernde und so der Berechtigkeit gemäß die Folgen eines Unfalles auf alle Bergwerksbesitzer und auf die gesammte Bergwerks-Industrie vertheilende Makregel sein, wie die vorgeschlagene es ift. Und wenn die gesetzliche Reorganisationsbedürftigkeit des Knappschaftswesens von den Factoren der Gesetzgebung als nothwendig und auf den hier vorgeschlagenen Grundlagen als angemessen anerkannt wird, so erscheint es zweckmäßig, sofort die durchgreifenden besseren Einrichtungen an die Stelle der nicht mehr ausreichenden zu setzen, statt durch allmälige facultative Aenderung und Entwicklung nur Palliativmittel schaffen zu lassen, ohne dem Uebel von Grund aus abzuhelfen. Gine Massenversicherung der einzelnen

Bereine bei Unfallversicherungscaffen würde ohne gesetzliche Vorschrift in der Brazis wohl nur bei einigen größeren Bereinen, die sie relativ weniger dringend bedürfen, zu erreichen sein; bei den kleineren Bereinen, zumal in Erzrevieren, sicherlich nicht. Aber gerade bei kleinen Bereinen ist die Unfallversicherung am nöthigsten und ein gesetzliches Eingreifen ist überhaupt bezüglich der obli= gatorischen Forderung der allgemeinen Abscheidung von Krankencassen und der Aufhebung kleiner Knappschaftsvereine behufs ihrer Verschmelzung mit den größeren zu einheitlichen Benfions= (Knappschafts=) Caffen für ganze Bergwerks= Distrifte doch absolut nothwendig, um die gesetzlich bestätigten Unterstützungen und Benfionen aus den gefetlich zurudgehaltenen Lohnstheilen der Arbeiter sicher zu stellen. Zugleich erscheint es theoretisch richtiger, die sporadisch auftretenden Unfalle auf alle Bergwerksbesitzer, die einzeln zwar für die culpa in eligendo der Arbeiter nicht haftbar sind, gleichmäßig zu vertheilen, und da es prattisch vortheilhafter, d. h. billiger und sicherer ist, hierzu eine auf Gegenseitigkeit gegründete eigene bergmännische Unfallversicherungscasse zu bilden, als ein fremdes, noch nicht bewährtes Unternehmen daran verdienen zu laffen: fo erscheint die Vorschrift zur Gründung einer-allgemeinen Unfallversicherungs= casse für jede Gewerbegruppe im Staate nicht nur als zweckmäßig und angemeffen, fondern als eine Pflicht des Geschgebers. Wäre schon eine allgemeine, auf Gegenseitigkeit begründete, Unfallversicherungscasse für Arbeiter in Deutschland gestiftet und bewährt, so könnte eine Collectivversicherung der Anapp= schaftsvereine bei berselben in Betracht gezogen und daraus nach jedem eingetretenen Unfall die versicherte Summe, beziehungsweise der entsprechend capi= talisirte Penfionsbetrag ber betroffenen Anappschaftscaffe gezahlt werden; eine foldte ausreichend bewährte und gesicherte Casse ift aber zur Zeit noch nicht vorhanden.

Die beiden großen Westfälischen Knappschaftsvereine haben seit 1873 statutarisch die provisorische Sinrichtung zur Stärkung ihrer Cassen, bezüglich der Unsalversicherung getrossen, daß jeder Wertsbesitzer verpflichtet ist, für jede auf seinem Werke vorkommende tödtliche, oder für länger als ein Jahr invalide machende Berunglückung 100 Thaler Extradeitrag in die Knappschaftscasse zu zahlen, mag der Unsall nach Maßgabe des §. 2 des Haftpslichtgesetzes von den Wertsbeamten verschuldet sein oder nicht

Bei dem Halberstädter und dem Brandenburger Anappschaftsverein sind fürzlich als Filialen ihrer Cassen besondere Unfallversicherungscassen begründet worden, die ausschließlich durch Beiträge der Werksbesitzer unterhalten werden.

Rur wenige kleinere Knappschaftsvereine einzelner Werke sind der Unfall=

versicherungsbank zu Leipzig beigetreten.

Die Gründung einer Allgemeinen bergmännischen Unsalversicherung ist aber ein dringendes Bedürfniß geworden, nicht nur aus sachlicher Nothwendigkeit, sondern selbst zur Wahrung des Ansehens der gesammten deutschen Bergwerksindustrie.

Diefe auf genoffenschaftliche Vereinigung sämmtlicher Interessenten begrünsbete und als Selbstverwaltungsbehörde fungirende Unfallversicherungscasse für die Bergwerksindustrie des ganzen Staates würde einen oder einige Verg-werksinspectoren anzustellen haben, die die Durchführung gewisser Sicherheits-

Schriften V. - Alterspenfionscaffen.

ınaßregeln auf sämmtlichen besonders gefährbeten Gruben als verordnete Bertreter der Gemeinschaft anzuordnen haben.

Bei dem Charafter des gegenwärtigen Bergdaues, bei dem trotz der besten technischen Vorichtungen, Unkenntniß oder Leichtsinn eines einzelnen Arseiters Leben und Gesundheit einer großen Anzahl seiner Kameraden schwerschädigen oder vernichten kann, ist die öftere, kast regelmäßige Wiederkehr großer Unfälle mit sast absoluter Bestimmtheit vorauszusehen. Sie sind charasteristisch sür den jetzigen Bergdau, sie werden sich noch oft wiederholen. Ist es unter diesen Umständen nicht höchst bedauerlich sür die Sache, ist es nicht höchst unwürdig in der Form, wenn nach jedem einzelnen derartigen Unfall die Vertretung des einzelnen Werts nicht nur beim ganzen Bergwertsgewerbe, sondern vielmehr auch beim großen Publikum, also bei den anderen Gewerben um Beiträge bettelt für systematisch wiederkehrende Bedürsnisse, die ihrer Natur nach auf den Weg der gegenseitigen Versicherung innerhalb des Gewerbes hindwiesen und dessen Versicherungs-Prämien deshalb naturgemäß in die Herstellungskosten des Verdates übergehen müssen deshalb naturgemäß in die Herstellungskosten des Verdates übergehen müssen deshalb naturgemäß in die Herstellungskosten des Verdates übergehen müssen

Die Inanspruchnahme der öffentlichen Milbthätigkeit muß auf außergewöhnliche, den einzelnen Menschen oder ganze geographische Bezirke treffende Fälle beschränkt werden; die Unfälle beim Bergbau erfordern sie aber nicht, zu ihrer Deckung bestehen bereits die Knappschaftscassen und wenn diese den technischen, wie socialpolitischen Bedürfnissen der Jetzzeit entsprechend reorganisit

werden, so ist das Bedürfniß völlig befriedigt.

Eine schädliche Zugabe ber nach jedem einzelnen großen Unglucksfall beim Bergwertsbetriebe in Anspruch genommenen öffentlichen Mildthätigkeit ift bie unspstematische Verwendung der gesammelten Fonds. Alle Preußischen Bergleute und ebenso fast alle Deutschen Bergleuie sind Mitglieder von Knappschafts= vereinen, die die Aufgabe und die Mittel gefammelt haben, den Verunglückten und eventuell ihren Hinterbliebenen die in den Statuten festgesetzten, lokal also üblichen Benfionen zu zahlen. Die Penfionen für die Verunglückten und eventuell ihre Hinterbliebenen sind nun statutarisch in sämmtlichen Knapp= schaftspereinen schon ganz wesentlich höher bemessen, als die bei normalem Abnehmen der Arbeitstraft oder Tod eines Mitgliedes. Bringt nun die öffentliche Milbthätigkeit eine große Summe zusammen, so wäre es das Richtige, dieselbe mit dem Reservefonds der betreffenden Anappschaftscasse zu vereinigen, um so den heimgesuchten Mitgliedern und deren Angehörigen die ihnen zustehenden, unter ihren Berufsgenoffen ortsüblichen statutarischen Bensionen mehr zu sichern, wie dies ja zumal bei den jetzt leider noch bestehenden kleinen Knappschaftscassen bei großen Unfällen häufig sehr erwünscht sein kann. Statt beffen werden aber die gesammelten Fonds für die betreffenden Berunglückten getrennt verwaltet und bekommen diefelben nun, außer den ihnen statutarisch und gesetzlich zustehenden Vensionen aus ihrer Anappschafscasse, östers verhältnißmäßig fehr hohe Benfionen aus dem für sie durch die öffentliche Mildthätigkeit gesammelten Fonds. Hieraus erwächst eine höchst ungerechte Bevorzugung dieser Bensionäre vor den übrigen, die in der Braxis in jeder Beziehung die nachtheiligsten Wirkungen und Folgen hat; besonders eclatant sind die üblen Folgen einer solchen unsystematischen, d. h. sich nicht an die bestehende Organisation anschließenden Mildthätigkeit bei den, aus dem Unfall auf der Grube Neu-Jerlohn bei Dortmund hervorgegangenen Wittwen hervorgetreten. Möchte diese Mittheilung die endliche Organisation einer bergmännischen auf Gegenseitigkeit gegründeten Unsallversicherungscasse beschleunigen und die Vereinigung der etwa in Zukunft durch Mildthätigkeit zusammensströmenden Summen mit den Reservesonds der betroffenen Knappschaftscassen veranlassen.

"Wie erhaben auch die Aufgabe der Mildthätigkeit ist, so kann sie doch mit ihrem Almosen niemals eine gesunde Basis für die nachhaltigen Beziehungen der Bürger eines civilisirten Staates abgeben, diese Beziehungen müssen siehungen auf die gegenseitige Achtung der Bürger und die Solidarität ihrer

Intereffen gründen!"

Es ist vor einiger Zeit in Breslau die Stiftung einer Allgemeinen Deutschen Unfallversicherungs-Actien-Gesellschaft vorgeschlagen und auch in weiteren Kreisen vielfach besprochen worden. Dem Borschlage nach sollen die Actien im Betrage von je 500 Thir, gezeichnet werden und find die Prämien= fätze für verschiedene Gewerbe nach dem Grade ihrer Gefährlichkeit in 10 Classen abgestuft. Es ift eine natürliche Boraussetzung jeder Actiengesellschaft als solcher, daß sie nicht allein sicher und andauernd bestehen, sondern auch noch sicheren Ueberschuß abwerfen will. Da nun aber für die Häufigkeit der Unfälle im Bergwerksgewerbe noch eine kaum ausreichende, für die übrigen Ge= werbe mit Ausnahme des Eisenbahnwesens aber eine durchaus unzureichende Reihe von Beobachtungen zur Ermittelung der mahrscheinlichen Bahl der jährlichen Unfälle vorliegt, so ist es ein absolutes Erforderniß, bei der Ermitte= lung der Prämiensätze einen hohen Sicherheitscoefficienten mit in Rechnung zu Die Summe dieser Theile der Prämien wurde ein Kapital bilden, welches zu Gunften der Actionare vom Arbeiter, beziehungsweise vom Industriezweige erhoben würde. Eine auf Gegenseitigkeit gegründete Unfallver= sicherungsgesellschaft spart diese Summe, macht ihre statistischen Erfahrungen ohne besonderen Kostenauswand und überträgt auch nicht ganz ungerechtfertigter= weise — die pecuniaren Nachtheile der Unfälle des einen Gewerbes auf das andere. Aus diesen Gründen scheint die Form einer Actiengesellschaft für den bezeichneten Zweck durchaus von der hand gewiesen werden zu mussen und die genossenschaftliche Form der gegenseitigen Versicherung innerhalb jedes einzelnen Gewerbezweiges entschieden den Borzug zu verdienen; ohne Eingreifen des Staats und der Gesetzgebung gehört diese zweckmäßigste Lösung der immer brennender werdenden Frage allerdings in das Gebiet des Unmöglichen.

Die Bildung einer Unfallversicherungscasse durch Abzweigung eines Theils der Reservesonds der einzelnen Knappschaftsvereine zu einem einheitlichen Ganzen als weitere Entwickelung der gegenseitigen Rückversicherung erscheint weniger praktisch und weniger leicht gerecht durchführbar, als die vorgeschlagene Waßeregel; denn über die Höhe des abzusührenden Theils der Reservesonds bei Zugrundelegung der lokal bisher gemachten Ersahrungen über die Häusigkeit des Eintretens von Unfällen möchte wohl schwerlich irgendwo ein gütliches

Uebereinkommen zu erzielen sein, und jedenfalls würden dadurch die für die Pensionscassen so überaus nothwendigen Reservesonds wesentlich geschmälert werden. Nach obigem Vorschlage bleiben die Pensionscassen im Besitze ihres ganzen Reservesonds, die Beiträge der Werksbesitzer zur Pensionscasse werden ermäßigt, dagegen haben die sämmtlichen Bergwerksbesitzer des Staats vereint durch besondere Beiträge den jährlichen Bedarf der Unsalversicherungscasse zu bestreiten. Wenn diese Beiträge gesetzlich nach oberbergamtlicher Feststellung auf dem Wege der Verwaltungsezestution für executorisch einziehbar erklärt werden, so ist die Unsalversicherungscasse jederzeit sester des wenn ein großer Reservesonds für sie angesammelt würde, der sich so in den Händer der Industriellen bleibend höher verzinst, als wenn er pupillarisch sicher angeslegt werden müßte.

Die Werksbesitzer, die hiernach den Auswand für die Unfallversicherungscasse wereint zu decken haben würden, werden dadurch zu keinen größeren Ausgaben wie disher verpstichtet, da, nach Ausscheidung der von den Arbeitern
allein zu unterhaltenden Krankencassen, ihre Beiträge zur Bensionscasse entsprechend verringert werden können. Zumal die Vertreter des Capitals der Natur nach stets das Risiko des Unternehmens zu tragen haben, so erscheint
es durchaus nicht ungerecht, ihnen allein die Deckung auch der durch Zusall
veranlasten Unfälle zuzuweisen; auch beträgt nach den jetigen Unsalls-Pensionssäten die Jahresprämie für Unfälle für jedes Knappschaftsmitzlied etwa 1
Thaler, während für Krankenunterstützung etwa 3 Thaler jährlich von, beziehungsweise für jedes Mitzlied gezahlt werden müssen. Gebenso würden die Beiträge der Arbeiter zu den Knappschafts- (Bensions-) Cassen verringert
werden, wenn die Krankengeldversicherung ausgeschieden und auf lokale Arbeiterverbände übertragen wird.

Die Beiträge zu den auch ferner mit den Rechten einer juristischen Person auszustattenden Vensionscassen haben zweckmäßig zur Hälfte die Arbeiter selbst, zur Hälfte die Werksbesitzer zu zahlen, um hierdurch die oben bezeichneten günstigen Folgen des gemischten Systems der Beitragszahlung herbeizusühren und zu cultiviren. Die so durch Ausscheidung heterogener Functionen und durch Zutheitung von ausreichend großen Bezirken reorganisirten Pensions-(Knappschafts-) Cassen werden, wie sie auf der einen Scite ihren Mitgliedern nunmehr durchweg völlig gesicherte Pensionen bieten können, so auch in weit höherem Grade als die bisherigen im Stande sein, einen in corporativer, wie in socialer und sittlicher Beziehung segensreichen Einsluß auf ihre Mitglieder, auf die Arbeiter des gesammten Bergwertsdistrikts auszuüben.

Während zur Zeit die vorhandenen Refervefonds der Anappschaftscassen wohl noch dei Weitem nicht genügen, die den Mitgliedern versprochenen Beneficien sicher zu stellen, wird dies nach Ausscheidung des Krankenwesens und der Unsfallversicherung, ohne Abtretung eines Theils des Reservesonds für diese Zwecke, sofort der Fall sein. Zur Solidität einer Pensionscasse ist es absolutes Bedürfniß, daß der Reservesonds eine völlig außreichende Größe habe, um die Berpslichtungen der Casse unter allen Umständen erfüllen zu können, also auch dann, wenn durch Berminderung der Mitglieder die regelmäßigen Sinnahmen

geringer werden und beim endlichen Aufhören der activen Genossenschaft gänzlich in Wegsall kommen.

Was die Sohe der von den drei Cassen zu zahlenden Unterstützungen anbetrifft, so ist oben betreffs ber Krankenlöhne schon gesagt worden, daß sie dem sachlichen Bedürfnisse gemäß nicht unter 2/3 des in gesunden Tagen ver= dienten Lohnes heruntergeben dürfen. Die Bergordnungen enthielten durchweg den Grundsatz, daß den Bergleuten bei Erkrankungen erforderlichenfalls fogar zwei Monate lang der volle Lohn als Krankenlohn vom Bergwerksbesitzer gezahlt werden solle, und dieser alt bewährte und sachlich wohl motivirte Grund= fat ift auch heute noch als wünschenswerthes Ziel hinzustellen. Bildungsarad der Arbeiter, Organisation und Erfahrungen der Casse und locale Bedürfnisse werden freilich hier modificirend in Betracht zu ziehen sein; durch Controle der Arbeiter unter einander und durch hohe und strenge Bestrafung einer nachgewiesenen Simulation wird aber diesem Ziele in der Praxis möglichst nabe gekommen werden können. Da die Arbeiter eines Werks oder einer Gruppe benachbarter Bergwerke sich, dem obigen Vorschlage entsprechend, selbst ihren erforderlichen Krankenlohn auszahlen werden, so ist bezüglich der Höhe der zu zahlenden Löhne bei der statutarischen Festsetzung vorzugsweise auf die Wünsche ber betreffenden Arbeiter felbst Rudficht zu nehmen.

Was die relative Höhe der zu zahlenden Krankenlöhne und der zu erhebenden Beiträge anbetrifft, so kann nur der eine Modus als gerecht und sachgemäß anerkannt werden, daß beide im bestimmten, gleichen Berhältniß zu dem im jüngst vergangenen längern Zeitraum, etwa im letzten Duartale verdienten Arbeitslohne stehen; angemessene Abrundungen sind statutarisch festzustellen. Der in der Prazis von den meisten Cassenbeamten der Bereine hiergegen geltend gemachte Einwand, daß die Rechnungsarbeit dadurch bedeutend anwüchse, und deshalb die statutarische Festsetung absolut bestimmter Beiträge und löhne, etwa noch in einige Classen getheilt, zweckmäßiger wäre, erscheint völlig irrelevant.

Wenn man einen Rechnungsmodus als für die ganze Classe der Arbeiter gerechter, zweckmäßiger und wohlthätiger erkannt hat, darf man sich von der Durchführung desselben durch die Klagen einzelner Rechnungsbeamten über schwieriger und umfangreicher werdende Berechnung nicht abhalten lassen. Die Verrechnungen der Krankencassen müssen naturgeinäß von den Verwaltungen der Grubencassen übernommen werden, und die hierzu nöthigen Arbeitskräfte hat der Werksbesiger zu beschaffen.

Ueberzeugung von seiner Gerechtigkeit, Gewöhnung, Uebung und Rechnenknechte werden die allgemeine Durchführung des bezeichneten Rechnungsmodus
erleichtern helfen. Wenn für jede Krankencasse im Bezirk eines Knappschafts(Pensions-) Bereins ein Knappschaftsältester ernannt wird, oder umgekehrt
jeder Aeltestensprengel zugleich den Bezirk einer Krankencasse bildet, so wird
bei der sich steigernden Volksbildung und Intelligenz der Bergleute auch häusig
ein Aeltester als Hüssarbeiter bei der Berechnung der Krankenlöhne und Beiträge verwendet werden können.

Das Grundprincip, welches bei allen für das Wohl der Arbeiter gegrun-

beten Cassen stets im Auge behalten werden muß, das Lebensprincip aller auf Gegenseitigkeit beruhenden Bersicherungsgesellschaften, — die größtmögliche Deffentlichkeit der Berwaltung kann hierdurch zugleich praktisch anerkannt und bethätigt werden, und die durch die vorgeschlagene Ginrichtung der Krankenscasse veranlaßte, in ihren Principien einsache, durchsichtige Selbstverwaltung wird auf die Bildung, das Selbstgefühl und die solide Erweiterung des Gessichtskreises von den segensreichsten Folgen für die Arbeiter sein.

Die durch ärztliche Behandlung erwachsenden Kosten werden aus den Knappschaftscassen zu bestreiten sein, da die erforderlichen Knappschaftsärzte von diesen Cassen angestellt, controlirt und also auch besoldet werden müssen, auch meistens für mehrere Krankencassenbezirke zugleich wirken werden.

Es erscheint zweckmäßig, daß die wegen Berstoßes gegen die Arbeitersordnung eines Werks festgesetzten Gelbstrafen gesetzlich der Krankencasse des Werks, nicht aber der Knappschaftscasse des Bezirks zugewiesen werden.

Der zu Punkt 3 §. 171 des Allgemeinen Bergesetzes vorgeschriebene Beitrag zu den Begräbniftosten eines Mitgliedes wird in gewöhnlichen Fällen aus der Knappschaftskaffe, falls aber der Tod durch einen Unfall veranlaßt ist, von ihr auf das Conto der allgemeinen Unfallversicherungscaffe zu

zahlen sein.

Bei den Pensionscassen werden die Beiträge ebenfalls nach einem bestimmten Berhältniß zu dem im letzten Quartal vom Mitgliede verdienten monatlichen Durchschnittslohne zu erheben und mit dem der Gesammtsumme gleichen Beitrage des Werkbesitzers monatlich an die Knappschaftscasse abzusühren sein. Die Feststellung der Indalidenpension muß ebenfalls nach einem bestimmten Berhältniß (etwa $^3/_4$) zu dem im letzten Jahre verdienten Durchschnittslohne erfolgen; sorgfältige, erforderlichenfalls viertelzährlich zu wiederholende Untersuchung wird hier Simulationen auszuschließen im Stande sein.

Werben Arbeiter durch Altersschwäche, Krankheit oder Unfall zu der bis dahin von ihnen verrichteten schweren, einträglicheren Werksarbeit unfähig, können dagegen aber noch mit leichterer, weniger einträglicher Werksarbeit beschäftigt werden, so sind sie temporär für halbinvalide zu erklären, erhalten die Hälte der ihnen sonst zustehenden Invalidenpension, zahlen aber ihre Beiträge von der Summe ihres Einkommens fort und werden hiernach bei späterem Eintritt völliger Invalidität dauernd pensionirt; hiernach wird also ein alter Bergmann stets eine, zu seinem höchsten Gesammteinkommen in bestimmtem Verhältniß stehende Pension erhalten.

Die Höhe ber aus, beziehungsweise auf Conto der Unfallversicherungs=casse zu zahlenden Bensionen an Invalide und Halbinvalide sind in derselben

Weise zu normiren, wie die der Knappschafs= (Benfion8=) Cassen.

Da die dem Eintritt in die Bergarbeit und damit zugleich, durch Zahlung der Beiträge, dem Eintritt in den Penfionsverein vorausgehende ärztliche Untersuchung thatsächlich nicht durchweg im Stande ist, eine bei fortdauernd angestrengter Arbeit zu dauernder Invalidität hinneigende körperliche Disposition zu erkennen: so wird ein Probejahr festzusetzen sein, während bessen die etwa eintretende, dauernde Invalidität dem Mitgliede noch keine Aussicht auf lebenslängliche Pension eröffnet, nach bessen Ablauf aber das Jahr als Dienstzeit mitgerechnet und nun erst dem Mitgliede die Police, der Knappsichaftsschein ausgesertigt wird. Wird ein solches Mitglied im Probejahr aber durch Unfall invalide, so erhält es Anrecht auf die seinem Verdienst entsprechende Pension aus der Unfallversicherungscasse; bei einer ohne Unfall eintretenden Invalidität eines unständigen Vergmanns wird auch jetzt von den Knappschafts-

caffen keine Benfion gezahlt.

Wenn man die "unständigen" Mitglieder doch gesetzlich und statutarisch in so vielen Fällen der Wohlthaten der Knappschaftsvereine theilhaftig werden läßt, so erscheint es (zumal bei ihrem meist jugendlichen Alter, ihrer Arbeits= fraft und ihrer meist mangelnden Verpflichtung zum Unterhalt von Angehörigen) nicht nur angemessen, sondern auch in jeder Beziehung wünschenswerth, dieselben auch zu höheren Beitragsleiftungen zu der Bereinscasse heranzuziehen. Die principiellen Unterschiede, die die heutigen Knappschaftsstatuten zwischen den verschiedenen Alassen der Mitglieder und zumal zwischen ständigen und unständigen Mitgliedern machen, erscheinen wenig dem sachlichen Bedürfniß entsprechend. In allen wesentlichen Fällen haben die Gesetzgeber und Statuten ichon jetzt Ausgleichungen zwischen den Ansprüchen beider an die Bereine angeordnet; es erscheint aber sachgemäß, daß durch gleiche Heranziehung der bis= her sogenannten Unftändigen, dieses jett so bedeutenden Theils der Bergarbei= ter, auch zu den Lasten der Bereine der Unterschied völlig ausgeglichen, daß alle gleichmäßig im Berhältniß zur Einnahme besteuert werden und in entsprechend gleichem Verhältniß Anspruch auf die Beneficien erlangen. (Die Aufhebung des Unterschieds zwischen Ständigen und Unständigen ist demnach schon in mehreren dementsprechend abgeänderten Anappschaftsstatuten durchge= Auch bei Berathung des neuen Statuts des Saarbrücker Knappschafts= vereins vom 26. Juli 1872 war dies vom Anappschaftsvorstande beantragt, ist aber vom Rgl. Oberbergamt zu Bonn nicht genehmigt worden.) Hier ist das Einkommen absolut bestimmt bekannt, also hier die Besteuerung nach dem Einkommen die gerechtfertigste. Nach dem Berhältniß des Sinkommens, des Lohnes des Arbeiters und Knappschaftsmitgliedes, ist aber deffen ganzer Haus= halt eingerichtet; im angemeffenen, bestimmten Berhältniß zu diesem müffen also auch die Krantenlöhne, Invaliden= und Wittwenpensionen und Waifen= unterstützungen stehen. Nur in der relativen Gleichheit liegt die mahre Ge= rechtigkeit und Zwedmäßigkeit.

Das Institut der Unständigen hat zudem seine ursprüngliche Bedeutung völlig verloren. In früheren Zeiten, wo sich der Bergbau nur langsam fortentwicklete und sich aus sich selbst ausreichend rekrutirte, waren die Unständigen saft ausschließlich die jungen Bergmannssöhne während der ersten Lehrjahre in der bergmännischen Arbeit; die gesammte Zahl der Unständigen betrug etwa ½ der ständigen Mitglieder des Knappschaftsvereins und repräsentirte den in der dienstlichen Ausbildung begriffenen, heranreisenden Ersat des Bergmannsstandes hier war es also völlig motivirt, die nech nicht Bolles Leistenden auch nicht in vollem Maße zu den Beiträgen und Benesicien der genossensichen Gefastlichen Bereiniqung heranzuziehen. Bei dem rapiden Ausschwunge, den

der Deutsche Bergbau in den letzten beiden Jahrzehnten genommen, reichte der bezeichnete normale Ersat der bergfertig werdenden Arbeiter nicht aus, aus allen anderen Gewerben strömten Männer zu der lohnenderen Bergarbeit hinzu und an manchen Orten mußten diese noch ohne bergmännische Vordisdung sosort selbst als Häuer, also bei der wichtigsten und verantwortungsreichsten bergmännischen Arbeit verwendet werden. Zudem ist es eine natürliche Folge der allgemeinen Einrichtungen der endlich frisch und frei aufstrebenden Jetztzeit, wo Privilegien und Vorurcheile gefallen, geistige und materielle Communicationsmittel geschaffen oder verbessert, allgemeine Freizügigseit eingeführt ist, daß der Einzelne den Erwerbszweig östers wechselt und so noch in reiserem Lebensalter in die Vergarbeit eintritt.

So ist es gekommen, daß zu Anfang des Jahres 1868 in dem Preußisischen Gebietsumfange von vor 1866 neben 77,225 ständigen, 92,887 unständige Bergleute und Knappschaftsgenossen vorhanden waren, die Zahl der Unständigen gegen frühere Zeiten, wo dies Institut geschafsen, wo es naturgemäß und zwecknäßig war, sich also etwa verzehnfacht hat; gegenwärtig haben die Preußischen Knappschaftsvereine 123,489 ständige und 118,274 unständige Mitglieder. Durch diesen Grad der Ausdehnung ist aber der innere Charakter des Instituts völlig verändert und die Zwecknäßigkeit seiner Aufrechthaltung aufgehoben. Es erscheint geradezu irrationell, die eine Histe eines Standes nicht vollwichtig an den, zur Versicherung und Hebung des Vergarbeiterstandes bestehenden Einrichtungen theilnehmen zu lassen und dadurch unzweckmäßigen socialpolitischen Neuerungen in die Arme zu treiben; die künstliche Erzeugung eines fünsten Standes ist doch kein Bedürsniß.

Die Einführung eines Probejahrs, ehe der Bergarbeiter in die Anappschafts= (Benfions=) Caffe eintreten kann, erfüllt den Zweck und das Bedürf=

niß, ohne die Sache und die Berson zu schädigen.

Die Wittwenpensionen beider Cassen sind durchweg auf die Hälfte der nach vorstehend bezeichneten Principien dem Manne zustehenden Vensionen sestzausetzen. Wenn sich eine Wittwe wieder verheirathet, so erlöschen ihre Ansprüche an die Casse dessinitiv, sie erhält aber von derselben eine zweisährige Pension pränumerando als Aussteuer ausgezahlt. Diese hohe Prämie auf die Wiederverheirathung erscheint einerseits im Interesse der Casse zwecknäßig, zugleich aber auch im Interesse der Sittlichkeit nothwendig, da bei Entziehung der Pensionsberechtigung gegen geringere Absindung häusiger Concubinate veranlast werden würden. Die hier angegebene Höhe der Prämien hat sich in den belgischen Cassen bewährt und ist dort wohl übereinstimmend eingeführt.

Für die Waisenunterstützung eines vater= und mutterlosen Kindes, eines also ganz hülfs= und erwerbslosen Wesens ist der volle Betrag der Wittwenpen= sion, für ein vaterloses die Hälfte derselben festzusezen; vielleicht wird es zweck= mäßig sein, diese Sätze als maximale hinzustellen und die jährlichen Unterstützungen mit den zunehmenden Jahren und Fähigkeiten des Kindes abnehmen zu lassen, wie es auch seitens der städtischen Waisen-Verwaltung Verlin's ein= geführt ist.

Während des gesetzlichen Militärdienstes ruhen die Verpflichtungen und Anforderungen des Mitgliedes mit Ausnahme der Berechtigung seiner Ange-

hörigen auf freie Kur und Arznei: während einer Beurlaubung aus der Bergarbeit gehen dagegen Leistungen und Gegenleistungen fort.

Der möglichst selten auszusprechende Berluft der Mitgliedschaft tritt ein

1) durch Uebertritt zu einem anderen Knappschaftsverein,

2) durch mehrmonatliches Nichtzahlen der Beiträge,

3) durch wiederholt versuchte Erheuchelung einer Krankheit oder der In-

4) temporär für die Dauer des rechtskräftigen Berlustes der bürger-Lichen Chre.

Niemals fann aber bei einem Ausscheiben aus dem Verein eine Rud-

zahlung der Beiträge in irgend welcher Form stattfinden.

Borstehend angegebene Grundsätze sind bezüglich der hier in Rede stehenben Unterstützungscassen — unter Ausbebung der betreffenden Bestimmungen
des VII. Titels des Allgemeinen Berggesetzes und der entsprechenden Theile
der Einführungsverordnungen, — in das zu erlassende Knappschaftsgesetz,
beziehungsweise in die zur Ausstührung desselben zu erlassende Winisterials
Instruction aufzunehmen, um so in den Hauptprincipien Gleichmäsigkeit in die
Statuten der Bereine zu bekommen, und um die weitere, zur Durchführung
des Gesetzs über die Freizügigkeit im Deutschen Reiche nothwendige
gesetzliche Borschrift daran knüpsen zu können, daß jedem Mitgliede eines
Knappschaftss oder sonstigen gewerblichen Bensionsvereins der Uebertritt in
einen anderen ohne Weiteres jederzeit gestattet sei. Die schädlichen socialen
Folgen weitgetriebener Arbeitstheilung werden aber erst durch völlige Durchführung der Freizügigsteit wieder ausgehoben; die Freizügigsteit reist veraltete
und unnütze Schranken nieder und eröffnet der industriellen Initiative und
Energie ein unbegrenztes Feld.

Ist ein Arbeiter zeitweilig durch Mangel einer geeigneten Arbeitsgelegenheit oder in Folge eines, zugleich mit den Gewerkvereinen selbst den Engländern nachgeahmten Strifes zeitweilig ohne Verdienst und nicht im Stande, die laufenden Beiträge zur Casse zu zahlen, so kann er sich durch Zahlung einer geringen Recognitionsgebühr die Mitgliedschaft erhalten, die Functionen der Bensionscasse ruhen aber während dieser Uebergangszeit; durch Nachzahlung

ber Beiträge stellt er seine Anciennetät wieder her.

Kann ein Arbeiter zeitweilig aus Gesundheitsrücksichten nicht arbeiten, so erhält er sein Krankengeld; will er aus Faulheit nicht arbeiten, so bewirkt

der Vorstand seine Aufnahme in ein Zwangsarbeitshaus.

Erst nach erfolgter Reorganisation des Knappschaftswesens und Organisation der selbstständig sich entwickelnden drei einigen Cassen ist die Möglichsteit gegeben, wissenschaftlich und praktisch wirklich durchweg brauchbare statistische Ermittelungen anstellen zu können, die jetzt noch in hohem Maße sehlen. Bei der gegenwärtigen unnatürlichen, sich gegenseitig verschiedenden und behindernden Zusammendrängung der drei heterogenen Zwecke in eine Casse werden viele statistische Ergebnisse thatsächlich unrichtig, z. B. ist die Zahl der auf ein Mitglied oder einen Kranken fallenden Krankheitstage jetzt stets eine unwahre, da die meisten Vereine Krankheiten von kürzerer als dreitägiger Dauer, Sonntage

oder die Boche der Erkrankung und Wiederherstellung nicht mit in Rechnung stellen.

Daß schließlich der, insbesondere mit Rücksicht auf größere Unglücksfälle zur Erweiterung der Einrichtungen des Knappschaftswesens zwecknäßig einzuschlagende Weg nur der der Gesetzgebung sein kann, erscheint unzweiselhaft.

Principielle Aenderungen lassen sich nicht zweckmäßig facultativ durch= führen, und diese sind in der Organisation des Knappschaftswesens erfor=

derlich.

Sollen die Knappschaftsvereine aber den berechtigten Anforderungen der Interessenten entsprechend reorganisit und damit zugleich für die noch in den Wehen der Organisation besindlichen übrigen Deutschen Gewerbe mustergültig umgestaltet werden, so ist es dringend erforderlich, daß die im Knappschaftsvorstand sitzende Arbeitervertretung ebenfalls aus directer Wahl der Arbeiter hervorgehe, wie es die der Zahl nach gleich starke Vertretung der Werksbesitzer thut.

Gegenwärtig haben die Bergarbeiter nur indirectes Wahlrecht für ihre Bertretung im Borftande; fie mahlen die Knappschaftsältesten, diese die die

Arbeiter vertretenden Vorstandsmitglieder.

Soll aber der Knappschaftsvorstand eine wahre Vertretung des bergmännischen Gewerbes im geographischen Bezirk sein, so nuß er gleichmäßig aus directen Wahlen hervorgehen; nur dann wird ihm das volle Vertrauen der Interessenten beiwohnen, nur dann wird er in socialpolitisch erregten Zeiten über den Parteien stehen, sonst nur neben ihnen, nur dann wird er die Functionen eines gewerblichen Sinigungsamtes ausüben können. In letzterer Function würde der Vorstand als Selbstverwaltungsbehörde zweckmäßig einzelne, allgemein geachtete Personen des Berufs als Schiedsrichter (Geschworene) auzustellen haben, die eventuelle Lohnsstreitigkeiten vorbehaltlich beiderseitigen Recurses an den Vorstand vorläusig entschieden und zugleich bei ihren Befahrungen der Zechen oder andrer gewerblichen Stablissements in Ergänzung der Thätigkeit der Kgl. Revierbeamten 2c. die Durchsührung der sicherheitspolizisitichen Vorschieften controliren, die Arbeiter an Ort und Stelle über die Bedeutung derselben belehren müssen und damit zur Verringerung der Zahl der Unfälle wesentlich beitragen.

Es ist gar nicht nöthig, die versittlichenden Zwecke der Anappschaftsverseine in den Vordergrund zu stellen, zumal erscheint dies bei Beurtheilung ihrer Organisation, beziehungsweise bei ihrer Reorganisation mehr schädlich als nützlich. Sbenso wie, wenn der Meister ein Aunstwerk schafft, er nicht gute Zwecke mit demselben erreichen wollen, vielmehr nur den Zweck haben dars, ein an sich vollkommenes Werk zu schaffen, und dies ohne weitere Absicht geschaffen gerade die reinsten und weitesten guten Folgen haben wird, — ebenso muß auch die Organisation des Knappschaftswesens auf einer rein materiell, objectiv, und principiell richtigen Basis geschaffen werden, gerade

dann wird sie die segensreichsten versittlichenden Früchte tragen.

Die jetzt bestehende Organisation der Anappschaftsvereine ist auf Grund bes Gesetzes festgestellt, kann also auch nur auf Grund eines neuen Gesetzes

geändert werden. Wie das Allgemeine Berggesetz im §. 167 die Bestimmung der Bezirke neuer Anappschaftsvereine, falls nicht Einhelligkeit fämmtlicher Repräsentanten und Arbeitervertreter stattfindet, also thatsächlich wohl in allen Fällen, von der Entscheidung des betreffenden Oberbergamts abhängig macht, so wird es die, das gesammte Knappschaftswesen durch Theilung in seine verschiedenen Zwecke reorganisirende Novelle bei der allgemeinen Umbildung der Bereine allgemein auszusprechen haben. Erst nach durchgeführter Drei= theilung der Aufgaben des Knappschaftswesens wird jeder einzelne Zweig sich sachgemäß selbstständig organisiren und fortentwickeln können, und formell in engster Verbindung und in thatsächlicher Wechselwirkung mit einander, werden sie alle in der Erstrebung des einen Hauptzweckes zwar auf verschiedenen Wegen, aber doch mit größerer Einheit harmonisch zusammenwirken, als es zur Zeit bei ihrer gegen bas Interesse ber Sache stattfindenden völligen Ber= schmelzung möglich ist. Die allgemeine Durchführung wahrer Freizügigkeit ist ohne vorherige Durchführung allgemeiner Bersicherung nicht denkbar, eine allgemeine Versicherung ohne gesetzlichen Zwang aber unmöglich.

Bei einer, wohl die nothwendigen Lebensbedürfnisse befriedigenden, kaum aber alle standesgemäßen, d. h. local und temporär unter den Berufsgenossen üblichen Ausgaben deckenden Höhe der Sinnahmen gehört ein außerordentlich sester und selbstbewußter Mannes-Charakter dazu freiwillig regelmäßige Prämien für eine Bersicherungscasse davon ab zu sparen. Dieser Sat trifft in allen Classen der menschlichen Gesellschaft zu; wenn man unter den bezeichneten Einkommensverhältnissen, also bei mäßiger Wohlhabenheit einmal angesangen hat, etwas in die Sparbüchse zu legen, wie bald und wie leicht stellen sich "zwingende Gründe" ein das todte Capital nicht länger liegen zu lassen, sondern es zur Bestreitung temporärer Bedürfnisse auszugeben. Wird aber die zur Versicherung nöthige, im Vergleich zu den lausenden monatlichen Ginnahmen außerordentlich geringe Prämie von vornherein mit segensreichem Zwange abgezogen, so ist der lausenden Verlust augenscheinlich gering, die späteren, durch ihn erworbenen dauernden Folgen decken alsdann aber alle noth-

In einer Versammlung Saarbrücker Bergarbeiter, bei der es sich um Reorganisation eines Spar= und Vorschussvereins handelte und die Ausbebung des Vorschussvereins unter Beibehaltung des Sparvereins das verständige Resultat der Debatte war, bestätigten die Arbeiter den vorstehenden, bei der großen Masse aller Berufsklassen richtigen Satz: Ob wie unserer Frau, sagten sie, monatlich 28 Thlr. oder 30 Thlr. mit nach Hause bringen, sie kommt mit beiden aus und verwirthschaftet auch beides, wir merken davon keinen Unterschied; selbst alle Monate 2 Thlr. uns ersparen können wir aber nicht; wenn die Sinzahlungen in den Sparverein uns wirklich so wesentliche Mittel zur Hebung unserer Verhältnisse in nicht allzu langer Beit bieten, so zieht uns die erforderlichen Sinlagen vom Lohne vorweg ab!

wendigen Lebensbedürfniffe.

Noch viel nothwendiger sind aber derartige Abzüge der Prämien zum Zwecke der Bersicherung der nothwendigen Lebensbedürfnisse in erwerbsunfähigen Zeiten, als die für einen Sparverein, der die weitere Hebung des

Wohlstandes der Mitglieder zur Aufgabe hat; der Zwang wäre in letzterem

Falle zweckmäßig, in ersterem ist er dagegen nothwendig.

Die Gesetzebung hat aber jederzeit das Recht, eine zweckmäßig anerkannte Organisation durchzuführen und, wenn wie im vorliegenden Falle die materielle Sicherung und sittliche Hebung eines ganzen Arbeiterstandes das Ziel und der vorgeschlagene Weg dazu der richtige ist, auch die Pflicht, die zu dem gleichen Zwecke disher bestehenden und von ihr geschaffenen Einrichtungen umzugestalten, selbst mit Eingriff in die durch die disherige Gesetzgebung constituirte Rechtssphäre der einzelnen Vereine. So tief in die Verhältnisse zwischen Arbeiter und Arbeitgeber eingreisende Festsetzungen können und dürfen

nicht lediglich den localen Organen anheim geftellt werden.

Die erfüllte Grundbedingung, daß die Reorganisation zum Wohl des Ganzen gereichen muß, und daß fogar kein Mitglied, auch der durch hohen Refervefonds am gunstigsten gestellten Vereine, bezüglich ber Sicherheit ber ihm für die Zeit seiner Arbeitsunfähigkeit gesetzlich und statutarisch gegen die ihm gemachten Lohnabzüge zugesicherten Unterstützungen beeinträchtigt wird, läßt die Umgestaltung der betreffenden bestehenden Verhältnisse als durchaus gerecht= fertigt erscheinen. Das Gesetz, betreffend die gewerblichen Unterstützungscaffen vom 3. April 1854 bestimmt analog, daß die Regierungen nach Anhörung ber Gewerbtreibenden und Communalbehörden Anordnungen zur zwangsweisen Einrichtung von Bensionscaffen für ausgedehntere Bezirke treffen können. Die Ausdehnung dieses der Bergbehörde zweckmäßig hier ebenfalls zur Schaffung der ersten Ginrichtungen gesetzlich zustehenden Zwangsrechts wird aber im Gesetze, wenigstens ben Principien nach den verschiedenen Bedürfnissen der drei Arten von Caffen entsprechend, bestimmt festzustellen sein. Zumal da in allen Arbeiterfreisen des Landes das Bedürfniß nach organisirter Selbsthülfe während der arbeitsunfähigen Zeit des Lebens immer lebhafter empfunden wird, so ist es um so wünschenswerther, das die Bergarbeiter umfassende Knapp= schaftswesen, um seiner selbst und der übrigen Gewerbszweige willen, muster= quiltiq den Bedurfnissen der Gegenwart entsprechend zu reorganisiren; die innere Selbstverwaltung der Vereine kann und wird sich erst nach erfolgter naturgemäßer Reorganisation recht gedeihlich und segensreich entwickeln.

An ähnlichen Sinrichtungen anderer Staaten kann sich Preußen hierbei kein Vorbild nehmen. Weber das erst unter der Regierung Napoleon's III. in der Entwickelung der socialen Stellung der Arbeiter wesentlich fortgeschrittene französische Reich, noch das englische, dessen kriendly societies mit enormen Verwaltungskosten und Unterschleisen verknüpft sind, während den tradesunions noch größere sociale Mißstände anhasten, noch selbst das durch die bereits langjährige Trennung seiner Anappschaftscassen in caisses de secours und caisses de prévoyance, sowie durch gute statistische Veobachtungen weit fortgeschrittene Belgien sind bezüglich des Umfangs der Unterstützungen und Grades der Sicherstellung des Vergarbeiterstandes, und damit zugleich auch bezüglich der Vorangeschritten wie Preußen. Um so größer ist also die Verpslichtung Preußen's und speciell seiner Anappschaftsverwaltung, sich selber auch ferner

hierin mustergültig weiter fortzuentwickeln und den übrigen Industriezweigen des Vaterlandes auch mit der Begründung einer Casse für Unfallversicherung

voranzugehen.

So wie sich die Schwierigkeiten und theilweise widerstrebenden Ansichten, die sich der Einrichtung der gegenwärtigen Knappschaftsvereine auf Grund der Gesete von 1854 und 1865 entgegenstellten, haben bewältigen lassen und die Resultate von allen Betheiligten als erfreuliche anerkannt worden sind, so wird sich jetzt auch die erforderlich gewordene Reorganisation durchführen lassen, und es werden die die verschiedenen Zwecke des Knappschaftswesens mehr präcisierenden und sichernden Folgen derselben schon bald sich allgemeiner Anerkennung zu erfreuen haben.

Es erscheint zudem viel gewagter, wenn die Staatsregierung, nachdem sie gesetzlich die Sicherung der Arbeiter vor den Folgen erwerbsunfähiger Zeiten vorgeschrieben und damit über eine gewisse Duote des durch geleistete Arbeit thatsächlich verdienten und erworbenen Lohnes disponirt hat, zu diesem Zwecke errichtete "Knappschaftsvereine" von einer bis zu 1, bezw. 7 herabegehenden Witgliederzahl duldet, als wenn sie, noch einnal thatsächlich eingreissend, für die Knappschafts= (Pensions=) Vereine ihren Ausgaben entsprechende

Bezirke nach Anhörung der Betheiligten endgültig festgestellt.

Wie in allgemeiner politischer Beziehung in ganz Deutschland die Keorganisation des gesammten Staatswesens mit Verringerung der Zahl der zur Ersüllung ihrer allgemeinen Zwecke zu kleinen, discher selbstständigen Staaten und überhaupt die Abzweigung der Functionen sich als nothwendig herauszgestellt hat, die in Thätigkeit zu treten haben, wenn ein Staat oder das ganze Reich von einem äußern Feinde angegriffen wird, und nun Alle für Sinen und Siner für Alle stehen müssen, und so nunmehr die local etwa eintretenden Unfälle auf die Gesammtheit übertragen werden, und diese Abzweigung der Functionen, zu deren angemessener Organisation die Berhältnisse der kleineren Staaten naturgemäß nicht ausreichend waren, durch die erfolgte Vereinigung in eine Hand nicht nur das Ganze kräftigt, sondern auch die weitere Lebensfähigkeit der kleineren Staaten selbst geradezu erhält und sichert, — so liegt auch das Bedürfniß zur Reorganisation des Knappschaftswesens vor, und ebenso segensreich sür das Ganze, wie für die einzelnen Vereine werden die Folgen derselben sein.

Wenn aber als Mittel zur Schaffung eines solchen, anerkannt besseren, neuen politischen Organisationsverhältnisses zwischen bisher selbsiständigen Staaten Kriege nothwendige Uebel sind, so ist dagegen für die Reorganisation von Einrichtungen und Rechtsverhältnissen innerhalb eines Staates der Weg

der Gesetzgebung der entsprechende und berechtigte.

Ist aber die Reorganisation des Knappschaftswesens in der angegebenen Beise durchgeführt, und sind damit die Ziele desselben, die wahre materielle Sicherung der Mitglieder und ihrer Angehörigen in allen Unfällen des Lebens, erreicht und dabei zugleich das die Knappschaftsvereine auszeichnende corporative und versittlichende Element bewahrt und gekräftigt: so ist dadurch die Wohlssahrt und die sociale Bedeutung des Bergmannsstandes wesentlich gehoben, so

kann jeder Bergmann unseres Baterlandes mit Recht glücklich und stolz darauf sein, Mitglied einer Knappschaft zu heißen und der Bergwerksindustrie wird

es an guten Arbeitern niemals fehlen.

In England, wo das Coalitionsrecht bereits im Jahre 1824 durch Parlankentsacte ertheilt worden ift, haben die Gewerkvereine, — ganz abgesehen von den aus ihnen hervorgegangenen Verbrechen, — enorme Summen für Arsbeitseinstellungen ausgegeben, beziehungsweise verloren gegeben; die Werksbesitzer haben in den meisten Hällen sich zur zeitweiligen völligen Einstellung der Arsbeit veranlast gesehen. Die wichtigsten englischen Industriezweige, zumal die Eisenindustrie ist durch die aggressive und einseitige Thätigkeit der Gewerkvereine schwer geschädigt worden; die deutsche hat sich dadurch im internationalen Verkehr bedeutend gehoben.

Nach der, ein Referat aus den Verhandlungen einer Königlichen Untersschungscommission bildenden Schrift des Grasen von Paris über die englischen Gewerkvereine (vergl. die autorisitete deutsche Uebersetzung von Dr. Lehmann, S. 54) haben die umfangreichsten Strikes niemals und in keinem Gewerbe eine irgendwie dauerndere Erhöhung der Löhne hervorgebracht; es hat sich stets gezeigt, daß mit den Strikes nur eine Kinderhand in das mächtige Schwung-rad der freien Concurrenz, die durch das Verhältniß von Angebot und Nachsfrage die Preise regelt, eingreift. Diese, im Wesentlich en also stets versehlten Versuche haben den Nationalwohlstand, die Unternehmer des Gewerbes, am meisten und empfindlichsten aber die Arbeiter getroffen.

Wären die, für den aussichtslosen Krieg der Arbeitseinstellungen gegen eine unbesiegbare höhere, die angegriffenen Werksbesitzer, sowie die Arbeiter beherrschende Macht verausgabten, mit den schwersten Entbehrungen ersparten Summen in eine gegenseitige Versicherungscasse gezahlt: dauernd gesicherter Wohlstand und Hebung des Arbeiterstandes, des gesammten Judustriezweiges und des Staates wären die mathematisch sicheren Folgen davon gewesen; die socialen Kriege haben nur Verarmung und Rückschritte herbeigeführt!

Wenn die Gewerkvereine das ganze Gewerbe umfassen, wenn sie Bestiger und Arbeiter, wie unsere Knappschaftsvereine in der Form es schon jetzt thun, in sich vereinigen, dann wird für jeden einzelnen Betheiligten der höchste Nuten erzielt, dann werden die materiellen und socialen Unterschiede

am sichersten und besten allmälig ausgeglichen.

Durch die allgemeine Ginführung der leicht zeitgemäß zu vervollkommnenben bergmännischen Anappschaftsvereine ist das für den Ginzelnen und das Ganze segensreiche, sociale Ideal der Gewerkvereinsbestrebungen zu erreichen.

Das Referat des Grafen von Paris über die Aufnahmen der englischen Untersuchungscommission resumirt sich und schließt (S. 135) mit den Worten und der Ansicht: daß die englischen Gewerkvereine in ihrer jetigen Gestalt theils dazu dienen können, ein gutes Einvernehmen zwischen den Unternehmern und Arbeitern herzustellen und zu besestigen, theils, was noch wünschensem werther, unter günstigen Umständen selbst dazu bewogen werden können, anderen Gesellschaften, welche noch geeigneter erscheinen dieses gute Einvernehmen zu sichern, den Platz zu räumen!

Obgleich der in socialer Beziehung im Vergleich zu dem unfrigen seitens der Unternehmer noch bis vor ganz kurzer Zeit so überaus willkürlich und rudfichtslos geführte englische Bergwerksbetrieb diese Gewerkvereine als natur= gemäße Reaction mit einer gewissen Berechtigung und Zweckmäßigkeit hervor= gerrufen hat, fo sind die Resultate derselben, wenn man die Rosten und die Risiten für die Brivat= und Staatswirthschaft in ein Exempel zusammenstellt, boch im bochsten Grade ungunftige. Bei uns find im Bergbau die Ziele ber englischen Gewerkvereine, einschließlich der idealsten, d. h. die Versicherung in temporarer und dauernder Erwerbsunfähigkeit, die kurzere Arbeitszeit, relativ hohes Lohn, Ausschluß der Frauen= und Kinderarbeit längst erreicht und es wäre nicht motivirt, wenn wir wieder zu den ersten embryonischen Entwickelungszuständen der socialen Organisation eines Industriezweiges zurückgreifen wollten. In der deutschen Bergiverksindustrie waren die einseitigen Cassen und die daraus emporblühenden Strikes seit 4 Jahrhunderten ein überwundener Standpunkt. Erst die laissez-kaire et laissez-aller Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte, die dem Bergwerksgewerbe altbewährte fociale Einrichtungen genommen hat, ruft die Discuffion dieser bei uns früher längst zum praktischen Abschluß gekommenen Fragen wieder mach.

Wenn in dem letzten Jahrzehnt in Essen und Waldendurg für die Bergarbeiter unheilvolle Strikes angezettelt werden konnten, so liegt die Ursache darin, daß der Bergmann sein gewerbliches Schiedsgericht wieder herbeisehnt; noch jetzt kommen dei Lohnsstreitigkeiten die Verzleute zu den Kgl. Revierbeamten, — die sämmtlich selbst Bergarbeit betrieben haben und dis zum Jahre 1861 als Kgl. Berggeschworene die Gedingelöhne zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach Pflicht und Gewissen zu ermitteln hatten, — und bitten um Regulirung ihrer Angelegenheit; die Leute müssen alsdann auf den Rechtsweg verwiesen werden, von dem sie aber nur sehr selten Gebrauch machen.

In der Organisation der, auf Grund gegenseitiger Versicherung materiell zu einem einheitlichen Ganzen zu verschmelzenden Mitglieder eines Berufsftandes, d. h. aller einzelnen, bezw. verwandten Gewerdszweige; aller Hauptwege, auf denen die Menschen um das Dasein kämpfen: darin beruht die aussichtsreiche und segensreiche Lösung der socialen Frage.

Es ist aber endlich an der Zeit, daß der Staat, daß die Vertretung der Gemeinschaft der Staatsbürger in der Vertretung der gemeinsamen Insteressen präventivpolizeilich auftrete; lange genug ist die Regierung durch die Besolgung des laissez-faire und laissez-aller Systems von ihrer Hauptaufgabe, der präventivpolizeilichen Wirksamkeit fern gehalten worden!

Die Zeit drängt zur endlichen Lösung der socialen Frage. Das berechtigte Streben der großen Masse der Bevölkerung durch pflichttreue Arbeit in den erwerbsfähigen Jahren des Lebens sich eine gesicherte unabhängige Existenz während des ganzen Lebens zu verschaffen, läßt sich nur auf eine Weise dauernd befriedigen. Sine genossenschaftliche Bereinigung der Arbeiter allein würde nicht ausreichen, es würden hieraus stets einseitige aggressie, also die

thatsäcklich vorhandene Gemeinschaft schädigende Angriffe gegen andere Berufs= classen resultiren.

Die nach Maßgabe vorstehender Ausführungen fortzubildenden Knappschaftsvereine bilden aber das Muster, nach dem Werksbesitzer und Arbeiter innig durch ihr materielles Interesse mit einander verbunden, den Schwankungen ihres Industriezweiges und den Stürmen der Zeit ruhigen Blickes entgegensehen können.

Capital und Arbeit sind Functionen ein und derselben materiellen Lebensfraft; Capital und Arbeit sind nur abstract theoretisch verschiedene Begriffe,
thatsächlich aber sind sie auf das Innigste miteinander verbunden und in unaushörlicher Wechselwirkung erzeugt das eine das andre; Capitalisten sind auch
Arbeiter und Arbeiter sind auch Capitalisten.

Wer auf den abstract theoretischen Unterschied zwischen Capital und Arbeit sußend thatsächlich in die Gewerbe-Organization eingreisen, abstracte Vertreter beider Beziehungen erst auf Grund der Theorie schaffen und danach die Interssellenten eines Industriezweigs auseinanderreißen und theilen will, der sieht den Wald vor Bäumen nicht.

Im gesunden deutschen Bolksleben ist nicht, grauen Theorien Rechnung tragend, jeder Industriezweig — wenn auch nur vorübergehend als Mittel zum Bweck — durch Auspfropfung englischer Gewerkvereine in zwei seindliche Lager zu theilen, sondern den thatsächlichen Berhältnissen und practischen Bedürfnissen entsprechend sind alle Theilhaber eines Industriezweigs durch eine Organisation gegenseitiger Versicherung in und durch diesen Industriezweig zu verbinden zu einem frischen grünen Baume deutschen glücklichen Bolks- und Familienlebens, der auf dem goldenen Boden deutschen Handwerks erwachsen, auch für alle Jukunft allen Angehörigen der Interesseneinschaft und dem alle Interesseneinschaften vereinigenden Vaterlande goldene Früchte tragen wird.

Unfre alte deutsche Organisation des Bergwerksgewerbes wollen wir nicht nur nicht weiter zerreißen lassen, sondern sie im Hindlick auf ihre historischen Grundlagen und die modernen Verhältnisse reorganisirt den andern jüngeren deutschen Fabrikgewerben als Muster hinstellen!

Die englischen Gewerkvereine haben sich sociale Instructionen und Gesetze erkämpsen müssen, die die deutschen Bergarbeiter nie verloren hatten; sie sind ihrer Natur nach Kampsgenossenschaften, eine natürliche Reaction gegen die, in Folge der Manchester-, d. i. mangelnden Gesetzgebung stattsindenden Aussbeutung der menschlichen Arbeit durch die Arbeitgeber.

Die für diese Zwecke eingehenden Kriegskosten werden nur während des socialen Friedens für Unterstützung Kranker und Invalider ausgegeben, hoffentslich wird aber die natürliche Fortbildung der Gewerkvereine in der Zugrundeslegung des Friedensverhältnisses als des normalen Zustandes bestehen, hoffentslich wird der Staat nicht länger pflichtvergessen auf einem Steckenpferde reitend zusehen, wie sich seine Angehörigen in socialen Kämpsen zerreißen und versbluten.

Wenn auch die Arbeitseinstellungen nicht der theoretische Zweck der Gewertvereine sind, so sind sie doch das fast stets resultirende Mittel zur Erreichung ihrer Anforderungen; da nun dies Mittel meist allein als Folge der einseitigen Coalition in die Oefsentlichkeit tritt, so wird es nicht ganz mit thatsächlichem Unrecht als Zweck der Gewerkvereine erscheinen.

Die Coalition an sich ist segensreich, um die etwaige ungebührliche Ausnutzung des Sinzelnen auszuschließen, sie darf aber keine einseitige sein, sonst ist für jeden Betheiligten, wie für die Gesammtheit das Heilmittel schlimmer

als das Uebel.

Die Einseitigkeit entspricht aber auch sehr wenig dem Charakter des deutschen Bolkes und es ist die jett nicht ein Procent der Arbeiter diesen einseitigen Organisationen gewonnen; wenn aber die Gesetzgebung noch serner versäumt, den Arbeitnehmern das zu gewähren und zu garantiren, was sie z. B. in der deutschen Bergwerksindustrie seit Jahrhunderten besassen, so ist es nur natürlich, daß dieselben außerhalb suchen, was ihnen zu Hause nicht geboten wird und den so schädlichen einseitigen Verbänden zur schweren Gesfährdung der deutschen Industrie beitreten.

Da es für die menschliche Arbeit in jedem Beruf ein natürliches Bedürfniß und Bestreben ist, den möglichst hohen Preis für dieselbe zu erhalten, der Arbeitgeber aber höchstens einen bestimmten Preis für dieselbe geben kann, so ist es naturgemäß zur Regulirung der Verkaufsbedingungen menschlicher Arbeit durch eine, für einen bestimmten Bezirk und einen bestimmten Industriezweig frei gewählte Vertretung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zurückzukehren.

Diese Bertretung, die auch Arbeitsgelegenheit vermitteln und statistische Untersuchungen anstellen wird, hat die natürliche Grenze zwischen den natürlichen Bestrebungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu ermitteln und fest-

zustellen.

Die von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den provinciellen Borftand des Gewerbes in gleicher Anzahl frei und direct gewählten Bertreter haben zum Leiter der Debatte und zur Entscheidung bei Stimmengleichheit einen juristisch gebildeten Borsitzenden mit allgemeinem Bertrauen, also einstimmig zu wählen.

Durch dies Ehrenpräsidium eines rechtsgelehrten, von allen Parteien geachteten, unparteiischen Mannes werden die Verhandlungen gemäßigt, objectiver und gründlicher, und es wird mit dem Recht zugleich die Sinigung sicherer gefunden werden; zudem tritt bei dieser Organisation kein Theil des Vor=

standes vor dem andern zurück.

Wenn so von einem solchen Vorstande nach bestem Wissen und Gewissen nach der Wahrheit gesorscht und entschieden ist, so werden auch alle Betheiligten sich der Entscheidung fügen, denn im deutschen Volke steckt das Gefühl für Chre und Pflicht.

Die aus der Wirksamkeit des Borstandes unter Anderem resultirenden, in der preußischen Bergwerksindustrie noch dis vor Aurzem und seit Jahrshunderten üblichen Normallöhne haben die segensreiche Folge, den Arbeitgeber in der Concurrenz und den Arbeitnehmer vor den Lohnsschwankungen möglichst

Schriften V. — Alterspenfionscaffen.

zu sichern; nicht eine zeitweilig hohe Einnahme wird von einem soliden Manne

erstrebt, sondern eine mäßige, aber fortgesett genügende.

Lohnberhöhungen mussen ben standard of life steigern, sonst sind sie nur schädlich; wo nicht vorher das Consumtionsbedurfniß durch erhöhte Bilbung geweckt ist, da bewirken höhere Löhne nur Zerstörung des Familienglücks; sind sie aber rechtzeitig eingetreten, so sind sie nützlich und heben auch dadurch den Nationalwohlstand, daß nun mehr Rohproducte im Inlande selbst fabricirt und consumirt werden, also der dabei erzielte Unternehmergewinn und Steuersertrag im Vaterlande bleibt.

Die bedeutenden Schwankungen in den Einnahmen des Einzelnen zerrütten den Haushalt, die Sittlichkeit und damit die Civilisation des Staates. Gerade wenn die Löhne am höchsten stehen und bei der Blüthe der Industrie hohe Löhne schon bei geringerer Arbeitsleistung verdient werden, dann erhebt die das wahre Glück aller arbeitenden Staatsbürger vergistende Sumpfpslanze der Socialdemokratie ihr Haupt und die Fürsten der nicht arbeiten wollenden Classen ergreifen das Wort.

Ein schmerzlicher, aber heilsamer Rückgang der Industrie macht dann bald wieder die jeden gebildeten Menschen beglückende ewige Wahrheit überzeugend klar, daß nur durch fortgesetzte fleißige Arbeit im Beruf während der arbeitsfähigen Zeit des Lebens ein ausreichendes Einkommen für alle Tage des Lebens, also die Wohlhabendheit erworben werden kann.

Daß diefes sociale Ziel aber auch von allen jetzt politisch vollbürtigen Staatsbürgern erreicht werbe, dafür wollen wir wirken, so lange es Tag ift!

Die traurige, in letzter Zeit aus bedeutendem Munde wieder aufgefrischte alterthümliche Anschauung, daß nicht alle Menschen zur Theilnahme an den Culturfortschritten berufen seien, ist auf das Entschiedenste zurückzuweisen; der alleinige Zweck der gesammten Volkswirthschaftslehre ist die sittliche Hebung aller Mitglieder einer Nation.

Die noch so vielkach verbreitete alte schöne Sitte, junge Leute vor ihrer Ausbildung zu geistiger Arbeit ein Handwerf erlernen, und die jetzt endlich um sich greisende neue gute Sitte, den Handwerfeitern in Fortbildungsschulen, durch Bereinsvorträge, Bibliotheken und Zeitungen höhere geistige Nahrung zukommen zu lassen, ist sowohl für die Solidität der geistigen, wie der materiellen Arbeit nur vortheilhaft.

Die Wissenschaft wird badurch nicht verflacht, sondern solider fundirt, sie wird durch Bermehrung empirischer Entdeckungen zu rascherem Ausschwung geführt, jeder Mensch aber wird ein nützlicheres Mitglied seines Gewerbes, seiner Gemeinde und seines Baterlandes.

Dringend wünschenswerth ware die Ausdehnung der Schulpflicht bei Knaben aller Confessionen bis zum Beginn der Arbeitsfähigkeit, also bis zum 15. oder 16. Jahre; das jetzt bestehende Interregnum wirkt durchweg höchst nachtheilig und könnte so zweckmäßig von obligatorischen Fortbildungsschulen durch gewerbliche, rechtliche, polizeiliche 2c. Belehrungen nugbar gemacht werden.

Ein Drittel des Tages sei der Hauptbeschäftigung, ein Drittel der Neben-

beschäftigung und Erholung, ein Drittel dem Schlaf gewidmet.

So nothwendig und segensreich zu dauerndem Lebensglück angestrengte Arbeit ist, so lebt man doch nicht, um nur zu arbeiten, sondern man arbeitet

um wahrhaft menschenwürdig zu leben.

Wie also die menschliche Arbeit die Boraussetzung eines wahrhaft menschenwürdigen Daseins ist, so ist sie doch nur Mittel zum Zweck und muß jedem einzelnen Staatsbürger auch die Möglichkeit zur Wahrnehmung feiner ander= weiten Aufgaben in der menschlichen Gesellschaft gewähren und sichern.

Wer anerkennt, daß im vollen Ertrage der menschlichen Arbeit eines Tages nicht nur das für diesen Tag aufzuwendende Consumtionsquantum, sondern auch noch ein Theil des für einen Tag der erwerbsunfähigen Zeit bes Lebens erforderlichen Confumtionsquantums steckt, der muß auch die Nothwendigkeit der gesetzlichen Ginführung der Bersicherungspflicht anerkennen.

Wenn den gebildetsten Arbeitern, den höheren Staatsbeamten ihre, doch auch durch die Arbeit schon verdiente Versicherungsprämie bei jeder Gehaltszahlung zugleich baar mitausgezahlt würde, würden wohl Alle diese Prämien fortgesetzt zu ihrer Invaliden=, Wittwen= und Waisenversicherung in freien Benfionscaffen benuten, ober würden nicht Biele die einzeln geringen Brämienraten für die laufenden Bedürfnisse mit verausgaben und später ber Bettelei und der Armenverforgung der Commune anheimfallen?

Wie kann also die fortgesetzte freie Betheiligung an Benfionscaffen von der

großen Masse ber Bevölkerung vorausgesett werden?

Wer wahrhaftig die Arbeiter aller Stände dem Proletariat entreißen will durch ihre eigne Arbeit, der muß auch die Ginführung der Versicherungs=

pflicht burch die Gefetgebung wollen.

Den relativ wenigen Mitgliedern eines Berufs, denen die besondere Bersicherung gegen erwerbsunfähige Beit für sich und die Ihrigen nicht von Bebeutung erscheint, benen muß die Zahlung ber relativ geringen statutenmäßigen Brämien erft recht ohne Bedeutung sein.

Bahlen sie aber Prämien ohne Benfionen zu beanspruchen, so find fie Chrenmitglieder des Berufszweiges; bei den schon jest durch die gesetliche all= gemeine Versicherung beglückten Ständen, 3. B. beim Beamten= und Soldaten= stande, möchte indest wohl kaum eine Berfonlichkeit auf die zuständigen Benfionen Verzicht geleistet haben.

Zumal bei vielen Industriezweigen die Besitzverhältnisse sehr schwankende sind, liegt also keine Beranlassung vor, die Arbeitgeber von der Bersicherung ihres und der Ihrigen nothwendigen Lebensunterhalts nach Maaßgabe des

Statuts zu entbinden.

Die allgemeine Militärpflicht hat die Selbstständigkeit des Staates, die Schulpflicht die geistige Bildung feiner Angehörigen geschaffen, die Berficherungs= pflicht entreißt sie dem Proletariat durch ihre Arbeit.

Zusammenfassung bes Gutachtens:

1) Jeder Staatsbürger muß durch seine volle Arbeit während der arbeitsfähigen Beit des Lebens gegen die natürlichen Rothstände des Lebens, d. h. gegen zeitweilige Unterbrechung der Erwerbsfähigkeit (Krankheit) und gegen die materiellen Folgen des Erlöschens der Arbeitsfähigkeit (Invaliden=, Wittwen= und Waisenthum) materiell voll versichert sein, wie es in Deutschland die Beamten, Soldaten, Bergleute, Salinenleute mit ihren Angehörigen, jene mehr, diese weniger, - schon sind.

Wie weit die practische Durchführung bieses wichtigften Grundsates davon entfernt ift, die freie Concurrenz menschlichen Strebens zu beschränken,

zeigen die angegebenen, seit Jahrhunderten bewährten Beispiele.

2) Zu dem Zwecke sind unter den Mitgliedern gleicher oder ähnlicher Berufszweige zur kameradichaftlichen, den Rächsten wie sich selbst liebenden Ausgleichung individueller Unterschiede im Bedarf auf Gegenseitigkeit gegründete und unter einander mit Gegenseitigkeit ausgestattete Bersicherungscassen für alle Staatsbürger, also auf dem Wege der Gesetzgebung zu gründen.

3) Jede dieser gewerblichen Versicherungscassen theilt sich sachgemäß in Krankencassen (einzelne Werke oder kleine Sprengel), eine Bensionscasse (mit provinciellem Umfang) und eine Unfallversicherungscaffe (für das Reich).

4) Die provincielle Penfionscoffe des Gewerbes bildet den Mittelpunkt der Organisation der Arbeit im Lebensberuf und der darauf gegründeten Bersicherung.

Die Krankencassen sind nur die localen Agenturen der Bensionscasse, die Unfallversicherungscasse dagegen ist nur das gemeinschaftliche clearing house für die von allen Benfionscaffen gemeinschaftlich zu tragenden Folgen des durch Unfall eingetretenen Invaliden=, Wittwen= und Waisenthums.

5) Die Pensionscasse wird verwaltet auf Grund des gesetzlichen Statutes durch eine bestimmte Bahl frei, direct, in gleicher Anzahl und auf bestimmte Beit gewählte, zu bestimmter Beit theilweise ausscheidende Bertreter ber betr. Arbeitgeber und Arbeitnehmer; Diefer Vorftand wählt zum Leiter feiner Berathungen und mit einer nur bei Stimmengleichheit entscheidenden Stimme einstimmig einen juriftisch gebildeten Bertrauensmann.

6) Diefer provincielle Vorstand des Gewerbes, der frei und direct von allen Betheiligten gewählt ist, bilbet zugleich das Arbeits- und Einigungsamt bes Bezirks; er stellt seine Beainten an zur Caffenführung, Krankenpflege, zur Fabrifinspection bezüglich Durchführung und Instandhaltung der Maagregeln zur Sicherung von Leben und Gefundheit, zur technischen Belehrung und zur vorläufigen Entscheidung, beziehungsweise localen Untersuchung von Lohn= streitigkeiten. -

Nach diesen Grundsätzen sind meines Erachtens die Knappschaftscassen zu reorganisiren und die Bensionscassen zu organisiren zum Beile unseres deutschen

Baterlandes.

Bur Regelung des Invaliden-Pensions-Cassenwesens.

B on

G. Behm in Berlin.

Vor be merkung: Als mir der ehrenvolle Auftrag wurde, das nachsstehende Gutachten abzugeben, war ich eben im Begriffe, meine Ansicht über den in der Aufschrift bezeichneten Gegenstand zu rerössentlichen. In der "Berliner Bürgerzeitung") besindet sich ein Artikel von mir "über Arbeiterschwalden-Cassen und Invalidenversorgung", in welchem ich bereits diesenigen Gedanken kurz angedeutet habe, welche den Hauptinhalt der folgenden Zeilen bilden. Ich sach sach nach meiner Ansicht der Schwerpunkt der ganzen Angelegenheit in der Frage liegt, ob der Beitritt zu den Pensionscassen obligatorisch zu machen sei oder nicht. Es ist daher der betressenals. Namentlich glaubte ich bei der Neuheit der Invaliden-Pensionsversicherungen in dem Bersicherungswesen der mathematisch-statistischen Grundlage für die Construction der Pensionscassen besondere Ausmerksanteit zuwenden zu sollen.

I. Ift überhaupt statt des Bensions = Cassenwesens die Capital= versicherung für Arbeiter vorzuziehen?

Gewiß giebt es manche Gesichtspunkte, von denen aus die Bejahung dieser Frage hinreichend motivirt, oder doch wenigstens die Einrichtung solcher Anstalten für höchst zweckmäßig und wünschenswerth erscheinen könnte, bei denen es dem Arbeiter frei gestellt wäre, nach seiner Wahl entweder die Berssicherung eines Capitals oder einer Rente zu nehmen. Nicht selten dürfte sich dem zur Ausübung seiner Berusszeschäfte unfähig gewordenen Arbeiter durch locale und Familienverhältnisse die Gelegenheit bieten, ein kleines Geschäfte einzurichten und dasselbe entweder selbst zu betreiben oder durch seine Frau oder ein anderes Familienglied betreiben zu lassen, wenn für ihn bei seinem Eintritt in den Zustand der Invalidität ein entsprechendes Einrichtungs= und

¹⁾ Mr. 30, 54, 74 und 77 biefes Jahrganges.

134 G. Behm.

Betriebscapital disponibel wäre. Für derartige Fälle würde also die Capitalversicherung vorzuziehen sein, da durch dieselbe dem Arbeiter die Möglichkeit
gegeben wäre, aus dem Betrage der durch seine Beiträge erworbenen Competenzen einen höheren Nutungswerth zu ziehen, als dies durch den Empfang
einer entsprechenden lebenslänglichen Rente der Fall ist.

Ferner dürfte auch aus folgender Erwägung die Capitalversicherung angemessener erscheinen und vielkach von den Arbeitern dem Pensions-Cassenwesen vorgezogen werden. Wenn der Arbeiter nach eingetretener Invalidität in den Genuß der versicherten Rente gelangt ist und bald darauf verstirbt, so wird das empfangene Aequivalent für seine vielleicht lange Jahre hindurch gezahlten Beiträge nur gering sein, während andererseits die Capitalversiches

rung auch den Hinterbliebenen zum Bortheil gereicht.

Solchen und ähnlichen Argumenten kann jedoch vom Standpunkte der Staatsgesellschaft bei der Entscheidung der obigen Frage ein Gewicht nicht beigemessen werden. Die Staatsgesellschaft hat z. B. gar kein unmittelbares Interesse daran, wenn ein invalide gewordener Arbeiter durch geschäftliche Ausnutzung eines versicherten Capitals zu Wohlstand gelangt, und auch der etwaige Nuten der Capitalversicherung für die Hinterbliebenen eines im Zusstande der Invalidität verstorbenen Arbeiters dürfte mit Rücksicht auf anders

weitige Erwägungen für bedeutungslos zu erachten sein.

Zur Beantwortung der obigen Frage muß man sich zunächst den Zweck klar machen, welchen die Versorgung der invaliden Arbeiter hat. Jeder gesunde, mit bedeutenden körperlichen und geistigen Abnormitäten nicht behaftete Mensch besigt von Natur denjenigen Fond, welcher unter geordneten wirthsichaftlichen Verhältnissen zur Beschaffung des Lebensunterhalts für sich und eventuell die Seinigen ausreicht, nämlich seine Arbeitskraft. Nun treten mit einer gewissen Regelmäßigkeit Fälle ein, in denen dieser Fond, die Arbeitskraft, früher absorbirt ist, bevor die Lebenskraft erlischt, und es entsteht die Frage, in welcher Weise der pecuniäre Mangel, welcher durch die Differenz in der Dauer zwischen der Arbeits= und der Lebenskraft herbeigeführt wird,

fich beseitigen läft.

Es kommt darauf an, Beranstaltungen zu treffen, durch welche im Fall des Eintritts der Invalidität die Mittel dargeboten werden, welche ausreichend sind, die Kosten des ferneren Lebensunterhalts zu bestreiten. Ueber diese Grenze hinaus liegt bezüglich der Alters= und Invalidenversorgung der Arsbeiter ein directes allgemeines Interesse und Invalidenversorgung der Arsbeiter ein directes allgemeines Interesse nicht vor. Das allgemeine Interesse an der Angelegenheit dürfte aber bei Abgrenzung der Leistungen der ins Leben zu rusenden Institute als maßgebend zu erachten sein. Mit einer solchen, durch das allgemeine Interess se an der Bersorgung der invaliden Arbeiter bedingten Einschränkung ist nun der Bezriss der Capitalverssicherung unvereindar. Bon dem hier angedeuteten Gesichtspunkte aus betrachtet, würde nämlich sir den Fall der Capitalversicherung das Bersicherungsobject nicht ein von vorn herein feststehender Betrag sein können, sondern wäre als eine von der Dauer des Invaliditätszustandes abhängige Größe erst bei der Auszahlung selbst zu normiren, was nur insoweit möglich ist,

als es sich um die Bestimmung des Baarwerthes derjenigen laufenden Beträge handelt, welche beim Abschluß der Bersicherung für die Tage der Arbeitsunfähigkeit in Aussicht genommen sind. Wenn Diefer Baarwerth für eine große Anzahl von Invaliden bestimmt wird, so erhält man dadurch einen Capitalmerth, welcher mit seinen Zinsen hinreichend ift, die Rosten bes ferneren Lebensunterhalts für die ganze Gemeinschaft ber Invaliden zu bestreiten. Dagegen ist die Wahrscheinlichkeit dafür, daß der für den einzelnen Invaliden berechnete Baarbetrag genau die Capitalsumme angiebt, welche für die Er= haltung bes einzelnen Lebens erforderlich ist, eine unendlich kleine Größe. Neben dieser technischen Schwierigkeit giebt es aber noch Gründe rechtlicher Natur, welche gegen eine Capitalversicherung zur Versorgung der invaliden Arbeiter sprechen, sofern man bei Lösung der Frage über die durch das all= gemeine Interesse bedingte Grenze nicht hinausgehen will. Jede Bersicherungs= nahme, möge diefelbe durch eine Police documentirt sein oder nicht, fällt in das Gebiet ber Berträge. Nun ift aber ein foldjes Capital, welches zur Erfüllung des oben bezeichneten Zweckes dienen foll, nicht fo definirbar, daß dasselbe als Object eines rechtsquiltigen Versicherungsvertrages behandelt merben könnte. Eine Capitalversiderung, welche sich lediglich auf die Erfüllung des obigen Zweckes beschränkt, ist daher meines Erachtens aus rechtlichen Gründen unmöglich.

Wollte man dagegen von der gedachten Beschränkung absehen, und einen bestimmten durchschientlich en Capitalbetrag in Aussicht nehmen, so würde teineswegs die Sicherheit dafür gewonnen sein, daß der invalide gewordene Arbeiter für die fernere Dauer seines Lebens in den Bestig der Mittel zu seinem Unterhalt gelangt. Zwar wird es mehrsach vorkommen, daß Invaliden von kurzer Lebensdauer von dem bei der Versicherung bestimmten Capital einen Theil für die Hinterbliebenen zurücklassen; aber andererseits wersden viele Fälle eintreten, in denen der invalide Arbeiter auch bei der größten Sparsamkeit mit dem versicherten Capital für die Dauer seines Lebens nicht ausreicht, und daher doch schließlich der Armenpslege oder der Alimentations

pflicht der Angehörigen zur Last fällt.

Ich will hierbei bemerken, daß es nach meinem Ermessen nicht wohlsgethan sein würde, wenn mit der Invalidenversorgung noch Nebenzwecke, etwa die Bersorgung von Wittwen und Waisen der Arbeiter, verknüpft werden sollten. Je bestimmter man das zu erreichende Ziel abgrenzt und klar stellt, desto mehr darf man auf Ersolg hossen. Die Versorgung der Arbeitersinvaliden an sich bietet so bedeutende Schwierigkeiten, daß von der Versolgung irgend welches Nebenzweckes vollständig abgesehen werden muß. Zudem beruht die Fürsorge für Wittwen und Waisen wesentlich auf andern rechtlichen Voraussezungen. Die Versorgung der Invaliden, soweit sich das allgemeine Interesse auf dieselbe erstreckt, kann nur durch die Pensionsversicherung erreicht werden In Vereinigung Vieler zu demselben Zwecke werden die Mittel zur Versorgung beschafft, und in der Vereinigung allein können die erworbenen Mittel in der Weise vertheilt werden, daß der in Aussicht genommene Zweck bei jedem Einzelnen erreicht wird. Auch ist noch darauf

136 3. Bebni.

hinzuweisen, daß im Falle der Capitalversicherung die dem Arbeiter ein= für allemal ausgezahlte und für die gange fernere Lebenszeit bestimmte Summe durch irgend einen zufälligen oder selbstverschuldeten Umstand verloren geben

und dadurch ber beabsichtigte Zweck vereitelt werden kann.

Unfere gegenwärtigen Lebensversicherungsanstalten find übrigens nicht ge= eignet, ein Capital zu versichern, welches mit dem Eintritte der Invalidität zur Auszahlung gelangt. Dieselben haben bei ihrer jetigen Einrichtung nur Die Absterbeordnung zur statistischen Unterlage, mahrend die Capitalversicherung für den Invaliditätsfall noch die Berücksichtigung eines zweiten statistischen Moments, nämlich der Invaliditätswahrscheinlichkeit, voraussett. geringen Entwidelung ber Invaliditätsstatistik durften aber wohl nicht sehr viele Lebensversicherungsanstalten schon jetzt geneigt sein, die Capitalversicherung für den Invaliditätsfall in ihren Geschäftsbereich zu ziehen. Wenn daher die nach meiner Ansicht zweckwidrige Capitalversicherung zur Bersorgung der Ar= beiter für den Eintritt ihrer Invalidität wirklich in Aussicht genommen werden sollte, so würde hüchst mahrscheinlich nichts anderes übrig bleiben, als besondere Anstalten dazu ins Leben zu rufen.

II. Ist die gesetliche Regelung des Bensionscassenwesens für erforderlich, beziehungsweise für wünschenswerth zu erachten?

Die Beantwortung biefer Frage wird verschiedentlich ausfallen, je nachdem für die zu begründenden Institute der Beitrittszwang eingeführt, oder der Beitritt dem Belieben der in Betracht kommenden Bersonen anheim ge= stellt werden soll.

Es soll nun zunächst die Frage der Nothwendigkeit der gesetlichen Regelung der Angelegenheit unter Berücksichtigung des Falles der Beitritts=

pflicht in Erörterung gezogen werden.

Für die preußischen Bergarbeiter besteht bereits der Zwangsbeitritt zu den Knappschaftscassen, welche gleichzeitig auch Benfionsanstalten sind. Anappschaftscaffen sind jedoch in sich so abgeschlossene eigenthümliche Institute, daß es fraglich erscheinen dürfte, ob es zweckmäßig sei, die neu zu treffenden Einrichtungen auch auf diese Anstalten auszudehnen. Nach meinem Dafür= halten wird es gut sein, die Knappschaftscassen ganz für sich bestehen zu lassen, und dieselben denjenigen Reformen zu unterwerfen, welche etwa durch Die gegenwärtigen Zeitverrältnisse geboten find. Ich febe baber von ben, Diese Anstalten betreffenden gesetzlichen Vorschriften gang ab. —

Bei der vorliegenden Frage kommen zunächst diejenigen Arbeiter in Betracht, welche ber Gewerbeordnung unterliegen, nämlich die Gewerbegehülfen,

Gesellen, Lehrlinge und die Fabrikarbeiter.

Benngleich die Gewerbeordnung des deutschen Reichs für die selbstftandigen Gewerbetreibenden Die früher bestandene Berpflichtung zur Mitgliedschaft bei einer mit einer Innung verbundenen, oder außerhalb derselben bestehenden Kranken=, Hülfs= oder Sterbecasse in Fortfall gebracht hat, so be= steht doch für die vorhergedachten Bersonen der Beitrittszwang nach wie vor.

Derselbe ift nur insofern gemildert, als benjenigen Gewerbegehülfen und Kabrifarbeitern, welche nachweisen, daß sie einer andern Kranken=, Hülfs= oder Sterbecasse angehören, nicht mehr zur Mitgliedschaft zu einer beftimmten berartigen Caffe herangezogen werden können. Es ift nun bie Frage, ob diese Beitrittspflicht zu einer gewerblichen Hülfscasse sich auch da= hin beuten läßt, daß auf Grund berselben die betreffenden Arbeiter auch zu einer Vensionsanstalt herangezogen merben können. Die Verhältnisse ber gewerblichen Hülfscassen werden nach der Berordnung vom 9. Februar 1849 durch Ortsstatut geregelt, und wenn eine Commune die Bildung solcher Un= stalten nicht in die Hand nimmt, so können dieselben nach §. 3 des Gesetzes vom 3. April 1854 durch Anordnung der Regierung nach Anbörung der Gewerbetreibenden und der Communalbehörde ins Leben gerufen werden. Der Zweck solcher gewerblichen Sulfscaffen ift gesetzlich nicht bestimmt vor= geschrieben, und es ist daher wohl möglich und mehrfach thatsächlich der Fall, daß aus folden Caffen andauernd erwerbsunfähigen Mitgliedern laufende Unterstützungen verabfolgt werden. Zwischen Diesen Hülfscassen und den be-absichtigten Pensionsanstalten besteht aber ein mesentlicher Unterschied. Bei ersteren richten sich die Leistungen lediglich nach den vorhandenen Mitteln. während lettere von vorn herein so construirt werden muffen, daß zur Er= füllung ber mit rechtlicher Wirkung eingegangenen Berbindlichkeiten die er= forderlichen Mittel vorhanden sind Wollte man nun durch eine Abanderung ber Ortsstatuten eine solche Reform ber gewerblichen Sulfscaffen herbeiführen, daß dieselben auch als wirkliche Benfionsanstalten angesehen werden könnten, so wurde dadurch meines Erachtens in die Bestimmung der Gewerbegesetzgebung ein Sinn hineingezwungen, welcher mit der hiftorisch entwickelten Bedeutung des gewerblichen Hulfscaffenwesens nicht vereinbar ift. Aber auch eine folde Umgestaltung der Hülfscassen würde in Betreff der Verpflichtung zur Pensionsversicherung ohne Bedeutung sein, da nach der oben gedachten Bestimmung der Gewerbeordnung die hier in Betracht stehenden Arbeiter nur aum Beitritt zu irgend einer Sulfscoffe verpflichtet und Die Leiftungen der letteren nicht bestimmt normirt sind. Die Gewerbegehülfen u. f. w. würden demnach immer in der Lage fein, sich einer folden Casse anzuschließen, bei der Benfionsversicherungen nicht bestehen.

Soll für die zu errichtenden Pensionscassen der Beitrittszwang eingeführt werden, so reicht die bestehende Gesetzehung nicht aus und ist die gesetzliche

Regelung des Benfionscaffenwesens eine Nothwendigkeit.

Anders jedoch wird das Urtheil über die Nothwendigkeit der gesetlichen Regelung des Pensionscassenwesens ausfallen, wenn man von der Ansicht aussgeht, daß der erstrebte Zweck in hinreichendem Grade durch die freiwillige Betheiligung der Arbeiter und Arbeitgeber zu erreichen ist. Man muß hier die beiden Fragen in Erwägung ziehen, ob bei der bestehenden Gesetzgebung

1) die Bildung und Vermögensverwaltung einer Penfionscaffe überhaupt

möglich, und

2) den versicherten Arbeitern eine hinreichende Garantie für die Solidität des Unternehmens geboten ift.

138 G. Behm.

Was die Frage ad 1 betrifft, so liegt es klar, daß der Bildung von neuen Cassen der in Betracht kommenden Art ein gesetzliches Hinderniß nicht im Wege steht, daß erfahrungsmäßig im Laufe der Zeit unter dieser Gesetzgebung vielsach Sterbecassen und dergleichen entstanden sind und segensreich aewirkt haben.

Das allgemeine preußische Landrecht schreibt für die Errichtung solcher Anstalten die Einholung der landesherrlichen Genehmigung vor. Dieser Bestimmung wurde bei dem Erlaß des Strasgesetzbuches für die preußischen Staaten vom Jahre 1851 Rechnung getragen, welches in seinem §. 340 Nr. 6 denjenigen mit Strase bedrochte, der ohne Genehmigung der Staatsebehörden, Aussteuers, Sterbes und Wittwencassen oder dergleichen Gesellschaften oder Anstalten errichtet, welche bestimmt sind, gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes oder gegen Leistung von Geldbeiträgen, deim Eintritt gewisser Bedingungen oder Termine Zahlungen an Capital oder Rente zu leisten. Es ist demnach unzweiselhaft, daß die in Aussicht genommenen Pensionsecassen zu denjenigen Instituten gehören, zu deren Gründung unter der ehemaligen preußischen Gesetzgebung die staatliche Genehmigung unbedingt ersforderlich war.

Die angezogene Bestimmung des preußischen Strafgesetzbuches ist in S. 360 Nr. 9 des Strafgesethuches des deutschen Reichs mit der Modification beibehalten worden, daß es als Einleitung zu ber Bestimmung heißt: "Ber gefetlichen Bestimmungen zuwider, ohne Genehmigung ber Staatsbehörden, Aussteuercaffen u. f. w. errichtet." Dieser Ginleitungsfat der strafgesetlichen Bestimmung hat nun eine lebhafte Erörterung darüber veranlaßt, ob in Gemäßheit der neueren gesetzlichen Vorschriften die staatliche Genehmigung zur Errichtung von Pensions- und ähnlichen Cassen überhaupt noch erforderlich fei. Dieser Streitpunkt muß in Bezug auf Die vorliegende Frage für unerheblich bezeichnet werden. Wenn man sich nicht in Vorurtheilen verloren hat, so wird man sich wohl überzeugt halten dürfen, daß die zur Genehmigung befugte Staatsbehörde das Interesse des Staats an der Errichtung von Instituten für die Berforgung der invalide gewordenen Arbeiter nicht verkennen und die Genehmigung gewiß nicht versagen wird, wenn nach ber Fassung des zur Priifung eingereichten Statuts ber Bestand ber Casse und die Sicherung der Rechte der Cassenmitglieder genügend verbürgt erscheinen. Ich muß es daher als den Interessen einer solchen Casse entgegen= stehend betrachten, wenn mit Rudficht auf die etwas dunkle Fassung der Einleitung zur oben angeführten Bestimmung bes neuen Strafgesetzbuches in ber Meinung, zur Errichtung einer solchen Caffe sei die staatliche Genehmigung nicht mehr erforderlich, die Ertheilung der letzteren nicht beantragt wird. Daß dieses Bestreben nach einer möglichst freisinnigen Auslegung der strafge= setzlichen Bestimmung unter den gegenwärtigen Verhältnissen den in Rede stehenden Cassen in der That zu einem großen Rachtheile gereicht, durfte wohl zur Evidenz aus folgender Ermägung hervorgehen. Zur Verwaltung einer Penfion8=, Sterbe= ober bergleichen Casse ist bas Recht ber juristischen Berson einer solchen Anstalt nicht nur munschenswerth, sondern sogar un=

bedingt erforderlich. Ohne dieses Recht kann ein solches Casseninstitut niemals zu einer gedeihlichen Entwickelung gelangen. Eine Casse ohne das Recht einer juristischen Person wird von den Staatsgesetzen als vorhanden gar nicht anerkannt. Es fehlt jede rechtliche Beziehung zwischen der Casse und den einzelnen Mitgliedern. Die Mitglieder sind in Bezug auf Beitragszahlung und Pensionsempfang, also in Angelegenheiten, welche dem Privatrecht angehören,

der Caffenverwaltung gegenüber vollständig rechtlos.

Wenn einem Mitgliede einer mit den Rechten der juristischen Berson nicht ausgerüfteten Caffe 3. B. aus irgend einem Grunde im Falle ber ein= getretenen Arbeitsunfähigkeit ber Betrag ber Pension vorenthalten wird, so ist dasselbe nicht in der Lage, seine wohlbegründeten, vielleicht auch nur ver-meintlichen Ansprüche durch Beschreitung des Rechtsweges zur Geltung zu bringen; denn es ist Niemand da, der vor dem Gesetz als Berklagter gelten fonnte, wenn nicht etwa die Aufnahme zur Caffe unter Bedingungen erfolgt ift, nach denen ein Vorstandsmitglied oder sonst eine Berson der Cassen= verwaltung dem einzelnen Mitlgiede gegenüber als verpflichtet zu betrachten In diesem Falle aber könnte gar nicht davon die Rece sein, daß das Recht auf die Benfion durch die Mitgliedschaft zur Caffe erworben wird, sondern es ware die Berficherung durchaus nichts anderes, als ein Privat= vertrag zwischen zwei einzelnen Bersonen Cassen aber, beren einzelne Mit= glieder der Berwaltung oder der Gesammtheit gegenüber vollständig rechtlos find, dürften body wohl nicht als empfehlenswerth erscheinen. Ja, es dürfte vielleicht überhaupt als fraglich zu bezeichnen sein, ob in einem Rechtsstaate Caffeneinrichtungen für zuläffig erachtet werden können, bei benen ber Rechtsweg ausgeschlossen ist, zumal nach g. 1 ber Einleitung zur allgemeinen Ge= richtsordnung in Sachen des Privatrechts eine Berzichtleiftung auf den Rechts= weg nicht stattfinden kann.

Andererseits ist die Nothwendigkeit des Rechtes der juristischen Person für eine Pensionscasse schon darum einleuchtend, weil ohne dieses Recht die Casse nicht im Stande ist, alle diejenigen Mittel und Wege zu ergreisen, welche zur sicheren und vortheilhaften Veranlagung der ihr übergebenen Verssicherungsbeiträge ersorderlich sind. Eine Casse, welche nicht als eine juristische Person anerkannt ist, kann weder Gelder auf Hypotheken verleihen, noch sonst

irgendwie rechtliche Verträge abschließen.

Wodurch gelangt nun bei den gegenwärtig in Preußen geltenden Bestimmungen eine solche Casse in den Besitz des Rechtes der juristischen Person? Nach der bestehenden Verwaltungsprazis einzig und allein durch die Ertheilung der staatlichen Genehmigung zur Gründung der Casse. Die staatliche Genehmigung dieser Cassen wird auf Grund einer Cabinetsordre vom 27. Sept. 1839 durch den Oberpräsidenten ausgesprochen, wenn die Wirksamteit der zu gründenden Casse auf einen Oberpräsidialbezirk beschränkt bleiben soll; wird dagegen ein weiterer Geschäftskreis für die Anstalt in Aussicht genommen, so erfolgt die staatliche Genehmigung durch den Minister des Innern.

Bereinen sich Beamte zur Bildung einer solchen Bersicherungscasse, so

erfolgt die Genehmigung durch den betreffenden Ressortchef in Gemeinschaft mit dem Minister des Innern. Die so auf Grund der gedachten Cabinetssordre erfolgte staatliche Genehmigung schließt für die gegründete Casse die Berleihung des Rechtes der juristischen Person ohne Weiteres in sich.

Es kann nun allerdings für zweifelhaft erachtet werden, ob die staatliche Genehmigung auch für die außer dem Geltungsbereiche des allgemeinen Landrechts entstehenden Cassen von derselben rechtlichen Wirkung ist, da in der Cadinetsordre vom Jahre 1833 ausdrücklich auf diesenigen Fälle Bezug genommen wird, in denen die staatliche Genehmigung nach der betrefsenden Bestimmung des allgemeinen Landrechts erforderlich ist. Indessen wird auch in denseinigen preußischen Landestheilen, in denen Französisches Recht u. s. w. gilt, in Betress der Verleihung des in Rede stehenden Rechtes an Sterbes und ähnliche Cassen so lange in der besagten Weise versahren, die etwa in Folge eines Rechtsspruches eine Aenderung sich als nothwendig herausstellen wird.

Es ist also nach den in Preußen bestehenden gesetzlichen Einrichtungen nicht nur die Gründung von Arbeiterpensionscassen, sondern auch die Aussstatung derselben mit den zur gedeihlichen Entwickelung ersorderlichen Rechten sehr wohl möglich. Inwieweit ist nun durch die bestehende Gesetzgebung eine Garantie für die Solidität der Versicherungscassen geboten?

Specielle Vorschriften bezüglich dieses Punktes bestehen in unserer Gesetzgebung überhaupt nicht. Das allgemeine Landrecht bestimmt nur, daß die Rechte und Pflichten der Interessenten solcher Cassen nach dem vom Staate bestätigten Plane zu beurtheilen sind. Demnach beruht die Garantie für die Solidität der Cassenunternehmungen im Wesentlichen in der Auffassung der bestätigenden Staatsbehörde. Wenn diese dei der Prüfung des Cassenstates, was als Thatsache wohl vorauszusetzen ist, immer die erforderliche Vorsicht bevbachtet, so ist auch ohne Aenderung der gegenwärtigen Gesetzgebung die Sicherheit der Cassenirichtungen genügend verdürgt. Demanach liegt, wenn der Beitrittszwang nicht eingeführt werden soll, eigentlich die Nothwendigkeit der gesetzlichen Regelung des Pensionscassenwesens nicht vor.

Anders dagegen wird die Antwort lauten, wenn es sich um die Frage handelt, ob die gesetzliche Regelung wünsch en swerth sei? Hier muß ich ohne Weiteres mit: Ja! antworten. Schon in Bezug auf die Sterbe= und Wittwencassen u. s. w. muß es als ein empsindlicher Mangel bezeichnet werden, daß gesetzliche Vorschriften für die Organisation dieser Anstalten nicht bestehen. Dieser Mangel wird hinsichtlich der Pensionscassen noch mehr hervortreten, da diese Institute in dem Versicherungswesen noch neu sind, und gegenüber den obengenannten Cassen viele Eigenthümlichkeiten besitzen, welche nach den Erfahrungen aus dem bisherigen Cassenwesen nicht wohl beurtheilt werden können.

Ich muß mein Urtheil über die obige Frage dahin abgeben, daß die gesetzliche Regelung des Vensionscassenwesens für den Fall der Einführung

des Beitrittszwanges unbedingt nothwendig, unter allen Umständen aber sehr wünschenswerth ist.

III. Soll das Gesetz ben Beitritt zur Pensionscasse für die Arbeiter obligatorisch machen?

Wenn man die Erwartung hegen darf, daß der angestrebte Zweck ebensowohl durch den freiwilligen, als durch den erzwungenen Beitritt erreicht
werden kann, so wird es schon als ein Gebot der politischen Staatsklugheit
anzusehen sein, wenn von jedem Zwange abgesehen wird, da dieser voraussichtlich zu vielen Mißhelligkeiten und Schwierigkeiten führen wird, die vermieden werden, sobald das Princip der Freiwilligkeit des Beitritts erfolgreich
zur Geltung gelangt. Wie nun aber durch die Schwierigkeiten, welche der
Zwangsbeitritt zur Folge haben wird, der ganze Plan zur Errichtung von Arbeiterpensionscassen zum Scheitern gebracht werden kann, ebensowohl kann
bei Einführung des Princips der Beitrittsfreiheit das ganze Bestreben erfolglos bleiben. Es konnnt nun darauf an, ohne jede Voreingenommenheit
in ruhiger Ueberlegung zu erwägen, welche der beiden Alternativen am

gunftigsten für die Erreichung des gesteckten Zieles spricht.

Wenn die Lösung der Frage des Benfionscassenwesens vom allgemeinen social=politischen Gesichtspunkte aus in Angriff genommen wird, so kann der Zweck des Unternehmens nicht nur darin bestehen, daß Institute ins Leben gerufen werden, welche vielleicht nur von einem verschwindenden Bruchtheile der arbeitenden Bevölkerung zur Penfionsversicherung benutt werden; vielmehr muß das Bestreben darauf gerichtet sein, die Wohlthaten der Invalidenversorgung möglichst allgemein zu machen, — mit andern Worten, es muß als Ziel die Lösung ber socialen Frage, soweit biefe es mit den Berhältniffen der in den Zustand der Invalidität getretenen Arbeiter zu thun hat, ins Auge gefaßt werden. Diesem Ziele wird man nicht wesentlich näher kommen, wenn man Caffen errichtet, in ber gewiffen Boraussetzung, für Diefelben keine oder nur sehr wenige Mitglieder zu finden. Nach meinen Erfahrungen muß ich es als höchst zweiselhaft bezeichnen, daß sich eine hinreichende Zahl von Arbeitern freiwillig ben Benfionscaffen anschließen wird. Selbst fur ben Fall, daß durch die Mitgliedschaft den Arbeitern nur sehr mäßige Opfer auferlegt werden, kann man eine allgemeine Betheiligung nicht sicher in Aussicht Diese Ansicht wird schon burch einen hinweis auf die Berhältnisse der von den Gewerkvereinen ins l'eben gerufenen Verbandsinvalidencasse be= gründet. Nach dem von dem Herrn Dr. Max Hirsch auf dem zweiten Verbandstage der Gewerkvereine erstatteten Jahresbericht zählten diese Ende 1872 die Zahl von 18863 Mitgliedern. Wenn hiervon die Maschinerbauer und Metallarbeiter, für welche eine besondere Invalidencasse besteht, mit der Zahl von 4168 Personen in Abzug gebracht werden, so verbleiben dem Verbande für den gedachten Zeitpunkt noch 14,395 Mitglieder, von welchen aber nur 6886 der Berbandsinvalidencasse angehörten. Ich will nun zugeben, daß Fälle vorliegen mögen, in benen Mitgliedern ber Gewerkvereine wegen ju

boben Lebensalters die Aufnahme in die Invalidencasse versagt werden mußte: aber die Zahl dieser Fälle kann nicht erheblich sein, da auf dem Berbands= tage ausdrücklich constatirt worden ist, daß das durchschnittliche Lebensalter bei den Mitgliedern der Invalidencasse höher sei, als bei den Gewerksvereins= mitgliedern im Allgemeinen. Wenn nun auch ferner einzelne Mitglieder der Gewerkvereine der Invalidencasse aus dem Grunde nicht beigetreten sind, weil sie bereits anderweitig für ihre Altersversorgung Schritte gethan haben, so wird man unter Berucksichtigung ber hier angedeuteten Falle doch immer zu dem Schlusse kommen müssen, daß eine sehr große Zahl, ja vielleicht die Mehrzahl der Mitglieder der Gewerkvereine aus anderen Gründen nicht die Absicht hat, der Invalidencasse beizutreten. Der hauptsächlichste Grund für diefe Erscheinung mag nun wohl darin liegen, daß den Arbeitern Caffeneinrichtungen, welche aus der freien Initiative eines Bereins heraus gebildet werden, nicht sicher genug erscheinen. Aber auch abgesehen hiervon kann man die angeführten Zahlen wohl in keinem Falle als ein gunftiges Argument für die Ansicht gelten laffen, daß die Lösung der Penfionscaffenfrage durch die Einführung bes freiwilligen Beitritts zu ermöglichen fei. Es tritt dies um= somehr hervor, wenn man bedenkt, mit welcher Lebhaftigkeit die Agitation für die Berbandsinvalidencasse geführt wird. Dazu kommt noch, daß Diese Caffe ihren Mitgliedern nur gang geringe Beiträge abverlangt. Wie foll es nun erft möglich sein, die Arbeiter zum freiwilligen Beitritt zu bewegen, wenn die Beitragsfätze bedeutend höher normirt werden?

Ich muß noch eine statistische Notiz aus dem gedachten Jahresberichte hervorheben. Zu Anfang des Jahres 1872 hatte die Casse einen Bestand von 4999 Mitgliedern, während des Jahres einen Zugang von 3600 Mitgliedern. Dagegen sind im Laufe der Jahre 1713 Mitglieder aus z geschieden. Woraus erklärt sich dieser Abgang, welcher den 4ten Theil

bes am Jahresschlusse vorhandenen Mitgliederstandes ausmacht?

Ferner darf hier wohl erwähnt merben, daß feiner Zeit der Central= verein für das Wohl der arbeitenden Classen eine Invaliden= und Alters= versorgungscasse ins Leben rufen wollte. Derselbe mußte aber die leidige Erfahrung machen, daß die arbeitenden Classen selbst zur Theilnahme an dem Institut nicht bewogen werden konnten, tropdem bereits ein Garantiecapital von 20,000 Thalern beschafft worden war. Solche Erfahrungen lassen es doch wohl mehr als zweifelhaft erscheinen, daß die Versorgung der Arbeiterinvaliden durch die Einführung des Princips der Beitrittsfreiheit Wohl erkennen die Arbeiter in ihrer übergroßen Mehr= bewirkt werden kann. zahl die Nüplichkeit und Zweckmäßigkeit der Invalidenversorgungeinstitute an; aber durch die Mühen des Augenblicks und durch die täglichen Sorgen wird der Gedanke an die spätere Zukunft in den Hintergrund gedrängt, so daß die Arbeiter ohne äußere Veranlaffung nicht leicht zu bem Entschlusse kommen, sich die Opfer zur Erreichung eines von ihnen selbst als segensreich an= erkannten Zweckes aufzuerlegen.

Um die Schwierigkeit der Gründung lebensfähiger Kenfionscassen und die Unzulänglickkeit des Princips der Beitrittsfreiheit zur Erreichung des

gesteckten Zieles im rechten Lichte erscheinen zu lassen, ist es nothwendig, das Gebiet der Zahlen zu betreten. Zur Entscheidung darüber, ob freie, ob Zwangscassen, muß man sich vorweg eine bestimmte Vorstellung von dem Verhältniß zwischen Leistung und Gegenleistung der Pensionsversicherungsanstalten zu bilden suchen. Ich bin daher genöthigt, in einige statistische

Erörterungen einzutreten.

Eine Invaliditätsstatistit von allgemeinem Umfange giebt es zur Zeit überhaupt noch nicht; nur für vereinzelte Berufszweige hat man in neuerer Zeit statistische Daten gesammelt, welche das Verhältniß zwischen den arbeitsfähigen und invaliden Personen sestzustellen bestimmt sind. Am längsten werden solche Erhebungen in den Knappschaftscassen gemacht, aber in einer Weise, welche bei näherer Betrachtung sich als vollständig unzureichend erweist, für die Invaliditätserscheinungen ein statistisches Geses aufzustellen. Es wird in der Haupssche fast nur angegeben, wie viele arbeitsfähige und arbeitseunfähige Mitglieder einem Knappschaftsverbande angehören.

Am bekanntesten sind die Zusammenstellungen, welche der Geheime Regierungs-Rath Dr. Hüsse seiner Zeit gegeben hat. Derselbe kommt in einer Abhandlung aus dem Jahre 1856 — welche mir nicht bekannt ist — nach den Angaben Hehnis zu dem Resultat, daß 68 Invaliden auf 1000 arbeitsfähige Personen zu rechnen sind. In einer spätern Arbeit (Programm der polytechnischen Schule in Dresden, 1859) spricht sich Hüsse dagegen dahin aus, daß auf 1000 active Mitglieder mindestens 90 Invaliden kommen. Da gerade die Knappschaftsstatistit das meiste Material über Invalidität bietet, so dürfte es nicht übersslissig sein, dieselbe hier etwas näher in Be-

trachtung zu ziehen.

Ueber die der preußischen Bergverwaltung unterstellten Knappichaften werden seit dem Jahre 1862 regelmäßig statistische Daten zusammengestellt. Jedoch ist es sehr zu bedauern, daß in der preußischen Anappschaftsstatistik eine Erhebungsmethode zur Anwendung fommt, welche vielfach in fehr wefent= lichen Bunkten den Anforderungen an eine rationelle Personalienstatistik nicht genügt. In den ersten Jahren, bis 1866, wurde eine Unterscheidung der Cassenmitglieder nach dem Lebensalter überhaupt nicht vorgenommen, und vom Jahre 1867 ab werden die Erhebungen nach Maßgabe eines Formu= lars ausgeführt, das bezüglich der Invalidität und Mortalität eine Unterscheidung der Personen nach gewissen Altersgruppen vorschreibt, im Uebrigen aber die Verfolgung eines wiffenschaftlichen Zieles nicht erkennen läßt. her ist bei Aufstellung von Verhältnifzahlen nach den Angaben der Knapp= schaftsstatistit die größte Borsicht geboten, und es muß hier noch besonders hervorgehoben werden, daß aus den Zahlen dieser Statistik die verkehrtesten Refultate gezogen worden sind. Die meisten Knappschaftsvereine haben ftanbige und unftanbige Mitglieder, von benen die letteren nur insoweit pensionsberechtigt sind, als ihre Invalidität in Folge einer Berunglückung bei der Arbeit eingetreten ist. Die in den Registern der Knappschaftsvereine geführten Invaliden sind mithin zum weitaus größten Theile aus den ständigen Anappen hervorgegangen, und es ist daher bei der Feststellung des Berhält=

nisses zwischen activen Cassenmitgliedern und Invaliden auf den angegebenen Umstand Rücksicht zu nehmen. Bei der großen Beweglichkeit der unständigen Knappschaft ist es überhaupt gerathen, von den Zahlen ganz abzusehen, welche in Betreff dieser Kategorie von Personen gesammelt sind. Ich habe aus der Statistik der ständigen Mitglieder der preußischen Knappschaftscassen nachstehenden Auszug gemacht.

| Erhebung8= jahr. | Stänbige Mitglieber am Anfange be8 Jahre8. | Zugang während des Jahres. | Ausgeschieben während bes Jahres. | Invalide ge= worden während des Jahres. | Zahl ber Invaliben zu Unfang bes Zahres. |
|---------------------|---|----------------------------------|---|--|---|
| 1. | 2 | 3. | 4. | 5. | 6. |
| | • | |] | | |
| 1862 | 61838 | 7632 | 3716 | 874 | 4661 |
| 1863 | 64118 | 7058 | 4340 | 822 | 5000 |
| 1864 | $\boldsymbol{65245}$ | 8429 | 4317 | 917 | 5243 |
| 1865 | 67597 | 8942 | 3418 | $\boldsymbol{923}$ | 5617 |
| 1867 | 72455 | 12040 | 4221 | 1088 | 6252 |
| 1868 | 78978 | 11699 | 4382 | 1205 | 6968 |
| 1869 | 88589 | 14891 | 6478 | 1366 | 7602 |
| 1870 | 102174 | 11775 | 13060 | 1493 | 8664 |
| 1871 | 97905 | 17892 | 7628 | 1378 | $\boldsymbol{9263}$ |
| 1872 | 109690 | 24006 | 7024 | 1489 | 9638 |
| Summa | 808589 | 124364 | 58584 | 11555 | 68916 |

Für das Jahr 1866 stand mir das Material nicht zu Gebote. Die in Spalte 6 angegebenen Zahlen bedürfen noch einer Correction, da in den statistischen Tabellen vom Jahre 1867 ab nicht mehr außeinander gehalten ist, wie viele der vorhandenen Invaliden auß der ständigen und wie viele auß der unständigen Knappschaft hervorgegangen sind. Nehmen wir an, daß die betreffenden Zahlen in demselben Verhältniß zusammengesetzt sind, in dem während eines Jahres Invaliden auß den ständigen und auß den unständigen Cassennitzliedern hervorgehen, so reducirt sich, da in den genannten Jahren neben 11555 ständigen Mitzliedern 887 unständige in den Zustand der Invalidität getreten sind, die Summe der Spalte 6 auf 64537. Mithin kommen — für den Ansang des Jahres gerechnet — auf 1000 active Mitzglieder 80 Invaliden, wobei auf die in vielen Knappschaftsvereinen neben den Ganzinvaliden vorhandenen Halbinvaliden keine Rücksicht genommen ist.

Bietet nun das Verhältniß zwischen den dienstschiegen und den inactiven Mitgliedern einen genügenden Anhalt zur Bestimmung von Pensions-Cassens-Beiträgen? Man spricht oftmals von dem Beharrungszustande einer Verssicherungscasse, in dem das Verhältniß zwischen den zahlenden und empfangenden Theilnehmern constant ist. Wäre ein solcher Beharrungszustand für irgend ein Casseninstitut vorhanden, so würde es ein Leichtes sein, nach den Ers

fahrungen besselben für eine andere Anstalt derselben Urt die erforderlichen Beiträge durch eine ganz einfache Berechnung zu bestimmen. Ein solcher Beharrungszustand tritt aber thatsächlich niemals ein; er sann nur singirt und durch Rechnung dargestellt werden, wenn statistische Grundlagen bereits bekannt sind.

Ueber die Unzulässigetit der Annahme eines Beharrungszustandes bei Cassenberechnungen habe ich mich an einem andern Orte ausführlich ausgesprochen 1), und ich würde es für einen Fehler halten müssen, wenn unter Zugrundelegung des Zahlenverhältnisses zwischen den activen und invaliden Mitgliedern, wie es von Hülfe angegeben, oder aus der preußischen Knappschaftsstatistik sich ergiebt, die Beiträge für die projectivten Arbeiter-Pensions-Cassen seinen sollten.

Eine andere Zahl die bei der Feststellung der Cassenbeiträge etwa in Betracht zu ziehen sein möchte, ist diesenige, welche angiebt, wie viele Personen aus der Gesammtheit irgend einer geschlossenen Gesellschaft im Laufe eines Jahres in den Zustand der Invalidität treten. Nach der obigen Tabelle gehen aus 1000 ständigen Mitgliedern der preußischen Knappschaftsvereine

$$\begin{array}{c}
11555 & .1000. \\
808589 & +\frac{124364}{2} & -\frac{58584}{2} & = 13,73
\end{array}$$

Invaliden jährlich hervor.

Diese Zahl, welche analog der Benennung des entsprechenden Quotienten in der Mortalitätsstatistit als Invaliditätsziffer zu bezeichnen sein dürfte, bietet aber ebensowenig, wie das oben besprochene Zahlenverhältniß, diesenige Stabilität, welche für die Grundlagen zur Construction einer lebensfähigen Versicherungsanstalt ersorderlich ist.

Es ist dasser nothwendig, für die Invaliditätserscheinungen nach Zahlen zu suchen, welche von der Stärke, mit der die einzelnen Altersgruppen in einer Gesellschaft vertreten sind, so wie von der Vermehrung und Verminderung der Mitgliederzahl unabhängig sind. Wie das Ziel der Mortalitätsstatistik die Aufstellung einer Absterdeurdnung ist, so muß bezüglich der Invalidität das Bestreben darauf gerichtet sein, ein statistisches Gesetz für die Wahrscheinlichkeit aufzusinden, nach welcher mit dem fortschreitenden Lebensalter der Eintritt in den Zustand der Arbeitsunfähigkeit zu erwarten steht.

Den ersten Versuch, nach Art der Sterblichkeitstafeln eine Tabelle für die Invalidität zu bilden, hat vor etwa zwei Jahrzehnten der verdienstvolle Dr. Hehm in Leipzig gemacht. Derselbe stützte sich dei der Aufstellung seiner Hypothese auf die Ermittelungen Hüse's, so weit diese wegen ihrer Unvollstommenheiten überhaupt verwendbar waren. Hehm suchte zunächst ohne Berücksichtigung des Lebensalters einen mittleren Werth für die Invaliditätswahrscheinlichseit zu bestimmen, indem er von dem Gedanken ausging, daß, wenn für eine Gesellschaft der Beharrungszustand eingetreten, die Zahl der

¹⁾ Behm, Die Elementarlehrer-Wittwen- und Waisen-Cassen vom Standpuntte: wissenschaftlicher Brincipien beleuchtet.

im Laufe eines Jahres verstorbenen Invaliden gleich der Zahl der während bes gleichen Zeitraumes in den Zustand der Invalidät getretenen Mitglieder der Gesellschaft sein muß. Für den Beharrungszustand nahm er nach den von Hülfte 1856 gemachten Angaben auf 1000 active Mitglieder die Zahl von 68 Invaliden an und glaubte die Sterblichkeit unter den Invaliden im Maximum nicht über 3 % setzen zu dürfen. Unter diesen Annahmen ergiebt sich eine mittlere Invaliditätsmahrscheinlichkeit von $68 \times 0.03 = 2.04$ %. b. h. auf 1000 active Mitglieder sind 2,04, oder abgerundet, 2 Invaliden zu rechnen. So richtig dieser einfache, in dem Begriff des Beharrungs= zustandes begründete Gedankengang auch ist, so unzulässig find — worauf ich später furz zurücksummen werde -- Die gemachten Bahlenannahmen. gefundene mittlere Wahrscheinlichkeit zerlegte Benm in einen für alle Altersstufen constanten, die Invalidität aus Verunglückungen repräsentirenden Theil und in einen mit dem Lebensalter variablen Theil, durch welchen die in Folge von Krankheit und Altersschwäche eintretende Invalidität zum Ausdruck gebracht werden follte. Für die Hälfte aller Invaliditätsfälle nahm henm Berunglückung an und glaubte den variablen Theil seiner mittleren In= valivitäisziffer in der Weise richtig auf die einzelnen Lebensjahre zu vertheilen, daß er für das 20ste Lebensjahr 0,00002 aufette und diese Zahl nach der einfachen geometrischen Progression derartig wachsen ließ, daß sich als Invaliditätswahrscheinlichkeit für das 79. Lebensjahr die Einheit ergab. Hieraus ist ersichtlich, daß die Henm'sche Hypothese, deren Zahlen in Tabelle A. Spalte 6 angegeben find, im Wesentlichen auf willfürlichen Annahmen berubt.

Nach dem mir zugänglichen statistischen Material muß ich nun sagen, daß diese Hypothese die Invaliditätswahrscheinlichkeit viel zu niedrig angiebt, und daß dieselbe, so fern es sich ausschließlich um die Ermittelung des Eintritts der Invalidität handelt, bei Pensions-Cassenberechnungen nicht mehr wohl zur Anwendung kommen kann. Weiter unten werde ich jedoch darauf zurückskommen, daß und warum trosdem die nach der Hehmschlichen Hypothese berechs

neten Benfions=Caffen-Beiträge ben Anforderungen genügen.

Ein weiterer Schritt zur Herstellung einer Invaliditätstafel ist von dem Prosesson Dr. Zeuner gethan worden, welcher ebenfalls aus den Hülge'schen Ersahrungsresultaten in Verbindung mit anderweitigem Material nach einer äußerst sinnreichen Methode eine solche Tabelle construirt hat. Diese Tasel giebt, wie das bei der Sigenthümlichseit der bergmännischen Beschäftigung nicht anders vorausgesetzt werden kann, eine sehr große Invalidität an, und so wenig Zeuner selbst seiner Tabelle einen bleibenden praktischen Werth beilegt, so dürste dieselbe doch zur Zeit als genügender Anhalt zu Invalidenpensionsberechnungen sur Bergwertsarbeiter und Versonen ähnlicher Beschäftigung, z. B. Maschinenbauarbeiter, gelten können, und man wird immerhin Zeuner darin beizustimmen berechtigt sein, daß seine Tabelle einigermaßen einen Vorzug vor der Hehm'schen Hypothese besitze. Doch will ich nebendei bemerken, daß Zeuner bei Bildung der Tabelle in seinen mathematischen Entwicklungen stillschweigend eine nie zutreffende Annahme bezüglich der Zahlen-

verhältnisse macht, nach welcher die verschiedenen Alterestufen in einer Befell= schaft von Bersonen vertreten sind. Was Projessor Zeuner für die Knappschaften versucht hat, ift von Dr. Wiegand in Betreff Der beutschen Gisenbahn= beamten in Angriff genommen worden. Auf feine Anregung läßt der Berein der deutschen Eisenbahnverwaltungen alljährlich zur Feststellung der Mortalität und Invalidität unter den gedachten Beamten statistische Erhebungen veranstalten, beren Refultate nach dem Tode Wiegand's mir zur weitern wissen= schaftlichen Bearbeitung zugestellt werben. Go weit mir bas Gebiet ber Statistik bekannt ist, barf ich wohl sagen, daß das Material aus diesen Er= hebungen zur Zeit das beste ist, welches bezüglich der Invaliditäts= erscheinungen überhaupt vorliegt. Zwar ift das Formular, nach welchem diese statistischen Daten zusammengestellt werden, noch verbesserungsfähig, aber es genügt doch vollständig den Anforderungen, welche im Interesse des Benfions= cassenwesens an die Statistit zu stellen sind. Aus den Resultaten Diefer statistischen Erhebungen habe ich zwei Invaliditätstabellen gebildet, welche in der anliegenden Tafel A. wiedergegeben find. Zu der in der Spalte 2 be= findlichen Tabelle sind die Erhebungsresultate 1868 und 69 benutzt, während zur Bildung der in Spalte 3 befindlichen Zahlenreihe das Material aus den Jahren 1868 bis 1872 verwendet worden ift. Der Schluß der beiden Invaliditätstafeln, bessen Zahlenangaben bei ber praktischen Anwendung wenig oder gar nicht ins Bewicht fallen, ift wegen ber geringen Zahl ber in Betreff der höchsten Alterestufen vorliegenden Beobachtungsfälle willfürlich gebildet.

In der Spalte 5 der Tasel habe ich diejenigen Wahrscheinlichkeinswerthe für den Eintritt der Invalidität angegeben, welche sich nach der preußischen Knappschaftsstatistist ergeben Hierzu muß ich jedoch beinersen, daß wegen der ganz ungenügenden Art der Gruppirung des Materials vielsache Reductionen vorgenommen werden mußten, deren Aussührung zum Theil ganz willsürliche Annahmen erforderlich machten, weshalb die Resultate nur wenig

auf Vertrauen Unspruch machen können.

Betrachten wir dagegen die in den Spalten 2 und 3 gegebenen Invaliditätstafeln, so ergiebt sich eine erfreuliche Uebereinstimmung, welche als ein Beweis dassir anzusehen sein dürfte, daß in den Zahlen der Tabellen das Gesetz der Invalidität für Eisenbahnbeamte in seinem wesentlichen Theile bereits zur Erscheinung komint. Es liegt mir selbstwerständlich fern, diese Tabellen als etwas Fertiges und Bollständiges hinstellen zu wollen; sie bilden nur den ersten Ansang zu einer Invaliditätstafel. Angesichts der erwähnten Uebereinstimmung jedoch werden sich auf Grund derselben schon mit genügender Sicherheit Beitragssätze zur Versicherung von Invalidenpensionen berechnen lassen. Wie allen durch die Beobachtung gewonnenen Wahrscheinlichkeitsewerthen haftet auch den Zahlen der Tabellen ein wahrscheinlicher Fehler an. Für die in der Spalte 3 gegebenen Zahlen habe ich den wahrscheinlichen Fehler berechnet und in Spalte 4 verzeichnet.

Es wird mir nun vielleicht entgegnet werden, daß die Invalidität für Eisenbahnbeamte in den Zahlen der Tabellen zwar ihren Ausdruck finden könnte, daß jedoch in Betreff der arbeitenden Bevölkerung ein anderer

Berlauf der Invaliditätserscheinungen zu erwarten stehe. Ich will die Berechtigung einer solchen Entgegnung nicht ohne Weiteres in Abrede stellen. Zunächst ist zu berücksichtigen, daß der Eintritt in den Zustand der Invalidität fein so schaft ist zu berücksichtigen, daß der Eintritt in den Zustand der Invalidität fein so schaft markirter Borgang ist, wie der Tod, weshalb das Urtheil über die Arbeitsunfähigkeit einer Person sehr verschieden ausfallen kann. Ein Beannter wird für invalide erklärt, wenn er wegen Abnahme seiner körperlichen oder geistigen Kräfte, oder wegen eines Gebrechens zur sernern Wahrnehmung sein es Dienstes nicht mehr fähig ist.

Für die Arbeiter haben sich selbstverständlich allgemeine Normen für die Invaliditätserklärung noch nicht herausbilden können. Doch dürste auch hier von dem Grundsate auszugehen sein, daß der Arbeiter als invalide anzu= erkennen ist, wenn er die Fähigkeit verloren hat, diesenigen Arbeiten zu verrichten,

welche er berufsmäßig erlernt hat.

Aber immerhin wird es bei der Dehnbarkeit des Begriffs der Invalidität schwer sein, zu bestimmen, wann der Fall der Arbeitsunfähigkeit für den Arbeiter vorliegt, und es würde unter Umständen nicht zu den Umnöglichkeiten gehören, die Zahl der Invaliden auf ein Minimum herabzudrücken, da in sehr vielen, ja wohl in den meisten Fällen ein zur Verrichtung seiner berufsmäßigen Geschäfte nicht mehr befähigter Arbeiter nicht auch zu allen andern Arbeiten absolut untüchtig ist

Es würde jedoch gegen die Gebote der Humanität und unter Umständen ein Angriff gegen die persönliche Ehre sein, wenn man z. B. einen zur Berrichtung seiner Berufsarbeiten unfähig gewordenen Handwerker nöthigen wollte, zu den niedrigsten Dienstleistungen seine Zuflucht nehmen zu müssen. Wenn man aber als selbstwerständlich voraussetzt, daß die zu gründenden Invalidenscassen nach humanen Grundsäten verwaltet werden, so muß die Annahme, daß die Invalidität unter den Arbeitern sich als eine geringe erweisen werde,

für illusorisch erflärt werden.

Wenn von dem Locomotivpersonal abgesehen wird, dürfte wohl kaum der Eisenbahndienst als anstrengender und daher früher zur Invalidität führend bezeichnet werden können, als die Verrichtungen der Personen des Arbeitersstandes, vielmehr wird nicht ohne Berechtigung anzunehmen sein, daß im Gegentheil die meisten Vranchen, in welchen die Mitglieder der arbeitenden Classen thätig sind, die menschliche Kraft in bedeutend höherem Grade aufreiben, als der Beamtendienst bei den Sisendahnverwaltungen. Es kommt zwar nicht selten vor, daß im dienstlichen Interesse die Pensionirung solcher Beamten zwangsweise herbeigeführt wird, welche, im freien Arbeiterverhältnissstehend, ihre Beschäftigung noch auf kurze Zeit sortgesetzt haben würden. Doch glaube ich nicht, daß dieser Umstand so schwer ins Gewicht fällt, um die Annahme zu begründen, daß aus der arbeitenden Bevölkerung verhältnissmäßig weniger Invaliden hervorgehen werden, als aus dem Stande der Eisenbahnbeamten.

Ich habe es für nothwendig erachtet, der gangbaren Vorstellung über die Zahl der Invaliditätsfälle in etwas aussiührlicher Weise entgegen zu treten, weil eine unrichtige Voraussetzung bei Abmessung der Beiträge von

den unheilvollsten Folgen ist. Gewöhnlich wird von 11/2, 2 oder höchstens 3 Invaliditätöfällen auf 1000 arbeitöfähige Bersonen pr. Jahr gesprochen, und solche Angaben sind auch in der vorigen Generalversammlung des Bereins für Social-Politik laut geworden. Die Verstellung von einer so geringen Anzahl von Invalidifirungen ist durch Nichts begründet, vielmehr spricht Alles, was durch die Statistik bezüglich dieses Gegenstandes zu Tage gefördert ift, direct gegen dieselbe, und ich habe bereits darauf hingewiesen, unter welchen Voraussetzungen Hehm auf die Invaliditätsziffer von 2,04% gekommen ist. Die von Hehm benutzte Zahlenangabe Hülfe's, daß auf 1000 Active 68 Invaliden kommen, kann ich, obgleich mir die damaligen Verhältnisse des Freiberger Anappschaftsvereins nicht näher bekannt sind, als zuverlässig nicht er= Nach der preußischen Anappschaftsstatistit tann bei Berücksichtigung ber immensen Steigerung bes Bergbetriebes weber bie Zahl 68, noch - wie Hülfe später angab — die Zahl 90 als hoch genug zur Bezeichnung bes Beharrungsverhältnisses zwischen ben Invaliden und den activen Mitgliedern der Knappschaftsvereine angesehen werden. Auch hat Hehm die Sterblichkeit der Invaliden mit 3% viel zu niedrig angesetzt. Von 11024 unter ein= jähriger Beobachtung gestandenen invaliden Eisenbahnbeamten find im Laufe eines Jahres 682 verstorben, mas eine Sterblichkeitsziffer von 0,062 ober von 6,2% ergiebt, und bei der bergfertigen Knappschaft stellt sich die Sterb= lichkeit sogar (Verhältniß von 36738 zu 3120) auf 8,5%. Von 347084 unter einjähriger Beobachtung gestandenen Gisenbahnbeamten find im Laufe eines Jahres 2259 Personen invalide geworden, und es beträgt demnach die Invaliditätsziffer 6,5%, und für die Mitglieder der Knappschaftsvereine ift die entsprechende Zahl bereits oben zu 13,73% angegeben. Wenn ich unter Benutzung dieser Bahlen die von Bebin zur Bestimmung seiner Invaliditäts= ziffer angewendete Schluffolgerung umtehre, so ergiebt fich für die Eisen= bahnbeamten die Zahl von 105 Invaliden, und für die Mitglieder der Anappschaftsvereine von 162 Invaliden auf 1000 noch arbeitsfähige Per= sonen. Ich bemerke hierbei jedoch ausdrücklich, daß diese Zahlen durchaus noch nicht die Beharrungsziffer erreichen.

Die Unzulässigkeit der Annahme, daß nur 3 oder gar weniger jährliche Invalidisirungen auf 1000 Personen zu rechnen sind, ergiebt sich auch recht schlagend auß folgender Erwägung. Es dürfte wohl kaum bezweiselt werden können, daß der Stand der Geistlichen eine äußerst geringe Zahl von Invaliden liesert. Sowohl die Natur der geistlichen Verrichtungen, als das in dem Stande vorhandene Bestreben, auß moralischen Vründen bis zum Lebensende im Dienste zu verbleiben, spricht dafür. Und dennoch kann Hülße auf Grund der Erfahrungen auß dem bereits im vorigen Jahrhundert begründeten Unterstützungsverein für die Geistlichen des Königreichs Sachsen constatiren, daß auf 1000 active Prediger 34 Emeriten kommen. Nimmt man nun an, daß jeder emeritirte Prediger nach seinem Amtsauskritt noch 10 Jahre lebt, so sinder sich, daß im Laufe des Jahres von 1000 Geistlichen mehr als 3 dienstunsähig werden. Wenn man zu dieser Annahme bezüglich der Geistlichen gelangt, so ist es wohl ohne Weiteres klar, daß das gleiche

Zahlenverhältniß bezüglich der Personen aus den arbeitenden Ständen eine Klusion ist.

Außer der Invalidität muß nothwendig noch ein anderweitiges statistisches Moment in die Betrachtung gezogen werden, nämlich die schon erwähnte Sterblichkeit der Invaliden. Wie oben angedeutet, ist dieselbe viel bedeutender als diejenige der activen Personen. Von Dr. Wiegand ist bereits im Jahre 1871 auf Grund ber Erhebungeresultate ber mehr gedachten Gisenbahn= statistik aus ben Jahren 1868 und 69 eine versuchsweise aufgestellte Sterb= lichkeitstabelle für Invaliden veröffentlicht. Nach Erweiterung des Materials durch Hinzunahme von Beobachtungen aus den Jahren 1870—72 habe ich Diesen Bersuch genau nach berselben Methode wiederholt. Beide Zahlenreihen sind in der Anlage B, Spalte 3 und 4 verzeichnet, und daneben in Spalte 2 find die Sterblichkeitswerthe ber Brune'ichen Mortalitätstafel für Manner angegeben. Eine Bergleichung Dieser 3 Bahlenreihen ergiebt junächst einen bedeutenden Unterschied zwischen den Sterblichkeitswerthen der Invaliden einer= seits und den Sterblichkeitswerthen nach der Brune'schen Tabelle anderer= seits. Mit dem zunehmenden Lebensalter nähern sich, wie es auch erklärlich ift, die Sterblichkeitswerthe für Invaliden denjenigen aus der Brune'schen Tafel.

Dagegen ergiebt ein Bergleich der beiden Tabellen für Invaliden unter sich trotz des geringen Umfanges der zu Grunde liegenden statistischen Daten eine bemerkenswerthe Uebereinstimmung, und ich nehme daher keinen Unstand, diese Tabellen zur Berechnung von Leibrentenwerthen sür Invaliden anzuwenden. Bur Berechnung der unten angegebenen Beitragssätze sind die Leibrentenwerthe benutzt worden, welche Wiegand auf Grund der in Spalte 3

angegebenen Bahlen ermittelt hat.

Wenn nun Beitragsfätze für eine Invalidenpensioncasse ermittelt werden sollen, so muß zunächst darüber Bestimmung getrossen werden, ob und in welcher Weise etwa in den Jahren der Mitgliedschaft eine Steigerung der Bensionsansprüche stattsinden soll. Meines Erachtens wird es sich empsehlen, eine Steigerung der Pensionen nach der Dauer der Mitgliedschaft gar nicht einzusühren, da der durch den Eintritt der Invalidität herbeigeführte Nothstand in dem Leben des Arbeiters um so fühlbarer ist, je mehr auf letzterem die Familiensorgen noch lasten, und dies ist in der Regel mehr in den mittleren, als in den höhern Lebensjahren der Fall. Auch dürste es mit Rücksicht auf den Zweck der beabsichtigten Cassenirichtungen gerathen sein, von der Einführung jeder Carenz Abstand zu nehmen.

Unter Beachtung dieser Gesichtspunkte habe ich nun Cassenbeiträge für die Bersicherung einer jährlichen Pension von 100 Thalern berechnet. Als

Grundlage biefer Berechnung sind zur Anwendung gekommen:

1) für die activen Mitglieder die Mortalitätstafel von Brune (Männer);

- 2) für die Invaliden die in der Tabelle B, in Spalte 3, verzeichneten Sterblichkeitswerthe;
 - 3) die in Tabelle A. Spalte 3 gegebene Invaliditätstafel;
 - 4) der Zinsfuß von 4 %.

Die hiernach gefundenen Beitragsfätze find in der nachstehenden Tafel angegeben.

| Eintritt8= Alter. | Sährlicher Beitrag für eine jährliche Benfion von 100 Thalern. | Eintritt8= Alter. | Tährlicher Beitrag für eine jährliche Benfion von 100 Thalern. |
|--|--|--|---|
| Jahre. | Thaler. | Jahre. | Thaler. |
| 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 | 4,45 4,71 4,97 5,24 5,53 5,94 6,30 6,51 6,88 7,26 7,67 | 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 | 13,69 14,47 15,35 16,28 17,26 18,31 19,41 20,57 21,82 23,11 24,49 |
| 32 33 34 35 36 37 38 39 40 | 8,12 8,60 9,11 9,66 10,24 10,85 11,49 12,17 12,88 | 52 53 54 55 56 57 58 59 60 | 25,96 27,53 29,19 30,92 32,74 34,59 36,58 38,67 40,91 |

Es liegt mir nun zwar fern, diese Beitragssätze als solche zu bezeichnen, welche ohne Weiteres bei Construirung der Cassen in Anwendung zu bringen sind, und ich will hierbei sogleich bemerken, daß zur Feststellung der Cassenbeiträge es nothwendig sein wird, noch eine besondere Commission von Statistikern und Versicherungsmathematikern zu ernennen, da die Lösung dieser Frage eine Verantwortung in sich schließt, die ein Einzelner wohl kaum auf sich zu nehmen geneigt sein wird. Doch glaube ich von den verzeichneten Beitragssätzen soviel behaupten zu können, daß dieselben, in so weit sicher begründet sind, als es zur Zeit überhaupt möglich ist. Da meiner Meinung nach, wie oben schon angeführt ist, die Invalidität unter den Arbeitern zum mindesten nicht geringer ist, als diesenige der Eisenbahnsbeamten, so werden die berechneten Beiträge eher zu niedrig als zu hoch zu bezeichnen sein. Diese Ansicht muß ich auch selbst unter Würdigung des Ums

standes aufrecht erhalten, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Sterblichkeit unter den Arbeitern bedeutender ist, als hier durch die Anwendung der Brune'schen Sterblichkeitstafel angenommen worden ist. Zur Vergleichung mit den Angaben des obigen Tarifs, will ich noch einige Beitragssätze anführen, welche Hehm und Wiegand nach der Hypothese des ersteren berechnet haben, wobei ich bemerke, daß Wiegand diese Hypothese mit der Verstärkung zur Anwendung brachte, daß er die Zahlen derselben bei dem Lebensalter von 70 Jahren abbrach und alle Personen im Alter von 70 Jahren und darüber als Invaliden betrachtete.

Beiträge zur Versicherung einer Juvaliden= Pension von jährlich 100 Thalern.

| Eintritt8= Alter. | Nad; dem obigen Tarif. | Nach Hehm; 3 ½ 0% 3 insen. | Nach Wiegand; $3\frac{1}{2}$ | Nach Wiegand; 4 % Zinfen |
|--------------------------------------|------------------------------|-----------------------------|---------------------------------|--------------------------------|
| Jahr. | Thaler. | Thaler. | Thaler. | Thaler. |
| 21 | 4,45 5,53 | 5,43 6,26 | e e = | 5.09 |
| 25 30 | 7,26 | 7,68 | 6,65 8,21 | 5,92 7,38 |
| $egin{array}{c} 35 \ 40 \end{array}$ | 9,66 12,88 | 9,71 12,67 | 10,45 13,73 | $9,50 \\ 12,64$ |
| 45 50 | 17,26 23,11 | 17,08 23,79 | 18,69 $26,47$ | 17,42 24,95 |
| 55 60 | 30,92 40,91 | 34,30 51,13 | 39,80 63,21 | 37,51 60,74 |

Die Bergleichung dieser Zahlen zeigt eine überraschende, und mit Rücfsicht darauf, daß die Hehnische Hypothese die Invaliditätswahrscheinlichkeit zu geringe angiebt, sogar für den ersten Augenblick unerklärliche Uebereinsstimmung. Die Erklärung sindet sich jedoch, wenn man bedenkt, daß Hehn und Wiegand bei der Berechnung ihrer Zahlen für die Invaliden dieselbe Sterblichkeitstasel angewendet haben, wie für die arbeitskähigen Personen, wodurch der Fehler, welcher bei Lenutung der Hehnischen Hypothese zur Bestimmung der Jewalidität sich ergiebt, wieder zum Ausgleich gebracht worden ist.

Da es nun für die Berwaltung der Penfionscaffen wohl mit zu bedeutenden Schwierigkeiten verknüpft sein würde, wenn für die Mitglieder je nach dem Lebensalter Beiträge von verschiedener Höhe zu erheben wären, so muß ein solcher Durchschnittssat der Beiträge für alle Mitglieder por-

geschrieben werden, bei welchem die Einnahmen der Cassen sich nach Möglichkeit ebenso herausstellen, wie es der Fall sein wurde, wenn jedes Mitglied den für sein Beitrittsalter zu entrichtenden Beitritt zu entrichten hatte. nimint man, wenn für fämmtliche Mitglieder der gleiche Beitrag erhoben werden foll, denjenigen Tariffat, welcher dem mittleren Eintrittsalter entspricht.

Wie hoch würde nun der Beitrag zu einer Pensionscasse zu normiren

sein, für welche ein Beitrittszwang nicht besteht?

Nach den über die Invalidencasse der deutschen Gewerkvereine bekannt gewordenen Nachrichten beläuft sich bei dieser Anstalt das durchschnittliche Eintrittsalter auf 37 bis 38 Jahre, und wenn ich nicht fehr irre, haben die Erfahrungen der Lebeneversicherungsanstalten zu demfelben Resultat geführt. Unter der Annahme, daß der Beitritt zu den Invalidencassen im Durchschnitt nach Bollendung des 37. Lebensjahres erfolgt, stellt sich der jährliche Beitrag für eine Jahrespension von 100 Thalern auf 10 Thaler 26 Silbergroschen, und wenn für Verwaltungstoften u. f. w. ein Aufschlag von nur 5 % erhoben wird, so beläuft sich der Beitrag auf 11 Thaler 12 Silbergroschen.

Eine Jahrespension von 100 Thalern giebt aber für die Woche nicht einmal eine Einnahme von 2 Thalern. Diefer Betrag durfte aber, namentlich für großstädtische Verhältnisse als ein hinreichendes Invalidengeld nicht zu erachten sein; man mußte wohl wenigstens eine wöchentliche Pensionsrate von 3 Thalern in Aussicht nehmen. Die Bersicherung einer solchen Bension erfordert nach dem Obigen einen Beitrag von jährlich 17 Thaler 25 Silber= groschen oder von wöchentlich 101/3 Silbergroschen. Soll die wöchentliche Invalidenpension 4 Thaler betragen, so wird der Beitrag auf jährlich 23 Thaler 23 Silbergroschen, oder auf wöchentlich 131/2 Silbergroschen festzuseten sein.

Ist nun wohl Angesichts dieser Zahlen anzunehmen, daß sich viele Arbeiter freiwillig Inftituten anschließen werden, die solche Opfer verlangen? Berden die Arbeiter nicht fagen, diese Beiträge find uns zu hoch, wir find nicht im Stande, sie zu leisten? Daß in Diefer Beife Die Stimmung ber Arbeiter den zu gründenden Benfionscaffen gegenüber zu Tage treten wird,

scheint mir gang unzweifelhaft.

Aber könnte benn nicht die Sache in anderer Weise angefangen werden? Könnte nicht erst der Versuch mit einem geringen Beitragssatze gemacht und

dadurch bei den Arbeitern die Lust zum Beitritt angereizt werden?

Es wird jedenfalls darauf hingewiesen werden, daß bereits eine Invaliden= casse für Arbeiter, Diejenige der deutschen Gewerkvereine, besteht, welche gegen ganz geringe Beiträge annehmbare Benfionsfätze in Aussicht stellt. Ueber Diefe Casse habe ich mich in dem zu Anfang erwähnten Artikel der Berliner Bürger= zeitung näher geäußert, und ich fühle mich verpflichtet, hier wieder auf das Bestimmteste auszusprechen, daß dieselbe nicht lebensfähig ist. 1)

Von manchen Seiten wird zur Feststellung der Caffenbeiträge folgendes Berfahren in Vorschlag gebracht: Es möge zunächst ein Beitrag nach un-

¹⁾ Der Beitragsfat muß minbestens verbreifacht werben.

gefährer Schätzung festgestellt werben, ohne zunächst mit übergroßer Mengstlichkeit darauf zu achten, ob derselbe ausreichend sei oder nicht. Nach den in dem Inftitute felbst gemachten Erfahrungen sei alsbann nach und nach eine Be= richtigung des angenommenen Beitragssatzes zu bewirken. Auch in Betreff der Lebensversicherung hätten sich die rechnerischen Grundlagen ebenfalls erft mit der Entwickelung dieses Zweiges des Bersicherungswesens selbst herausgebildet. Die Lebensfähigkeit einer Berficherungsanftalt fande ihre hauptstütze in der regelmäßigen technischen Cassenprüfung, und es komme daher gar nicht so genau auf die erste Festsetzung der Beitrage an, da man stets das Mittel der Correctur zur Hand habe. Dieser Ansicht, welche hauptsächlich auch von einem bekannten Fachmanne, bein Herrn Dr Zillmer, vertreten wird, vermag ich mich nur bedingungsweise anzuschließen. Wenn nämlich bei ber ersten Festsetzung der Beiträge ein solcher Tariffatz getroffen wird, der später auf Grund der in dem Institut selbst gemachten Erfahrungen bedeutend erhöht werden muß, so ist das ein Fehler, dessen unheilvolle Folgen sich gar nicht wieder beseitigen lassen. Allerdings ist ce richtig, daß die Mortalitätstafeln erst mit der Entwickelung des Lebensversicherungswesens herausgebildet worden find. Hiermit ift aber keineswegs gesagt, bag alle Die Anstalten, beren Erfahrungen zur Bildung der Mortalitätstafel benutzt worden sind, sich auch als lebensfähig ermiesen haben. Die Arbeiterpenfionscaffen durfen aber in feinem Falle als Experimentiranstalten aufgefaßt werben. Um zu zeigen, wie wenig spätere Correctionen im Stande find, den Bestand solcher Bersicherungs: anstalten zu garantiren, beren ursprüngliche Beiträge weit unter bem richtigen Betrage festgesetzt sind, will ich an die beiden großen Wittmencassen des preu-Rischen Staates, an die allgemeine Wittwenverpflegungsanstalt und die Militair= wittwencasse erinnern. Die Beiträge ber ersteren erwichen sich bald als zu niedrig bemessen, und der Staat mußte mit seinen Mitteln dem Institut zu Hülfe kommen. 3m Jahre 1856 wurden die Beiträge auf die rationellen Sate erhöht, von denen seit dieser Zeit die Interessenten für die neu abgeschlossenen Versicherungen 7/8 und der Staat 1/8 zu zahlen haben. Aber trot Diefer Beitragserhöhung find Die bedeutenden Bufchuffe Des Ctaates nicht etwa geringer geworden, sondern es haben sich dieselben von Jahr zu Jahr somohl relativ, als absolut gesteigert. Bur Zeit übersteigen die Staatszuschuffe bereits die Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen, und es ist nach Lage ber Sache nicht anders zu erwarten, als daß die Leistung des Staats für die Bukunft noch in bedeutend höherem Mage zur Erfüllung der Berbindlich= keiten des Instituts wird in Anspruch genommen werden müssen. Dhne die Beihülfe des Staats hätte die Anstalt ihre Zahlungen bereits vor 40-50 Jahren einstellen müffen.

Genau dasselbe läßt sich von der Militairwittwencasse sagen.

Auch auf ein anderes staatliches Unternehmen dieser Art möge noch hingewiesen sein. Im Jahre 1795 wurde, hauptsächlich auf Veranlassung Teten's, die Kopenhagener Versorgungsanstalt gegründet. So große Hossenungen man auf dieses Institut setzte, so traurige Ersahrungen mußte man mit demselben machen, weil die Beiträge zu gering normirt waren. Die

ganze Kunst, nach den in dem Institute selbst gemachten Ersahrungen zu einer richtigen Normirung der Beiträge zu gelangen, konnte die Anstalt vor dem Verfall nicht bewahren. Bereits 5 Jahre nach der Gründung mußte die Anstalt zur Erhöhung der Beiträge schreiten, welche Maßnahme nach abermals 5 Jahren sich von Neuem als nothwendig herausstellte; nach Ablauf von weiteren 10 Jahren mußte der Staat, welcher die Garantie für die Anstalt übernommen hatte, mit seinen Mitteln eingreisen. Jedoch war die dänische Regierung nicht geneigt, die bedeutenden Geldsummen, die zur Erhaltung des Instituts aus Staatsmitteln erforderlich waren, auf die Dauer zu zahlen, und sie ließ daher die Anstalt wieder eingehen.

Der hinweis auf diese Bersicherungsanstalten durfte gewiß wohl die ernste Mahnung in sich schließen, bei Lösung der Frage der Arbeiterpensionscaffen

mit ber größten Borficht zu verfahren.

Leider sind die Verhandlungen über das Pensionscassenwesen vielfach geeignet gewesen, der irrigen Meinung Vorschub zu leisten, daß sich Versforgungsanstalten mit sehr geringen Beiträgen herstellen ließen, und namentlich hat sich auch dieser Irrthum in den Kreisen der Arbeiter bemerkbar gemacht. Es ist daher, wie ich wiederholen muß, keine Aussicht vorhanden, eine größere Zahl von Arbeitern zu bewegen, sich freiwillig einer Lebensfähigen

Penfionsanstalt anzuschließen.

Es giebt aber auch noch anderweitige Bedenken gegen die Ginführung des Brincips der Cassenfreiheit. Eine sogenannte freie Casse wird selbstredend darauf Bedacht nehmen muffen, daß keine, den Keim der Invalidität bereits erkennbar in sich tragende Personen zur Aufnahme gelangen. Go hat z. B. auch die Pensionscasse der deutschen Gewerkvereine die Auswahl der Mit= glieder bei der Aufnahme als eine Nothwendigkeit erfannt, und auf dem im vorigen Jahre stattgefund enen zweiten Verbandstage der Gewerkvereine ift noch befonders ein verschärftes Aufnahmeverfahren empfohlen worden. Was foll nun aber aus denjenigen Arbeitern werden, denen in Folge ihres Ge= fundheitszustandes die Aufnahme in eine freie Benfionsanstalt verwehrt werden muß? Sollen diese nach wie vor auf die Ortsarmenpflege verwiesen werden, wenn der Fall ihrer Arbeitsunfähigkeit eintritt? Wenn die Frage der Invalidenverforgung vom allgemeinen Standpunkte aus betrachtet wird, wenn jur Lösung biefer Frage Die Factoren der Gesetzgebung in Thätigkeit treten, so muß auch auf diese Personen Rücksicht genommen und ihnen die Möglichkeit des Beitritts gesichert werden?

Gegen die Errichtung besonderer Pensionscassen für die nicht normal gesunden Arbeiter sprechen so gewichtige technische und andere Gründe, daß von derselben nicht weiter die Rede sein kann. Private Cassen genügen den Anforderungen der Beit nicht. Es müssen sollten öffentliche Invaliden Berssorgungsanstalten ins Leben gerusen werden, deren Construction einen mittleren Gesundheitszustand zur Borausseung hat, und welche daher geeignet sind, auch den schwächlichen und nicht normal gesunden Arbeitern die Wohlthat

einer Benfionsversicherung zu Gute kommen zu laffen.

Wie würde sich nun die Bobe des Beitrages bei Einführung der zwangs=

weisen Mitgliedschaft stellen? Wenn die Arbeiter überhaupt gesetzlich verpflichtet werden, einer Pensionscasse beizutreten, so ist es selbstverständlich, daß der Zeitpunkt des Beitritts nicht dem Belieben des Einzelnen überlassen bleiben kann. Das Lebensalter, von welchem ab der Beitritt zur Pensionscasse obligatorisch zu machen ist, wird zwecknäßig mit Rücksicht auf die Militairpflicht etwa zu 24 oder 25 Jahren anzunehmen sein. Erfolgt der Eintritt im Alter von 25 Jahren, so ist unter Berücksichtigung eines Verwaltungskosten-aufschlages von 5 % für ein wöchentliches Invalidengeld von 3 Thalern ein Beitrag von jährlich 8 Thaler 20 Silbergroschen, oder wöchentlich $5 \frac{1}{4}$ Silbergroschen, sür ein wöchentliches Invalidengeld von 4 Thalern ein Beitrag von jährlich 12 Thalern 3 Silbergroschen, oder wöchentlich 7 Silbergroschen zu entrichten.

Der Vergleich dieser Zahlen mit den vorhin angegebenen Beitragssätzen macht die Bedeutung klar, welche der frühzeitige Beitritt der Mitglieder für die gedeihliche Entwickelung der Pensionscassen hat. Nach den Erfahrungen der Versicherungsanskalten ist es aber gar nicht anzunehmen, daß ohne die gesetzlich angeordnete Beitrittspflicht das durchschnittliche Eintrittsalter sich unter die Zahl von 36—37 Jahren herabdrücken läßt. Für eine freie Casse müssen die Beiträge demnach etwa doppelt so hoch bemeisen werden, wie

bei Einführung des Beitrittszwanges.

Es wird nun die Frage noch zu erörtern fein, ob vom Standpunkt bes natürlichen Rechtsbewußtseins aus bem Staate Die Befugniß einzuräumen ift, durch seine Gesetzgebung den Arbeitern die Beitrittspflicht zu den Benfionscassen aufzuerlegen. Nach meinem Dafürhalten ist diese Frage unbedingt zu bejahen. In jedem cultivirten Staatsleben kommt der Grundsatz zur Geltung, daß kein Staatsangehöriger dem Hungertode anheimfallen darf. Das preufifche Ausführungsgesetz zu dem Reichsgesetz über den Unterstützungewohnsit bestimmt in seinem § 1, daß jedem hülfsbedürftigen Deutschen Obdach, der unentbehrliche Lebensunterhalt, die erforderliche Pflege in Krankheitsfällen und im Falle seines Ablebens ein angemeffenes Begräbniß zu gewähren ift. Wenn nun den Armenverbänden foldze Berpflichtungen auferlegt find, fo kann doch wohl feine Barte barin gefunden werden, wenn gerade Diejenigen Berufeclaffen, aus denen die unterstützungsbedürftigen Personen hauptsächlich hervorgehen, gesetzlich angehalten werden, sich an Einrichtungen zu betheiligen, welche den Eintritt ber Hulfsbedürftigkeit abzuwenden bestimmt sind. Auch würde die Einführung eines solchen Zwanges nicht neu sein, da berfelbe für die Mit= glieder der Rnappschaften bereits besteht.

Welche Schwierigkeiten stellen sich wohl der Einführung des Beitrittszwanges entgegen? Ueberall, wo sich einzelne Arbeiter und Arbeitergenossenschaften über Pensions und Unterstüßungscassen geäußert haben, hat sich ein Widerwille gegen jeden Zwang zu erkennen gegeben; überall erschallt der Rufnach freien Cassen. Diesem Verhalten der Arbeiter gegenüber ist es merkwürdig, daß Personen aus anderen Berufsclassen, welche demselben Zwange unterworfen sind, sich meines Wissens über diesen gar nicht beklagen. Sämmtsliche preußische Beamte z. B., welche nach ihrem Eintritt in den Staatsdienst

zur Che schreiten, find zum Beitritt zur allgemeinen Bittwenverpflegungsanstalt Wenn auch einzelne derfelben die Einrichtung dieser Anstalt nicht für zwedmäßig halten mögen, wenn in einzelnen Fällen die reglementemäßigen Bestimmungen des Instituts zu bedeutenden Särten führen, so hat sich doch im Allgemeinen eine Abneigung gegen das Princip des Beitrittszwanges nicht fund gegeben, vielinehr hat sich meines Wiffens in bem Beamtenthum die Unsicht berausgebildet, daß der Beitrittszwang als eine Wohlthat zu bezeichnen sei. — Vor einem Jahrzehnt waren die preußischen Lehrer in eine lebhafte Agitation zur Berbeiführung einer bessern Lage ihrer Wittwen begriffen, aber von keiner Seite ift hierbei Rlage über ben Zwangsbeitritt zu einer Berfor= gungsanstalt laut geworden, vielmehr haben die Lehrer sich bemüht, die Ne= gierung zur Reorganisation ber bestehenden Zwangswittwencassen zu bewegen. Angesichts folder Thatsachen liegt die Frage nahe: Woher kommen gerade Die Arbeiter dazu, sich so entschieden gegen jedes Zwangscaffenwesen auszusprechen? Fehlt es ben Beamten und Lehrern etwa an Gelbstbewußtsein, um sich gegen einen unmotivirt über sie verhängten Zwang zu wehren? oder bedingt es gerade die sociale Stellung des Arbeiters, all und jeden Zwang, möge derselbe auch auf die Berbeiführung der wohlthätigsten Veranstaltungen hinzielen, von sich abzuweisen? Der Beitrittszwang zu den Arbeiterpenfions= caffen hat in seinem Zwecke soviel Gemeinsames mit dem Schulzwang, daß es nicht überflüssig sein durfte, von diesem aus die innere Berechtigung des sich kund gegebenen Widerstrebens gegen die Einführung von Zwangspensions= caffen mit einigen Worten zu beleuchten.

Durch ben Schulzwang soll bewirft werden, daß jeder Staatsbürger denjenigen Grad sittlicher und intellectueller Bildung erlangt, welcher ihn befähigt, in dem Getriebe des wirthschaftlichen Lebens seine eigenen Interessen mit der erforderlichen Umsicht wahrnehmen und sich an dem öffentlichen Leben in einer cultivirten Staatsgesellschaft betheiligen zu können. Die allgemeine Volksbildung liegt im Intereffe des Einzelnen, wie in dem der Gefammtheit. Die Arbeiterpensionscassen haben zum Zweck, den Arbeiter auch für die Zeit feiner Erwerbsunfähigkeit in dem Zustand zu erhalten, in dem es ihm ohne Aufgabe seiner Gelbstständigkeit möglich ift, Die materiellen Mittel zu feiner Existenz zu beziehen und somit vor dem Verluft bürgerlicher Rechte bewahrt zu bleiben. Sowie der Schulzwang verfolgt der Cassenzwang sowohl materielle als sittliche Ziele und ift nicht nur für den betreffenden Arbeiter selbst, sondern ouch für die ganze Staatsgesellschaft von hohem Werthe. Beide, der Schulzwang, wie der Cassenzwang, sind an sich keine absolute Rothwendigkeit zur Erhaltung bes Staatswesens. Aber troppen, daß ein civiligirtes Staatsleben sich ohne Schulzwang entwickeln kann wie England und Frankreich als Beispiele zeigen, so erachten wir Deutschen doch denselben als eines der höchsten Büter der Ration, welches wir unter keinen Umftänden aufzugeben gewillt sind. Warum erheben sich keine Stimmen zur Beseitigung des Schulzwanges. da derselbe doch auch ein Zwang ift? Die logische Consequenz würde bies fordern, wenn jeder Zwang als folcher, abgesehen von seinem Zweck, aus rechtlichen und psychologischen Gründen für verwerflich zu erachten wäre.

Meines Wissens ist in Deutschland ein ernstlicher Anlauf zur Beseitigung des Schulzwanges während der letzteren Jahrzehnte nur einmal genommen worden, nämlich von einer vor 9 Jahren — wenn ich nicht irre — in Cöln statzgefundenen Bersammlung von Mitgliedern derzenigen Partei, aus der sich die heutige ultramontane herausgebildet hat. Dagegen läßt sich constatiren, daß die vorgeschrittensten Geister fremder Nationen den Schulzwang in richtiger Würdigung seiner Bedeutung einzuführen bestrebt sind. Wir werden Jeden, der die Abschaffung des Schulzwanges herbeissühren will, mit Necht als einen Reactionär bezeichnen; dem entsprechend aber muß ich auch in der allgemeinen Einführung des Beitrittszwanges der Arbeiter zu den in Rede stehenden Ver-

forgungeauftalten einen Fortschritt erkennen.

Wenn ich nun auch den Widerwillen der Arbeiter gegen den Beitritts= zwang sachlich nicht für begründet erachten kann, so ist mir derselbe sehr wohl erklärlich. Als man die Lage der arbeitenden Classen, namentlich seit der Zeit der sogenannten neuen Aera, öffentlich in Erörterung zog, da konnte es nicht fehlen, daß sich die Aufmerksamkeit auch insbesondere auf die bestehenden gewerblichen Unterstützungscoffen richtete, welche meist mit dem Zunft = und Zopfwesen vergangener Zeiten behaftet waren. Die Unvollkommenheit dieses Caffenwesens ließ eine anderweite Regelung und Erweiterung desselben als nothwendig erscheinen. Aber unklar über die zur Erhaltung lebensfähiger Berforgungscaffen erforderlichen Mittel, glaubte man das Princip der voll= ständigen Cassenfreiheit nicht nur als eine Forderung der freiheitlichen Richtung in der Bolkswirthschaftslehre halten zu sollen, sondern meinte auch, mit demfelben größere materielle Resultate erzielen zu können, als dies bei den öffentlichen Zwangscaffen ber Fall gewesen sei. Fast allgemein galt es, Die Freiheit der Entschließung des Arbeiters als die Hauptsache bei der zu erstrebenden Reform darzustellen, wobei die Bedeutung des Benfionscaffenwesens, die Disentirung der Bedingungen zur Herstellung und Erhaltung von Invalidenversorgungeinstituten selbstverständlich in den Hintergrund gedrängt wurde. Bei Dieser Art der Behandlung hat sich namentlich in den Arbeiterkreisen eine Unficht herausgebildet, welche die Beitrittsfreiheit als ein Dogma erscheinen läßt. Wenn in Bereinen und Corporationen die Angelegenheit der Arbeiter= penfionscaffen zur Besprechung kommt, so ift nach der landläufigen Unschauung das Princip der Caffenfreiheit der Magstab, nach dem die Resultate der Berhandlung taxirt werden. Immer erscheint, um so zu fagen, wenigstens Die Ehre ber Bersammlung gerettet, wenn in irgend einer Resolution für bas Princip der Caffenfreiheit gestimmt worden ift. "Im Uebrigen sprach sich die Bersammlung gegen jeden Zwang aus," so lantet eine stereotype Redensart, mit der man die Hauptsache in der Penfionscaffenangelegenheit zum Ausdruck zu bringen glaubt. Diese Stimmung halte ich nicht für natürlich, sondern für künstlich hervorgerufen. Wenn seit der Zeit, von welcher ab die Abneigung gegen jeden Cassenzwang genährt worden ist, die Kranten=, Sterbe= und Benfionscaffen mehr nach ihrem Zweck und ihrer Bedentung für das volkswirthschaftliche Leben, als nach den Formen, unter denen die Mitgliedschaft zulässig oder geboten ist, zur Besprechung gelangt wären, so würde sich eine

solche Stimmung schwerlich unter den Arbeitern gebildet haben. Wäre seit jener Zeit die Einrichtung von Arbeiterpensionscassen als eine nothwendige Forderung unserer gesammten wirthschaftlichen Einrichtung hingestellt worden, wäre mit Nachdruck die Regelung der Versorgungsangelegenheit für die Invaliden der Arbeit in der Presse als ein Interesse der gesammten Staatsgessellschaft betont worden, wäre die Invalidenwersorgung als eine Nothwendigkeit hingestellt worden, der sich jeder Arbeiter aus Gründen der eigenen Wohlfahrt und der sittlichen Hebung unserer gesellschaftlichen Zustände fügen müsse: dann würde gegenwärtig die Frage in einem andern Sinne in den betheiligten Areisen zur Besprechung kommen, dann würde die Stimmung zur Zeit dahin gehen, daß durch die Gesetzebung solche Vorsehrungen zu tressen, durch welche ein sessen Zusammenhalt zur Erreichung eines großen Zieles versbürgt wird.

Nach meiner Ansicht ist zu einer befriedigenden allgemeinen Lösung der Frage des Pensionscassenwesens für Arbeiter die Einführung des Beitritts=

zwanges erforderlich.

Gründe dafür, daß bezüglich der Beitrittspflicht eine Unterscheidung zwischen einzelnen Arbeiterkategorien zu machen sei, weiß ich nicht anzugeben. Die Pensionscassen sind für alle Arbeiter, ohne Unterschied, gleich nothwendig. Auch die ländlichen Arbeiter möchte ich nicht von der Mitgliedschaft außegeschlossen sehen. Auch für diese Personen führt die Arbeitsunfähigkeit ebensowohl einen Nothstand herbei, wie für die städtischen. Wenn auch die ganze Lebenslage des ländlichen Arbeiters sich vielsach anders gestaltet, wie diesenige der Arbeiter in den Städten und Fabrikbezirken, so ist dieser Unterschied doch als kein hinreichender Grund dafür anzusehen, der ländlichen Arbeiterbevölkerung die Wohlthaten der Invalidenpenssorsschlieben, zu verschließen.

IV. Soll das Gesets den Beitritt zur Pensionscasse für den Arbeitgeber obligatorisch machen?

Man kann im zweifachen Sinne von dem Beitritt der Arbeitgeber zu den beabsichtigten Pensionsanstalten sprechen. Erstens kann davon die Rede sein, daß anch der Arbeitgeber wie der Arbeiter zum Zwecke einer Pensionse versicherung der Casse beitreten soll. Es ist selbstverständlich, daß auch den Arbeitgebern die Wohlthaten der Pensionscassen offen stehen müssen, da es überhaupt schwer ist, eine bestimmte Grenze zwischen Arbeitzbeber und Arbeitznehmer zu ziehen. In der Hauptsache soll aber durch die obige Frage jedensalls etwas Anderes zur Besprechung gebracht werden, nämlich ob die Arbeitzeber zur Pensionsversicherung ihrer Arbeiter beitragspflichtig zu machen sind oder nicht.

Die in dem vorigen Abschnitt angegebenen Cassen-Beiträge find so bebeutend, daß es als zweiselhaft erscheinen kann, ob die Arbeiter überhaupt im Stande sein werden, aus eigenen Mitteln ohne Beihülse der Arbeitgeber eine lebens = und leistungsfähige Pensionsanstalt zu unterhalten. Ueber die Frage der Beitragspflicht der Arbeitgeber habe ich mich in Nr. 77

der "Berliner Bürgerzeitung" ausgesprochen, und es soll hier aus dem betreffenden Artifel nachfolgende Stelle wiedergegeben werden:

"Nach meiner Ueberzeugung wird aber jeber Berfuch zur Löfung ber Frage bes Arbeiter-Benfion8-Caffenwefene scheitern, wenn man nicht die Angelegenheit in ihrem innern Busammenhange mit ber Besammtheit ber bestehenden wirthschaftlichen Berhältniffe auffaßt. Rur unter Berudfichtigung biefes Zusammenhanges fann man sich flar werben, wie eine Institution jur Verforgung invaliber Arbeiter nach richtigen Grundsätzen zu botiren ift, und ich muß auch hier rudhaltlos ber gesprächsweise geäußerten Ansicht eines unserer berühmtesten Statistiters mich auschließen, daß es gerechtfertigt sei, wenn die Arbeitgeber zu den Arbeiterpensionscassen beitragspflichtig gemacht würden. Wenn man bedenkt, daß ohne Arbeit kein Bedürfnifgegenstand für das menschliche Leben hergestellt werden kann, daß die Arbeit eine hauptsächlichste Grundlage des gangen Culturlebens ift, fo muß fie als ein Mittel angesehen wers ben, burch welches jeder rechtschaffene und fleißige Mensch bis zu seinem gebensende seine Existenz ale Mitglied ber cultivirten Gesellschaft zu sichern im Stande ift. Bebem orbentlichen Arbeiter muß für feine Arbeit eine Entschäbigung werben, beren Gesammtwerth zur Bestreitung feines standesmäßigen Unterhalts bis zu seinem Ableben hinreicht.

Nun hat ja jeder fleißige Arbeiter sein eigen erworbenes Brod, so lange er arbeitet, nicht aber immer, fo lange er lebt. Es treten viele Falle ein, in benen die Arbeitsfraft absorbirt ift, bevor die Lebenstraft erlischt, und es ift nun die Frage, in welcher Weise ber peruniare Mangel, welcher burch die Differenz in ber Dauer zwischen der Arbeits und ber Lebenstraft herbeigeführt wird, fich beseitigen läßt. Es wird nun wohl vielsach gesagt, der Arbeiter musse sich seine alten Tage einen Nothgroschen ersparen, und wenn ihm dies bei seinem Berdienst nicht möglich sei, auf die Erhöhung seines Lohnes drüngen.
Dem gegenilder ist zu bemerken, daß das Sparen sir die meisten Arbeiter eine

reine Unmöglichkeit ift, und baß auch bie in neuerer Zeit ftattgefundenen Lohn-erhöhungen hierin Nichts zu ändern vermocht haben. Es mögen allerdings einzelne Arbeiter sich Etwas ersparen können, aber tiese Fälle bilden nur eine Ausnahme. Die Regel ist das Leben "von der Sand in den Mund". Es fann mir nicht einsallen, hier auf volkswirthschaftliche Theorien hinzuweisen, deren praktische Folgen dem Arbeiterstande das Sparen im Allgemeinen vielleicht ermöglichen könnten, ich nehme die Sade, wie fie thatfachlich liegt und glaube, bag die Fürforge für die Invaliden ber Arbeit ein fehr allgemein gefühltes Bedürfniß geworden ift, daß bie Befriedigung besselben nicht auf eine Zeit verschoben werden kann, in welcher neue vollkourth-schaftliche Theorien der gedachten Art im Bolksleben zur Wahrheit geworden sein werden. Bei der factischen Lage unserer wirthschaftlichen Verhältnisse, welche es nur in feltenen Ausnahmen einem Arbeiter möglich macht, mehr zu erwerben, als er gerade für den Angenblick zum nothbürftigsten Unterhalt gebraucht, muß nun die Invalidität der Arbeiter als ein Schaben an der Person betrachtet werden, und es handelt sich demnach bei ber Frage ber Invalidenversorgung für Arbeiter um nichts Anderes, als um den Erfatz eines Schabens. Bom wirthschaftlichen Standpuntte aus fann es wohl einen graduellen, nicht aber einen sachlichen Unterschied niachen, ob dem Arbeiter durch einen Unfall die Arbeitsfähigkeit geraubt, oder ob er durch langfame Abforbirung feiner Kräfte jum Invaliden wird. In beiden Fällen geht ihm ber burch bie Ratur verliebene Fonds jur Unterhaltung feines Lebens ver-Wenn nun die durch einen Unfall hervorgerufene Invalidität bereits als ein Schade angesehn wird, bessen Erials auf Grund gesetlicher Normen zu regeln ist, so dürste die Consequenz hieraus dahin führen müssen, daß auch bezüglich des in der gewöhnlichen Invalidität des Arbeiters zu Tage tretenden Schadens eine gefetliche Regelung der Ersatyflicht herbeigeführt wird. Wer ist nun jum Ersat bieses Schadens verpflichtet? Unzweiselhaft diejenigen

Personen, welche aus ber Berwendung ber Arbeitstraft einen birecten Bortheil gehabt haben, und biese Bersonen sind die Arbeiter selbst und ber Arbeitgeber

Bei der Lage unserer socialen Berhältnisse erscheint es demuach nicht nur vollständig gerechtsertigt, sondern sogar durchaus geboten, daß die Arbeitgeber zur Bersicherung von Invalidenpensionen silt Arbeiter Beitragsantheile entrichten, und es sollte diese Mitbetheilgung der Arbeitgeber die der Penssonsversicherung der Arbeiter gesetlich aussesprochen werden. Uedrigens will ich daran erinnern daß, abgesehen von dem Reichsegelt vom 7. Juni 1871 über die Haftpslicht, ein derartiges Borgehen der Gesetzgebung nicht neu sein würde. Das preußische Berggeset vom Jahre 1865 bestimmt z. B., daß sür alse Bergarbeiter im ganzen Bereiche des "Gesetzes" Knappschaftsvereine besiehen sollen, und daß zu den Cassen dieser Bereine die Wertseigenthümer einen Beistag zu leisten haben, der wenigstens die Hälfte von dem beträgt, was die Arbeiter beisteuern.

Benn man nun einen solchen Zwang für eine Kategorie von Arbeitgebern als zulässig erachtet, warum sollte nicht bieselbe Pflicht allen Arbeitgebern aufzuerlegen fein?"

Einen Unterschied zu machen zwischen den einzelnen Categorien von Arbeitgebern, dafür dürften wohl kaum außreichende Gründe vorliegen. Der directe Bortheil, welchen der Inhaber eines großen Fabriketablissements von seinen sämmtlichen Arbeitern hat, stellt sich auch für den kleineren Arbeitgeber, der vielleicht nur eine oder wenige Personen dauernd beschäftigt, in vershältnißmäßigem Betragen ebenfalls heraus.

Die Einführung der Beitragspflicht der Arbeitgeber für Arbeiterpensions= cassen wird nun vielfach als unausführbar bezeichnet, namentlich wird hervor= gehoben, daß viele Geschäfte nicht im Stande sein werden, die durch die Beitragspflicht hervorgerufene Mehrbelaftung zu tragen, ja es sei zu befürchten, daß ganze Industriezweige vollständig in Verfall gerathen würden, wenn die betreffenden Arbeitgeber zu den für ihre Arbeiter errichteten Benfionscaffen beitragspflichtig gemacht werden sollten. Derartige Befürchtungen vermag ich nicht zu theilen und es muß den angedeuteten Einwendungen gegenüber darauf hingewiesen werden, daß die gesetzlich ausgesprochene Beitragspflicht zu den Arbeiter-Benfionscaffen nicht Calamitäten mit fich führen kann, wie etwa die urplötlich an den Geschäftsinhaber herantretende Forderung einer Lohnerhöhung, da die sämmtlichen Geschäftsbeziehungen schon in Rücksicht auf die Beitrags= pflicht geregelt werden können. Die Beitragspflicht für die Arbeitgeber fett nun aber den Beitrittszwang der Arbeiter voraus, und ich muß bezüglich dieses Punktes meine früher ausgesprochene Ansicht, nach welcher der Zwang für die Arbeitgeber unter allen Umständen bestehen solle, modificiren. dürfte sich auch nicht empfehlen für diejenigen Arbeitgeber, deren Arbeiter den Caffen freiwillig beigetreten find, ben Zwang auszusprechen. Gine folche Magnahme wurde mehr ein Nachtheil als Bortheil für den Arbeiter sein, da anzunehmen ift, daß alsdann die Arbeitgeber sich nach folden Bersonen umsehen würden, welche einer Bensionscasse nicht angehören. So lange man dem Arbeiter die Beitrittsfreiheit gestattet, so lange wird man es auch dem humanen Sinn der Arbeitgeber überlaffen muffen, sich freiwillig mit Beiträgen zur Bersicherung von Invalidenpensionen für ihre Arbeiter zu betheiligen.

V. Wie soll für den Fall des Beitrittszwanges der Umfang der Pensionscassen nach Ort und Beruf regulirt werden.

Eine Unterscheidung der Vensionscassen nach den einzelnen Berufsclassen würde unbedingt erforderlich sein, wenn aus der Vereinigung der Personen verschiedenartiger Arbeitsbranchen eine Gefahr für den Bestand der Bensions= anstalten hergeleitet werden könnte. Dieses wurde der Fall sein, wenn einzelne Berufszweige gegenüber andern eine so große Gefährdung der Arbeitstraft in sich schlössen, daß eine Beränderung in dem Personenbestande dieser gefahr= vollen Arbeitsbranchen ein merkliches Steigen oder Fallen der allgemeinen burch schnittlich en Invaliditätsgefahr herbeiführte. Ginen so bedeutenden Einfluß der Berufsgefahr einzelner Arbeitszweige auf die durchichnittliche Invalidität der gesammten arbeitenden Bevölkerung fann ich aber nicht annehmen. Nach meiner Meinung wird die durchschnittliche Invalidität der Gefammtheit aller Arbeiter jedenfalls eine zur sicheren Begründung einer Pensions= casse hinreichende Stabilität zeigen. Unter dieser Voraussetzung sprechen nun vom technischen Standpunkte aus durchschlagende Gründe gegen die Trennung der Pensionscassen nach dem Beruf der Arbeiter. Das Urtheil des Bersiderungstednifers mird immer gegen die Bildung fleiner Caffen ausfallen, weil in diesen nicht die Voraussetzungen erfüllt werden können, unter denen es möglich ist, den Geschäftsverlauf nach Maßgabe des Wahrscheinlichkeits= calculs mit Sicherheit zu regeln.

Ein fernerer Grund gegen die Zersplitterung in viele kleine Cassen erzeiebt sich durch folgende Erwägung. Wenn der Gesetzgeber die Begründung vieler kleinerer Institute in Aussicht nehmen sollte, so würde er für die versschiedenen Institute ein gegenseitiges Vertragsverhältniß vorschreiben müssen, es würde zu bestimmen sein, daß für den Fall, wenn ein Arbeiter zum leberstritt von einer Pensions-Anstalt in die andere genöthigt ist, der auf ihn entfallende Betrag der Prämienreserve auch aus der einen Casse zur andern überwiesen wird. Die Ueberweisung der Reserve von einem Institut zum andern würde nicht nur bedeutende Weitläusigseiten verursachen, sondern sogar

vielfach zu Streitfragen Beranlaffung geben.

Es muß hierbei noch auf einen andern Aunkt hingewiesen werden. Es ist unerläßlich, daß bei Berwaltung der zu begründenden Pensions-Institute eine stetige mathematische Controle über die Cassenverhältnisse auszeübt wird, und es ist kaum anzunehmen, daß vielen kleinen Cassen diejenigen Kräfte zu Gebote stehen werden, welche eine sachgemäße technische Geschäftssührung zu bewirken im Stande sind.

Aber auch anderweitige Gesichtspunkte lassen sich gegen die Trennung

der Pensionscassen nach dem Beruf der Arbeiter geltend machen.

Es liegt im Interesse der staatlichen Entwickelung, eine Annäherung der einzelnen Stände und Berufsclassen immer mehr und mehr zu fördern. Leider liegen heut zu Tage Anzeichen dafür vor, als ob wir nach dieser Seite hin thatsächlich mehr rückwärts als vorwärts gekommen sind. Ich halte es für wünschenswerth, daß im Interesse des gesellschaftlichen Lebens in dem Pensions=

cassenwesen ein Auseinandergehen nach den einzelnen Berufszweigen nicht stattsfindet. Es ist daher als Grundsatz sestzuhalten, daß durch ein sestes Zussammenhalten aller Berufszweige der hier und ca in höherem oder geringerem Grade vorkommenden Berufsgesahr gemeinsam entgegen zu treten ist.

Von entscheidender Bedeutung dürfte aber folgendes Moment sein. Die Cassen, welche für einzelne Berufszweige und sogar local abgegrenzt für sich bestehen, theilen alle die Gefahren, welche der betreffenden Arbeitsbranche selbst sich darbieten. Wenn z. B. aus irgend welchen Gründen eine Fabrit einsteweilig, oder gar dauernd geschlossen werden müßte, so würde dadurch die Pensionscasse derselben im ersteren Falle arg geschädigt, und im zweiten Falle zur Auflösung kommen.

Ferner verstoßen die für einzelne Fabrik-Etablissements besonders eingerichteten Cassen gegen das Princip der freien Arbeitswahl. Eine Casse,
welche nur für die Arbeiter eines einzelnen Geschäfts besteht, ist für die versicherten Mitglieder eine Fessel, durch welche dieselben an ihre Arbeitsstellen
gehalten werden. Wenn der Wechsel der Arbeitsstelle auch einen Wechsel der
Pensionscasse bedingt, so ist der Arbeiter beständig der Gefährdung wohlerworbener Nechte ausgesetzt. Auf die Mitgliedschaft zur Pensionscasse dar
der Wechsel der Arbeitsstelle von gar keinem Einssussellen. Es ist daher eine
Centralisation des Pensionscassenwesens der Zersplitterung vorzuziehen.

Ein Bedensen gegen die Vereinigung der Arbeiter aller Berustzweige muß hier aber hervorgehoben werden. Diejenigen Arbeiter, deren Beschäftigung eine bedeutende Invalidität nicht verursacht, könnten gegen die Gründung einer gemeinsamen Casse wohl geltend machen, daß sie durch ihre Beiträge in einer für sie besonders bestehenden Casse höhere Pensionsansprüche erwerben würden, und daß es ungerechtsertigt sei, sie zu zwingen, von ihren Leistungen zu der Casse den in größerer Berustzgefahr besindlichen Personen einen Antheil zu Gute kommen zu lassen. Sin solcher Einwurf würde gewiß berechtigt sein, wenn die Casse einzig und allein durch die Beiträge der Arbeiter sich erhalten müßte. Wenn dagegen aber auch die Arbeitgeber beitragspflichtig gemacht werden, so kann von einer Benachtheiligung einzelner Arbeiterkategorien durch die Jusammensassung aller Arbeitsbranchen bei Regelung des Pensionscassens wohl nicht die Rede sein.

Ich kann weder eine Trennung nach dem Beruf oder nach örtlichen Vershältnissen empfehlen.

VI. Wer hat die Gründung der Arbeiterpensionscassen in die Hand zu nehmen.

Nach der obigen Ausführung ergiebt sich die Beantwortung diefer Frage von selbst. Die Regelung des Pensionscassenweiens für Arbeiter ist Sache des Staates, ja ich möchte noch einen Schritt weiter gehen, und sagen, das Pensionscassenweien ist eine Angelegenheit des Reichs. Keine Zersplitterung nach Ort und Beruf; die Herstellung eines einzigen großen Instituts ist die zwedmäßigste Lösung der Frage. Es ist eine Reichsinvalidencasse für

Arbeiter ins Leben zu rufen. Gine Einrichtung von Pensionscassen Seitens der Communen kann ich unter den heutigen Zeitverhältnissen nicht für zwecksmäßig erachten. Dieselbe wiederspricht dem Princip der Freizügigkeit. Die Abgrenzung des Anfanges solcher Anstalten nach den Territorien der Communen bildet nicht den geringsten Wangel an vielen der bisherigen gewerblichen Hispanischen. Wie drückend eine solche locale Abgrenzung wirkt, kann man z. B. so recht an den Verhältnissen der arbeitenden Bewölkerung Verlins wahrnehmen. Viele Arbeiter, welche Mitglieder von Verliner gewerblichen Krankens, Hissan und Sterbecassen sind, lassen sich durch die Furcht vor dem Verlust ihrer Cassennitgliedschaft abhalten, ihren Wohnsitz nach dem benachsbarten Charlottendurg oder einem andern nahe gelegenen Orte zu verlegen.

Der Umfang der Pensionscassen darf nicht von der Weichbildgrenze einer Commune abhängig gemacht werden. Soweit das deutsche Indigenat reicht, so weit muß das Pensionscassenwesen durch die Erzichtung eines öffentlichen Instituts einheitlich geregelt

merben.

Mit diesem Grundsatz wird es jedoch immerhin verträglich sein, wenn neben dem öffentlichen Institute noch private Austalten bestehen. Doch wird durch gesetzliche Normativbestimmungen dafür zu sorgen sein, daß die privaten Cassen im Wesentlichen nach denselben Grundsätzen, welche für die öffentliche Anstalt maßgebend sind, construirt und verwaltet werden.

VII. Organisation ber Penfions-Anftalt.

In dem Thema wird die Frage angeregt, ob eventuell die Verwaltung der zu gründenden Pensionscassen unter einiger Betheiligung der Versicherten ersolgen solle. Ich muß hier sagen, nicht unter einiger, sondern unter starker Betheiligung der Versicherten ist die Casse zu verwalten. Es muß dasür gesorgt werden, daß die betheiligten Personen stets ein reges Interesse an Entwickelung der Casse behalten. Diesenige Freiheit, welche dem Verssicherten durch die Mitgliedschaft zu einer freien Casse aus Grund der statutarischen Bestimmungen zuerkannt wird, darf auch dei der öffentlichen, vom Staate eingerichteteten Pensionsanstalt nicht vermist werden. Die betheiligten Personen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, müssen durch einen wohlgegliederten Organismus in der Lage sein, ihre Ansichten in Betress der Pensionscasse in geregelter Weise zum Ausdruck zu bringen. Ihr Wille muß bei etwaigen Aenderungen berücksichtigt, ihre Stimme muß gehört werden.

Zweckmäßig dürfte die Gliederung des vom Staate zu errichtenden Bensions-Institutes dahin zu regeln sein, daß an einzelnen Orten, an welchen eine hinreichende Anzahl von Cassenmitgliedern sich befindet, ein Lucalverband der Pensionscasse besteht, an dessen Spite ein durch Wahl aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern berusenss Euratorium als Organ der Cassenver-

waltung fungirt.

Eine größere Anzahl von örtlich nebeneinander gelegenen Localverbänden bilden einen Provinzialverhand. An der Spite jedes Provinzialverbandes steht ein Provinzialcuratorium, ebenfalls aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet. Zwecknäßig wird es jedoch sein, wenn dem Provinzialcuratorium ein staatlich ernannter Commissar zur Seite steht.

Die Centralverwaltung des Instituts wird in der Hauptsache in der Hand der Staatsregierung bleiben müssen, was jedoch nicht ausschließt, daß an der Centralleitung des Vereins einige durch Wahl aus der Reihe der

Interessenten hervorgegangene Mitglieder betheiligt sind.

Periodisch oder doch wenigstens bei außergewöhnlichen Beranlassungen wird eine durch Wahl ernannte Delegation aller einzelnen Berbände der Casse zusammen zu berusen sein, damit — soweit als möglich — auch die Stimmung der Gesammtheit aller Mitglieder über Fragen der Pensionscassenangelegenheit zum Ausdruck gebracht werden kann. Solche außerordentliche Beranlassungen werden hauptsächlich dann vorliegen, wenn an der Einrichtung des Instituts sich durch die Erfahrung wesenkliche Beränderungen als nöthig herausgestellt haben sollten.

Bei einer derartigen Organisation dürfte wohl dem Selbstverwaltungssprincip hinreichend Rechnung getragen sein.

In diesem Abschnitt will ich noch einige Bunkte berühren, welche theilsweise unter der Frage Ar. 4 des Themas zur Besprechung gestellt sind.

- 1. Ständige und unständige Arbeiter: Wenn die Arbeit= geber zu einem Beitrage verpflichtet werden, so ist es felbstverständlich, daß diese Mitleistungen zu der Casse nicht auf sämmtliche betheiligte Arbeiter der Anstalt zu vertheilen sind. Jeder Arbeitgeber hat nur für diejenigen Arbeit= nehmer Beitragsantheile zu entrichten, welche in feinem Dienste stehen. Die Rücksicht auf die Beitragspflicht ber Arbeitgeber gebietet nun, daß eine Unterscheidung der versicherten Arbeitnehmer getroffen wird. Aehnlich wie bei den Anappschaftsvereinen kann man bei der allgemeinen Arbeiterpensionscaffe ft andige und unftandige Arbeiter unterscheiben. Erstere sind Diejenigen Bersonen, welche in einer dauernden Arbeitsstelle bei einem beitragspflichtigen Arbeitgeber Beschäftigung haben. Als unftändige Arbeiter werden dagegen diesenigen Personen zu bezeichnen sein, welche heut hier, morgen dort ihre Beschäftigung suchen. Es liegt nun in der Natur der Sache, daß die un= ftändigen Arbeiter aus ihrer Mitgliedschaft zur Pensionscasse sich nur Anspruch auf benjenigen Betrag des Invalidengeldes erwerben, welcher durch die eigenen Mitgliederbeiträge gedeckt wird. Wenn der Beitrag der Arbeitgeber 3. B. die Hälfte von dem ausmacht, mas der Arbeiter zu entrichten hat, so wird der unständige Arbeiter zu nur zwei Drittel des Pensionssatzes erwerben können, auf welchen der ständige Arbeiter Anspruch hat.
- 2. Wie foll die Beitragspflicht bei Unvermögen regulirt werden?

Was zunächst den Fall des Unvermögens zur Beitragsleistung in Folge von Krantheiten betrifft, so kann gleich bei Gründung der Casse generell dafür Sorge getragen werden, daß dieser Umstand für die Anstalt bedeutungslos bleibt. Es ist vom technischen Standpunkte aus möglich und aus ander=

weitigen Grunden zwedmäßig, Die aus ber Rrantheits-Statistif gewonnenen Resultate gleich bei ber Construction ber Casse in ber Weise zu berücksichtigen daß überhaupt die Beitragszahlung während der Tauer der Krankheit ruht.

Bas dagegen diejenigen Fälle betrifft, in denen die Vermögenslosigkeit aus andern Ursachen hervorgegangen ist, so muß in humaner Nücksicht für eine gemiffe Zeit eine Stundung ber Beitragezahlung ftattfinden können. Zahlt nach Ablauf der Stundungsfrist das betr. Mitglied seine Beiträge nicht nach, so muß es sich später gefallen laffen, daß von dem Benfionsbetrag ein

gewisser Theil in Abzug gebracht wird.

3. Regelung ber Beitrageleiftung bei Arbeiteentlaf= fungen ic.: Bei einem öffentlichen, vom Staate organisirten Berforgunge= institute hören die Ansprüche der Mitglieder bei etwaigen Arbeitsentlassungen an sich nicht auf. Wenn bei Arbeitsentlassungen, Strikes u. f. w bas Mit= glied seine Beiträge fort entrichtet, so dauern auch für Diese Zeit Diejenigen Ansprüche, welche durch die eigenen Mitgliederbeiträge erworben worden, un=

geschmälert fort.

Was dagegen denjenigen Theil des Pensionsanrechtes betrifft, welcher durch den Arbeitgeberbeitrag erworben wird, fo nuff, wenn der Arbeiter für Die Dauer der Arbeitslosigkeit nicht felbst diesen Beitragsantheil entrichtet, bei einer späteren Benfionirung ein entsprechender Abzug von der Benfionsquote stattfinden. Wenn solche Fälle eintreten, in denen in Folge eines Ausfalls von Beiträgen die Rucksicht auf die Sicherheit des Bestandes der Casse später Kürzungen des Benfionsbetrages nothwendig macht, so ist es selbstrerftandlich, daß diefe Angelegenheit nach festen, vorherbestimmten Rormen zur Erledigung fommen muß. Es find Tabellen zu entwerfen, aus denen ersichtlich wird, um wie viel die Benfionsanrechte reducirt werden muffen, wenn in diesem ober jenem Lebensalter auf diese oder jene Zeit ein Ausfall an Beiträgen ein= getreten ift, so daß ber Berficherte zu jeder Zeit sich von dem Betrage seines Benfionsanrechtes überzeugen kann. Uebrigens darf man wohl erwarten, daß in den meisten Fällen bei dem Ausfall von Beiträgen eine Reduction des Penfionsbetrages sich vermeiden laffen wird; denn wenn die ganze Einrichtung der Anstalt mit der nöthigen Sicherheit getroffen wird, so werden die all= jährlich erforderlichen Bilanzrechnungen wahrscheinlich Ueberschüffe ergeben, welche ben unverschuldeter Weise in einen Rudstand ber Beitragsleiftung ge= rathenen Mitgliedern zu Gute gerechnet werden fonnen.

Ueberfiedelung und Beschäftigungswechsel konnen bei einer vom Staate errichteten Centralvensionsanstalt eine Uenderung in der Mitgliedschaft nicht berbeiführen. Es muß die Einrichtung so getroffen werden, daß ein Caffenmitglied, welches seinen Wohnsitz von einer Stadt zur andern verlegt, weiter nichts nöthig hat, als dort seinen Abgang und hier feinen Antritt anzumelden. Aehnlich verhält es sich mit dem Beschäftigungs= wechsel. Bedingt berselbe keine Aenderung des Domicils, so wird die Mitglied=

schaft zur Benfionscasse überhaupt gar nicht berührt.

5. Wem foll Die Entscheidung über Das Gintreten ber Benfionsberechtigung anheimgestellt werden?

Die Anträge auf Bewilligung der Pension werden zunächst an das Localcuratorium zu richten sein, welches nach erfolgter Prüfung die Angelegenheit dem Provinzialcuratorium vorlegt. Bei der Ansdehnung, welche ein solches Institut bei Einsührung des Beitrittszwanges nothwendigerweise annehmen nuß, wird es wegen der Menge von Invalidisirungen nicht gut thunlich sein, daß die Entscheidung über dieselben von der Centralleitung erfolgt. Es dürste daher gerathen erscheinen, mit der Entscheidung über die Pensionirungsangesegnheit das Provinzialcuratorium zu betrauen. Welche Maßnahmen zur Bezründung und Prüfung eines Pensionsantrages zu tressen sind, bedarf an dieser Stelle keiner weiteren Erörterung. Doch ist es selbstwerskändlich, daß gegen die Entscheidung des Provinzialcuratoriums den Nittgliedern der Recurs an die Centralleitung offen stehen muß.

VIII. Eine sehr wichtige transitorische Bestimmung.

Bei einem Bersicherungsinstitut mit einem richtigen Beitragstarif wideln fich in technischer Hinsicht die Geschäfte von vorn herein sehr einfach ab, wenn Die Beiträge je nach dem Eintrittsalter der Mitalieder in verschiedener Höhe erhoben werden. Jedes Mitglied zahlt alsbann benjenigen Beitrag, welcher nach wissenschaftlichen Grundfäten speciell für die in Aussicht genommene Cassenleiftung bestimmt worden ist. Wenn dagegen ein allgemeiner, für jedes Eintrittsalter geltender Beitragsfat zur Erhebung kommt, so wird die Sicher= heit des Bestandes der Casse verloren geben, sobald von vornherein die qunächst nach Gründung der Anstalt vorkommenden Invalidisirungen die Auszahlung des vollen Benfionsbetrages zur Folge haben. Ein Beispiel wird dies unwiderleglich nachweisen. Angenommen, es würde als allgemeiner Beitrag derjenige Tariffatz eingeführt, welcher für das Lebensalter von 30 Jahren berechnet ift, und es sollte nun für ein mit 30 Jahren eingetretenes, und ein mit 50 Jahren eingetretenes Mitglied gleichzeitig ber Fall ber Invalidität vorliegen, so murde selbstverständlich an den jungeren biefer beiden Invaliden der volle in Aussicht genommene Pensionsbetrag zu zahlen sein, weil derselbe benjenigen Beitrag entrichtet hat, welcher bei seinem Eintritts= alter nach ter zu Grunde liegenden Theorie zur Erwerbung der vollen Benfion ausreicht. Anders tagegen ift es mit dem älteren der beiden Invaliden. Bur Bersicherung der vollen Pension mußte dieser den für das Eintrittsalter von 50 Jahren berechneten Beitrag zahlen. Thatsächlich entrichtet er aber unter der gemachten Voraussetzung nur den Beitrag für das Eintrittsalter von 30 Jahren und versichert daher nur (S. Beitragstarif) $\frac{72600}{2311} = 31,4\%$ des rollen Penfionsbetrages. Soll es nun Grundsatz sein, daß die gleichzeitig in den Zustand der Invalidität tretenden Mitglieder gleich hohe Pensionen erhalten, so murbe an jeden der beiden Invaliden 65,7 % des vollen Pen= sionssates zu zahlen sein. Wenn im Fall ber Constituirung bes Beitritts= zwanges ein Maximum für das Beitrittsalter festgestellt und mit Rücksicht auf dasselbe ein allgemeiner Beitrag normirt wird, so ist dadurch allerdings die Anstalt in die Lage gesetzt, in späteren Zeiten immer die vollen Penfionen

zu zahlen, wenn bei Berwaltung der Anstalt auf das durch den anfänglich stattsindenden Eintritt älterer Personen hervorgerufene Ueberg angsstadium muß, wie das obige Beispiel zeigt, für den Bestand der Anstalt verderblich wirken, wenn man es an der nöthigen Borsicht sehlen läßt. Dasselbe bedingt entweder einerseits eine spätere Gerabsetung der Beiträge oder eine Steigerung der Pensionsbeträge. Letzteres ist Ersterem vorzuziehen, da diesenigen Mitglieder, welche zunächst nach Gründung der Casse in den Zustand der Invalidität treten, zum weitaus größten Theile in einem höheren Lebensalter beigetreten sind und demnach mit dem für ihr Eintrittsalter zu niedrigen allgemeinen Beitrag selbstverständlich nicht diesenigen Pensionsrechte haben erwerben können, welche ihnen zugestanden haben würden, sobald sie ihren vollen tarismäßigen Beitrag entrichtet hätten.

Wenn die Grupprung der Cassenmitglieder nach dem Lebenkalter für längere Zeit eine nur wenig veränderliche Zahlenreihe giebt, was bei einer allgemeinen Anstalt mit Zwangsbeitritt der Fall sein dürste, so läßt sich mit ziemlicher Sicherheit berechnen, nach welcher Scala eine Steigerung der Venssionssätze die zu Erreichung der vollen Höhe eintreten muß. Die Lösung dieser Aufgabe erfordert eine ungemein weitläusige Berechnung. Da es sich hier zunächst nur darum handelt, überhaupt eine Borstellung von dem Einssluß der Verhältnisse des Uebergangsstadiums auf den Bestand der Casse zu geben, so habe ich nur eine annähernde Berechnung ausgeführt.

Wenn die Zahlenreihe bekannt ift, nach beren Berhältnissen fich die Cassen= mitglieder auf die einzelnen Altersstufen vertheilen, so läßt sich nach der Invalidität8= und Sterblickfeit8tabelle berechnen, in welchem Berhältniß in der Rahl die nach und nach in jedem Jahre invalide werdenden Personen jedes Eintrittsalters vertreten ift, und hiernach ergiebt sich bei Berücksichtigung der Bablen bes Beitragstarifs ber burchschnittliche Betrag, zu welchem in ben einzelnen Jahren die Höhe der lebenslänglich gleichbleibenden Penfion zu normiren ist. Die gedachte Zahlenreihe für die Altersverhältnisse ber Caffenmitglieder dürfte wahrscheinlich nicht viel anders ausfallen, wie diejenige, welche die Gruppirung der gesammten männlichen Bevölkerung nach dem Lebensalter ergiebt. Der Abkurzung wegen habe ich jedoch nicht diese Zahlenreihe der Berechnung zu Grunde gelegt, sondern die Zahl der invalide werdenden Personen unter der Voraussetzung bestimmt, daß die Cassenmitglieder sich dem Alter nach vertheilen, wie die aus der Invaliditätstabelle gebildete Zahlenreihe der Activen angiebt. Diese Annahme setzt in der Hauptsache eine constante Geburtendichtigkeit voraus.

Die ausgeführte Berechnung giebt folgende Resultate:

Wenn alle Arbeiter im Lebensalter von 25 bis 60 Jahren zum Beitritt verpflichtet werden, und der für das Lebensalter von 30 Jahren berechnete Tarifsat als allgemeiner Beitrag eingeführt wird, so stellt sich der durchschnittliche Pensionssatz für diesenigen Mitglieder, welche invallde werden:

| im | 1. | Jahre | nady | Gründung | der | Casse, | auf | jährl. | 33,7 0/0 | Des | vollen ! | Betrages, |
|-------|-----|--------|--------|---------------|-------|---------|-------|--------|--------------------|------|----------|-----------|
| | | " | | " | " | " | " | " | 42,7 % | " | " | 11 |
| " | 20. | " | " | " | " | " | " | " | 63,1 $\frac{9}{0}$ | " | " | " |
| ,, | 30. | " | " | rische"Beitri | " | 17 | " | " | 93,2 % | " | " | ,, . |
| Wir | d t | er obl | igator | rische Beitri | itt 1 | iur au | f bi | e Perj | onen bis | zun | ı Alter | von 50 |
| Jak | ren | ausge | dehnt | , so ergieb | t f | ich unt | er s | Beibeh | altung d | er a | nbern | oben an= |
| | | | | gungen, 1 | | | | | | | | |
| eintr | | | | | | | | | | | | |
| | im | 1. Fa | hre n | iach Gründ | ung | ber (| Saffe | 2, 51, | 3 % be8 | llaa | len Bei | trages, |

ich hier noch nicht zu machen, weil dazu vorher noch principielle Feststetzungen erforderlich sind, welche einer eingehenden Berathung vorbehalten bleiben muffen. Meine Absicht ging eben nur dabin, die Nothwendigkeit ber Berud= sichtigung bes unvermeidlich eintretenden Uebergangsstadiums hervorzuheben. Es ist dies gerade ein Bunkt, der bisher wenig oder gar nicht bei Errichtung derartiger Cassen ins Auge gefaßt worden ist, und in dieser Bernachlässigung liegt vielfach der Grund dafür, daß Versicherungscaffen, nachdem sie eine Reibe von Jahren ein unsicheres Dasein geführt hatten, zu Grunde gegangen sind. Richtige Normirung der Beiträge, und vorsichtige Ueberführung über das Uebergangestadium hinweg sind zwei Hauptmomente, auf beren Bedeutung nicht genug aufmerksam gemacht werden kann.

IX. Welche Einrichtungen find zu treffen, im Kalle die Einführung der Beitragspflicht für die Arbeitnehmer und Arbeit= geber fich als unthunlich erweisen follte?

Bei den obigen Ausführungen habe ich ein Institut mit Zwangsbeitrit= für Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Sinne gehabt. Nur durch die Herrichtung einer solchen Anstalt tann eine den Zeitverhältniffen genügende allt gemeinere Versorgung der Arbeiter für die Zeit der Invalidität bewirk werden.

In dem Abschnitt III habe ich jedoch die zur Zeit gegen die Einführung des Beitrittszwanges vorliegenden Bedenken hervorgehoben, und es muß hier nun noch die Frage berührt werden, ob es angesichts der in der Arbeiter= bevölkerung, sowie in verschiedenen anderweitigen Kreisen vorherrschenden Stimmung für freie Caffen zwedmäßig sei, schon jetzt den Beitritt zu den Bensionscassen obligatorisch zu machen. Diese Frage kann ich nicht ohne Weiteres bejahen, und möchte sie auch nicht gern verneinen Sollte aber die Erwägung aller in Betracht kommenden Umftande zu dem Resultat führen, daß die Einführung des Beitrittszwanges nicht opportun sei, so wird es doch wenigstens gerathen erscheinen, die Caffeneinrichtungen so zu treffen, daß später, wenn vielleicht in betheiligten Kreifen eine andere Anschauung Platz gegriffen haben

170 S. Behm.

sollte, die Beitrittspflicht unbeschabet der vorhandenen Pensionscassen gesetzlich verhängt werden kann. Ohne den Zwangsbeitritt wird man zunächst nur zu bescheidenen Anfängen gelangen. Wenn daher die Beitrittspflicht aus Opportunitätsrücssichten nicht schon jetz zur Einführung geeignet erscheinen sollte, so muß sie doch wenigstens nicht anders, als eine Frage der Zeit behandelt werden. Mit Rücksicht hierauf ergiebt sich nun die Frage, welche Einrichtungen es am besten ermöglichen, die zunächst bei dem Princip der Freiwilligteit des Beitritts erreichdaren Anfänge später durch einen weitern Act der Gestgebung zu einem wirtungsvollen Ganzen zusammenzusassen. Als Antwort hierauf muß ich die in dem Thema gestellte Frage, ob im Fall der Freiwilligkeit das System der vom Staate organisirten und verwalteten Invalldenpensionscassen zu empsehlen sei, bejahen, wobei ich als selbstverständlich voraussez, daß auch in diesem Falle ebenso wie bei einer öffentlichen Zwangszasse das der Betheiligten ein genügender Einfluß auf die Cassenverwaltung eingeräumt wird.

Man darf sich das Urtheil über die Zweckmäßigkeit einer solchen Einrichtung nicht durch die etwaigen üblen Erfahrungen, welche bei diesem Shstem in England, Frankreich und Belgien gemacht worden sind, beeinflussen lassen. Es kommt nämlich ganz darauf an, wie nach diesem Princip die Organisation getrossen wird, und es können daher anderwärts zu Tage getretene

Mißerfolge die Berwerfung der Idee an sich nicht begründen.

Die Invalidenversorgung für Arbeiter kann ihrer Natur nach niemals Gegenstand der Concurrenz sein; sie ist eine Angelegenheit der Staatsgesellschaft, und es ist deshalb auch für den Fall der Freiwilligkeit des Beitritts eine öffentliche Pensionsanstalt für die arbeitenden Classen grundsätlich in Aussicht zu nehmen. Die Auffassung, daß in volkswirthschaftlichen Angelegensheiten die Besugnisse des Staates sich ausschließlich auf die Gesetzgebung zu beschränken haben und sich in keinem Falle auch auf die Errichtung wirthschaftlicher Institutionen erstrecken dürften vermag ich nicht zu theilen. Unter der Herrschaft dieser Anslicht bleibt die Erreichung einer allgemeineren Bers

sorgung der Invaliden der Arbeit vollständig aussichtslos.

Im Uebrigen glaube ich auch annehmen zu dürfen, daß selbst in denjenigen Nationen, von denen die Freiheit der volkswirthschaftlichen Bewegung ausgegangen ist, die Aufgaben des Staates bezüglich des in Rede stehenden Gegenstandes für weitergehend gehalten werden, als es vielsach bei uns der Vall ist. Wie z. B. in England die Bedeutung des Versicherungswesens aufgesast wird, dafür möchte ich an folgenden Borgang erinnern. Als im Jahre 1870 im englischen Unterhause der Cavesche Entwurf eines Lebensversicherungszesestes zur Berathung stand, erklärte der damalige Schatzkanzler Lowe, daß einzig und allein der Staat in der Lage sei, dem versichernden Publicum genügende Bürgschaften der Solidität zu bieten, und daß er gern bereit sein würde, über die Einrichtung staatlicher Lebensversicherungsanstalten nachzudenken und gelegentlich einen bezüglichen Plan vorzulegen, sosen das Saus es wünschen sollte. Daß der Schatzkanzler eines englischen Whig-Ministeriums sogar die gewöhnliche Lebensversicherung als eine öffentlich

Angelegenheit zu behandeln geneigt ift, verdient jedenfalls Beachtung, und man ift wohl berechtigt, daraus einen Schluß auf die im "Lande der wirthschaft- lichen Freiheit" an maßgebender Stelle vorwaltende Stimmung in Betreff der

hier besprochenen Penfionscaffenangelegenheit zu ziehen.

Ich will hier weitere Gründe für die Errichtung einer öffentlichen Penfionsanstalt nicht aufzählen, sondern nur noch kurz folgende Bemerkung anschließen. Man darf sich der Ansicht nicht verschließen, daß die Arbeiter ein größeres Gefühl der Sicherheit haben, wenn sie einer vom Staate organisirten und verwalteten Austalt ihre Spargroschen übergeben können, als wenn sie als Mitglieder einer freien, ohne Einmischung des Staates errichteten und geleiteten Casse beitreten.

Auf eine solche vom Staate errichtete öffentliche Penfionscasse, bei welcher das Princip der Beitrittsfreiheit zur Anwendung kommt, werden sich im Wesentlichen die sämmtlichen organisatorischen Einrichtungen, welche oben für eine öffentliche Zwangscasse angegeben worden sind, übertragen lassen.

X. Was soll für den Fall des freiwilligen Beitritts das Normativgesetz feststellen?

1. In Betreff ber Prüfung ber Lebensfähigkeit.

a) Turch das Normatirgesetz muß thunlichst dasür Sorge getragen werben, daß bei der Gründung von Pensionscassen den Bedingungen Rechnung getragen mird, unter denen die Lebenssähigkeit überhaupt zu erreichen ist Die erstmalige Festsetzung der Beiträge ist von so hoher Wichtigkeit, daß diesselbe in den Normativbestimmungen nicht underücksichtigt bleiben darf. Zwar dürfte es sich nicht empsehlen, direct einen Beitragssatz sür die Pensionscasse gesetzlich vorzuschreiben; aber dasür muß das Gesetz nach Möglichkeit Sorge tragen, daß in den speciellen Cassenstauten die Beiträge so normirt werden, daß bei denselben die Anstalt ihren Berpflichtungen nachkommen kann. Zu diesem Behuse wird es gut sein, wenn in das Normativgesetz eine Bestimmung folgenden Inhalts ausgenommen wird:

Wenn eine neu gegründete Casse bei der betreffenden Behörde angemeldet wird, so ist gleichzeitig mit dem Cassenstaute ein ausstührliches Gutachten eines vereideten Sachverständigen einzureichen. Aus dem Gutachten muß ersichtlich sein, welche Annahmen bei Berechnung der Beiträge bezüglich der Sterblichkeit, der Invalidität und des Zinsspußes gemacht worden sind. Auch muß die missenschaftliche Theorie angegeben sein, nach welcher die Beitragsberechnung erfolgt ist. Wenn ein derartiges Gutachten nicht beigebracht wird, so darf die Geschäftseröffnung der gegründeten Casse nicht stattsinden.

b) Die Lebensfähigkeit der Pensionsanstalten muß einer regelmäßig wiederkehrenden Prüfung unterzogen werden. Dieselbe muß für Anstalten kleineren Umfanges mindestens alle drei Jahre, für größere Pensionscassen aber alljährlich eintreten. Das Gutachten, welches von einem dazu ver eidigten Sahverständigen abzugeben ist, darf nicht bloß in einer Besicheinigung darüber bestehen, ob nach dem Urtheil des Sachverständigen die

Lebensfähigkeit der Casse vorhanden oder nicht vorhanden ist, sondern es muß aus demselben auch ersichtlich sein, nach welcher wissenschaftlichen Theorie die Bilanzrechnung ausgeführt ist, und welche Annahmen bezüglich der Sterblichsteit, der Invalidität und des Zinssusses gemacht worden sind.

Das ausstührliche Gutachten ist nebst einem vollständigen Rechnungsabschluß der betreffenden Behörde einzureichen, welche alsdann das Resultat der Bilanz durch die in dem Cassenstatute bezeichneten Blätter auf Kosten der Anstalt zur allgemeinen Kenntniß zu bringen hat. Ferner muß die Anstalt verpflichtet sein, auf Verlangen der zuständigen Behörde dieser jede

Auskunft über die Lage der Cassenverhältnisse zu ertheilen.

Ich muß hieran noch eine Bemerkung schließen. Es ist verwerklich, wenn die Verwaltungen von Penfions= und überhaupt von Versicherungs= anstalten sich mit einer Geheimnisträmerei umgeben. Andererseits aber ist man in letter Zeit sehr geneigt, ber Deffentlichkeit eine Bedeutung für Die Sicherheit ber Caffen zuzuschreiben, welche ihr nicht gebührt. Es muß davor gewarnt werden, die Deffentlichkeit als ein hinreichendes Mittel zur Feststellung ber Lebensfähigkeit hinzustellen. Aus ben von unfern Lebensversicherungs= gesellschaften z. B. publicirten Nachweisungen ift kein Mensch, weber Techniker noch Laie, im Stande, sich ein Urtheil über die Lebensfähigkeit der Institute au bilden. Auch wenn folche Publicationen in genügender Bollständigkeit er= folgten, was ich kaum für ausführbar halte, so würde dadurch doch nur wenig zum Schutze bes Publicums erreicht fein. Die Verficherungszweige, welche es mit dem Leben und Sterben, sowie mit der Invalidität des Menschen zu thun haben, werben niemals ein Gebiet bes allgemeinen Wissens bilden, und es ist daher das Publicum nicht in der Lage, sich aus den von ben Gesellschaften der Deffentlichteit übergebenen Nachweisungen selbst ein Ur= theil über die Lebensfähigkeit der betreffenden Anstalten zu bilden. nicht anzunehmen, daß technisch gebildete Versonen ohne bestimmten Auftrag sich der mühevollen Arbeit einer Bilanzrechnung unterziehen und ohne Beruf die Resultate ihrer Untersuchung veröffentlichen werden. Gine bloke Bestimmung des Normativgesetzes, nach welcher die Pensionsanstalten verpflichtet werden, bestimmte Daten über ben Zustand ihrer Casse zu veröffentlichen, ist in keinem Falle ausreichend.

2. Bas ift in Betreff ber Sicherung ber Mitglieder be=

ziehendlich deren Angehörigen festzustellen?

Wenngleich ein freies Cassenistitut mit Sorgfalt darauf Bedacht nehmen muß, daß nicht solche Personen zur Aufnahme kommen, welche bereits den Keim der Invalidität in sich tragen, so dürsen doch andererseits von der Verwaltung nicht solche Maßregeln zur Anwendung gebracht werden, nach welchen die Interessenten in der fortdauernden Besorgniß leben müssen, daß aus irgend welchem formellen Versehen ihre Pensionsberechtigung später in Frage gestellt werden kann. Wenn ein Arbeiter in eine Pensionsversicherungsanstalt aufgenommen ist, dann dürsen keine aus dem Aufnahmeact resultirenden Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit der Versicherung zur Geltung kommen. Die Aufnahme in die Vensionsanskalt darf nicht unter Reversen stattsinden.

Auch sind gesetzliche Bestimmungen über den Verlust der Mitgliedschaft ersorderlich. Nach meiner Ansicht erscheint der Verlust der Mitgliedschaft nur dann gerechtsertigt, wenn ein Mitglied nach Ablauf einer gesetzlich vorzusschreibenden Stundungsfrist, und nach ersolgter Aussorderung die fälligen Beiträge nicht entrichtet.

3. Bas foll bestimmt werden in Betreff der Anlegung

bes Bermögens?

Die Prämienreserven und sonstigen Gelder eines Vensionsversicherungsinstitutes dürsen in keinem Falle zu Speculationen verwendet werden; es muß daher Bedacht dar auf genommen werden, aß die Cassenverwaltung nicht die Möglichkeit hat, die Capitalien der Anstalt anders als auf die sicherste Weise rentabel zu machen. Zur sichern Anlegung der Vereinsgelder rechne ich:

a) die Berleihung gegen pupillarisch sichere Hypotheken;

b) die Erwerbung von Inhaberpapieren, welche vom deutschen Reiche oder einem Staate desselben emittirt oder unter Autorität eines solchen Staates von Corporationen oder Communen außzestellt und mit einem ein für alle Mal bestimmten Satze verzinslich sind.

Bei der Formulirung dieser Sätze habe ich mich genau an die betreffende Bestimmung des preußischen Entwurfs eines Versicherungsgesetzes vom 1. Febr. 1869 gehalten. Unter den ad d bezeichneten Papieren sind die Eisenbahn-actien, die zu einem großen Theile doch vollständige Sicherheit dieten nicht angesührt, was als ein Mangel bezeichnet werden muß. Es ist aber rein unmöglich, für die als sicher geltenden Werthpapiere der Eisendahngesellschaften einen Ausdruck zu sinden, welcher zur Aufnahme in ein Gesetz geeignet ist.

4. Basist in Betreff ber Statistit zu bestimmen?

Durch das Kormativgesetz ist ferner sämmtlichen Pensionsanstalten die Berpslichtung aufzuerlegen, nach einem ihnen zugefertigten Formulare unter den versicherten Mitgliedern statistische Erhebungen über Sterblichkeit und Invalidität zu veranstalten und die Resultate dieser Erhebungen der betreffenden Behörde einzureichen. Auf eine solche Bestimmung muß ein bedeutender Werthgelegt werden.

5. Bas ift in Betreff des Berhältniffes zu andern, ins=

besondere den Coalitionsvereinen zu bestimmen?

Eine gegenseitige Abhängigkeit zwischen den Arbeiterpensionscassen und anderweitigen Bereinen, mögen diese nun wesentlich socialer oder politischer Natur sein, muß unbedingt gesetzlich verboten werden. Die Pensionscassen bilden ein ganz neutrales Gediet und dürsen in keiner Weise als Anhängsel von politischen oder socialen Bereinen, oder gar als Agitationsmittel für diese betrachtet werden. Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, in welcher Weise im Fall einer solchen Zusammengehörigkeit die Rechtsverhältnisse der Pensionseanstalt zu regeln sind. Die Bestredungen auf Andahnungen eines so unanäurlichen Berhältnisses entsprechen jedensalls nicht dem Interesse der Pensionscassen.

Anlage A. Cabellen über Invalidität.

| Leban8= alter. | Invalibitä nach ben ftat hebungen un fcen Eifenb | istischen Er- | Wahrscheinliche Fehler ber Jahlen in Spalte 3. Invalibitäts tabelle nach i preuß. Knab spalte 3. | | Hehm'sche Hhbothese |
|-------------------|---|---------------|--|------------|------------------------|
| 1. | 1868/69. | 1868/72. | | 1 | C |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 25 | 0,00080 | 0,00045 | 0,00018 | l, | 0,00105 |
| 26 | 84 | 55 | 14 | H | 106 |
| 27 | 88 | 68 | 13 | 11 | 107 |
| 28 | 94 | 82 | 27 | 11 | 109 |
| 29 | 0,00100 | 94 | 17 | 11 | 110 |
| 30 | 107 | 0,0∋106 | 20 | 0,00211 | 113 |
| 31 | 114 | 121 | 23 | 11 | 115 |
| $\bf 32$ | 123 | 130 | 19 | 11 | 118 |
| 33 | 134 | 149 | 19 | !} | 122 |
| 34 | 153 | 173 | 24 | И | 126 |
| 35 | 173 | 193 | 26 | ע | 131 |
| 36 | 193 | 229 | 26 | n | 138 |
| 37 | 215 | 263 | 30 | [] | 145 |
| 38 | 240 | 295 | 30 | <u> </u> | 154 |
| 39 | 274 | 330 | 33 | H | 165 |
| 40 | 313 | 366 | 40 | 0,00975 | 178 |
| 41 | 365 | 405 | 40 | 1 0,00313 | 194 |
| 42 | 416 | 436 | 41 | li | 213 |
| 43 | 476 | 481 | 42 | łi. | 236 |
| 44 | 565 | 539 | 46 | 11 | 263 |
| 45 | 612 | 608 | 47 | ץ | 296 |
| 46 | 665 | 704 | 59 | D . | 335 |
| 47 | 737 | 803 | 62 | II. | 383 |
| 48 | 815 | 918 | 71 | 11 | 440 |
| 49 | 892 | 0,01048 | 79 | ll . | 508 |
| 50 51 | 979 | 1190 | 90 | 0,03925 | 590 |
| 51 52 | 0,01078 | 1328 | 95 | 11 ' | 689 |
| 52 53 | 1197 | 1489 | 99 | ł i | 808 |
| 54 | 1342 | 1682 | 0,00103 | 11 | 950 |
| 54 55 | 1548 1817 | 1872 2103 | 141 151 | 11 | 0,01121 |
| 56 | 2143 | 2390 | 180 | ץ | 1573 |
| 57 | 2492 | 2666 | 212 | l) | 1870 |
| 58 | 2866 | 2952 | 215 | ! | 2226 |
| 59 | 3268 | 3288 | 279 | li . | 2654 |
| 60 | 3596 | 3577 | 301 | 11 | 3168 |
| 61 | 4025 | 3914 | 336 | 11 | 3786 |
| 62 | 4502 | 4353 | 398 | 11 | 4527 |
| 63 | 5268 | 4837 | 507 | 0,12801 | 5418 |
| 64 | 6163 | 5538 | 493 | -,,,,,,,,, | 6489 |
| 65 | 7123 | 6374 | 645 | 11 | 7775 |
| 66 | 7910 | 7130 | 760 |] | 9319 |
| 67 | 8746 | 8022 | 817 |]] | 0,11175 |
| 68 | 9064 | 8940 | 0,01292 | H | 13404 |
| 69 | 9134 | 9516 | 1285 | Į) | 16081 |
| | 1 0.01 | 1 00.3 | 1 1200 | 1 | 1 20001 |

| Leben8== alter. | Invalibitätstabellen nach ben statistischen Er hebungen unter ben beu schen Eisenbahnbeamter | | Wahrscheinliche Fehler ber Zahlen in Spalte 3. | Invalibitäts- tabelle nach ber preuß. Anapp- schafts-Statistik- | Hehm'sche Hopothese. |
|--|---|---|---|--|--|
| 1. | 1868/69. 2. | 1868/72. 3. | 4. | 5. | 6. |
| 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 | 0,09597 0,10279 10572 11239 13235 16111 20744 28254 40705 62034 1,00000 | 0,09935 0,10593 10908 11349 13235 16111 20744 28254 40705 62034 1,00000 | 0,01379 1885 1858 2365 2213 3663 3721 | 0,12801 | 0.19298 23162 27803 33379 40077 48122 57787 69398 83345 1,00000 |

176 G. Behm.

Anlage B. Cabellen über Sterblichkeit der Invaliden.

| Leben&- alter. | Sterblichkeit nach Brune, | Sterblichkeit der Invaliden nach der Eisenbahn=Satistik. | | Sterblickfeit ber Invaliden nach der |
|-------------------|------------------------------|---|-------------|---|
| ਲੂ ਫ | (für Männer). | 1868/69. (Von Wiegand) | 1868/72. | Anappschaft8= |
| 1. | 2. | 3. | 4. | Statistif. 5. |
| 32 | 0,0080 | 0,0720 | 0,0375 | , |
| 33 | 86 | 710 | 415 | [[|
| 34 | 90 | 769 | 401 | 0,0780 |
| 35 | 93 | 812 | 566 | l) |
| 36 | 98 | 992 | 638 | ľ. |
| 37 | 0,0104 | 755 | 685 | 11 |
| 38 | 110 | 764 | 734 | 0,0672 |
| 39 | 116 | 738 | 729 | lf 0,0012 |
| 40 | 121 | 735 | 733 | I) |
| 41 | 125 | 729 | 697 | ľ. |
| .42 | 129 | 682 | 673 | () |
| 43 | 135 | 626 | 644 | 0,0768 |
| 44 | 141 | 563 | 619 | 1 0,01 |
| 45 | 148 | 475 | 576 | J |
| 46 | 156 | 424 | 556 | ` |
| 47 | 165 | 413 | 542 | |
| 48 | 175 | 418 | 527 | 0,0854 |
| 49 | 184 | 451 | 519 | 1 |
| 50 | 191 | 499 | 530 | J) |
| 51 | 201 | 540 | 534 | l, |
| 52 | 211 | 587 | 554 | |
| 53 | 2 2 4 | 616 | 559 | 0,0835 |
| 54 | 237 | 608 | 574 | lf <i>'</i> |
| 55 | $\bf 252$ | 628 | 553 | Į) |
| 56 | 270 | 616 | 549 | ls . |
| 57 | 288 | 610 | 537 | ł I, |
| 58 | 309 | 613 | 542 | 0,0792 |
| 59 | 334 | 634 | 550 | lŧ ʻ |
| 60 | 362 | 688 | 586 |) |
| 61 | 395 | 715 | 620 | h |
| 62 | 430 | 731 | 644 | li |
| 63 | 464 | 784 | 677 | 0,0912 |
| 64 | 498 | 836 | 698 | 11 |
| 65 | 531 | 842 | 707 | y |
| 66 | 566 | 862 | 720 | l, |
| 67 | 607 | 872 | 74 6 | 1 0 4000 |
| 68 | 658 | 843 | 756 | 0,1226 |
| 69 | 713 | 801 | 782 | Ų |

Entwurf zu einem

Geset,

betreffend die gegenseitigen Sulfecaffen.

Von Dr. Max Hirsch. 1)

Wir Wilhelm 2c.

§ 1.

Bereinigungen von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die gegenseitige Unterstützung (Versicherung) ihrer Mitglieder oder deren Angehöriger im Falle der Krankheit, der Invalidität durch Unfall oder Siechthum, des Alters oder des Todes, sowie die gegenseitige Versicherung einer Aussteuer oder ähnlicher Leistungen bezwecken, erhalten die Rechte einer "eingetragenen Hülfsecasse aufge" nach Inhalt des gegenwärtigen Gesetzes unter nachstehenden Bedingungen.

Dieses Besetz findet keine Unwendung:

1. auf geistliche Orden und Gesellschaften und religiöse Körperschaften jeder Art;

2. auf Bereinigungen, welche ein Capital von über 3600, bezw. eine Rente von über 900 Mark jährlich versichern; solche Bereinigungen fallen unter das Versicherungs-Gesetz.

In der Verfassung und staatlichen Beaufsichtigung bestehender Stiftungen, Staatsbeamten = Hilfscassen und Knappschafts = Vereine wird durch das gegenwärtige Geset nichts geändert. In Betreff der übrigen bestehenden Hilfs= cassen bestimmt § 7 dieses Gesetzes.

Ob Bersicherungsarten, welche im Obigen nicht aufgeführt sind, für eine "eingetragene Hülfscasse" zulässig sind, entscheidet im Zweifel das Reichs=

Gefundheitsaint, Abtheilung für Bulfscaffenwesen (§ 40).

I. Abschnitt.

Bon ber Errichtung gegenfeitiger Sulfscaffen.

§ 2.

Bur Gründung der Hulfscasse bedarf es:

1. der schriftlichen Abfassung der Statuten;

2. der Annahme eines gemeinschaftlichen Namens (Firma).

1) Die Beröffentlichung ber Motive zu obigem Entwurfe, burch eine längere Babecur bes Berf. verzögert, soll womöglich noch vor ber biesjährigen Eisenacher Versammlung erfolgen.

Schriften V. - Inbalibenpenfionscaffen.

Der Name muß von dem aller anderen an dem nämlichen Orte befindlichen Hülfscassen verschieden sein und die zusätzliche Bezeichnung ..ein= getragene Bulfscaffe" enthalten.

Bum Beitritt ber einzelnen Mitglieder genügt die Unterzeichnung der

Statuten ober eine schriftliche Erklärung.

Die Statuten der Hülfscasse mussen enthalten:

1) den Ramen und Git der Bulfscaffe:

2) die bezweckten Unterstützungs= (Berficherungs=) Arten;

3) die Zeitdauer der Hulfscaffe, infofern diese auf eine bestimmte Frist beschränkt sein foll;

4) die Bedingungen des Ein= und Austritts, sowie der Ausschließung

von Mitgliedern;

5) die Zahlungsfristen und die Söhe der Mitgliederbeiträge (Prämien)

bezw. die dafür maßgebenden Rechnungsgrundlagen;

6) die Bedingungen, unter welchen die Mitglieder bezw. deren An= gehörige zu einer Unterstützung berechtigt werden, bezw. Die Berechtigung zeitweis oder für immer verlieren, oder fonstige Strafen erleiden;

7) die Grundsätze über die Anlegung und Sicherstellung des Bermögens, sowie über Rechnungsabschluß und Bilanz, die Prüfung

durch Revisoren und Sachverständige und die Statistit;

8) die Art der Wahl und Zusammensetzung des Vorstandes und die Formen für Legitimation der Mitglieder des Borftandes bezw. der Stellvertreter derfelben;

9) die dem Vorstande in der Leitung der inneren Bereinsangelegenheiten auftehenden Befugniffe und die zum Behuf der Vertretung nach außen

ihm ertheilten Bollmachten;

10) die Bestimmung der dem Borstande dabei an die Seite zu fetenben Organe, und der Befuguisse derfelben, insbesondere der Revisoren:

11) die Formen für die Zusammenberufung der Generalversammlung, für die darin zu faffenden Beschlüffe, sowie die Bedingungen für die Ausübung des Stimmrechts der Mitglieder in derfelben;

12) die Bezeichnung der Fristen für die ordentlichen und der Bedingungen für die Einberufung außerordentlicher Generalversammlungen;

13) die Form, in welcher die von dem Bereine ausgehenden Befannt= machungen erfolgen, sowie die öffentlichen Blätter, in welche die= felben einzurücken sind;

14) die Art, wie Streitigkeiten zwischen bem Bereine und den Mitgliedern bezw. deren Hinterbliebenen und Nechtsnachfolgern entschie-

den werden sollen:

15) die Bedingungen, unter welchen eine Abanderung der Statuten zu= läffig fein foll.

Bei "verzweigten Hülfscassen" (§ 6ª) müssen die Statuten auch die Rechte und Pflichten der einzelnen Zweige zu einander und zu der Gesammtheit seststellen, insbesondere die Art der Wahl und die Besugnisse der gemeinsamen Generalversammlung und des gemeinsamen (Central-) Vorstandes.

Bei "zugehörigen Hülfscaffen" (§ 10, Abs. 2) muß in den Statuten auch der Name, Sitz und Zweck des Hauptvereins und das Verhältniß der zugehörigen Hülfscaffe zu demselben und dessen Organen angegeben sein.

§ 4.

Die Statuten muffen bei dem Gerichte, in deffen Bezirke die Hulfscasse ihren Sit hat, durch den Borstand in Person oder mittelst beglaubigten Actes im Original eingereicht und zwei Abschriften oder Abdrücke derselben beigefügt werden.

Bersichert eine Hülfscasse nicht ausschließlich Krankens und Begräbniggeld, und zwar ersteres auf höchstens 12 Monate, letzteres nicht über 50 Thlr., so muß dieselbe mit den Statuten die Bescheinigung eines Sachverständigen (§ 41) über ihre Lebensfähigkeit bei dem Gerichte einreichen.

Findet sich nach vorgängiger Brüfung, daß die gesetzlichen Erfordernisse in den Statuten gewahrt sind, so giebt das Gericht die Originalstatuten dem Vorstande zurück, nachdem es den Vermerk: "Eingetragen nach dem Gesetz vom . . ." darauf gebracht hat, wogegen die eine Abschrift bezw. Abdruck mit Bescheinigung der erfolgten Eintragung zu den Gerichtsacten genommen, die andere mit gleicher Bescheinigung dem Reichs-Gesundheitsamt übersandt wird.

Entsprechen jedoch die Statuten dem gegenwärtigen Gesetze nicht, so gehen die eingereichten Schriftstücke an den Vorstand zurück, unter Mittheilung der Gründe der versagten Eintragung.

§ 5.

Jede Abänderung der Statuten muß in der Generalversammlung oder durch allgemeine Mitglieder=Abstimmung (§ 30 °) beschlossen und unter Einzreichung zweier Abschriften des Beschlusses durch den Borstand in Person oder mittelst beglaubigten Uctes dem Gerichte angezeigt werden.

Mit dem Abanderungsbeschluffe wird vom Gericht in gleicher Weise wie

mit den ursprünglichen Statuten (§ 4, Abs. 2 und 3) verfahren.

Erhöhungen der statutenmäßigen Mitgliederbeiträge bezw. Berminderungen der Cassenleistungen können durch den Bereins-Sachverständigen, im Falle des Appells durch die Sachverständigen = Commission des Reichs = Gesendheitsamts (§ 41), ohne besondere Genehmigung der Bereinsorgane angeordnet werden (§ 13, Abs. 3), dieselben müssen ebenfalls vom Vorstande mit der Bescheinigung des Sachverständigen dem Gerichte angezeigt werden.

Wegen die in §§ 4 und 5 bezeichneten Gerichtsbeschlüsse findet Be-

schwerde statt.

Den Instanzenzug bestimmen die Landesgesetze.

12*

§ 6.

Durch ben auf den zurückgegebenen Statuten eingetragenen gerichtlichen Bermerk der Eintragung (§ 4) erhält der Berein die Gigenschaft einer "eingetragenen Hülfscasse" nach gegenwärtigem Gesetze.

Sbenso erhält eine Abänderung der Statuten erst durch den entsprechenden gerichtlichen Vermerk (§ 5) rechtliche Wirkung für die Verhältnisse des Vereins

nach außen.

§ 6.a.

Besitzt eine Hülfscasse Zweigcassen mit gleichen Statuten — "verzweigte Hülfscassen" —, sei es an demselben oder an verschiedenen Orten, so hat zunächst der Centralvorstand die §§ 4 und 5 vorgeschriedenen Anzeigen bei dem zuständigen Gerichte zu machen. Derselbe muß außerdem doppelt so viel Abschriften oder Abdrücke der Statuten, bezw. Statutenveränderungen beisügen, als Zweigcassen vorhanden sind, und jeder Zweigcasse zwei Exemplare davon mit dem Vermerk der Sintragung übermitteln.

Diese Cremplare hat die Zweigcasse bei ihrem zuständigen Gericht persönlich durch den Zweigvorstand in Person oder mittelst beglaubigten Actes zu überreichen, worauf das Gericht ein Cremplar mit seiner Bescheinigung versehen zurückgiebt, das andere aber zu den Acten nimmt. Erst hierdurch erhält die Zweigcasse die Eigenschaft als "eingetragene Hülfscasse", bezw. die Abänderungsbeschlüsse rechtliche Wirkung für die Verhältnisse der Zweigcasse nach außen.

An das Reichs-Gesundheitsamt macht das Gericht von diesen Vorgängen

einfach Anzeige, ohne Abschriften zu übersenden.

§ 7.

Gine bereits bestehende Hulfscaffe erhalt die Rechte einer eingetragenen Hulfscaffe, falls ihre Statuten gemäß § 4 bei den Gerichten eingereicht worden und den Bestimmungen dieses Gesetzes entsprechen.

Solche Hülfscassen (mit Ausnahme der § 1 am Schluß bezeichneten Stiftungen, Staatsbeamten-Hülfscassen und Knappschafts-Bereine), welche bei Erlaß dieses Gesetzes die Rechte juristischer Personen besaßen oder nach den Landesgesetzen von den Staats= oder Communalbehörden genehmigt waren, sind verpslichtet, die spätestens den 1. Januar 1876 ihre Statuten und Einrichtungen mit dem gegenwärtigen Gesetz in Einklang zu bringen und daß dies geschehen, durch die Einreichung und Anzeige dei dem zuständigen Gerichte nachzuweisen. Im Unterlassungskalle verlieren die betressenen Hülfscassen ihre Rechte als juristische Personen bezw. ihre öffentlichen Besugnisse.

§ 8.

Die Ginsicht in alle von eingetragenen Hülfscassen bei den Gerichten in Gemäßheit dieses Gesetzes eingereichten Schriftstücke und bewirkten Anmeldungen und Anzeigen ist Jedermann gestattet. Außerdem sind die Gerichte verpslichtet, über den Inhalt der Urkunden, sowie über die geschehenen Anmeldungen sowohl den Bereinen, wie dritten Versonen beglaubigte Bescheiniqungen zu ertheilen.

II. Abschnitt.

Von den Rechtsverhältniffen der Hülfscaffen und ihrer Mitglieder.

§ 9.

Das Rechtsverhältniß der Mitglieder zu der Hülfscasse bestimmen die Statuten, insoweit nicht das gegenwärtige Geset entscheidende Anordnung darüber trifft.

Kein Mitglied darf sich bezw. seine Angehörigen bei mehreren Hilfscassen für die gleiche Bersicherungsart höher als zusammen zu 3600 Mark
Capital oder 900 Mark jährliche Rente versichern. Jede Hülfscasse ist verpslichtet, bei der Aufnahme eines Mitglieds, sowie bei dem Zutritt zu einer neuen Bersicherungsart eine Bescheinigung desselben zu verlangen, ob und welcher andern Hülfscasse dasselbe für die gleiche Versicherungsart angehört und zu welchem Betrage es darin versichert ist.

§ 10.

Die Rechte, welche den Mitgliedern der Hülfscaffe in deren Angelegenheiten zustehen, werden von ihnen in der Generalversammlung, entweder perfönlich, oder durch selbst gewählte Vertreter (Delegirte) bezw. durch allgemeine Mitglieder-Abstimmung (§ 30 a.), ausgeübt. Jedes Mitglied bezw. jeder Delegirte hat hierbei eine Stimme, insoweit die Statuten und dies Gesetz (§ 31, Abs. 2 b.) dies nicht anderweit feststellen.

Ist eine Hülfscasse von einem gesetzlich erlaubten Bereine (Abs. 3) ausschließlich für seine Mitglieder gegründet — "zugehörige Hülfscasse" — so kann dieselbe durch ihre Statuten die Generalversammlung bezw. allgemeine Mitgliederabstimmung des Hauptvereins als maßgebend annehmen, sowie auch die Borstände und andere Organe des Hauptvereins als die ihrigen anerkennen, als welche sie den Bestimmungen dieses Gesetzes unterworsen sind. Dagegen sind auf jeden Fall die Cassen aufs Strengste zu sondern (§ 13, Abs. 2).

Ausgeschlossen von der Vergünstigung des Abs. 2 sind jedoch:

- 1) Bereine, welche politische ober religiöse Zwecke verfolgen ober ihnen thatsächlich dienen, ferner geistliche Orden und Gesellschaften und religiöse Körperschaften jeder Art;
- 2) Bereine von Arbeitgebern oder Arbeitern, welche nach ihren Statuten oder thatfächlich sich die Veranstaltung von Arbeits Aussperrungen oder -Einstellungen zur Aufgabe machen, insofern sie nicht die Verpflichtung, sich an den die Verhütung und Schlichtung von Streitigkeiten über Lohn und Arbeitsbedingungen bezweckenden Einigungs und Schiedsämtern verbindlich zu betheiligen, statutarisch und thatsächlich anerkennen.

§ 11.

Jedes Mitglied ber Hulfscaffe hat bas Recht, unter Beobachtung ber in ben Statuten zu diesem Zweck vorgeschriebenen Formen auszutreten, selbst wenn der Bertrag auf bestimmte Zeit geschlossen ist. Sbenso erlischt die Mitgliedschaft durch ben Tob. In allen Fällen find entgegengesetzte Bestimmungen der Statuten ohne rechtliche Wirkung.

Außerdem tann die Generalversammlung unter ben in den Statuten angegebenen Boraussetzungen, sowie wegen Verlustes ber bürgerlichen Ehren-

rechte, Mitglieder ausschließen.

Mitglieder, welche sich bezw. ihre Angehörigen für andere Unterstützungen. als im Krantheitsfalle, also insbesondere für Begräbnife-, Wittwen-, Waisen-, Invaliden= und Altersunterstützungen, sowie Aussteuern versichert haben, sind, falls sie ihren Verpflichtungen in Bezug auf diese Versicherungen mindestens 5 Jahre lang genügt haben, beim Ausscheiden oder Ausschluß aus der Sulfs= caffe eventuell zu einer Entschädigung berechtigt, welche von den Bereins= Sachverständigen mit Rudficht auf die gemachten Einzahlungen, die empfangenen Leistungen, das Lebensalter, die Dauer der Mitgliedschaft u. f. w. festzustellen ist.

§ 12.

Die ausgetretenen oder ausgeschlossenen Mitglieder, sowie die Erben der durch den Tod ausgeschiedenen, bleiben der Hülfscasse wegen der bis zum Ausscheiden fälligen Beiträge, sowie für die durch den Sachverständigen angeordneten Zuschüffe (§ 13 2.), für lettere jedoch nur mahrend eines Jahres nach dem Austritte 2c., verhaftet, haben aber, insofern das gegenwärtige Ge= set (§ 11, Abs. 3) oder die Statuten nicht ausdrücklich anders bestimmen, keinerlei Anrecht an das bei ihrem Ausscheiden vorhandene Vereinsvermögen.

§ 13.

Die Beiträge und sonstigen Leiftungen ber Mitglieder muffen, falls eine Sülfscasse mehrere Saupt-Versicherungsarten betreibt, für jede derselben, nämlich

1) Krankenunterstützung;

2) Begräbniß=, bezw. Sterbegeld;

3) Invaliden= und Altersunterstützung (durch Capital oder Nente);

4) Wittwen = und Baisenunterstützung (durch Capital oder Rente);

5) Aussteuercapital;

gefondert angesetzt, gebucht und aufgesammelt werden. Gine Berwendung von Fonds der einen Berficherungsart für eine andere ist nur dann zulässig, wenn ber Sachverständige einen Ueberschuß bei der ersteren nachgewiesen hat.

Auf teinen Fall burfen die Beiträge und Fonds der Hülfscasse zu irgend einem anderen Zwecke, als dem der ftatutenmäßigen Unterftützung (Berficherung) einschließlich ber nothwendigen Verwaltungsausgaben und der Vertheilung der Ueberschüffe (gemäß Bescheinigung des Sachverständigen), verwendet werden.

Ergiebt die periodische oder außerordentliche Bilanz der Forderungen und Berbindlichkeiten der Hülfscasse (§ 22, Abs. 3) ein Deficit, so müssen nach Anordnung des Sachverständigen die Beiträge für diejenigen Versicherungsarten, bei denen das Deficit vorhanden, derart erhöht werden, daß das Deficit in der Regel binnen einem, höchstens binnen drei Jahren gedeckt ift, und ist jeder Theil-haber der betr. Versicherungsart pro rata zur Deckung des Deficits verpslichtet.

Gegen eine berartige Anordnung des Sachverständigen kann der Borstand binnen 14 Tagen an das Reichs-Gesundheitsamt appelliren, indem er entweder die Richtigkeit der Berechnung bestreitet, oder anstatt der Erhöhung der Beiträge eine entsprechende Berminderung der Cassenleistungen, oder die Berwendung des Ueberschussse einer anderen Bersicherungsart in Borschlag bringt. Die Entscheidung des Reichs-Gesundheitsamts ist endgültig, und vom Borstand sofort auszusühren.

§ 14.

Das Bermögen der Hülfscasse ist, soweit es nicht zur baldigen Ausgabe bereit gehalten werden muß, entweder in depositalmäßigen Inhaberpapieren, oder in pupillarisch sicheren Hypotheken, oder endlich bei öffentlichen Banken oder einzgetragenen Credit-Genossenschaften anzulegen. Darlehen an sonstige Gesellschaften, Bereine oder Privatpersonen sind unter keinen Umständen gestattet.

Grundstüde dürfen nur dann täuflich erworben werden, wenn sie für die Zwede der Hulfscasse dienlich oder ihr Erwerb zur Sicherstellung von For=

berungen nothwendig ist.

Alle Werthpapiere und Baarbestände, bis auf die beim Cassirer zur baldigen Ausgabe bereit zu haltenden, sind entweder unter mindestens doppeltem Verschluß aufzubewahren, oder bei einer öffentlichen Bank bezw. bei einer eingetragenen Credit-Genossenschaft zu deponiren.

Der Cassirer der Hauptcasse hat eine den Verhältnissen entsprechende Caution zu stellen und darf Ausgaben nur auf schriftliche, vom Vorstande oder anderen dazu statutenmäßig Beauftragten ausgestellte Anweisung leisten. Die Casse ist vom Vorstande oder anderen statutenmäßig dazu Beauftragten mindestens einmal vierteljährlich zu revidiren.

Für den Schaden, welcher der Hülfscasse durch Nichtbefolgung der Borschriften dieses Paragraphen erwächst, haften die Mitglieder des Borstandes (§ 23) und die dazu statutenmäßig beauftragten persönlich und solidarisch.

§ 15.

Die eingetragene Hülfscaffe kann auf ihren Namen Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, Gigenthum und andere dingliche Rechte an Grundstücken (vorbehaltlich der Beschränkung von § 14, Abs. 2) erwerben, vor Gesticht klagen und verklagt werden.

Der ordentliche Gerichtsstand der Hülfscasse ist dem Gerichte, in dessen Bezirk sie ihren Sit hat. Der Gerichtsstand einer "verzweigten Hülfsecasse" für die gemeinsamen Angelegenheiten ist den Gerichte, in dessen Bezirk der Centralvorstand seinen Sit hat. Derselbe muß sich innerhalb des Deutschen Reiches besinden.

Die Mitgliedschaft bei einer oder mehreren eingetragenen Hülfscassen, welche mindestens die Hälfte des üblichen Arbeitsverdienstes als Krankenunterstützung und die orts= und standesüblichen Bestattungskosten versichert, entbindet von der durch Ortsstatut oder Anordnung der Verwaltungsbehörde begründeten Verspsichtung der Gesellen, Gehülfen, Lehrlinge und Fabrikarbeiter, einer bestimmeten Kranken=, Hülfs= oder Sterbecasse beizutreten bezw. anzugehören (§ 141, Abs. 2 der Reichs=Gewerbeordnung).

§ 16.

Für alle Berbindlichkeiten der Hülfscasse haftet den Gläubigern nur das

Vermögen der Hülfscasse.

Die Mitglieder sind lediglich zur Entrichtung der in den Statuten festgesetzten oder von Sachverständigen angeordneten Beiträge bezw. Zuschüsse (§ 13 Abs. 3) der Hülfscasse gegenüber verpflichtet.

III. Abschnitt.

Von den Organen der Hülfscaffen.

1. Borftand.

§ 17.

Jede Hülfscasse muß einen aus der Zahl ihrer Mitglieder von diesen oder ihren Vertretern gewählten Vorstand haben, welcher sie gerichtlich oder außergerichtlich vertritt, die Vereinsangelegenheiten leitet, und den regel-

mäßigen Geschäftsbetrieb besorgt.

Der Borstand kann aus einer oder mehreren Personen bestehen, besoldet sein, oder nicht. Seine Bestellung ist jederzeit widerrusslich, unbeschadet der Entschädigungsansprüche aus bestehenden Berträgen. Der Vorstand und — wenn derselbe aus mehreren Personen besteht — mindestens ein Mitglied desselben muß innerhalb des Bezirks des in § 4 bezeichneten Gerichtes seinen regel= mäßigen Wohnsitz haben.

§ 18.

Die jeweiligen Mitglieder des Vorstandes mussen alsbald nach ihrer Beftellung beim Gericht unter Beifügung ihrer Legitimation angemeldet werden. Gleiches gilt bei jeder auch nur theilweisen Aenderung oder Stellvertretung in Person des Vorstandes.

Die Unmelbung geschieht durch den Vorstand in Person oder mittelst

Einreichung eines beglaubigten Actes.

"Febe Wohnungsveränderung der Vorstands-Mitglieder ift binnen 3 Tagen

schriftlich anzumelden.

Diese Bestimmungen gelten ebenso von dem Centralvorstand einer "verzweigten Hülfscasse" wie von den Vorständen der einzelnen Zweigcassen; nicht minder von dem Vorstande bezw. den Central = und Zweigvorständen "zu=

gehöriger Hülfscassen." Bevor diese Anmeldung ordnungsmäßig bewirkt ist, kann die vorgekommene Aenderung Dritten von der Hülfscasse nicht entgegen= gesetzt werden.

§ 19.

Der Vorstand hat in der durch die Statuten bestimmten Form die Geschäfte zu führen, sowie seine Willenserklärungen abzugeben und für die Hülfscasse zu zeichnen. Im Mangel einer statutarischen Bestimmung sindet die Zeichnung rechtsverbindlich nur durch sämmtliche Vorstandsmitglieder statt.

Bewirkt wird die Zeichnung dadurch, daß die Zeichnenden zu dem Namen der Hülfscasse ihre Namens-Unterschriften nebst ihrer Eigenschaft als

Vorsteher hinzufügen.

§ 20.

Die Besugniß des Borstandes, die Hülfscasse nach außen zu vertreten, wird durch die in den Statuten enthaltene Bollmacht bestimmt.

Durch die innerhalb der Grenzen dieser Vollmacht im Namen der Hülfscasse vom Vorstand abgeschlossenen Geschäfte wird die Hülfscasse berechetigt und verpflichtet. Die darüber aufgenommenen Urkunden werden nach der Vorschrift des § 19 vom Vorstande gezeichnet. Im Falle nach den Statuten andere Organe des Vereins dei Geschäftsabschlüssen mitzuwirken haben, wird der zustimmende Beschluß derselben schriftlich in der geschäftsordnungsmäßigen Form des betreffenden Organes der Urkunde beigesügt, und ist der Vorstand für die Aechtheit dieses von ihm beizubringenden Beschlusses versantwortlich.

Zur Legitimation bes Vorstandes bei den das Hypothekenwesen betreffenden und allen Geschäften, welche beglaubigte Acte erfordern, genügt ein Zeugniß des Gerichts, daß die darin bezeichneten Personen demselben als Vorsteher des betreffenden Vereins vorschriftsmäßig (§ 18) angemeldet sind.

§ 21.

Bur Führung von Processen für die Hülfscasse, Sinlegung von Rechtsmitteln und Abschließung von Bergleichen in denselben ist der Borstand, sofern die Statuten nichts Anderes sestschen, ermächtigt und kann sich dabei durch anderweite Bevollmächtigte vertreten lassen.

Zur Behändigung von Vorldbungen und anderen Zustellungen an die Hälfscasse genügt es, wenn dieselbe an ein Mitglied des Vorstandes geschieht. Eide Namens der Hülfscasse werden durch den Vorstand abgeleistet.

§ 22.

Der Vorstand hat Sorge zu tragen, daß die erforderlichen, nach Verssicherungsarten (§ 13) gesonderten Bücher geführt und alle zur Klarstellung der Vermögenslage, sowie zur Aufstellung der vorgeschriebenen Statistik (Abs. 4) erforderlichen Aufzeichnungen pünktlich gemacht werden. Aus diesen Aufzeichnungen muß der Vorstand alljährlich, und zwar in den ersten drei Mosenschungen muß der Vorstand alljährlich, und zwar in den ersten drei Mosenschungen

naten jedes Kalenderjahres, den speciellen, nach Versicherungsarten gesonderten Rechnungs-Abschluß des Vorjahres und die Jahres-Statistik anfertigen, wenn erforderlich mit Hülfe eines Sachverständigen und dieselben — den Rechnungs-Abschluß nach erfolgter Revision (§ 27 ·) — der General-Versammlung vorlegen oder auf andere Art zur Kenntniß der Witglieder bringen.

Mindestens alle fünf Jahre ist der Vorstand verpslichtet, in den ersten sechs Monaten durch einen Sachverständigen die Vermögensbilanz unter Berücksichtigung aller Verbindlichkeiten nach ten Principien der Wahrscheinlichkeitserechnung aufstellen zu lassen und dieselbe der dann jedenfalls abzuhaltenden

General-Versammlung vorzulegen.

Bücher, Rechnungsabschluß, Statistit und Vermögensbilanz sind nach Schemas anzulegen, welche das Reichs-Gesundheitsamt seststellt und in der erforderlichen Anzahl unentgeltlich an alle eingetragenen Hübriken versendet. Jedoch steht den Hübrikscassen frei, den vorgeschriebenen Kubriken noch andere zur Vervollständigung hinzuzufügen. Je ein Exemplar von dem Abschlusse, der Statistik und der Bilanz ist ausgefüllt — die Bilanz mit Bescheinigung des Sachverständigen — in den oben angegebenen Fristen an das zuständige Gericht und an das Reichs-Gesundheitsamt einzureichen bezw. zu senden. Sine Zusammenstellung der im Laufe des Jahres von Seiten der Hülfscasse zur Aussührung gekommenen Beschlüsse ist beizusügen.

Bei "verzweigten Hülfscaffen" hat jede Zweigcasse ihren Rechnungsabschluß und ihre Statistik gesondert aufzumachen und einzureichen, während der Centralvorstand nach besonderem Schema die gemeinsame Abrechnung und Statistik zusammenstellt. Die Vermögensbilanz dagegen muß bei verzweigten Hülfscassen mit einheitlichem Vermögen ausschließlich der Centralvorstand für die Gesammtheit aufstellen lassen und haben die Zweigcassen keine Vilanz einzureichen.

§ 23.

Mitglieder des Borstandes, welche in dieser ihrer Eigenschaft außer den Grenzen ihres Auftrags oder den Borschriften dieses Geseyes oder der Statuten entgegen handeln, haften persönlich und solidarisch für den dadurch entstandenen Schaden.

8 24.

Der Betrieb von einzelnen Geschäften oder ganzen Geschäftszweigen der Hülfscasse, sowie die Vertretung derselben in Beziehung auf diese Geschäfte oder Geschäftszweige kann, sowohl in den Statuten, wie durch besondere Vereinssbeschlüsse, auch sonstigen Bevollmächtigten oder Beamten der Hülfscasse zusgewiesen werden.

In diesem Falle bestimmt sich die Besugniß dieser Vertreter nach der ihnen ertheilten Bollmacht, und erstreckt sich im Zweisel auf alle Rechtshands Lungen, welche die Aussührung derartiger Geschäfte gewöhnlich mit sich bringt.

2. Auffichtsrath und Revisoren.

§ 25.

Die Statuten können dem Vorstand einen Aufsichtsrath von mindestens drei Mitgliedern zur Seite setzen, welcher von den Mitgliedern der Hilfscasse bezw. von deren Vertretern aus der Mitte der Mitglieder, jedoch mit Ausschluß der Vorstandsmitglieder, gewählt wird und die Geschäftsführung des Vorstandes in allen Zweigen der Verwaltung überwacht.

Der Aufsichtsrath kann die Bücher und Schriften des Bereins jederzeit einsehen, den Bestand der Bereinscasse untersuchen und Generalversammlungen berusen, wozu er verpslichtet ist, wenn das Interesse der Hülfscasse es erfordert. Er kann, sobald es ihm nothwendig erscheint, Borstandsmitglieder und Beamte vorläufig, und zwar bis zur Entscheidung der dennnächst zu berusenden Generalsersammlung, von ihren Besugnissen entbinden und wegen einstweiliger Fortsführung der Geschäfte die nöthigen Anstalten treffen.

Er hat den Bereins = Sachverständigen zu wählen, falls dies nicht durch die General-Versammlung geschieht, die Jahresrechnungen und Vilanzen zu prüfen und darüber der General-Versammlung bezw. durch anderweite Bestanntmachung Bericht zu erstatten.

Dem Aufsichtsrath können auch durch die Statuten oder die Generalversammlung Befugnisse wegen Betheiligung bei der Berwaltung übertragen werden.

§ 26.

Der Aufsichtsrath ist ermächtigt, gegen die Vorstandsmitglieder die Processe zu führen, welche die General-Versammlung beschließt, und die Genossenschaft bei Abschließung von Verträgen mit dem Vorstande zu vertreten.

Wenn die Hulfscaffe gegen die Mitglieder des Aufsichtsrathes einen Proces zu führen hat, so wird sie durch Bevollmächtigte vertreten, welche in der General-Versammlung gewählt werden.

§ 27.

Der Aufsichtsrath constituirt sich selbstständig unter einem aus seiner Mitte gewählten Borsitzenden und erledigt seine Geschäfte nach der in Gemäß= heit der Statuten zu regelnden Geschäftsordnung.

Bur Bollziehung der von ihm zu erlaffenden Schriftstücke genügt im Zweifel die Unterschrift des Vorsitzenden.

§ 27.a.

Die General-Versammlung hat, in der Regel allährlich, einen oder mehrere Revisoren zu wählen, welche weder Mitglieder des Vorstandes, noch des Aufsichtsrathes, noch sonst Beamte oder Bevollmächtigte der Hülfsecasse seine bein durfen und nicht Hülfscassennitglieder zu sein brauchen. Denselben kann von der General = Versammlung eine Vergütung für ihre Thätigkeit sestzgesett werden.

Die Revisoren haben in der durch § 22 vorgeschriebenen Frist den vom Vorstand und Aufsichtsrath vorbereiteten Rechnungs=Abschluß sowohl kaufmännisch als statutarisch genau zu revidiren und den Befund schriftlich zu bescheinigen. Die geschäftssührenden Organe sind verpslichtet, den Revisoren alle auf die Berwaltung der Hülfscasse bezüglichen Urkunden, Bücher, Verläge und Schriftstücke vorzulegen.

Falls die Revisoren Anzeichen stattgefundener Unredlichkeiten oder gröblicher Berletzungen der Bereinsinteressen von Seiten der Geschäftsführung finden, so sind sie berechtigt und verpflichtet, dei dem Gericht die Vornahme

einer Untersuchung zu beantragen.

Bor erfolgter Berichterstattung der Revisoren ist ein Decharge = Beschluß der Generalversammlung bezw. des Aufsichtsraths nicht zulässig. Die Revisoren sind verpslichtet, in der General-Versammlung anwesend zu sein und Auskunft zu geben. Sie sind berechtigt, selbstständig General = Versammlungen zu berufen.

Unterläßt die zuständige General-Versammlung die Wahl der Revisoren oder lehnen die gewählten die auf sie gefallene Wahl ab, so ist der Vorstand und Aufsichtsrath der Hülfscasse verpflichtet, bei dem Gericht die Bestellung der statutenmäßig ersorderlichen Revisoren zu beantragen.

3. General=Verfammlung.

§ 28.

Die Berufung der ordentlichen General Berfammlung der Bereins= mitglieder erfolgt durch den Borstand oder die sonst statutarisch dazu ermächtigten Personen in den durch die Statuten bestimmten Fällen.

Eine außerordentliche General-Versammlung kann sowohl von dem Borstande, als von dem Aufsichtsrath und von den Revisoren berufen werden, wenn mindestens der zehnte Theil der Vereinsmitglieder, oder eine anderweit in den Statuten bestimmte Zahl von Mitgliedern schriftlich unter Angabe

bes Zwedes und ber Gründe barauf anträgt.

Bei "verzweigten Hülfscaffen" können Versammlungen sowohl ber einzelnen Zweige, als der Gesammtheit stattsinden; letztere bestehen in der Regel aus den von ersteren im Verhältniß ihrer Mitgliederzahl gewählten Delegirten. Ueber das Verhältniß der Zweig= und General= Versammlungen bestimmen die Statuten.

Die General-Versammlungen können nur innerhalb des Deutschen Reiches gehalten werden.

§ 29.

Die Berufung der General-Versammlung hat in der durch die Statuten bestimmten Weise zu erfolgen. Der Vorsitzende für dieselbe wird von dem Organe der Hülfscasse, von welchem die Berufung ausgeht, bestimmt, ebenso wie der Schriftsührer, doch kann die Versammlung sofort anders darüber beschließen.

Der Zweck der General-Versammlung muß jederzeit bei der Berufung bekannt gemacht werden. Ueber Gegenstände, deren Verhandlung nicht in dieser Weise angekündigt ist, können Beschlüsse nicht gesaßt werden; jedoch sind die Beschlüsse über Leitung der Versammlung, sowie über Anträge auf Berufung einer außerordentlichen General = Versammlung bezw. Ausschreibung einer allgemeinen Mitglieder = Abstimmung (§ 30 a.) ausgenommen.

Bur Stellung von Anträgen und zu Verhandlungen ohne Beschluffaffung

bedarf es der Ankundigung nicht.

§ 30.

Die Verhandlungen und Beschlüffe der General-Versammlung sind in ein Protocollbuch einzutragen, dessen Einsicht jedem Vereinsmitgliede und der Staatsbehörde gestattet ist. Die Unterzeichnung erfolgt durch den Vorsitzenden und Schriftsührer der Versammlung und drei andere Vereinsmitglieder.

§ 30.a.

Die Entscheidung über wichtige Bereinsangelegenheiten kann, besonders bei "verzweigten Hülfscaffen", durch die Statuten der allgemeinen Mitzglieder=Abstimmung überwiesen werden. Dieselbe wird durch den Borstand oder Aufsichtsrath ausgeschrieben, und müssen die Statuten über die Formen und Fristen der Ausschreibung und Abstimmung, sowie der Feststellung und Bekanntmachung des Ergebnisses derselben das Nähere bestimmen.

IV. Abschnitt.

Von der Auflösung der Hülfscasse und dem Concurs über das Vereinsvermögen.

§ 31.

Gine Hülfscaffe wird aufgelöft:

1) durch Ablauf der in den Statuten bestimmten Zeit;

2) durch Bereinsbeschluß in allgemeiner Mitgliederabstimmung (f. unten);

3) dadurch, daß die Mitglieberzahl unter die Zahl der zur Bildung der statutenmäßigen Organe des Bereins nothwendigen Mitglieder oder unter drei herabsinkt;

4) durch Eröffnung des Concurses (Falliments, Gant) über das Ber-

einsvermögen;

5) durch obrigkeitliche Schließung in den nach § 32 statthaften Fällen. Vom Verein selbst (Nr. 3.) kann die Auflösung der Hülfscasse nur be=

schlossen werden, wenn

a) sämmtliche Personen, welche zu der Zeit statutenmäßig auf eine Unterstützung (Pension, Capital) bereits Anspruch haben, entweder schriftlich ihre Sinwilligung gegeben, oder der wirkliche Werth ihrer Ansprüche nach Urtheil des Sachverständigen für sie sicher gestellt ist, und ferner

b) fünf Sechstel ber Stimmen aller vorhandenen Mitglieder in der Art für die Auflösung abgegeben werden, daß jedes Mitglied eine Stimme und außerdem für je 5 Jahre Mitgliedschaft eine weitere Stimme hat, jedoch kein Mitglied mehr als 5 Stimmen.

Wird der Hauptverein einer "zugehörigen Hülfscasse" aus irgend einem Grunde aufgelöst, so sind die Mitglieder der letzteren berechtigt, die Hülfscasse als selbstständige fortzuführen, und sind dazu verpflichtet, falls nicht die obigen Bedingungen der Auflösung erfüllt sind. Das Bermögen des aufgelösten Hauptvereins muß, nach Befriedigung der Gläubiger desselben, zur Erfüllung der Verpflichtungen der zugehörigen Hülfscasse verwandt werden.

In den Fällen Nr. 1, 2 und 3 hat der Vorstand, in dem Falle Nr. 5 die Behörde, welche die Schließung verfügt, sofort die erfolgte Ausstösung dem

Gericht anzuzeigen.

8 32.

Wenn eine Hülfscasse sich gesetzwidriger Handlungen oder Unterlassungen schuldig macht, durch welche das Gemeinwohl gefährdet wird, oder wenn sie andere, als die in gegenwärtigem Gesetze (§ 1) bezeichneten geschäftlichen Zwecke versolgt, oder wenn der Vorstand trotz wiederholt ergangener Aufsorderung und Verurtheilung zum Maximum der Ordnungöstrassen (§§ 38, 39) die in § 22 vorgeschriebenen Rechenschaftsablagen einzureichen oder die gemäß § 13, Abs. 3 angeordneten Zuschässelber unterläßt, und die Hülfscasse der Aufsorderung, die schuldigen Organe abzusetzen, nicht alsbald nachkommt, so kann sie aufgelöst werden, ohne daß deshalb ein Anspruch auf Entschädigung stattssindet.

Die Auflösung kann in diesem Falle nur durch gerichtliches Erkenntniß auf Betreiben der höheren Berwaltungsbehörde erfolgen. Als das zuständige Gericht ist daszenige anzusehen, bei welchem die Hülfscasse ihren ordentlichen

Gerichtsstand hat.

Bei "verzweigten Hilfscassen" trifft die Ausschung, falls die Gründe dafür in dem Verhalten einer oder mehrerer Zweigcassen liegen, nur die bezüglichen Zweigcassen. Falls dagegen die Gründe der Ausschung in dem Verhalten der Centrasorgane der verzweigten Hülfscasse liegen, und die behördliche Aufforderung, die schuldigen Organe abzusetzen, nicht alsbald befolgt wird, so kann das Gericht auf die Ausschung auch der Zweigcassen erkennen. In diesem Falle ist das Erkenntniß allen denjenigen Gerichten, in deren Bezirke Zweigscassen der aufgelösten Hülfscasse ihren Sit haben, zur Eintragung und Versöffentlichung nach § 33 mitzutheilen.

§ 33.

In allen Fällen der Auflösung, mit Ausnahme der durch den Concurs herbeigeführten, erfolgt eine Bekanntmachung derselben durch das Gericht mitztelst Aushang an Gerichtsstelle und einmaliger Einrückung in die für die Bekanntmachung der Hülfscasse bestimmten und etwa außerdem vom Gericht zu bestimmenden öffentlichen Blätter.

Dabei hat das Gericht die betreffenden Gremplare der Statuten, sowie der darauf bezüglichen Abanderungs-Beschlüsse, auf welchen sich die gerichtlichen Bermerke (§§ 4 und 5) befinden, einzusordern und zu den Acten zu nehmen.

Im Falle der Vorstand die Einreichung in der vom Gericht bestimmten Frist nicht bewirft, ist in der über die Auslösung des Vereins zu erlassenden öffentlichen Bekanntmachung zugleich die Ungültigkeits-Erklärung der betreffenden Urkunden auszusprechen.

§ 34.

Auch nach Auflösung der Hülfscasse kommen bis zur völligen Abwicklung ihrer Vermögensverhältnisse in Bezug auf die inneren Rechte und Pflichten der Cassenmitglieder, sowie auf die Rechte und Pflichten der Hülfscasse gegen Dritte, die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesehes in Anwendung, und bleibt demgemäß auch der Gerichtsstand, welchen die Hülfscasse zur Zeit ihrer Auf-lösung hatte, bestehen.

Insbesondere hat der Vorstand unter Mitwirkung der dazu nach den Statuten berusenen Organe, oder besondere dazu von der General-Versammlung ernannte Vevollnächtigte, welche in solchem Falle gleich den Vorständen dem Gericht angemeldet werden müssen und verantwortlich sind, die Abwickelung etwaiger noch schwebender Geschäfte zu bewirken, namentlich für Erstüllung der Verpslichtungen der aufgelösten Hülfscasse zu sorgen, zu diesem Behuf auch die Hülfscasse, wie vor Auslösung, gerichtlich und außergerichtlich zu bertreten.

Wird diesen Berpflichtungen nicht binnen einer vom zuständigen Gericht zu bestimmenden Frist genügt, so hat das Letztere von Amtswegen Liquidatoren zu ernennen.

Die Veräußerung unbeweglicher Sachen erfolgt — auch abgesehen von dem Fall des Concurses (§ 37), — wenn die Statuten oder die sonst erstheilten Vollmachten nichts anderes besagen, durch öffentliche Versteigerung.

§ 35.

Spätestens vierzehn Tage nach der Auflösung hat der Vorstand eine vollsständige Uebersicht des activen und passiven Bereinsvermögens nehst Bilanz bei Gericht einzureichen. Bei sehr großen, insbesondere verzweigten Hülfscassen kann jedoch das Gericht diese Frist bis auf höchstens drei Monate verslängern.

§ 36.

Die bei Aussösung der Hülfscaffe vorhandenen und die während der Li= quidation eingehenden Gelder werden wie folgt verwendet:

a) es werben zunächst die Gläubiger der Hülfscasse nach der Fälligkeit ihrer Forderungen befriedigt und tie zur Deckung der noch nicht fälligen Forderungen nöthigen Summen zurückbehalten;

b) von dem hiernach verbleibenden Bermögen find alsdann die von ben Sachverständigen festzustellenden capitalisirten Ansprüche derjeni-

gen Personen zu befriedigen, welche bei Ausschiffung der Hülfscasse bereits zu Unterstützungen (Pension, Capital) berechtigt waren — reicht der Bestand zur vollständigen Deckung der bezeichneten Unterstützungssverpslichtungen nicht aus, so erfolgt die Vertheilung desselben nach Verhältnis der Höhe der einzelnen Ansprüche:

c) der nach Deckung der Schulden der Hülfscaffe sowie der Unters stützungsansprüche noch verbleibende Bestand wird, falls die Statuten nichts Anderes darüber bestimmen, unter die derzeit noch nicht

ten nichts Anderes darüber bestimmen, unter die derzeit noch nicht unterstützungsberechtigten Mitglieder nach ungefährer Maßgabe des Wahrscheinlichkeitsantheils ihrer fünstigen Ansprüche, welcher von

den Sachverständigen festzustellen ist, vertheilt.

Ausgeschlossen von dieser Bertheilung bleiben in jedem Falle solche Beftände, welche aus Zuwendungen herrühren, die der Hülfscasse unter ausdrücklicher Bestimmung des Zweckes gemacht worden sind. Dieselben fallen derzenigen Gemeinde, oder in deren Ermangelung bezw. bei der Zuständigkeit mehrerer Gemeinden, demjenigen communalen oder politischen Verbande zu, innerhalb deren die Hülfscasse seichaft war, und sind von diesem thunlichst der Zweckbestimmung entsprechend zu verwenden.

Etwaige Streitigkeiten hierbei entscheibet das ordentliche Gericht, in dessen Bezirk die Hülfscasse ihren Sitz gehabt hat, welches auf Grund der bei ihm eingereichten Bermögens = Uebersicht (§ 35) den Interessenten über das Borshandensein von Beständen der gedachten Art von Amtswegen Nachricht zu

geben hat.

§ 37.

Ergiebt die nach § 35 vorgelegte Bilanz eine Ueberschuldung, ohne daß der Borstand Mittel zur Deckung des Ausfalls dem Gerichte nachzuweisen vermag, so hat dasselbe den Concurs über das Bereinsvermögen zu eröffnen. Auch außer diesem Falle wird der Concurs eröffnet, sobald die Hillscasse vor oder nach der Ausschliegung ihre Zahlungen einstellt, oder sonst die Bedinsgungen für die Concurseröffnung nach den Landesgesetzen vorliegen.

Die Verpflichtung zur Anzeige ber Zahlungseinstellung liegt dem Borstande der Hülfscasse, und, insofern nach deren Auflösung andere Bewollmächtigte

an Stelle des Vorstandes getreten sind, diesen ob.

§ 37.a.

Zwei ober mehr eingetragene Hülfscassen können sich jederzeit mit einander innerhalb des Deutschen Reiches theilweis oder vollständig verbinden (verschmelzen), wenn die betreffenden General Bersammlungen oder allgemeinen Witglieder Abstimmungen dies beschließen. Die Bedingungen der Verschmelzung sind möglichst unter Zuziehung eines oder mehrerer Sachverständigen festzustellen.

Die bezüglichen Anzeigen an die Gerichte sind von sämmtlichen betheilig=

ten Hülfscassen zu machen.

V. Abschnitt.

§ 38.

Das Gericht hat den Vorstand, sowie im Falle der Ausschiffung die etwa an seine Stelle tretenden Bevollmächtigten, zur Befolgung der in den §§ 5, 7, 9 Ubs. 2, 13, 14, 18, 22, 27 a., 31, 34 Ubs. 2, 35, 37 Abs. 2 dieses Gessethaltenen Vorschriften von Amtswegen, und der Vorschriften des § 26 Ubs. 2 auf Anrusen der betheiligten Hülfscassen Mitglieder oder Gläubiger durch Ordnungsstrafen bis zu 150 Mark anzuhalten.

§ 39.

Unrichtigkeiten in den nach diesem Gesetze dem Vorstande oder dessen Stellvertretern obliegenden Anzeigen oder sonstigen Angaben werden gegen die schuldigen Vorstandsmitglieder mit Ordnungsstrassen dis zu 150 Mark geahndet, ohne daß dadurch die Anwendung härterer, durch ihre Handlungen sonst verschuldeter Strasen im ordentlichen Straspechtuswege ausgeschlossen wäre.

§ 40.

In dem Reichs-Gesundheitsamt wird eine besondere Abtheilung für das Hülfscassenwesen errichtet, welcher zwei Sachverständige der Lebensversicherung angehören müssen. Diese Abtheilung hat:

1) ein Hülfscassen-Register für das deutsche Reich auf Grund der von den Gerichten eingefandten Statuten, Statutenänderungen und An-

zeigen (§ 4, 5 und 6 a.) zu führen;

2) Normalstatuten und Anleitungen für gegenseitige Hilfscaffen nebst Normaltarisen für die verschiedenen Bersicherungsarten sowie Schemas für die Einrichtung der Bücher, der Rechnungs-Abschlüsse und Bilanzen und der Morbilitäts=, Invaliditäts= und Mortalitäts=Statistif zu entwersen, jeweilig zu verbessern und regelmäßig zu versenden (§ 22);

3) die Rechnungs-Abschlüsse, Bilanzen und statistischen Erhebungen der eingetragenen und öffentlichen Hülfscassen alle 5 Jahre kritisch zusammenzustellen, die betreffenden Berichte bei

bem Bundesrathe einzureichen und zu veröffentlichen;

4) den eingetragenen und öffentlichen Hülfscassen auf Verlangen Rath zu ertheilen und benselben behufs Prüfung der Bilanz Sachverständige gegen mäsige Taxen zuzuweisen;

5) überhaupt das Hülfscassenwesen durch Bearbeitung und Verbreitung des thatsächlichen Materials, sowie durch Belehrung und Anregung

zu fördern.

Im Fall die Abtheilung für das Hülfscassenwesen in den Abschlüssen, Bilanzen oder statistischen Erhebungen der Hülfscassen Nachlässigseiten sindet, hat dieselbe von Amtswegen Aufklärung bezw. Berichtigung zu erwirken, und sind die Vorstände der eingetragenen Hülfscassen verpflichtet, solchem Verlangen pünktlich nachzukommen.

Schriften V. - Invalidenpenfionscaffen.

§ 41.

Personen, welche als Sachverständige für eingetragene Hülfscassen in Gemäßheit dieses Gesetzes fungiren wollen, bedürfen einer Approbation, welche auf Grund einer wissenschaftlichen Prüfung ertheilt wird. Der Bundesrath bezeichnet mit Rücksicht auf das vorhandene Bedürsniß in verschiedenen Theilen des Reichsgebietes die Behörden, welche für das ganze Reichsgebiet gültig Approbationen zu ertheilen befugt sind, und erläßt die Vorschriften über die erfordersliche wissenschaftliche Prüfung.

Dem Bundesrathe bleibt vorbehalten, zu bestimmen, unter welchen Boraus= setzungen Personen wegen wissenschaftlich erprobter Leistungen von der vor=

geschriebenen Prüfung ausnahmsweise zu entbinden find.

Personen, welche bei Erlaß dieses Gesetzes bereits als Sachverständige für Lebens=, Krankheits= und Invaliditäts=Bersicherung von den oberen Behörden eines Bundesstaates angestellt oder anerkannt sind, gelten als für das

ganze Reichsgebiet approbirt.

Die der Abtheilung für das Hülfscassenwesen angehörigen Sachverständigen bilden die Appell-Instanz, an welche die eingetragenen Hülfscassen gegen die Anordnungen ihrer Sachverständigen (§ 13, Abs 3) appelliren können. Die Entscheidung dieser Appell-Justanz ist endgültig.

§ 42

Die näheren Bestimmungen behufs Aussührung dieses Gesetzes, namentlich über die in den §§ 4 bis 7, 31 bis 37 genannten Behörden und über das nach den §§ 38 und 39 eintretende Bersahren wegen Erkennung von Ordnungsstrasen, werden von den einzelnen Landesregierungen im Berordnungswege erlassen.

§ 43.

Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1875 in Kraft. . Urkundlich 2c. Gegeben 2c.

Inhalt.

Alters- und Invalidenpensionscassen.

- I. Ift überhaupt ftatt bes Penfionscaffenwesens die Capitalversicherung für Arbeiter vorzuziehen? — event.
- II. Bezüglich ber Penfionecaffen:
 - 1. Ift die gesetliche Regelung des Penfionscassenwesens für erforderlich, bezw. für wünschenswerth zu erachten?
 - 2. Soll bas Gefet ben Beitritt jur Penfionecaffe obligatorifch machen:
 - a) für bie Arbeitnehmer? für alle ober nur bestimmte Rategorien?
 - b) für ben Arbeitgeber? für alle ober nur bestimmte Rategorien?
 - 3. Sollen für ben Fall bes Beitrittszwanges bie Benfionscaffen
 - a) ausschließlich vom Staate ober ber Commune errichtet und verwaltet werben, event. unter einiger Betheiligung ber Bersicherten?
 - b) von ben Betheiligten nach Vorschrift und unter Aufsicht bes Staates gegründet und verwaltet werden, (wie bie Anappschaftscaffen)?
 - c) von ben Betheiligten nach Maßgabe eines Normativgesetzes errichtet und verwaltet werben, ohne staatliche Einmischung; ober sollen endlich
 - d) alle bie Arten ober mehrere berselben neben einander gestattet sein?
 - 4. Wie follen für ben Fall tes Beitrittszwanges regulirt werben:
 - a) ber Umfang ber Penfionscaffen nad Ort und Beruf?
 - b) die Beitragspflicht bei Unvermögen?
 - c) bie Fortbauer ber Aufpruche bei Arbeitsentlaffung, Strife, Ueberfiebelung, Befchäftigungswechfel?
 - d) die Entscheidung über bas Eintreten ber Pensionsberechtigung?
 - 5. Was foll für ben Fall bes freiwilligen Beitritts das Normativgeset festftellen :
 - a) betreffs ber Prüfung ber Lebensfähigfeit?

13*

196 Inhalt.

- b) betreffs ber Sicherung ber Mitglieber bezw. beren Angehörigen?
- c) betreffs ber Anlegung bes Bermögens?
- d) betreffs bes Berhältniffes zu anderen, insbesondere Coalitionsvereinen?
- 6. Ist im Fall ber Freiwilligkeit bas System ber vom Staate organisirten und verwalteten Alters- und Invalidenpensionscassen, wie in Frankreich, England, Belgien zu empfehlen?

| Beo | uta | .d)tet | von |
|-----|-----|--------|-----|
|-----|-----|--------|-----|

| წ∙ | Ralle, | Fabritbesitzer in Biebrich a. Rh., Borfitzenber bes Mittelrhein | iischen Fabri- |
|---------------|---------|--|----------------|
| | fanten | vereins. | 1 |
| \mathbf{Dr} | . Zilln | er, Director bes Morbstern in Berlin | 23 |
| Dr | Ludw | ig = Wolf, Burgermeifter in Großenhain | 35 |
| Dr. | . Hiltr | p, Oberbergamtsaffessor in Dortmund | 57 |
| G. | Behm | , Geh Secretar und Calculator in Berlin. | 133 |
| | Im Ant | ang (S. 173-190 u. ff.) ein Gesethentwurf über bie gegenseitigen | Hülfscaffen |
| bon | Dr. W. | Siria. | |

Pierer'iche Sofbuchtruderei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

AUFRUF

ZUF

GRÜNDUNG EINES VEREINS

FÜR

SOZIALPOLITIK.

Die Eisenacher Versammlung vom 7. October 1872 zur Besprechung der sozialen Frage hat den unterzeichneten Ausschuss beauftragt, in diesem Jahre eine Zusammenkunft in gleichem Sinne zu berufen.

Für unsere Auffassung der sozialen Zustände beziehen wir uns auf die gedruckten Verhandlungen der vorjährigen Versammlung. (Verhandlungen der Eisenacher Versammlung etc., Leipzig 1873.)

Aus der Gesammtheit der mehr oder weniger berechtigten Versuche zur Weiterbildung der heutigen Erwerbsgesellschaft tritt zur Zeit (der Streit zwischen Kapital und Arbeit gefahrdrohend hervor. Wir sind der Ansicht, dass hier für Staat und Gesellschaft dringende Aufgaben der friedlichen Reform vorliegen.

Zunächst wird es darauf ankommen, die Verhältnisse der Arbeiter und deren Beziehungen zu den Arbeitgebern aufzuklären, die Erfordernisse genossenschaftlicher Bildungen festzustellen, ihre gedeihliche Entwickelung zu unterstützen und jede Verständigung der streitenden Parteien zu fördern.

In gleicher Weise sollen die übrigen sozialen und ökonomischen Probleme der Zeit, wie Gesundheits- und Unterrichtswesen, Verkehrs-, Actien- und Steuerwesen in Betracht gezogen werden.

Wir sind der Ueberzeugung dass das unbeschränkte Walten theilweis entgegengesetzter und ungleich starker Einzelinteressen das Wohl der Gesammtheit nicht verbürgt, dass vielmehr die Forderungen des Gemeinsinns und der Humanität auch im wirthschaftlichen Leben ihre Geltung behaupten müssen, und dass das wohlerwogene Eingreifen des Staates zum Schutz der berechtigten Interessen aller Betheiligten zeitig wachzurufen ist.

Diese staatliche Fürsorge sehen wir nicht als Nothbehelf oder als unvermeidliches Uebel an, sondern als Erfüllung einer der höchsten Aufgaben unserer Zeit und unserer Nation. In ernster Durchführung dieser Aufgaben wird sich der Egoismus des Einzelnen und das nächste Interesse der Klassen der dauernden und höheren Bestimmung des Ganzen unterordnen.

Wir glauben, dass ein regelmässiger Gedankenaustausch zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, Männern der Theorie und Praxis, wesentlich zu einer Verständigung beitragen wird, und fordern die früheren Theilnehmer und alle Gesinnungsgenossen, insbesondere auch Verwaltungsbeamte zum Eintritt in den zu gründenden Verein auf.

Berlin, den 31. Mai 1873.

Der Ausschuss.

Bacmeister (Eisenach). Staatsrath Bitzer (Stuttgart). Borchert jun. (Berlin). Dr. Brentano (Breslau). Franz Duncker (Berlin). Dr. Eckardt (Hamburg). Dr. Engel (Berlin). Geibel jun. (Leipzig). Dr. Gneist (Berlin). Dr. v. d. Goltz (Königsberg). Dr. Held (Bonn). Dr. Hildebrand (Jena). Dr. Max Hirsch (Berlin). Dr. von Holtzendorff (München). Janson (Berlin). Dr. Knapp (Leipzig). Dr. Knies (Heidelberg). Dr. Löwe-Calbe (Berlin). Dr. Mithoff (Dorpat). Dr. Nasse (Bonn). Dr. Neumann (Freiburg i. Br.). Freiherr von Roggenbach (Carlsruhe). Dr. Roscher (Leipzig). Dr. Schmoller (Strassburg i. E.). Handelskammer-Secretär J. Schulze (Mainz). Sombart (Ermsleben). Dr. von Sybel (Bonn). Landrath Tiedemann (Mettmann a. Rh.). Dr. A. Wagner (Berlin).

Der Verein constituirte sich am 13. October 1873 zu Eisenach und nahm die S. 121 der vorliegenden Verhandlungen abgedruckten Statuten an. — Weitere Beitrittserklärungen, resp. Geldsendungen wolle man adressiren an den Schatzmeister des Vereins, Herrn Carl Geibel jun. (in Firma Duncker & Humblot) in Leipzig, Dresdnerstrasse 28.